

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)

Von der Sozialstaats- partei zur neuen LINKEN



VSA:

Eine Geschichte der **Wahlalternative**
Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)
Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN

Bibliografische Angaben:

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)
Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN
Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit
und soziale Gerechtigkeit (WASG)
288 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-89965-712-8
VSA: Verlag Hamburg 2016 (Mai)

Die Herausgeber und AutorInnen

Dr. Axel Troost, 1954, Volkswirt, seit 1981 Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und seit 1984 geschäftsführender Gesellschafter des Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW GmbH) in Bremen und Berlin, seit 2005 MdB, seit 2012 stellv. Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Thomas Händel, 1953, Elektromechaniker, Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt a.M., dort Assistent für den Lehrbetrieb u.a. von Wolfgang Abendroth, 1987 Geschäftsführer der IG Metall in Fürth sowie Mitglied des Beirats der IG Metall, seit 2007 stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 2009 MdEP.

Prof. Dr. Frank Deppe, 1941, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Phillips-Universität Marburg, von 2012 bis 2014 Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin).

Dr. Paul Lucardie, 1946, Montesquieu Institut Den Haag, zahlreiche Veröffentlichungen zu Parteien Westeuropas und zu politischen Parteien generell.

Helge Meves, 1961, Schriftsetzer, Soziologe und Philosoph, seit 2005 Sekretär Steuerungsgruppe zur Fusion Linkspartei.PDS und WASG, seit 2007 Referent Strategie & Grundsatzfragen Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE.

Dr. Jochen Weichold, 1948, studierte Geschichte und Germanistik, arbeitete viele Jahre als Politikwissenschaftler. 1999 bis 2013 Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus (ADS) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Murat Çakır, 1960, Pressesprecher sowie Vorstandsmitglied der WASG, Bundesvorsitzender der Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF) und Bundesvorsitzender der Ausländerbeiräte Deutschlands.

Anny Heike, 1948, Groß- und Außenhandelskauffrau, Betriebswirtin, 1979 bis 1989 Sprecherin des Fürther Friedenskomitees, seit 1990 Gewerkschaftssekretärin und seit 1992 Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Verwaltungsstelle in Fürth.

Heidi Scharf, 1953, Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Schwäbisch Hall, Mitglied in den Bundesvorständen der WASG und LINKEN.

Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.)

Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN

Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit
und soziale Gerechtigkeit (WASG)

VSA: Verlag Hamburg

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: WASG-Parteitag am 24.3.2007 in Dortmund

(Foto: Franz-Peter Tschauner dpa/Inw)

Die in diesem Band abgedruckten Karikaturen stammen von Klaus Stuttmann.

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-712-8

Inhalt

Murat Çakır / Anny Heike / Thomas Händel / Heidi Scharf / Axel Troost Vorwort	7
---	---

Frank Deppe Einleitung	8
--	---

Helge Meves Ein Gespenst kehrt zurück	22
---	----

Die Entstehung der WASG aus der Standortdebatte
der 1990er Jahre und dem Protestjahr 2004

Globalisierung und demografischer Wandel – die neoliberale Agenda
der 1990er 26 | Die Entstehung der beiden Alternativen und ihre
ersten Aufrufe 36 | Exkurs: Das Verhältnis zur PDS 42 | Protest-
zyklus und Landtags- sowie Europawahlen 2004 48 | Von den Auf-
rufen über den Kongress bis zur Vereinsgründung 53 | Von der Ver-
einsgründung bis zur Urabstimmung 54

Jochen Weichold Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005	58
---	----

Die Gründung der WASG als Partei 58 | Die Landtagswahl in Nord-
rhein-Westfalen im Mai 2005 69 | Das Programm der
WASG 75 | Der Beginn der Kooperation der WASG mit der
PDS 81 | Der Sonderparteitag der WASG im Juli 2005 in Kas-
sel 93 | Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 99

Jochen Weichold Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE	111
--	-----

Die Bundestagsfraktion aus WASG und Linkspartei.PDS als Experi-
mentierfeld für die neue Linkspartei 111 | Wichtige Schritte auf dem
Weg zur neuen Linkspartei 115 | Innerparteiliche Opposition gegen
eine Vereinigung mit der Linkspartei.PDS 121 | Gemeinsame Wahl-
kämpfe und Aktionen gegen die Agenda-Politik 126 | Die Debatten
auf dem WASG-Parteitag in Ludwigshafen im April 2006 135 | Die

Diskussionen auf dem WASG-Parteitag in Geseke im November 2006 153 | Die Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS in Dortmund im März 2007 159 | Der Außerordentliche Parteitag der WASG und der Vereinigungsparteitag mit der Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE im Juni 2007 166

Jochen Weichold

Zur Organisationsfrage, zur Mitgliederentwicklung und -struktur der WASG und zu ihrer Wählerstruktur 173

Zur Organisationsfrage als politisch-strategisches Konzept 173 | Zur Organisationsfrage als Satzungsfrage 180 | Die Mitgliederentwicklung der WASG 190 | Zur Mitgliederstruktur 193 | Zur Wählerstruktur 196

Paul Lucardie

Die WASG im europäischen Kontext: die vierte Generation der sozialistischen Parteienfamilie? 202

Entstehungsgeschichte von fünf Schwesterparteien der WASG 203 | Programmatischer Vergleich 206 | Wahlergebnisse 210 | Positionen im Parteiensystem 211 | Fazit 214

Anhang

1. Zeittafel zur Geschichte der WASG	216
2. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) des Vereins Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)	220
3. Parteitage der WASG	220
4. Zusammensetzung des Bundesvorstandes des Vereins WASG	220
5. Zusammensetzung des Bundesvorstandes der Partei WASG	221
6. WASG-Mitglieder unter den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 16. Wahlperiode	224
7. Organigramm des Geschäftsführenden Bundesvorstands der WASG (Stand Ende November 2006)	225
8. Zeitliche Planung der Entwicklung der WASG für das Jahr 2004	226
Dokumente zur Geschichte der WASG	227

Vorwort

Wozu ein (Geschichts)-Buch über eine Partei, die es nicht mehr gibt?

Nun, die kurze Geschichte der WASG ist nichts anderes als ein bemerkenswerter Meilenstein in der Geschichte der deutschen Linken. Ihre Gründung war nicht nur die erste erfolgreiche Konstituierung einer linken Partei im Westen der Republik. Sie hat Zeichen gesetzt und war Triebfeder für die Gründung der ersten gesamtdeutschen Partei der LINKEN und hat(te) politische Wirkung.

Die Wege in die WASG und in DIE LINKE wurden zuerst in dem Interview-Band »Was war? Was bleibt?« von Klaus Ernst, Thomas Händel und Katia Zimmermann (VSA 2012) aus verschiedenen Sichtweisen beschrieben.

Der vorliegende Band schildert nun detailliert den Prozess vor und während der Entstehung des Vereins und der Partei im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Er eröffnet einen umfassenden Blick auf die Intentionen, aber auch die Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten dieser sehr stürmischen Zeit.

Häufig stellt man uns – stellen wir uns – die Frage: »Würden wir das nochmals tun?« Die Antwort ist ein klares »Ja«! Und sei es nur im Sinne des großen Historikers Jürgen Kuczynski, der in einem Interview einmal formulierte: »Die Geschichte verläuft im Zickzack-Kurs und es kommt darauf an, dass es genügend Menschen gibt, die sich, wenn es erforderlich ist, zusammentun, um zu verhindern, dass es zu weit »Zack« macht...«

Dieser Anspruch bleibt. Auch – gerade jetzt, zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Buches – für die Partei, in die die WASG eingegangen ist.

Ein weiterer Anspruch bleibt aber auch: zu streiten für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Und da ist mehr zu tun.

Unser großer Dank gilt den Autoren dieses Buches und allen, die zu seiner Realisierung beigetragen haben.

*Murat Çakır
Anny Heike
Thomas Händel
Heidi Scharf
Axel Troost*

Frank Deppe

Einleitung

Im Jahr 2012 gaben Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann im VSA: Verlag ein Buch mit dem Titel »Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE« heraus. Im Mittelpunkt dieses Textes stehen Interviews mit führenden Vertreterinnen und Vertretern jener Gruppen, die seit dem Frühjahr 2004 das Projekt verfolgten, links von der SPD eine »Wahlalternative« zu schaffen, die für »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« kämpft. Dieser Prozess führte zunächst zu einem Wahlbündnis mit der PDS, das bei der Bundestagswahl im September 2005 8,7% der Zweitstimmen und 54 Mandate erreichte. Die Partei DIE LINKE als Fusion von WASG und PDS wurde schließlich im Juni 2007 gegründet. Damit war die kurze Geschichte der WASG formell beendet.

Zur WASG bekannten sich überwiegend Mitglieder der SPD, linke Gewerkschafter (im Süden vor allem aus der IG Metall, im Norden überwiegend von ver.di) und linke Ökonomen und Sozialwissenschaftler, u.a. aus dem Zusammenhang der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (»Memo-Gruppe«) sowie der Hamburger Zeitschrift »Sozialismus«. Bis zum Zusammenschluss mit der PDS konnte sich die WASG der Aufmerksamkeit durch die Medien sicher sein. Mit dem Schröder-Blair-Papier, dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister der rot-grünen Koalition und als SPD-Parteivorsitzender sowie der »Agenda 2010« provozierte die SPD unter Gerhard Schröder eine weitere Welle von Austritten aus der Partei, die schon mit der Unterstützung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien im Jahr 1999 eröffnet worden war. Der Konflikt zwischen den DGB-Gewerkschaften und der SPD, der durch die Rentenpolitik, den Umbau der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV), die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, schließlich auch durch die Steuerpolitik zugespitzt wurde, erhöhte die Chancen einer linkssozialistischen Formation, bei den Wahlen relevante Teile der Stammwählerschaft der SPD unter den lohnabhängig Arbeitenden, vor allem der Gewerkschaftsmitglieder, zu gewinnen. In der gemeinsamen Partei DIE LINKE gelangten führende Köpfe der WASG auch in Spitzenpositionen (Klaus Ernst, Werner Dreibus, Thomas Händel). Die Aktivisten dieser Gründungsperiode wie auch die führenden Köpfe der PDS, die den Fusionsprozesse aus dem Osten unterstützten, werden in naher Zukunft altersbedingt in den Hintergrund treten. Lothar Bisky, der die –



keineswegs konfliktfreie – Fusion als Vorsitzender der PDS klug moderiert hatte, ist bereits 2013 verstorben.

Nunmehr liegt ein zweiter Text vor, der der Geschichte der WASG gewidmet ist. Helge Meves (Mitbegründer der WASG) und Jochen Weichhold (bis 2013 Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung) rekonstruieren minutiös den politischen Prozess zwischen den Jahren 2004 und 2007. Von Meves stammt außerdem ein einleitender Beitrag zu den Entstehungsbedingungen der WASG aus den ideologisch-politischen Konstellationen zwischen dem Ende des Kalten Krieges (1991) und der Amtszeit der Schröder-Fischer-Regierung (Siegeszug des Neoliberalismus, Anschluss der DDR). Der niederländische Parteienforscher Paul Lucardie stellt die Entwicklung der WASG und der Partei DIE LINKE in den Zusammenhang der Formierung neuer Kräfte der Linken in Westeuropa.¹

¹ Er stellt den Rot-Grünen Einheitsblock (Dänemark), den Parti de Gauche (Frankreich), Podemos (Spanien) und Syriza (Griechenland) vor. Die Veränderungen der jüngsten Zeit (Syriza als Regierungspartei in Griechenland; die Wahlerfolge von Podemos in Spanien, aber auch die Krise des Front de Gauche in Frankreich) machen allerdings darauf aufmerksam, dass dieser Prozess der Formierung einer Neuen Linken in Europa äußerst diskontinuierlich verläuft und mit zahlreichen Hindernissen und Rückschlägen konfrontiert ist. Die kontinuierliche parlamenta-

Im Anhang folgen eine Zeittafel und Dokumente. Für die Parteienforschung in Deutschland stellen die beiden Bücher über die WASG auf jeden Fall eine unverzichtbare Quelle dar.

Was aber macht die WASG nicht nur für Parteienforscher, sondern für die Geschichte wie für die aktuelle Politik der Linken in Deutschland interessant? Die Mitglieder der SPD, die öffentlich für die WASG warben, wurden sofort aus der Partei ausgeschlossen. Der Parteivorstand war wahrscheinlich davon überzeugt, dass sich das »Häuflein« von Linksabweichlern schnell in der Bedeutungslosigkeit verlaufen würde; denn nach 1949 konnte sich keine Partei erfolgreich links neben der SPD etablieren. Seit den 1950er Jahren waren immer wieder Kritiker vom linken Flügel aus der Partei ausgeschlossen worden (z.B. Gerhard Gleissberg und Viktor Agartz²). Im Zeichen des KPD-Verbots und im allgegenwärtigen Klima des Antikommunismus scheiterten verschiedene Versuche einer Organisation der Linksozialisten,³ die sowohl vom Verfassungsschutz als auch von der Exil-KPD in Ostberlin – wenn auch mit gegensätzlichen Motiven – mit Misstrauen betrachtet wurden. Links von der SPD befand sich der »politische Abgrund«.

rische Präsenz der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, in den Medien, auf der kommunalen Ebene, durch die Tätigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung usw. steht daher im internationalen Vergleich für eine Ausnahmeposition.

² Gerhard Gleissberg (1905-1973) war bis 1955 Chefredakteur des *Neuen Vorwärts* (der SPD), nach seinem Ausschluss aus der SPD leitete er *Die Andere Zeitung*; Viktor Agartz (1897-1964) war bis 1955 Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, er galt als »Chefideologe des DGB«, 1957 wurde er in einem Prozess wegen landesverräterischer Beziehungen zur DDR angeklagt, 1958 aus der SPD und dem DGB ausgeschlossen. Er gab eine Zeitschrift heraus (»Wiso-Korrespondenz«), die von vielen Gewerkschaftern gelesen wurde, und beteiligte sich an der Gründung der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS).

³ Der Begriff Linksozialismus wurde für die sogenannten Zwischengruppen verwendet, die sich schon vor 1933 (z.B. KPO, SAP) aus ehemaligen Kommunisten sowie aus ehemaligen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten gebildet hatten. Seit den 1960er Jahren gab es solche Parteien in Frankreich (PSU), Italien (PSIUP), Dänemark (SVP) – zur gleichen Zeit (seit 1956) entwickelte sich die »Neue Linke« (Gründung der Zeitschrift »New Left Review« mit Perry Anderson und des »Socialist Register« mit Ralph Miliband in Großbritannien) als eine eigenständige intellektuelle Strömung, die sich vorerst nicht auf eine eigene Parteigründung orientierte. Vertreter dieser Richtung spielten dann in den Bewegungen nach 1968 eine wichtige Rolle. Vgl. für die BRD z.B. Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2008.

Auch Anfang der 1960er Jahre wurden Mitglieder des SDS und dessen Förderer (Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim, Joachim Heydorn und andere Professoren) aus der Partei ausgeschlossen. Doch diesmal unterschätzte die SPD-Führung die Folgen. Der SDS entwickelte sich zum wichtigen Träger der außerparlamentarischen Opposition (APO), der in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, in der Friedensbewegung («Ostermärsche») und in der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg der USA, auch mit ihrer Kritik am Bildungswesen («Hochschule in der Demokratie») den »großen Aufbruch« der Jugend- und Studierendenbewegungen nach 1968 vorbereitete und zeitweilig anführte. Die SPD konnte mit der Kanzlerschaft von Willy Brandt und den Reformversprechen der sozialliberalen Koalition einen Teil dieser Jugendbewegung für sich gewinnen. Die Jusos der 1970er Jahre bekannten sich unter Gerhard Schröder oder Heidemarie Wiecezorek-Zeul zum Sozialismus; die »Stamokap-Jusos« und der (ebenfalls aus der SPD ausgeschlossene) Studierendenverband SHB praktizierten sogar Bündnisse mit den Kommunisten, die seit 1968 mit der DKP wieder eine (halb-legale) Partei hatten. Dennoch verlor die SPD in diesen Jahren dauerhaft einen bedeutenden Teil ihres Mitglieder- und Wählerpotenzials unter den Jungen und Intellektuellen. Diese orientierten sich entweder auf die neuen sozialen Bewegungen und/oder auf kommunistische Parteien (davon gab es zeitweilig ziemlich viele). Schließlich wurden die Gründung der Partei DIE GRÜNEN (Januar 1980) und deren Erfolge bei den Wahlen seit dem Ende der 1970er Jahre durch die Ökologie- und Anti-AKW-Bewegungen angestoßen.

Damit verlor die SPD eine – am Anfang noch links orientierte – Gruppe von Wählerinnen und Wählern: jüngere Menschen mit einer gehobenen Ausbildung, die noch in den 1960er Jahren überwiegend SPD gewählt hatten. Auch unter den Intellektuellen, die die SPD und Willy Brandt unterstützt hatten, verschob sich die diskursive Hegemonie nach links. Diese Veränderungen wurden durch internationale Ereignisse gefördert: den »Pariser Mai« des Jahres 1968, die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten gegen den »Prager Frühling« 1968; den Pinochet-Putsch gegen den Sozialisten Salvador Allende in Chile; den Sturz der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal; die portugiesische Revolution und ihre Niederlage; den Sieg der vietnamesischen Befreiungsbewegung FNL; den Aufschwung des »Eurokommunismus« in Italien, Frankreich und Spanien sowie die Wellen der großen Streikbewegungen, die nach 1968 durch Westeuropa schlugen – vor allem in Frankreich, Italien und Großbritannien, schwächer auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gewerkschafter, die 2004 das Projekt der WASG auf den Weg brachten, waren durch diese Jahre geprägt, in denen weltweit neue soziale Bewegungen einen Aufschwung erlebten, aber auch die parteipolitische Linke und die Gewerkschaften erstarkten. Sie gehören einer Nachkriegsgeneration an, die in den 1950er und 60er Jahren geboren wurde.⁴ Mitte der 70er Jahre hatten sie ihre Berufsausbildung abgeschlossen, waren der Gewerkschaft und der SPD beigetreten. Im Betrieb engagierten sie sich als Jugendvertreter oder als Betriebsräte. Nachdem sie sich weiter qualifiziert hatten (an der Frankfurter Akademie der Arbeit, AdA,⁵ oder an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, HWP) wurden sie hauptamtliche Funktionäre, die meisten von ihnen bei der IG Metall. Einige waren zeitweilig als Lehrer an einer der Schulen der IG Metall tätig. Kapitalismuskritik, Kenntnisse über die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus gehörten in den 1970er Jahren zum selbstverständlichen Bildungsprogramm dieser Gewerkschaftsschulen.

Die Geschichtsdebatten der damaligen Zeit waren eine wichtige Schule der Wissensaneignung und politischen Bewusstseinsbildung. Gleichzeitig hatten die jungen Gewerkschafter Kontakte (gelegentlich auch freundschaftliche Beziehungen) zu linken Hochschullehrern, die an der Entwicklung von Konzeptionen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beteiligt waren und/oder gewerkschaftliche Positionen im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der Wirtschaftsdemokratie oder des Streikrechts unterstützten.

Diese »Bildungsarbeiter« (wie sie gelegentlich genannt wurden) engagierten sich in den Kämpfen der Gewerkschaftsjugend, in den Streikbewegungen, in den Auseinandersetzungen um Bildungsreform, Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeit; gleichzeitig unterstützten sie den Kampf gegen die Berufsverbote, die »Nicaragua-Solidarität« sowie die große Friedensbewegung seit dem Ende der 70er Jahre (»Krefelder Appell«). Immer wieder gab es Druck aus den Reihen der Gewerkschaftsführungen (und

⁴ Ralf Krämer (Jg. 1960) war einer der jüngeren Sprecher der WASG. Er war seit 1976 bei den Jusos und in der SPD aktiv, Redakteur der Zeitschrift SPW, 2004 war er in der Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft ver.di tätig. Die Jüngste war Christine Buchholz (Jg. 1971). Sie wurde in den Studierendenbewegungen der 1990er Jahre politisiert und kam über die Gruppe »Linksruck« zur WASG.

⁵ Dort hielt Wolfgang Abendroth (nach seiner Emeritierung im Jahr 1972 bis kurz vor seinem Tode im Jahr 1984) Vorlesungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vgl. ders., Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1, Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1985.

der SPD) gegen die jungen Linken, die von der Springer-Presse, aber auch von der Führung der IG Chemie, Papier, Keramik unter ihrem Vorsitzenden Hermann Rappe verdächtigt wurden, Teil einer konspirativen »kommunistischen Unterwanderung« zu sein. In den Streikbewegungen des Jahres 1984, als die IG Metall und die IG Druck und Papier mit Unterstützung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) als Antwort auf die kontinuierlich steigende Massenarbeitslosigkeit in einem sechswöchigen Arbeitskampf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erkämpften, spielte diese Generation von Nachwuchsfunktionären eine tragende und radikalisierende Rolle.

Die Beziehungen zur SPD waren – nach der Euphorie der ersten Jahre der sozialliberalen Regierung – zunehmend von Enttäuschungen und Verbitterung gekennzeichnet. Nachdem Helmut Schmidt 1974 Bundeskanzler geworden war, beendete er die Reformpolitik und stellte den Kurs der Wirtschaftspolitik auf eine neoliberale Angebotsorientierung um. Gewerkschaftlichen Lohn- und Reformforderungen wurde jetzt eine Absage erteilt. Zugleich brachte er die Friedensbewegung (und eine Mehrheit in seiner eigenen Partei) gegen den »Nachrüstungsbeschluss der NATO« (den er als seine eigene »Erfindung« ausgab) auf. Die DGB-Gewerkschaften riefen 1981 zu Kundgebungen gegen Sozialabbau auf. Während der Verabschiedung des Nachrüstungsbeschlusses im Bundestag im November 1983 kam es unter dem Motto »5 vor 12« in zahlreichen Betrieben zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, zu denen der DGB (auf Druck der IG Metall) aufgerufen hatte.

Als die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppel 1981/82 wegen ihres Widerstandes gegen die Politik von Helmut Schmidt aus der Partei ausgeschlossen wurden, gründeten sie 1982 die Partei der *Demokratischen Sozialisten (DS)*. Nach der Aussage von Manfred Coppel, der heute dem Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Hessen angehört, hatte dieses Projekt vor allem deshalb keine Chance, weil die SPD 1982 – mit dem Sturz der Regierung von Helmut Schmidt und dem Antritt der Kohl-Genscher-Regierung – in die Opposition geriet und seitdem propagandistisch wieder nach links rückte. Peter Glotz bemühte sich als Bundesgeschäftsführer der SPD (1981-1987) um die linken Intellektuellen. Schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Anschluss der DDR befanden sich die kommunistischen Parteien im Westen in einem Prozess des Niedergangs – nicht nur kleine Parteien wie die DKP, sondern auch die großen Massenparteien in Frankreich und Italien. Der Sieg der »neoliberalen Gegenrevolution« manifestierte sich nicht nur in Wahlergebnissen,

sondern auch in einer Schwächung der Gewerkschaften, die in verschiedenen Ländern Europas Niederlagen bei Streikauseinandersetzungen und Mitgliederverluste hinnehmen mussten. Vor diesem Hintergrund war das »Berliner Programm« der SPD von 1987, das die Handschrift des Linken Peter von Oertzen⁶ trug, ein Dokument, das von der Mehrheit der Linken in der Partei getragen wurde.

Oskar Lafontaine, prominenter Teilnehmer der Demonstrationen gegen den »Nachrüstungsbeschluss« und innerparteilicher Gegner von Helmut Schmidt, stieg – noch als Ministerpräsident des Saarlandes – zur Führungsfigur in der SPD auf. 1990 war er ihr Spitzenkandidat im ersten gesamtdeutschen Wahlkampf, 1995 bis 1999 Parteivorsitzender und schließlich – nach dem Sieg von SPD und Grünen in der Bundestagswahl 1998 – Finanzminister im Kabinett Schröder-Fischer. 1999 trat er aus Protest gegen die Unterwerfung Schröders unter das Diktat der Finanzmärkte und die Anpassung an die neoliberale Politik von Tony Blair zurück. Immerhin hatte Lafontaine beim Amtsantritt seine Absicht verkündet, die europäischen Finanzmärkte regulieren und kontrollieren zu wollen. Die »Agenda 2010«, die dann ohne großen Widerstand in der SPD (aber auch der Gewerkschaften) umgesetzt wurde, markierte ebenso wie die »Rentenreform« des ehemaligen 2. Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, eine Zäsur. Die Erwartungen und Hoffnungen der Linken innerhalb und außerhalb der Partei wurden abermals bitter enttäuscht. Daher unterstützten viele linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter zunächst das Projekt der WASG und der Partei DIE LINKE.

Die Vereinigung von WASG und PDS 2007 – also von ehemaligen Sozialdemokraten und (überwiegend) ehemaligen Kommunisten – war nicht nur vor dem Hintergrund der Spaltungen in der Arbeiterbewegung nach 1918/19 sowie der Konfrontation der Systeme im Kalten Krieg nach 1945 ein außergewöhnlicher Vorgang, der letztlich nur in Deutschland – nach dem Zusammenbruch und Anschluss der DDR an die Bundesrepublik – möglich war. Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) erhielt seit den 1990er Jahren bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zeitweilig mehr als 20% der Wählerstimmen.

Ihren Angaben zufolge war sie im Osten mit anfangs weit mehr als 150.000 Mitgliedern eine Massenpartei – bei der Fusion im Jahr 2007

⁶ Peter von Oertzen trat 2005 aus der SPD aus, war kurzfristig auch Mitglied der WASG. Die Fusion mit der PDS trug er allerdings nicht mit.

brachte die WASG 12.000, die PDS 60.000 Mitglieder in die neue Formation ein. Die PDS hatte nur bei den Bundestagswahlen 1998 die 5%-Hürde mit 5,1% knapp überspringen können (dazu kamen damals vier Direktmandate im Osten).

Sie musste also an einer Ausdehnung im Westen interessiert sein, die – auch wenn sie dort unter 5% bleiben sollte – ein gesamtdeutsches Ergebnis oberhalb der 5%-Marke ermöglichen würde. Bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005, als einzelne Kandidatinnen und Kandidaten der WASG auf den Listen der PDS kandidierten, erreichte die Partei 8,7%. Nach der Fusion wurde bei der Bundestagswahl 2009 das bislang beste Ergebnis mit 11,9% der Zweitstimmen erreicht.

Oskar Lafontaine und Gregor Gysi waren bei den Wahlen, in den Medien, bei den Wahlversammlungen die großen Stars der neuen Partei; gleichzeitig bestätigte sich in der Großen Krise nach 2008 die Kritik der Partei am Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus. Die neue Partei, die ebenfalls im europäischen Parlament vertreten war, wurde jetzt auch international als wichtiger Beitrag zur Rekonstruktion der politischen und gesellschaftlichen Linken nach der großen Transformation und den Krisen der Linken am Ende des 20. Jahrhunderts anerkannt.

Die Gewerkschafter aus der WASG waren (und sind) in der Partei sichtbar vertreten⁷ – u.a. durch Klaus Ernst und Bernd Riexinger als Parteivorsitzende. Im Parteiprogramm von 2011 werden die Gewerkschaften als unverzichtbarer Teil eines fortschrittlichen Bündnisses anerkannt: »Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie agieren nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.« Das nach außen sichtbare Profil der Partei wird nach wie vor von den Themen »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« bestimmt.

⁷ Auch der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, war im Westen und – nach der Wende – im Osten hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär bei der Gewerkschaft HBV. Zum Zeitpunkt der Gründung der WASG war er allerdings schon länger ein führendes Mitglied der PDS und – wie er selbst immer wieder betonte – ein »bekennender Ossi«.

Dennoch hat die »Gewerkschaftsfrage« für die gesamte Partei nicht jene Bedeutung gewonnen, die sich die Gründer der WASG erhofft hatten. Das hatte und hat verschiedene Gründe. Der Wechsel von linken, hauptamtlichen Gewerkschaftern in Führungsfunktionen der Partei ging einher mit einer Schwächung linker Positionen vor allem in den großen Industriegewerkschaften. Die Gewerkschaften waren in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in eine Position der Defensive geraten. Der Siegeszug des Neoliberalismus ging mit Mitgliederverlusten der Gewerkschaften, Machtverlust und einer erhöhten Bereitschaft zur Kooperation mit Kapital und Staat einher. Im Bereich der (vor allem exportorientierten) Industrie setzte sich unter dem Druck der »Globalisierung«, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der Ausweitung des prekären Sektors und aufgrund von Rationalisierungsprozessen der »Wettbewerbskorporatismus« durch. Dieser zwang Betriebsräte und Gewerkschaften in ein Bündnis mit den Unternehmensleitungen zur Sicherung des »Standortes« in der globalen Konkurrenz. Gleichzeitig boten Vorsitzende von Gewerkschaften ein »Bündnis für Arbeit«, d.h. Lohnverzicht im Austausch für Beschäftigungssicherung, an. Auf der anderen Seite entstand die große Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die im staatlichen Sektor mit den Folgen der Privatisierungspolitik (bei Post, Verkehr, Gesundheitswesen) und der Austeritätspolitik konfrontiert ist. Gleichzeitig werden die Gewerkschaften mit der Feminisierung der Erwerbsarbeit, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen – vor allem im Einzelhandel, im Erziehungs- und Pflegebereich – mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die sich kaum mit den Methoden traditioneller Gewerkschaftspolitik lösen lassen.⁸

Seit der Großen Krise von 2008 gibt es jedoch aufgrund von Mitgliederzuwächsen, von Erfolgen auf dem Feld der Tarifpolitik, der Durchsetzung des Mindestlohns und einer erhöhten Streiktätigkeit⁹ Anzeichen für ein »Comeback« der Gewerkschaften. Für diesen Aufschwung sind auch jüngere Kolleginnen und Kollegen verantwortlich, die sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Partei aktiv sind. Die berechtigte Kritik der Linken – inner- und

⁸ Vgl. dazu u.a. Frank Deppe, Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 70er Jahren bis heute, Köln 2012; Ders., Einheit oder Spaltung? Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 19, Berlin 2015.

⁹ Vgl. Frank Deppe, Revitalisierung durch Streik? Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 26. Jg., Nr. 101, September 2015, S. 96-108.

außerhalb der Gewerkschaften – an der Politik der Sozialpartnerschaft mit Kapital und Staat, an Co-Management und Standortpolitik darf allerdings nicht dazu führen, die Bedeutung starker Gewerkschaften für das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu unterschätzen. Außerdem sind die Einheitsgewerkschaften Mitgliederorganisationen, in denen sich die Linken – ob in den Betrieben oder in den Gewerkschaftsstrukturen selbst – für die Stärkung autonomer Klassenpositionen sowie für die verstärkte Wahrnehmung des politischen Mandats der Gewerkschaften – einsetzen müssen. »Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, »gutes Leben« und »gute Arbeit« erfordern starke Gewerkschaften im Betrieb, aber auch starke Positionen der Linken in den Parlamenten!

Die Gewerkschaftsfunktionäre aus der WASG, die in DIE LINKE überwechselten, mussten schnell feststellen, dass die Partei ein eigener Apparat mit seinen Regeln, Widersprüchen und Zwängen ist, die durch den Primat der Ausrichtung auf Wahlen und die parlamentarische Arbeit, mehr noch: auf Regierungsbeteiligungen, oftmals noch verstärkt werden. Die Beteiligung an Landesregierungen im Osten bzw. in Berlin verschoben die Auseinandersetzung um »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« auf die Regierungsebene, auf der die Partei einerseits (mit Ausnahme von Thüringen) Juniorpartner ist, auf der andererseits die Zwänge der Austeritätspolitik, der knappen Kassen usw. respektiert werden. Die Ergebnisse sind daher gerade für Gewerkschafter oftmals enttäuschend. Auf der anderen Seite setzt sich die Partei im Bundestag (und auch auf der Landesebene bzw. auf der kommunalen Ebene) für Forderungen der Gewerkschaften ein. Bei der Durchsetzung des Mindestlohns z.B. hat sie als Opposition eine positive Rolle gespielt. Die Partei versteht sich zugleich als Partner der sozialen Bewegungen, in denen – vielfach berechtigt – auch kritische Positionen gegenüber der Politik der Gewerkschaftsführungen vertreten werden: Sie muss den Spagat zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Interessenvertretung, zwischen Fraktionen und Richtungen in der Partei bewältigen, für die entweder die Regierungsbeteiligung oder die Stärkung der Oppositionsrolle und der außerparlamentarischen Bewegungen Priorität besitzt.

Das produktive Austragen solcher Spannungen – eingebettet in die Regeln und Zwänge des politischen Systems, in dem man agiert – bestimmt nun einmal das Alltagsleben der Partei.¹⁰ Den verschiedenen Feldern der

¹⁰ Dazu kommen die pathologischen Züge des politischen Lebens, die offenbar bei der Linken besonders ausgeprägt sind. Auf der einen Seite wird immer wie-

Politik muss einerseits eine gewisse Selbständigkeit und Autonomie zuerkannt werden, andererseits müssen in der Partei diese verschiedenen Politikfelder und -ansätze auch immer wieder zu einer gemeinsamen Strategie und Programmatik zusammengefügt (bzw. in dieser »aufgehoben«) werden. Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die die Partei DIE LINKE bisher gelöst hat, ohne auseinanderzubrechen. Solche Gefahren fördern jedoch immer auch die Neigung von Führungskräften, Machtstrukturen zu schaffen, die a) die Einheitlichkeit im Handeln der Partei gewährleisten und b) das destruktive Potenzial innerer Kämpfe möglichst begrenzen. Die Gefahren, die damit verbunden sind, hat Robert Michels schon im Jahr 1911 in seiner »Soziologie des Parteiwesens« am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie analysiert und dargelegt. Linksradikal-anarchistische bzw. syndikalistische Strömungen haben daraus abgeleitet, dass die politische Form der Partei und die Fixierung auf den Parlamentarismus abgelehnt werden muss. Dagegen haben die Mehrheitsströmungen in der Arbeiterbewegung stets die Auffassung vertreten, dass gesellschaftliche und politische Machtveränderungen nur durch das Zusammenwirken von sozialen Basis- und Klassenbewegungen und einer starken politischen Partei der Linken durchgesetzt werden können. Allerdings, in einer solchen Partei sollten die Warnungen von Robert Michels lebendig bleiben!

Dazu kommt, dass die Einzigartigkeit der Partei DIE LINKE als Fusion aus der Ex-DDR und Ex-BRD unvermeidlich mit inneren Spannungen konfrontiert wird, die nicht nur bei der Besetzung von Führungspositionen aufbrechen, sondern auch aus unterschiedlichen politischen Kulturen und Biografien notwendig hervorgehen. Die Integrationsleistung, die die Partei dabei vollbracht hat, wird gelegentlich gewürdigt. Das ändert aber nichts daran, dass zunächst einem großen Teil der Mitglieder und Anhänger im Osten die DGB-Gewerkschaften nicht nur aus historischen Gründen fremd sind. Seit

der die Macht des kollektiven Handelns und die Notwendigkeit der Geschlossenheit betont; auf der anderen Seite wird die Linke von vielen Individuen gebildet, die sich für hoch qualifiziert halten, nach Anerkennung streben, leicht verletzlich sind und ein tiefes Misstrauen gegenüber Hierarchien und Führungen haben. Auseinandersetzungen um unterschiedliche Positionen, die ja in der Partei DIE LINKE institutionell anerkannt werden, entarten leicht zu Machtkämpfen bei der Besetzung von Vorstandspositionen und Listenplätzen. Nicht wenige Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, die 2007 der LINKEN beigetreten waren, zogen sich inzwischen enttäuscht zurück, nachdem sie »an der Basis« Machtkämpfe und Intrigen, persönliche Empfindlichkeiten und fraktionelle Auseinandersetzungen bis zum Überdruß erleben mussten.

den frühen 1990er Jahren hatte in ihrer Erfahrungswelt der Kampf gegen die Diskriminierung der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Hartz IV und gegen Niedriglöhne – also für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – höchste Priorität. Die zahlreichen Bürgermeister und Landräte der LINKEN in den neuen Bundesländern leisteten hier oftmals eine großartige Arbeit, die allerdings in der Regel wenig mit Gewerkschaften zu tun hat. Die guten Wahlergebnisse der PDS im Osten waren auch Ausdruck der Tatsache, dass diese Arbeit anerkannt wurde.

Die Gewerkschaften hingegen operieren auf anderen Ebenen. Ihre Tarifpolitik sowie die betriebliche Interessenvertretung auf der Basis des Betriebsverfassungsgesetzes vollziehen sich außerhalb des politischen Systems im engeren Sinne, in der direkten Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. dem Staat (soweit es um gewerkschaftliche Interessenvertretung im Öffentlichen Dienst geht). Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft werden allerdings politisch reguliert – nicht nur durch die Verfassung (Koalitionsfreiheit, Streikrecht usw.), sondern auch durch die Gesetzgebung im Bereich der Arbeitsverfassung, der Sozialpolitik (Alterssicherung/Renten), der Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs- und Kulturpolitik. Mit anderen Worten: »Gute Arbeit« und »gutes Leben« erfordern starke, kampffähige Gewerkschaften und Betriebsräte im Betrieb und auf dem Feld der Tarifpolitik. Zugleich entscheidet ihre Macht und Handlungsfähigkeit auch über die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Sie brauchen Bündnispartner im politischen Raum. Lange Zeit hat die SPD diese Rolle im Sinne eines privilegierten Partners der deutschen Gewerkschaften gespielt. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung vollzogen, die in den Biografien der Initiatoren der WASG schon deutlich geworden ist. Die Partei DIE LINKE wird nur dann einen Beitrag zur Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse leisten können, wenn es ihr gelingt, den Kampf für »gute Arbeit« und »gutes Leben« auf der politischen Ebene zu verstärken und dabei gleichzeitig deutlich zu machen, dass solche Ziele nicht ohne Transformationen im Kapitalismus und über diesen hinaus zu erreichen sind.

Die Erfolge der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) bei den Landtagswahlen vom März 2016 haben die Gewerkschaften wie die Partei DIE LINKE mit einer Herausforderung konfrontiert, die sich auch schon in anderen Mitgliedstaaten der EU mit Wahlerfolgen von rechtspopulistischen, rassistischen, extrem nationalistischen und wohlstandschauvinistischen Parteien manifestiert hat. Diesen Parteien gelingt es immer

wieder, die soziale Frage nach rechts zu verschieben und für sich zu nutzen. Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, die Spaltung zwischen Armut und Reichtum, das Absinken von Kommunen und Regionen und die daraus erwachsende Empörung über die Verhältnisse wie über die herrschende Politik werden für eine Protestbewegung von rechts instrumentalisiert. Migranten, Flüchtlinge, aber auch »korrupte Politiker« und die »Lügenpresse« sowie immer wieder die Linken, die für offene Grenzen und internationale Solidarität eintreten, werden für die Ängste vor sozialem Abstieg und eigene Ohnmachtsgefühle im Blick auf die Krisen unserer Zeit verantwortlich gemacht. Die Wiedererlangung der nationalen Identität – gegenüber der EU, der »Globalisierung« und der Bedrohung durch fremde Kulturen und Religionen – gilt dabei als Voraussetzung für die Lösung der sozialen Probleme und die Stärkung der »deutschen Identität« (die für einige ihre Blüthezeit in der Zeit zwischen 1933 und 1945 hatte). Die »Säuberung« von Ausländerinnen und Ausländern und die Abwehr von Flüchtlingen wird von Mörderbanden wie dem NSU sowie durch die Inbrandsetzung von Flüchtlingsheimen – begleitet von trunkenem Grölen: »Wir sind das Volk« – exemplarisch vorweggenommen.

Das Problem der LINKEN, aber auch der Gewerkschaften wird durch Teilergebnisse der Landtagswahlen vom März 2016 illustriert: »Stärkste Partei wird die AfD in Sachsen-Anhalt auch unter »Arbeitern« (30%) bzw. unter erwerbstätigen Arbeitern und Arbeitslosen (36%). Auch in Baden-Württemberg wird sie unter erwerbstätigen Arbeitern mit 28% und unter Arbeitslosen (30%) stärkste Partei. Ebenfalls überdurchschnittliche Stimmenanteile erhält sie von WählerInnen mit Haupt- und vor allem Realschulabschluss, unterdurchschnittlich von Abiturienten und Studierenden.«¹¹ Auch die Gewerkschaften tragen für diese Entwicklung Verantwortung; denn ihre Führungsgruppen halten sich in der Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtspopulismus und Rassismus deutlich zurück – u.a. auch deshalb, weil sie fürchten, dass sie die Kolleginnen und Kollegen »an der Basis«, in den Betrieben nicht mehr erreichen. Gerade dort – vor allem in den Betriebsräten – gibt es immer weniger politisch bewusste Sprecher der Linken, die in der Lage und bereit sind, die betriebliche Interessenvertretung mit dem Kampf gegen die Macht des Kapitals und gegen die neue Gefahr des Rechtspopulismus und Neofaschismus zu verbinden. Die Generation derjenigen Funktionäre, die – auch nach 1945 – politisch durch die Organisa-

¹¹ Horst Kahrs, Eine erneute Zäsur im Parteiensystem, in: Sozialismus 4/2016, S. 5.

tionen des linken Flügels der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sozialisiert waren, ist längst »ausgestorben« bzw. hat nach 1991 nur noch wenige Nachfolger gefunden. In den Gewerkschaften hat gleichzeitig die Entpolitisierung der Interessenvertretung in der Folge der Konzentration auf das sogenannte Kerngeschäft (Tarifpolitik, Betriebsratsarbeit, Mitgliederwerbung) ebenso zu einer Entpolitisierung beigetragen wie der Rückzug auf dem Feld der politischen Bildungsarbeit, die einen Beitrag zum politischen bzw. zum Klassenbewusstsein der Mitglieder und Funktionäre zu leisten vermag. Die Hilflosigkeit gegenüber den Herausforderungen durch den Rechtspopulismus, Rassismus und Nationalismus – und seiner Wirkung auf das Denken erheblicher Teile der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen und der Gewerkschaftsmitglieder – ist auch eine Folge dieser Entwicklung.

Auf der anderen Seite gibt es in den DGB-Gewerkschaften – auch im Bereich der Jugend – immer noch linke Kräfte, die die Losung »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« als Auftrag an die Gewerkschaften als Gegenmacht begreifen und die in der Lage sind, diesen Auftrag mit den Handlungsbedingungen der Gewerkschaften in die Gegenwart zu verbinden. Sie kooperieren mit sozialen Bewegungen, die sich der neuen Rechten in den Weg stellen. Für die Partei DIE LINKE ist es geradezu zu einer Existenzfrage geworden, inwieweit es ihr gelingen wird, den Einfluss der Rechten auf Lohnabhängige, prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger und andere marginalisierte Gruppen der Gesellschaft zurückzudrängen, d.h. die soziale Frage als Klassenfrage von links, in der Perspektive der Kritik des Neoliberalismus und der Transformation und Überwindung des Kapitalismus sowie der Erweiterung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft zu politisieren. Sie darf den Blick auf die »Arbeiterklasse« aber nicht auf deren Randschichten verengen, sondern muss daran arbeiten, in den Kernbereichen der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen in Industrie und Dienstleistungen als politische Interessenvertretung akzeptiert zu werden. Dabei muss die LINKE als Teil eines gegenhegemonialen Blocks agieren, zu dem Teile der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen, aber – in der Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtspopulismus und Faschismus – auch Kräfte aus den demokratischen Parteien, insbesondere der SPD, gehören.

Marburg, April 2016

Helge Meves

Ein Gespenst kehrt zurück

Die Entstehung der WASG aus der Standortdebatte der 1990er Jahre und dem Protestjahr 2004

2004 hatte Andreas Ehrholdt nicht verstanden, warum zu den Montagsdemos meist diejenigen kamen, die von Hartz IV nicht betroffen waren, nicht aber die Betroffenen selbst. Entmutigen ließ er sich davon zunächst nicht: »Ich wollte die Leute aus der Apathie reißen«, resümierte er später, »aber das kann kein Einzelner«.¹

Andreas Ehrholdt, Jahrgang 1961, hatte von 1979 bis 1989 als Transportarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn gearbeitet. Dann flüchtete er über Ungarn in die Bundesrepublik, kehrte aber schon zwei Monate nach der Maueröffnung wieder zurück nach Woltersdorf bei Magdeburg. Die Bahn wollte ihn nicht wieder einstellen. Eine ABM-Stelle musste er nach zwei Tagen abbrechen, da er einen Motorradunfall hatte. Körperlich schwere Arbeit durfte er danach nicht mehr machen. Eine Umschulung zum Bürokaufmann schloss er ab, fand mit diesem neuen Abschluss aber keine Arbeit – trotz hunderter Bewerbungen bundesweit. Auch die Versuche als Selbständiger, 2001 als Finanzberater und 2004 als freier Journalist, sicherten ihm kein Einkommen oberhalb der Armutsschwelle.

Im Juli 2004 entwarf er einen Demonstrationsaufruf »Schluss mit Hartz IV – heute ihr, morgen wir«. 200 selbst gedruckte Plakate folgten und wurden von ihm in Magdeburgs Fußgängerzonen, an Bauzäune, Laternenpfähle und Litfaßsäulen geklebt. Am 26. Juli kamen dann 600 Menschen, am 2. August 6.000. Mittendrin der Magdeburger Mutbürger mit einem T-Shirt »Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, hat schon verloren!« – ein Zitat von Rosa Luxemburg oder Bert Brecht, bei Ehrholdt in Fraktur gesetzt. Die Montagsdemos waren geboren und auf ihrem Höhepunkt am 30. August 2004 demonstrierten in über 200 Städten über 200.000 Menschen mit dem Ruf »Wir sind das Volk«.² Zunächst ignoriert,

¹ Zit. nach: Steffen Könauf: Montagsdemos: Der Mutbürger. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 8. Juli 2011.

² Drei Monate später war diese Demonstrationswelle vorbei und brachen die Teilnehmerzahlen ein. »Auch wenn die meisten Anti-Hartz-Demonstrationen ab Mitte September 2004 kaum noch Zulauf erfuhren und aus der Berichterstattung

dann verspottet, auch zu vereinnahmen versucht, zeigten die Demonstrationen Wirkung in der Öffentlichkeit.

Eine Fülle von Kommentaren erschienen, wie etwa vom späteren Mitgründer der AfD Konrad Adam, der eine Versorgungsmentalität als »Produkt aus östlicher Staatsfürsorge auf westlichen Niveau« anprangerte und in der Hauptrolle der Demonstranten »das Maskottchen der deutschen Versorgungsindustrie, den dynamischen Frührentner«, ³ ausmachte. Die Bundesregierung initiierte ganzseitige Anzeigenkampagnen schwerpunktmäßig für Ostdeutschland, um »die Gefühle der Bürger anzusprechen« – z.B. wie in dem Entwurf der Berliner Agentur DDB mit dem Slogan »Fragen Sie nicht mehr, was Ihr Land für Sie tun kann. Fragen Sie lieber, was Sie für Ihr Land tun können«. ⁴ Am 2. Oktober erschien in der Süddeutschen Zeitung eine ganzseitige Anzeige unter dem Titel »Auch wir sind das Volk«. Verantwortet von einem Berater Gerhard Schröders erklärten über 60 Prominente, dass sie das »Jammern über Deutschland satt haben«, behaupteten, dass sie ihre »Steuern in diesem Land bezahlen«, und verteidigten die Hartz IV-Reformen als »Einschnitte, die weh tun, wie alle schweren Operationen«, und »überlebensnotwendig für den Standort Deutschland«; unterzeichnet u.a. von Michael Rogowski (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie), etlichen Kuratoren und Botschaftern der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Dr. Dieter Hundt (Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände). ⁵

Andreas Ehrholdt hatte es vorher anders probiert, seine Vorstellungen durchzusetzen. Mit Staatsratseingaben in der DDR, in der SED bis zum Ausschluss, zwei Jahre in der CDU, als Kandidat für die »Mittelstandspartei« in Sachsen-Anhalt, die 1998 0,3% erreichte. Was bei ihm davon blieb, war 2004 eine Parteien- und Verbände phobie: »Wir laufen hinter keinem Par-

verschwanden, hielten die Organisatoren der Proteste an einer Mobilisierung ... fest. Diese extreme Kontinuität auf äußerst niedrigem Niveau (Teilnehmerzahlen am 6. November 2006 in Magdeburg ca. 25, in Leipzig ca. 40-50) konnte zwar in einigen Städten aufrechterhalten werden, hat aber keinerlei Resonanz in der Öffentlichkeit.« Dieter Rink/Axel Philipps: Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 20, 1/2007, S. 54.

³ Konrad Adam: Ein Volk von Demonstranten. In: Die Welt vom 16. August 2004.

⁴ Maike Telgheder: Das Warum als Botschaft. In: Handelsblatt vom 30. August 2004.

⁵ Auch wir sind das Volk. Anzeige v.i.S.d.P. Manfred Bissinger. In: Süddeutsche Zeitung vom 2. Oktober 2004.

teibanner her, aber auch hinter keiner Gewerkschaftsfahne. Das ist jetzt eine Volksinitiative und das macht den Leuten in Berlin jetzt wohl auch Angst, weil das nicht steuerbar ist.«⁶ 2006 gründete Ehrholdt dann doch eine Partei »Freie Bürger für Soziale Gerechtigkeit« (FBSG), mit der bei der Bundestagswahl angetreten werden sollte. Das klappte nicht.

Der Lebenslauf Andreas Ehrholdts voll Engagement und Misslingen, neuen Anläufen und Scheitern ist nicht nur ungewöhnlich. Etikettierungen wie Spinner, Träumer, Versager lässt er nicht an sich ran: »Ich habe aus den Ossis aufrecht gehende Bürger gemacht«.⁷ Er liegt schräg zu der Fülle von Lebensläufen im flexiblen Kapitalismus, die von einer eigentümlichen Resignation geprägt sind. Der Gedanke, dass er nicht gut genug sein könnte für den Arbeitsmarkt, kam ihm nicht in den Sinn. Blickte er zurück auf sein Arbeitsleben, sagte er entweder, dass er in dieser einen Situation selbst gescheitert wäre, oder in einer anderen Situation, dass er ein Opfer der Umstände gewesen sei. Und der Sozialstaat hat für ihn klare Aufgaben. Sicher bestimmen er und die weiteren Montagsdemonstranten den Sozialstaat nicht definitorisch, etwa dass die »Hauptfunktion des Staates in der Erwerbsgesellschaft und sein größter Erfolg darin besteht, die soziale Unsicherheit in den Griff bekommen zu haben, das heißt die sozialen Risiken effizient zu reduzieren« und breiten Bevölkerungsschichten soziale Sicherheit verschafft zu haben, was Voraussetzung für Individualitätsentwicklung ist.⁸ Aber Ehrholdt sah, dass in der Gesellschaft immer noch »eine Solidarbewegung da«⁹ war mit Deutungsmustern, »die auch DDR-typisch sind, die aber im Westen in den Unterprivilegiertenmilieus ebenfalls existieren«.¹⁰

⁶ Zit. nach: Robert Baumgarten: Acht Jahre arbeitslos. Der Held von Magdeburg Andreas Ehrholdt, bislang vom Leben nicht verwöhnt, hat seine Rolle gefunden. In: Der Freitag vom 13. August 2004.

⁷ Zit. nach: Barbara Bollwahn: Buch eines Protest-Bürgers. Herr Ehrholdt empört sich. In: tageszeitung vom 1. April 2011.

⁸ Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburger Edition, Hamburg, 2005, S. 47.

⁹ Zit. nach: Robert Baumgarten: Acht Jahre arbeitslos. Der Held von Magdeburg Andreas Ehrholdt, bislang vom Leben nicht verwöhnt, hat seine Rolle gefunden. In: Der Freitag vom 13. August 2004.

¹⁰ Heiko Gerling: Milieus und politische Lager im gesellschaftlichen Wandel. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 9-13, 45-52, hier in der Diskussion S. 22.

Die schon vor der Agenda-2010-Reform eingeforderte Flexibilität und Mobilität brachte er auf mit seinen Umschulungen und seiner Bereitschaft, für eine Arbeit auch den Ort zu wechseln. Aber er misst seinen Lebenslauf nicht in Klischees, wie der Alternative Erfolg oder Scheitern auf dem Arbeitsmarkt, in dem die wachsende Konkurrenz eine große Zahl von Verlierern erzwingt. Und damit hat er auch keine Zweifel daran, was oder wer er überhaupt sei.

Das ist etwas Besonderes und muss überraschen. Acht Jahre Arbeitslosigkeit, dazu die Zeit für die Kuren nach dem Unfall und die vergeblichen Umschulungen lösen in aller Regel die sozialen Bezüge der Betroffenen im gesamten Alltagsleben auf, »die soziale Unsicherheit schafft nämlich nicht nur Armut, ... sie wirkt auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung«.¹¹ Ehrholdt resigniert dagegen nicht. Die Sehnsucht nach sozialer Bindung und Gemeinschaft wird bei ihm nicht »defensiv, zu einem Akt des Selbstschutzes«.¹² Es blieb nicht bei »Protestphantasien«, sondern es wurde auf der Straße demonstriert und damit das Bewusstsein für die Folgen der Hartz-IV-Reformen verstärkt und das gesellschaftliche Meinungsklima verschoben. Die Forderung der Demonstranten nach einer Rücknahme der Hartz-IV-Reformen blieb unerfüllt, ist aber erwähnenswert auch deshalb, weil es eine Schwäche dieser sozialen Bewegung deutlich macht: Ihre Alternativen waren nur gering ausgeprägt und ihre »Wut blieb adressatenlos«.¹³ Den Montagsdemos mangelte es »an klaren Forderungen, an tragfähigen politischen Bündnissen und einer übergreifenden Solidarisierung mit den Betroffenen«.¹⁴

In den Montagsdemonstrationen, den Polemiken gegen und den Debatten um sie wurde weiter eine Spannung sichtbar: Es gab noch Ansprüche an den Sozialstaat, aber mit der Schwierigkeit, einen Ansprechpartner für die Kritik zu finden. Im Bundestag teilten »alle Fraktionen im Kern eine identische Reformphilosophie, von den Grünen bis zur CSU, von den Sozialdemokraten bis zu den Liberalen ... Eine solche politische Einstimmig-

¹¹ Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburger Edition, Hamburg, 2005, S. 38.

¹² Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin-Verlag, Berlin, 1998, S. 190.

¹³ Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen. VSA, Hamburg, 2011, S. 142f.

¹⁴ Dieter Rink/Axel Philipps: Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 20, 1/2007, S. 58.

keit hat man in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus allein am 4. August 1914 erlebt«. ¹⁵ Für die Agendareformer der SPD war »dieser Sozialstaat, den man selber vor 30 Jahren etablierte, mittlerweile entschieden zu teuer, zu parasitär, zu leistungshemmend, zu wachstumsfeindlich, zu paternalistisch« ¹⁶ geworden. Und, wie es Ivan Nagel 2003 auf den Punkt brachte, »von ARD bis RTL, vom Wirtschaftsteil der SZ und FAZ bis zur Bild-Zeitung wurden die immergleichen extrem liberalen Dogmen vorausgesetzt und uns eingehämmert. Alternativen prangerte man schon durch die Wortwahl an.« ¹⁷ Wie kam es zu dieser Entwicklung und wie konnte diese Kritik am Sozialstaat hegemonial werden? Wie wandelten sich die von der SPD vertretenen Gerechtigkeitsvorstellungen und welche Argumentationen lagen ihm zu Grunde? Und wie wandelte sich das gesellschaftliche Klima bis hin zum Protestjahr 2004 und der Gründung der WASG?

Globalisierung und demografischer Wandel – die neoliberale Agenda der 1990er Jahre

Historiker periodisieren die neueste Geschichte gerne nach den Zeiträumen von Regierungswechseln, Parteigründungen bzw. -programmen. Tatsächlich sind diese schon das Ergebnis von sukzessiv hegemonial gewordenen Vorstellungen in der Gesellschaft bzw. den Parteien und schließen diese mit Mehrheitsbeschlüssen ab. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung etwa u.a. mit dem Viermächteabkommen 1971 und dem Grundlagenvertrag 1972 wurde bereits 1963 unter dem Titel Wandel durch Annäherung von Egon Bahr und Willy Brandt auf der Evangelischen Akademie Tutzing programmatisch vorgestellt. ¹⁸ Dem Wechsel der FDP von der Koa-

¹⁵ Franz Walter: Einheitsfront der Reformer. Wer den Sozialstaatsumbau ablehnt, hat im Bundestag und in der politischen Elite keine wirkungsvolle Stimme mehr – also gibt er sie Außenseitern. In: Süddeutsche Zeitung vom 22. September 2004.

¹⁶ Franz Walter: Einheitsfront der Reformer. Wer den Sozialstaatsumbau ablehnt, hat im Bundestag und in der politischen Elite keine wirkungsvolle Stimme mehr – also gibt er sie Außenseitern. In: Süddeutsche Zeitung vom 22. September 2004.

¹⁷ Ivan Nagel: Abwärts in der Doppelhelix. Zum Stand der Diskussionen um die Agenda 2010 und ihre Begrifflichkeit. Das Falschwörterbuch der Sozialreformen. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. Mai 2003.

¹⁸ Egon Bahr: Wandel durch Annäherung. Tutzinger Rede vom 15. Juli 1963.

lition mit der SPD zu einer mit der CDU vorweg gegangen war das Lambsdorff-Papier genannte Sparkonzept des Bundeswirtschaftsministers (Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit)¹⁹ 1982, mit dem die FDP sozio-ökonomisch auf neoliberale Positionen gewechselt war.

So ist auch die Entstehung der Wahlalternative 2006 sowie der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit 2004, vereint als Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit WASG, der Partei gewordene Ausdruck der vorherigen gesellschaftlichen Debatten. Und sie sind zwar sicher eine Reaktion auf die 2003 verkündete Agenda 2010 von SPD und Grünen. Diese neoliberale Reformpolitik setzte aber auch auf vorherige gesellschaftliche Debatten, erste Anläufe, Parlamentsentscheidungen und die dabei popularisierten Argumentationsmuster auf, die diese neue Politik erst hegemoniefähig gemacht haben. Hier verfolgt an der Etablierung der Argumente vom Leistungsmissbrauch und der Unterscheidung von wirklich und scheinbar Bedürftigen sowie an den demografischen Veränderungen und der Lösung privat vor Staat.²⁰

Argumentationsmuster und Wandlungen im Gerechtigkeitsbegriff

Das Argument vom Leistungsmissbrauch erlebte 1992 eine durchschlagende Renaissance. Auslöser waren die Debatten über die Einschränkung des Asylrechts. Der dann von CDU/CSU und FDP mit der SPD vereinbarte Asylkompromiss machte es hegemonial wirksam. Danach profitieren Menschen von Sozialleistungen, weil es keine wirksamen Kontrollen gibt und obwohl sie nicht anspruchsberechtigt sind. Bei der Privatisierung der Bundespost 1994 hieß es *privat vor Staat*. Staatliche Institutionen sind danach weniger effizient als private, weshalb privatisiert werden müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben. Mit der Pflegeversicherung 1995 sollte den *wirklich Bedürftigen* geholfen werden, was eine geringfügige Abwandlung des Arguments vom Leistungsmissbrauch war. Und die Einführung der Riester-Rente 2001 war geradezu von einer Propagandawelle um die prognostizierbar gewiss eintretenden *demografischen Veränderungen* begleitet. Die sinkende Geburtenrate und höhere Lebenserwartung würde zu einer Ver-

¹⁹ Otto Graf Lambsdorff: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (auch Sparkonzept von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vom 9. September 1982).

²⁰ Zu einem Teil der Argumente bereits AG Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 1995. Köln, 1995, S. 127-145.

schiebung zwischen der Anzahl der Sozialbeitragszahler und -empfänger führen, womit die bisherigen sozialen Sicherungssysteme Renten-, Pflege- und Krankenversicherung überfordert wären.²¹

Diese drei Argumentationsmuster werden einige Jahre später in den Agenda2010-Begründungen immer wieder verwendet und sie gehen mit einem gewandelten Gerechtigkeitsbegriff einher. Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit implizieren generell einen sozialen Ausgleich zwischen Menschen zugunsten der Bedürftigkeit von Benachteiligten und Behinderten. Deren Anspruch darauf ist berechtigt und geht so über Formen der Wohltätigkeit, Barmherzigkeit und Dankbarkeit hinaus, diese »Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen«.²² Dabei wird immer über das Verhältnis von Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit sowie Gleichheit diskutiert. Der den drei genannten Argumentationsmustern zu Grunde liegende Gerechtigkeitsbegriff dagegen ist eher versicherungsmathematischer Natur.²³ Der soziale Ausgleich soll nicht mehr zwischen den Menschen erfolgen und ein Rechtsanspruch sein, sondern jeder soll für sich selbst vorsorgen, um schließlich das zu bekommen, was er eingezahlt hat – genauer, was der eingezahlte Betrag nach der Anlage am Kapitalmarkt zum Zeitpunkt der Auszahlung wert ist. Mit dieser Form der Absicherung grundlegender Lebensrisiken wird die Bedürftigkeit von Benachteiligten und Behinderten zwar anerkannt, aber der Ausgleich dafür wird von einer gesellschaftlichen zu einer privaten Aufgabe, die Geltung der Bedarfs- gerechtigkeit wird zugunsten einer Leistungs- bzw. Chancengerechtigkeit zurückgedrängt. Alle drei Argumentationsmuster waren Anfang der 1990er Jahre nicht wirklich neu erfunden worden. Sie waren vordem bekannt, wurden in allen Debatten immer mal wieder bemüht, konnten aber nicht wirkmächtig werden. Trotz aller Verteilungskämpfe konnte der bundesdeutsche Sozialstaat bis in die 1980er Jahre seine Kernleistungen erfüllen und stand er auch bis dahin nicht zur Debatte.

²¹ Zur Kritik u.a. Christian Christen/Tobias Michel/Werner Rätz: Sozialstaat: Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den »Reformen« profitiert. VSA, Hamburg, 2003 und Albrecht Müller: Die Reformlüge. Droemer, München, 2004.

²² John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1975, S. 19.

²³ Christoph Butterwegge: Legitimationsmuster und Massenakzeptanz der Sozialstaatsreform. In: Forschungsjournal NSB, 1/2007, S. 8ff.

Globalisierung und die Standortdebatte um die Wettbewerbsfähigkeit

Dies änderte sich im Verlauf der Dritten industriellen Revolution ab 1974²⁴ mit der Durchsetzung der Informationstechnologie in Produktion, Kommunikation und Verwaltung. Auf den Einbruch 1974/75, den vorübergehenden Aufschwung danach, die weltweite Rezession 1982 und den darauf wieder folgenden Aufschwung in Deutschland aufgrund des wirtschaftlichen Vereinigungsbooms bis 1992, reagierten die wirtschaftlichen und politischen Eliten mit einem Paradigmenwechsel. Als neue Herausforderung und geradezu ein Phänomen Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Globalisierung vorgestellt, unter deren Rahmenbedingungen die einzelnen Wirtschaftsstandorte miteinander konkurrieren. Die Standortdebatte wurde zum international hegemonialen Diskurs, innerhalb dessen die Fragestellungen verschoben wurden. Nicht mehr die Zukunft der gesamten Gesellschaft, ihrer demokratischen Verfasstheit einschließlich des Sozialstaates wurde diskutiert, sondern lediglich die Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der Unternehmen als Kriterium genommen. Deren Wettbewerbsposition sollte durch einen Wechsel von einer nachfrage- zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik verbessert werden. Der dieser Schule verpflichtete Sachverständigenrat der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung, die Fünf Wirtschaftsweisen, empfahl Kapital, unternehmerische Tätigkeit, Technologie und Wissen in den Wirtschaftsraum zu holen, und zur Verbesserung der Angebotsbedingungen dafür eine weitgehende Deregulierung der Arbeitsverhältnisse: Die Steuern und Abgaben sollten gesenkt, die Bürokratie abgebaut und die Tarifverträge flexibilisiert werden²⁵ – das Gegenteil der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.²⁶ Die bundesdeutsche Entwicklung wies dabei im internationalen Vergleich zwei Besonderheiten auf: Die Finanzierung der Deutschen Einheit erfolgte vorwiegend über die Sozialversicherungen, was damit zu kompensieren versucht wurde, dass die Beitragssätze im Zeitraum von 1990 bis 1998 von 35,2 auf 42,8% angehoben wurden; darüber hinaus wurde die

²⁴ Georg Fülberth: Kapitalismus. PapyRossa, Köln, 2010, S. 93ff.

²⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1995/96, Stuttgart 1995, S. 11; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1996/97, Stuttgart 1996, S. 10.

²⁶ AG Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 1995. Köln, 1995, S. 127-145.

Schuldenbelastung der öffentlichen Haushalte in diesem Zeitraum durch Kreditaufnahmen verdoppelt.

Die unter diesen Herausforderungen denkbaren Alternativen der angebotsorientierten vs. nachfrageorientierten Politik, der Deregulierung des Arbeitsmarktes vs. Optimierung, der Chancengerechtigkeit vs. Bedarfsgerechtigkeit etc. verloren an Bedeutung. Vielmehr wurde der neoliberale Paradigmenwechsel als geradezu alternativlos dargestellt. Beworben wurde er gerade in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der mit dem Scheitern der DDR diskreditierten Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und alternativen Entwicklungspfaden überhaupt. Die marktliberale Interpretation der Standortdebatte wurde in den 1990er Jahren zum hegemonialen Diskurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese kurz skizzierten Wandlungen im Gerechtigkeitsbegriff und ihre Folgen sind hier von Interesse, weil sie es erlauben, sowohl die Geschichte der Durchsetzung wie der Kritik an der neoliberalen Politik nachzuvollziehen als auch die Herausforderungen etwas weiter zu fassen, vor denen die WASG stand.

Die SPD in der Standortdebatte

Die SPD war in diesem Zeitraum in der Opposition, sodass die Entwicklung ihrer Positionen in dieser Debatte – mit Ausnahme der Zustimmung bei der Asylrechtsänderung – parlamentsöffentlich nicht deutlich wurde. Mit dem Berliner Programm von 1989 hatte sie ökologische Steuerungsansprüche mit keynesianischen verbunden. In der Standortdebatte hatte sie ein kritisch-aktives Verhältnis zur Globalisierung: »Um zu verhindern, daß Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führt, werden international verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig.«²⁷ Sie trat für eine Arbeitszeitverkürzung ein, für Beschäftigungsprogramme, einen Wertschöpfungsbeitrag und Sonderabgaben für Vermögende, lehnte Privatisierungen ab. Der finanzpolitische Steuerungsanspruch wurde klar ausformuliert: »Nur der Reiche kann sich den armen Staat leisten. Wachsende und neue Staatsaufgaben im Interesse aller erlauben auch künftig kaum geringere Gesamtbelastung durch Steuern, selbst bei strengster Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.«²⁸ Allerdings gilt für das Berliner Programm der SPD auch, was eingangs zu Periodisierungsversuchen von Historikern bemerkt wurde:

²⁷ Berliner Programm der SPD 1989, S. 37.

²⁸ Ebd., S. 47.

Das Programm schloss die gesamtgesellschaftlichen Debatten des vorhergehenden Jahrzehnts ab; seitdem gab es keine Grundsatzdebatten mehr in der SPD. Dazu kam, dass die gesamte Debatte um den »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« der SPD nicht zu Regierungsbeteiligungen verhalf, weshalb er unter dieser Perspektive als ein »historisch beispielloser Flop« persifliert wurde.²⁹

Mit dem zugespitzten Zwang zur Finanzkonsolidierung infolge der politisch gewollten vereinigungsbedingten Belastungen für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen verschoben sich die Diskussionen bei der SPD. Die politische Debatte um die Standortkonkurrenz wurde als Kostendebatte geführt, was auch im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen 1998 deutlich wurde. So fiel die Bilanz, die die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) Anfang 1999 hinsichtlich des Koalitionsvertrages zog, gemischt aus: Er »hat die Hoffnung genährt, [...] dass die aktive Arbeitsmarktpolitik einen anderen Stellenwert erhält. Die ersten Ansätze der rot-grünen Bundesregierung setzen, wenn auch noch zaghaft, neue und richtige Akzente«. Steuerpolitisch bildete nicht die einzelwirtschaftliche Stärkung der Angebotskräfte, sondern die »Stabilisierung der Nachfrage, der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie die künftige Entlastung der Umwelt die Eckwerte des Programms«. Allerdings wurde Anfang 1999 auch gesehen, dass die Bundesregierung einen »Ausbau des Öffentlichen Sektors oder auch die Schaffung eines ›dritten Sektors‹ aus ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen ausgeschlossen zu haben schien«. ³⁰ Der staatliche Gestaltungsanspruch sollte nicht mehr erhöht werden, verzichtet wurde auf Konjunkturprogramme und Nachfragesteuerung, womit der Übergang zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – zunächst sozusagen von links – vollzogen wurde.³¹ Mit dem Schröder-Blair-Papier 1999 wurde der neoliberale Gerechtigkeitsimperativ übernommen, wonach soziale Gerechtigkeit in einer »Ausweitung der Chancengleichheit« bestehe. Die im Berliner Programm noch deutlich ausformulierte Forderung einer internationalen Steuerung mit sozialen und ökologischen Re-

²⁹ Peter Lösche/Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1992, S. 130.

³⁰ AG Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 1999. Köln, 1999, S. 163, 97, 19.

³¹ Sebastian Nawrat: Agenda2010 – ein Überraschungscoup. Kontinuität und Wandel der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten in der SPD seit 1982. Dietz, Bonn, 2012, S. 85ff., 224ff.

geln wurde darin zugunsten »einer EU als weiterhin entschiedene Kraft für die Liberalisierung des Welthandels«³² zurückgewiesen und scheiterte 1999 mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines als Parteivorsitzendem und Finanzminister. Die deutsche Sozialdemokratie sah danach die europäische Ebene nicht mehr als politischen Handlungsraum für sich an und überließ sie anderen Akteuren und Interessengruppen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte durch die erste rot-grüne Regierungskoalition trug mit zu dem New-Economy-Boom bei. Dessen Krise und die riesige Kapitalvernichtung ab 2001 führten bei SPD und Grünen dann allerdings nicht zu einer kritischen Korrektur ihrer Positionen.³³ Während der bundesdeutsche Sozialstaat bis dahin im Kontext der angebotsorientierten Standortdebatte vorrangig unter dem Gesichtspunkt der *Wettbewerbsfähigkeit* umgebaut wurde, wurde dies nun nach den vorhergehenden Debatten auch auf die *Beschäftigungsfähigkeit* erstreckt. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes stand an, mit der die Rechte der Arbeitnehmer und alle sozialen Sicherungssysteme zur Disposition gestellt wurden.

Von der Wettbewerbsfähigkeit zur Beschäftigungsfähigkeit

Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist eine schillernde und immer wieder genutzte Wendung. Die bayerischen Metallgewerkschafter und späteren Initiatoren für eine neue LINKE knüpften mit dieser Formulierung ganz bewusst an die im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 gestartete Kampagne der IG Metall und das gleichnamige DGB-Aktionsprogramm 1997 an. Sie erinnerten damit an die Erwartungen, die man von der erwünschten Koalition von SPD und Grünen hatte. Und sie reflektierten damit auch auf die Enttäuschungen, die diese Regierung seit 1998 und noch gravierender ab 2002 produzierte. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel warf der regierenden CDU/CSU/FDP-Koalition bei der Vorstellung der Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 vor, dass sie zahlreiche sozialstaatliche Sicherungen abgebaut habe und »Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner die Dummen waren«. Die durchschnittliche Lohnsteuerabgabe habe 1982 noch rund 16% betragen und 1995 bereits 20,4% erreicht. Gleichzeitig sei die Steu-

³² Gerhard Schröder/Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999).

³³ Joachim Bischoff: Das Projekt Rot-Grün – eine Bilanz. In: Ders. u.a.: Schwarzbuch Rot-Grün: von der sozial-ökologischen Erneuerung zur Agenda 2010. VSA, Hamburg, 2005, S. 7-25

erlast auf Vermögen und Gewinne von 19,9 auf 9,7% gesunken.³⁴ Vier Jahre später bewertete Zwickel die erste rot-grüne Regierungsbilanz in einem Positionspapier zur Bundestagswahl 2002 als zwiespältig. Trotz wichtiger Einzelverbesserungen bei den Beschäftigtenrechten habe es den angekündigten Politikwechsel nicht gegeben. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und die Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Arbeit, Bildung, Einkommen und Vermögen zeigten die Schwachpunkte: »Im Mittelpunkt der Politik stünden nicht Arbeit, Gerechtigkeit und Innovation, sondern die Spar- und Konsolidierungspolitik.«³⁵ Die IG Metall, wie die meisten anderen Gewerkschaften, forderte eine sozialstaatliche Gesetzgebung und setzte sich für einen macht- und handlungsfähigen interventionistischen Sozialstaat ein.

Dies war für die Gewerkschaften allerdings nur das Mittel, um das Ziel des sozialstaatlichen Kompromisses zu erreichen. Selbstbetätigung sollte mit der materiellen Sicherung des Lebens zusammenfallen. Indem der Status der Arbeitnehmer durch staatsbürgerliche Teilnahme- und soziale Teilhaberechte gegenüber der Arbeitgeberseite gestärkt wird, erhält die Masse der Bevölkerung die Chance, in Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und wachsendem Wohlstand zu leben. Die Standortdebatte wurde, wie bereits bemerkt, auch von der SPD der 1990er Jahre als eine Kostendebatte geführt, womit die Idee eines macht- und handlungsfähigen interventionistischen Sozialstaates infrage gestellt war. Die angebotsorientiert thematisierte Beschäftigungsfähigkeit rückte die Frage der Sozialversicherungsbeiträge als Verteuerung der Arbeit, die so genannten Lohnnebenkosten, in den Mittelpunkt. Bei den Debatten um die die Beschäftigtenrechte direkt berührende Einführung der Pflegeversicherung und der Riester-Rente hatten die Gewerkschaften widerständig reagiert. Sie kritisierten allerdings nicht das gesamte Tableau der neoliberalen Argumentationsmuster als eine Bedrohung der eigenen Vorstellungen zum Zusammenhang von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit und deren durchschlagend entsolidarisierende Wirkung in der Gesellschaft. Auf die Privatisierung von Bahn und Post waren die Einzelgewerkschaften nicht vorbereitet und versuchten sie durch Zugeständnisse sozial abzufedern. Ihre Kampfbedingungen waren dabei dadurch erschwert, dass ihre Positionen einerseits einem erheblichen medialen Druck

³⁴ Zit. nach: Harsche Kritik an IG Metall. CDU-Generalsekretär Hintze wirft Zwickel Parteinnahme vor – Gewerkschaft startet Anzeigenkampagne. in: Die Welt vom 14.2.1998.

³⁵ IG Metall Positionspapier zur Bundestagswahl. Pressemeldung der IG Metall Nr. 36/2002 vom 9. April 2002.

ausgesetzt waren, die Reformen mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ihre Verhandlungspositionen geschwächt hatten, sie weiter mit organisationspolitischen Problemen wie geringerer Organisationsfähigkeit und geringerem Machtpotenzial gegenüber den Arbeitgebern zu kämpfen hatten und sie nicht zuletzt auch eine geringere Präsenz im parlamentarischen Raum hatten. Mit dem Generationenwechsel innerhalb der SPD sank der Anteil der Gewerkschafter in den Parlamenten; die PDS war damals ohnehin keine klassische Arbeitnehmerpartei, worauf noch zurückzukommen ist. Die Gewerkschaften insgesamt sahen ihr Feld unter diesen Voraussetzungen ab 1998 in einer Einflussnahme auf die Bundesregierung aus SPD und Grünen, in der sie nach sechzehn Jahren Kohl-Regierung und gegenüber einer CDU/CSU/FDP-Koalition bessere Durchsetzungschancen sahen. Die Veränderungen in der SPD bis zum Schröder-Blair-Papier wurden dagegen nur partiell zur Kenntnis genommen und der Protest dagegen und gegen die folgenden Sozialstaatsreformen bis zur Gründung der WASG war keineswegs Konsens in der gewerkschaftlichen Bewegung. Der spätestens mit der Standortdebatte Anfang der 1990er Jahre sich verstärkende ökonomische Druck auf die Betriebe, Belegschaften und damit auch die Gewerkschaften wurde selten als eine neue Qualität der Auseinandersetzungen reflektiert und betriebliche oder überbetriebliche Formen kollektiver politischer Interessenpolitik wurden kaum entwickelt.

Das Auseinanderfallen wohlfahrtsstaatlicher Ansprüche und Erwartungen

Die Verschiebungen in den gesellschaftlichen Diskussionen seit den Standortdebatten Anfang der 1990er Jahre und die Massenwirksamkeit der um die beiden zentralen Themen Globalisierung/Standort und demografischer Wandel/soziale Sicherungssysteme popularisierten neoliberalen Argumente sind kaum zu unterschätzen, aber widersprüchlich.

Die generellen wohlfahrtsstaatlichen Ansprüche in der Bevölkerung änderten sich seit den 1980ern trotz dieser Erfolge des Neoliberalismus nur unwesentlich. Es bestand ein breiter Konsens darüber, dass der Wohlfahrtsstaat die institutionelle Antwort auf die grundlegenden Lebensrisiken Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter ist, die mit der industriellen Produktionsweise im 19. Jahrhundert erst entstanden waren. Die Frage nach diesem institutionellen Kern des Wohlfahrtsstaates beantworteten³⁶

³⁶ Die folgenden Zahlen mit einer Fülle weiterer Literatur nach Oliver Nachtwey/Tim Spier: Günstige Gelegenheit. Die sozialen und politischen Entstehungs-

1984 90,2% und über die Jahre konstant 2004 87,7% mit Ja. Auch die Frage nach seinen interventionistischen Aufgaben vom Kampf gegen Arbeitslosigkeit über Preisstabilität bis zum Recht, unternehmerische Freiheiten einzuschränken, wurde ähnlich gleichbleibend beantwortet: 1984 stimmten dem 73,5% und 2004 noch 64,3% zu. Veränderungen gab es in diesen beiden Jahrzehnten allerdings bei der Frage der Höhe der Sozialleistungen. Auf die Frage nach der Erhöhung, respektive Kürzung, der Sozialleistungen halbierte sich fast die Anzahl der zustimmenden Aussagen zu Ungunsten höherer Sozialleistungen. Bemerkenswert sind die Angaben der befragten Arbeitslosen: 1984 sprachen sich 3,5%, 2004 dann 13,9% für eine Kürzung der Sozialleistungen aus.

Die seit 1992 etablierten Argumente vom *Leistungsmissbrauch* und die Unterscheidung zwischen *wirklich und scheinbar Bedürftigen* hatten eine hegemoniale Wirkung entfaltet. Die unverändert generellen Ansprüche an den Sozialstaat konnten unter diesen Voraussetzungen nur mehr weniger politisch und mehr moralisch zur Geltung gebracht werden. Es entwickelte sich sukzessive ein »erhebliches, wenn auch diffuses Protestpotenzial«. ³⁷ Die unveränderten Erwartungshaltungen an abstrakt-moralische Wohlfahrtsstaatsansprüche und die konkret-politischen Wohlfahrtsstaaterwartungen klappten auseinander. Es fehlte ein konkret-politischer Adressat, der mehr anbot als die programmatisch veränderte SPD und die wenig durchsetzungsfähigen Gewerkschaften. Mit der Niederlage beim Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland hatte die IG Metall erstmals seit einem halben Jahrhundert einen Streik ohne Ergebnis abbrechen müssen. Die Tarifauseinandersetzungen 2004 bei Siemens, Daimler-Chrysler, KarstadtQuelle, VW und Opel hatte deren Schwäche bestätigt. In allen Fällen stimmte sie Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen zu und erhielt sie lediglich die vage Zusage auf Beschäftigungssicherung im Sinne eines Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen und einer Fortsetzung des sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus. ³⁸

hintergründe der Linkspartei. In: Tim Spier u.a. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, VS, Wiesbaden, 2007, S. 32ff.

³⁷ Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen. VSA, Hamburg, 2011, S. 140f.

³⁸ Thomas Sablowski: Gewerkschaften am Scheideweg. In: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Dezember 2004, und Günther Frech: Grenzen der Betriebsratslogik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2004.

Die Entstehung der beiden Alternativen und ihre ersten Aufrufe

Ab dem 2. März 2004 erschienen in der Presse erste Berichte über die Gründungsaktivitäten der beiden Initiativen »Arbeit & soziale Gerechtigkeit« und »Wahlalternative 2006«.³⁹ Am 5. März 2004 fand in Berlin das erste Treffen der »Wahlalternative 2006« statt, wofür ein Konferenzsaal im Berliner Gewerkschaftshaus angemietet wurde. Mit dabei waren in Berlin auch Klaus Ernst und Thomas Händel, die gemeinsam mit den weiteren Initiatoren die Forderungen der ASG auf einer Pressekonferenz am 19. März 2004 in Nürnberg vorstellten. Beide Initiativen legten dabei Aufrufe vor, die ihre vorherigen internen Debatten abschlossen und die Gründung einer »wählbaren sozialen Alternative ausdrücklich einschlossen«⁴⁰ bzw. das Ziel verkündeten, eine »neue, eigenständige politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit der Aussicht auf Erfolg anzutreten in der Lage ist«,⁴¹ und bildeten Arbeitsausschüsse (siehe Kasten auf Seite 38f.).

Der zweiseitige Aufruf der ASG war aus Diskussionen einiger politisch aktiver Gewerkschafter der IG Metall in Bayern entstanden und ließe sich weiter bis zur Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen 1999 zurückverfolgen.⁴² Die regionale Herkunft der Initiatoren ist dabei politisch zu verstehen: »In der Tarifpolitik der Nachkriegsgeschichte wurden alle Margen von der IG Metall im Südwesten gesetzt – bis auf die Ausnahme

³⁹ DGB/SPD. Graben zwischen den Genossen. Aus Enttäuschung über die SPD erwägen Teile der Gewerkschaften die Gründung einer eigenen Partei. In: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2004; »Die Entfremdung zur SPD ist groß« – Gewerkschafter und Linke schließen Gründung einer neuen Partei nicht aus. In: Nürnberger Nachrichten vom 5. März 2004; Kursdebatte in der SPD. Schröders Mission Impossible. In: Spiegel online am 5. März 2004.

⁴⁰ Aufruf der »Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, März 2004, zit. nach Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, VSA, Hamburg, 2012, S. 183.

⁴¹ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 5. Februar 2004, zit. nach Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, VSA, Hamburg, 2012, S. 190 und gekürzte Fassung ohne Angabe des Autors, 15. März 2004, S. 4. Die erste Fassung dieses Aufrufes lag beim Treffen vom 2. März vor; die gekürzte Fassung wurde am 15. März auf www.wahlalternative.de veröffentlicht und im Newsletter versandt.

⁴² Perspektiven der Gewerkschaftslinken. Beilage zu: Sozialismus, 7-8/1999

der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die im Norden erkämpft wurde.«⁴³ Eine erste längere Fassung von Klaus Ernst und Thomas Händel entstand in den Debatten seit der Agenda-Rede von Gerhard Schröder vom 14. März 2003, wurde für die Veröffentlichung stark gekürzt und drei Wochen vor der Nürnberger Pressekonferenz versandt und online auf www.alternative-asg.de veröffentlicht.⁴⁴

Der Aufruf erinnerte zunächst daran, dass die SPD mit ihren Wahlversprechen von 1998 und 2002 als eine »Alternative zur neoliberalen Politik ihrer Vorgängerregierungen erschien«, sie sich seitdem aber zur »Hauptakteurin des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entwickelt hat«.⁴⁵ In der programmatischen Auseinandersetzung mit den neoliberalen Argumentationsmustern griff der Aufruf die »Erhöhung des Drucks auf Arbeitslose«, die »Ausweitung des Billiglohnsektors«, »die Senkung der Unternehmenssteuern«, die »bislang massivste Beschädigung des paritätischen Systems der sozialen Sicherung« mit der Rentenreform, die »Gesundheitspolitik zu Lasten der Patienten und sozial Schwachen«, eine »Bildungspolitik der Elitenförderung bei gleichzeitiger Verarmung der meisten Universitäten« und das »lediglich ›taktische‹ Bekenntnis zur Tarifautonomie und den Druck auf die Gewerkschaften« an. Gegen diese Regierungspolitik der SPD traten die Initiatoren für Investitionsprogramme, eine Umverteilung von Arbeit, eine höhere Beteiligung der Spitzenverdiener und höhere Besteuerung der Wohlhabenden sowie Unternehmen zur Finanzierung des Gemeinwesens ein und forderten sie die 1998 versprochene Sicherung des Streikrechts und ein Bekenntnis zur Koalitionsfreiheit. Strategisch wurde davon ausgegangen, dass dieser Weg der SPD »noch nicht zu Ende ist«. Die vielen Austritte aus der SPD und die steigende Zahl der Nichtwähler wurden als »eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie« verstanden, weil es »keine relevante organisierte politische Gruppierung gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft« bilden würde. Gegen eine Haltung des »Nichtwählens und Rückzugs in die innere Immigration« wurde sich für ein Bündnis »mit allen politischen Kräften und Personen, die

⁴³ Günther Frech: Grenzen der Betriebsratslogik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2004, S. 1424.

⁴⁴ Vgl. die Erinnerungen dazu in Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ... von Klaus Ernst, S. 49, und Thomas Händel, S. 77.

⁴⁵ Alle folgenden Zitate nach Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ..., S. 181-183.

Der erste Arbeitsausschuss der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

(vorgestellt am 19.3.2004 auf der ersten Pressekonferenz der ASG)

Klaus Ernst, 1954, Elektromechaniker, Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialökonom, 1984 Anstellung als Gewerkschaftssekretär in der Stuttgarter IG Metall, ab 1995 gewählter 1. Bevollmächtigter in Schweinfurt; 2010 bis 2012 Vorsitzender der LINKEN, seit 2005 MdB.

Thomas Händel, 1953, Elektromechaniker, Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt a.M., dort Assistent für den Lehrbetrieb u.a. von Wolfgang Abendroth, 1987 Geschäftsführer der IG Metall in Fürth sowie Mitglied des Beirats der IG Metall, seit 2007 stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 2009 MdEP.

Anny Heike, 1948, Groß- und Außenhandelskauffrau, Betriebswirtin, 1979-1989 Sprecherin des Fürther Friedenskomitees, seit 1990 Gewerkschaftssekretärin und seit 1992 2. Bevollmächtigte der IG Metall Verwaltungsstelle in Fürth.

Gerd Lobboda, 1947, Mechaniker, seit 1983 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle in Nürnberg, Mitglied im Vorstand der IG Metall.

Günther Schachner, 1952, 1982-2012 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Weilheim, Mitglied im Vorstand der IG Metall.

Herbert Schui, 1940, 1974-2005 Professur für Volkswirtschaftslehre u.a. in Bremen und Hamburg, 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, 2005-2010 MdB.

Peter Vetter, 1944, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Kempten, Mitglied im Beirat der IG Metall.

Der erste Arbeitsausschuss der Wahlalternative

(gebildet am 5. März 2004)

Joachim Bischoff, 1944, Soziologe und Publizist, Mitherausgeber Zeitschrift Sozialismus und Lektor beim VSA: Verlag, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Mitarbeit an den Programmatiken Eckpunkten, 2008-2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Richard Detje, 1954, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter von WISSENTTransfer.

Ralf Krämer, 1960, Sozialwissenschaftler, 1993 bis 2000 hauptamtlicher Redakteur der spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, seit 2002

Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, 2007-2011 Mitglied der Programmkommission und der Redaktionskommission für das neue Programm der Partei DIE LINKE.

Sabine Lösing, 1955, Studium Sozialwissenschaften, Kunstgeschichte, Volkswirtschaft, tätig als Sozialarbeiterin und Sozialtherapeutin, ab 2001 Kokreis Attac Göttingen/Kokreis Attac-D-»genug-für alle«/Attac Rat, seit 2009 MdEP.

Helge Meves, 1961, Schriftsetzer, Soziologe und Philosoph, seit 2005 Sekretär Steuerungsgruppe zur Fusion Linkspartei.PDS und WASG, seit 2007 Referent Strategie & Grundsatzfragen Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE.

Marc Mulia, 1969, Studium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Philosophie und Pädagogik, 2006-2014 Lehrer an einem Gymnasium in Duisburg, seit 2015 abgeordneter Studienrat in der AG Schulforschung der Ruhr-Universität Bochum.

Irina Neszeri, 1974, Sprachwissenschaftlerin, 1999-2004 Ratsfrau Duisburg, Bereichsleiterin Kommunikation DIE LINKE. NRW.

Axel Troost, 1954, Volkswirt, seit 1981 Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und seit 1984 geschäftsführender Gesellschafter des *Progress-Institut für Wirtschaftsforschung* (PIW GmbH) in Bremen und Teltow, seit 2005 MdB, seit 2012 stellv. Vorsitzender der LINKEN.

Frieder-Otto Wolf, 1943, Philosoph und Politikwissenschaftler, 1994 bis 1999 MdEP Bündnis 90/Die Grünen, Präsident des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD) und Präsident der Humanistischen Akademie Deutschlands.

sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen«, ausgesprochen. Perspektivisch wurde die Gründung einer neuen Partei in Aussicht gestellt.

Der Aufruf der Wahlalternative entstand ebenfalls in einem längeren Selbstverständigungs- und Diskussionsprozess. Im Mai 2003 hatte Ralf Krämer ein Diskussionspapier »Was für eine Partei braucht die sozialistische und gewerkschaftliche Linke?« vorgelegt, im Dezember umgearbeitet für einen kleineren Kreis versandt und danach zu der Fassung vom 5. Februar 2004 entwickelt, mit der zum ersten Treffen am 2. März eingeladen wurde. Veröffentlicht wurde dann am 15. März ein Aufruf, der in den Teilen über das Verhältnis zu anderen Organisationen und Parteien sowie mit organisationspolitischen Erwägungen stark gekürzt war. Er bot weniger eine Analyse der konkreten Aktivitäten der Bundesregierung auf den einzelnen Politikfeldern, sondern resümierte sie programmatisch als »Politik für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft, die radikalisiert, ideo-

logisch befestigt und gesetzgeberisch umgesetzt worden ist.«⁴⁶ Diese Einschätzung wurde mit der Perspektive Bundestagswahl 2006 fortgeführt zu einer strategischen Analyse der Oppositionsbewegungen in Deutschland und zu »einigen Vorstellungen über die Charakteristika und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation«.

Der Aufruf ging davon aus, dass »sich die soziale Opposition einig ist in der Ablehnung des Sozialabbaus, aber auch jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung, und in der abstrakten Behauptung, eine Alternative sei möglich«. Differenzen und Schwächen wurden dagegen gesehen in der »Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könne«. Ausgehend von den im Aufruf beschriebenen Kräfteverhältnissen wurde die Alternative »Reform oder Revolution« zugunsten »sozialer Reformismus oder weiterer Vormarsch der neoliberalen Reaktion« zurückgewiesen. Die Entwicklung der programmatischen Alternative »sollte sich im Umfang und im Konkretisierungsgrad sowie im Zeithorizont bewusst auf die bevorstehenden Jahre beschränken und die konsensfähigen Positionen in den Mittelpunkt stellen«. Mit Differenzen und Widersprüchen sollte so umgegangen werden, »dass sie nicht zu internen Spaltungsdiskussionen hochgezogen werden, sondern im Sinne bewusster Pluralität akzeptiert und positiv genutzt werden«; der Aufruf nannte hierbei unterschiedliche Positionen bei Mindestlöhnen, Grundsicherung, Stellenwert von Investitionsprogrammen und von Arbeitszeitverkürzungen, zur Wachstumsfrage, zur Notwendigkeit einer perspektivisch grundsätzlichen Systemüberwindung. Die Ansprüche an die programmatische Entwicklung wurden dabei durchgängig mit strategischen Erwägungen zur Organisation der neuen Partei und ihrem Verhältnis zu anderen Bewegungen und Parteien verschränkt. Dem programmatischen Grundkonsens entsprach die Idee einer »breiten Sammlung bzw. eines Bündnisses«, das »für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, ein offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen« ist, »aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt«. Angesprochen werden sollte damit ein Spektrum »von Kommunisten über Sozialisten bis zu Sozialstaatskonservativen und sozial orientierten Christen«. Hinsichtlich der potenziellen Akteure wurde auf »Aktive aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Bewegungen« orientiert, mitmachen können sollten auch Mitglieder anderer Parteien. Zur Durchsetzung dieser programmatisch-strategischen

⁴⁶ Alle folgenden Zitate nach Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ..., S. 184-206.



tegischen Vorstellungen wurde für die neue Partei ein politisches Zentrum gefordert, »das die grundlegenden Positionen und Herangehensweisen in besonderer Weise trägt und dafür sorgt, dass sie sich durchsetzen«. Gebildet werden sollte dieses Zentrum durch eine »nichtsektiererische Linke mit starker gewerkschaftlicher Verankerung und starken Verbindungen in linke

Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszenen«, die über »gemeinsame Erfahrungen, bündnisfähige Positionen und Praxis verfügt und alte Spaltungen hinreichend überwunden hat, um diese Rolle wahrzunehmen«.

Die hier erkennbaren unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in beiden Aufrufen waren weniger programmatischen Differenzen zwischen beiden Initiativen, sondern eher ihrem unterschiedlichen Charakter und Zielgruppen geschuldet. Die ASG-Initiatoren agierten aus dem relativ überschaubaren Diskursraum politisch aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokraten und stellten die knappe Auswahl politischer Schwerpunkte, Sprache und Umfang auf diesen Kontext ab. Der etwa sieben Mal umfangreichere Aufruf der Wahlalternative dagegen versuchte sich zu der gesamten linken Gewerkschafts-, Bewegungs-, Wissenschafts- und Kulturszene ins Verhältnis zu setzen. Dieser größere Rahmen erforderte es, weitere politische Themen und innerlinke Verhältnisse in den Blick zu nehmen, womit dieser Aufruf schließlich eine programmatisch-strategische Streitschrift wurde. Die für die Vereinigung beider Initiativen am 3./4. Juli dann gemeinsam erarbeiteten »Vorschläge für programmatische Grundlagen« sowie die »Berliner Erklärung« vom 19. Dezember waren ein Ausdruck der gemeinsamen Vorstellungen. Neu war hier bzw. ausformuliert und beschlossen wurden erstmals außenpolitische Positionen, etwa dass es keine »militärischen Konfliktlösungen (geben), stattdessen zivile Konfliktregulation und Krisenprävention gestärkt werden solle«. Anders thematisiert wurde auch die Demokratiefrage. In den ersten beiden Aufrufen wurden Demokratiedefizite als Problem hinsichtlich der zunehmenden Wahlenthaltung und Wahlverluste für die SPD thematisiert. Im Mittelpunkt der Berliner Erklärung stand, dass »die Zerstörung des Sozialstaats Entdemokratisierung bedeutet«.

Exkurs: Das Verhältnis zur PDS

Beide Aufrufe zur Gründung einer neuen Partei legitimierten ihre Anliegen damit, dass die Austritte aus der SPD und der Anteil der Nichtwähler erheblich zugenommen hatten. Mit der Positionierung links von bzw. beim Berliner Programm der SPD stellte sich weiter die Frage, wie das Verhältnis zur PDS bestimmt werden sollte. Die ASG ging in ihrem Aufruf davon aus, dass es »durch den Kurswechsel der SPD keine relevante organisierte politische Kraft mehr gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft darstellt«, und erwähnte die PDS nicht. Die Wahlalternative sah die PDS nicht in der Lage, »den überwiegenden Teil des Potentials

auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonst wie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage«. Zwar bietet sich die PDS generell dazu an, hieß es, »den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen«, und »hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert«. Aber letztendlich sei sie für »die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet«. In der Langfassung des Aufrufes hieß es dann mit der Perspektive auf die Bundestagswahlen, »anzustreben ist aber, dass die PDS ... sich als wichtiger Teil in ein neues linkes Alternativprojekt einbringt«.

Die PDS wiederum war nach der Bundestagswahl 2002 und dem Verlust der Bundestagsfraktion in einer Krise. Zu Machtzentren wurden die Landtagsfraktionen in den neuen Bundesländern. Tragend waren für sie ihre ostdeutschen Erfahrungen, der Umgang mit ihnen und der Rekurs darauf wie auch die erfolgreiche Transformation von der SED zur PDS. Mit der Tolerierung der Landesregierung in Sachsen-Anhalt 1994 und den folgenden Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern 1998 und in Berlin 2001 hatte sie sich als Partei etabliert und heftige ideologische Vorurteile durchbrochen. Aber darüber, wie zu regieren sei, konnte in der Partei kein strategischer Konsens etabliert werden. Insbesondere die Regierungsbeteiligung in Berlin war innerparteilich arg umstritten, ohne dass dabei für die lokalen Herausforderungen durch die Berliner Bankenkrise, die Übernahme von über 20 Milliarden Euro Schulden und die dadurch entstandene extreme Haushaltsnotlage Lösungen gefunden wurden. Ende 2004 resümierte Lothar Bisky, dass die PDS »noch am Anfang ihrer Konsolidierung«⁴⁷ stände.

Was eine der Voraussetzungen für ihren Erfolg seit 1990 in den neuen Bundesländern war, erschwerte gleichzeitig ihre Öffnung, zuweilen treffend unglücklich »Westerweiterung« genannt.⁴⁸ »Sie grenzte sich unfreiwillig von potentiellen westlichen Wählerschichten ab, die mit dieser im Westen organisatorisch und personell ungefestigten Partei wenig zu tun haben

⁴⁷ Zit. nach: Daniel Schulz: Die PDS entdeckt die Einheit. In: die tageszeitung vom 1. November 2014.

⁴⁸ Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005. Dietz, Berlin, 2005.

wollten.«⁴⁹ Die PDS hatte weiter keine bundesweit wirkenden und darüber Debatten anstoßenden Medien, wodurch sie zum Bezugspunkt gesellschaftlicher Bewegungen werden konnte. Ihre Vernetzung in den Gewerkschaften war trotz des Wirkens ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft mit Personen wie Harald Werner oder Jakob Moneta gering. An der »Adaption und offenen Sichtung ... theoretischer Grundlagen, von, sagen wir, der Kritischen Theorie bis zu den modernen angelsächsischen Philosophen haperte es«.⁵⁰ In den alten Bundesländern gab es für die PDS »ein Vakuum, das wir nicht füllen konnten«, resümierte Gregor Gysi und sprach sich deshalb gegenüber der WASG für ein »Kooperationsangebot«⁵¹ aus. Stark war sie dagegen in der Erwerbslosenbewegung verankert. An den Montagsdemonstrationen gegen den Sozialabbau 2004 beteiligte sie sich sehr rege, verteilte Flyer und war durch Fahnen und ihr Plakat »Hartz IV ist Armut per Gesetz« präsent wie keine andere Partei. Damit stellte sie den Anschluss zu diesen Bewegungen her, was sich auch in ihren Umfragewerten unter den Demonstranten ausdrückte. Auf die Sonntagsfrage zum Wahlverhalten unter den Demonstranten entschieden sich am 13. September 2004 in Ostdeutschland 49% für die PDS, in Westdeutschland waren es immerhin 34%.⁵²

Die politisch-kulturellen Differenzen zwischen beiden Initiativen und der PDS waren erheblich und gegenseitig. Bei der Nürnberger Pressekonferenz der ASG wurde angemerkt, dass die Website mit dem Aufruf in allen Bundesländern aufgerufen wurde – außer in Mecklenburg-Vorpommern, wo die digitale Infrastruktur wohl noch nicht so weit wäre. Ralf Krämer skizzierte in der Langfassung des Aufrufes für die Wahlalternative, dass im Falle einer Selbstbeschränkung der PDS auf die Ansprüche einer »ostdeutschen Regionalpartei ... keine weitere Rücksicht auf sie genommen werden« könne, schlug aber gleichzeitig vor, die Rosa-Luxemburg-Stiftung als »gemeinsame politische Stiftung weiter zu entwickeln«.⁵³

⁴⁹ Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Nomos, Baden-Baden, 2013, S. 61.

⁵⁰ Horst Kahrs: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS? In: UTOPIE kreativ, Sonderheft zur PDS-Programmdiskussion, S. 6.

⁵¹ Zit. nach: Daniel Schulz: Die PDS entdeckt die Einheit. In: die tageszeitung vom 1. November 2014.

⁵² Dieter Rink/Axel Philipps: Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 20, 1/2007, S. 54.

⁵³ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 5. Februar 2004, zit. nach Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt?

Die westdeutschen Initiatoren kamen zu einem großen Teil aus den Gewerkschaftsbewegungen der alten Bundesländer und waren dort hervorragend vernetzt, was der PDS im Osten nie gelang. Konzeptionell ungelöst waren die Herausforderungen durch die Sozial- und Wirtschaftsstruktur der neuen Bundesländer und die Folgen der Deindustrialisierungen seit 1990.⁵⁴ Die von beiden Initiativen favorisierten neokeynesianischen Konzepte konnten auf keiner Wirtschaftsstruktur aufsetzen, die der eines Bundeslandes im Westen vergleichbar wäre. Mit der Industrie waren auch die entsprechenden Industriegewerkschaften wesentlich schwächer und ihr Organisationsgrad in den Betrieben geringer. Die neuen Arbeitgeber schließlich waren etwa zur Hälfte nicht Mitglied in den Arbeitgebervereinigungen und sahen sich nicht an deren Tarifabschlüsse gebunden. Sicher hatte Axel Troost für die PDS in Mecklenburg-Vorpommern die Konzeption eines Öffentlichen Beschäftigungssektors weiter entwickelt und umsetzungsfähig gemacht. Eine Auseinandersetzung mit diesen sozialstrukturellen Unterschieden gab es darüber hinaus in den programmatischen Papieren nicht, wenngleich auch bekannt war, dass die Gewerkschaften in den neuen Bundesländern »eine geringere Rolle für linke Politik spielen, insbesondere die klassenkämpferische Herangehensweise viel schwächer« war, wie es Ralf Krämer im Rückblick festhielt.⁵⁵ Eine Folge dieses Defizites waren Fehlkalkulationen bei der Einschätzung der strategischen Möglichkeiten der PDS bei deren Agieren in Regierungsbeteiligungen unterhalb der Bundesebene und im Umgang mit ihr generell.

Gravierende inhaltliche Unterschiede gab es auf der programmatischen Ebene weniger, weshalb zu Beginn des späteren Fusionsprozess von etwa 95% Übereinstimmung gesprochen werden konnte. Bei zwei finanz- und wirtschaftspolitischen Komplexen gab es allerdings schon Differenzen. In der PDS wurden bis zum Chemnitzer Programm 2003 Ursachen und Folgen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus thematisiert, aber nicht in seiner Tragweite gefasst und in der Partei zum Gemeingut, wie bei der Wahlalternative. Deutlich wurde das etwa in der Begründung des Verkaufs der Berliner Wohnungsbaugesellschaft GSW an die Cerberus Capital Management durch den wohnungspolitischen Sprecher, der im Käufer eine Art tra-

Wege in die WASG, Wege in die LINKE, VSA, Hamburg, 2012, S. 198.

⁵⁴ Z.B. Harald Wolf: Rot-Rot in Berlin. VSA, Hamburg, 2016, S. 10-23.

⁵⁵ Interview Ralf Krämer in: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ... S. 73.

ditioneller Investitionsbank, nicht aber einen »neuen Eigentübertypus«⁵⁶ sah, wie es Harald Wolf später charakterisierte. In der Begründung zum Verkauf hieß es dagegen: »Investmentfonds sind keine karitativen Einrichtungen. Sie müssen eine angemessene Verzinsung des ihnen anvertrauten, eingesetzten Kapitals erzielen. ... Aber auch der neue Eigentümer braucht nicht Leerstand, sondern Mieteinnahmen und weiß um die Sozialstruktur in seinen Beständen.«⁵⁷ Belegen kann dies auch die Bemerkung des Berliner Wirtschaftssenators 2002, dass die Börse »eine geniale Erfindung des Kapitalismus«⁵⁸ sei – was voraussetzen würde, dass Kursentwicklungen an der Börse etwas mit Intelligenz oder Leistung zu tun hätten und als ob gerade die jüngere Geschichte der Finanzmärkte nicht hätte daran zumindest zweifeln lassen müssen.⁵⁹ In der WASG wurden diese sozioökonomischen Voraussetzungen insbesondere im Umkreis der Zeitschrift Sozialismus als Übergang »vom Fordismus zur finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation«⁶⁰ analysiert.

Sonst fiel den Initiatoren die Einschätzung der Möglichkeiten für die Mitgliederentwicklung der WASG in den neuen Bundesländern schwer. Von »mal sehen, was wir im Osten erreichen«, ⁶¹ über »wir sind dort noch nicht so weit«⁶² bis zu »zwischen SPD und PDS ist im Osten offensichtlich wenig Platz«⁶³ reichten die skeptischen Einschätzungen; die Initiatoren aus den

⁵⁶ Harald Wolf: Rot-Rot in Berlin. VSA, Hamburg, 2016, S. 269, zur Privatisierung der GSW generell S. 256-271; Helge Meves: Tafelsilber im Hades. Eine Zwischenbilanz zum Verkauf der Wohnungsgesellschaft GSW durch den Berliner Senat vor einem Jahr. In: MieterSchutz. Organ des Mieterschutzbundes Berlin e.V. 2/2005

⁵⁷ Verkauf der GSW – Kein Not-, aber ein Notlagenverkauf. Newsletter von Michail Nelken, wohnungspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus vom 15. Juni 2004.

⁵⁸ Zit. nach: Gysi in New York – im Auftrag des Kapitals. In: Berliner Morgenpost vom 14. Juni 2002.

⁵⁹ John Kenneth Galbraith: Finanzgenies. Eine kurze Geschichte der Spekulation. Eichborn, Frankfurt a.M., 1992.

⁶⁰ Joachim Bischoff: Die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus«. In: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Dietz, Berlin, 2015.

⁶¹ Axel Troost zit. nach: Furcht und Elend der PDS: die Linkspartei. In: tageszeitung vom 20.4.2004.

⁶² Thomas Händel zit. nach: Verein für Politikwechsel gegründet. In: Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 2004.

⁶³ Thomas Händel zit. nach: Hilfsbremser sind wir nicht. Interview im: Freitag vom 21. Januar 2005.

alten Bundesländern hatten dazu meist kein Verhältnis zur PDS.⁶⁴ Parallel dazu schlossen WASG und PDS eine künftige Kooperation bei Wahlen aber nicht aus, sah Lothar Bisky »viele Gemeinsamkeiten« und wandte er sich gegen die Vorstellung, dass die WASG der »westdeutsche Arm der PDS« werden könne, oder »andere das durchsetzen, was man selber möchte«,⁶⁵ und resümierte er zur Konkurrenzsituation: »Wähler werden nicht weggeschnappt. Wähler entscheiden sich selber. Ich will damit nicht sagen, dass mich das freuen würde, aber wenn auf der linken Seite etwas Neues entsteht, reagiere ich nicht hysterisch, sondern frage mich, ob es da mögliche Partner gibt oder ob es Felder gibt, die wir vernachlässigt haben.«⁶⁶ Auch Oskar Lafontaine sah in der Wahlalternative eine Organisation, »die längerfristig eine erneute Sammlung der Linken versucht. Das Potenzial ist vorhanden« und positionierte sich »ich kämpfe für eine wirkliche Neuorientierung der SPD. Wenn dies nicht gelingt, werde ich eine Wahlalternative unterstützen. Über Art und Umfang meines Engagements entscheide ich dann«.⁶⁷

Bei der Pressekonferenz anlässlich der Bekanntgabe des Ergebnisses der Urabstimmung zur Parteigründung lautete die Antwort aus dem vierköpfigen Sprecherkreis der WASG auf die entsprechende Frage zur PDS, dass das Verhältnis »relativ unbefleckt«⁶⁸ sei. Problematischer freilich war das Verhältnis auf der Ebene der Landesverbände. In Berlin hatte sich vor der WASG bereits die Berliner Wahlalternative explizit gegen die PDS in der Regierung formiert. Thüringer WASG-Delegierte stellten auf der Nürnberger Bundesdelegiertenkonferenz einen Antrag, der auf eine scharfe Abgrenzung zur PDS zielte. Etliche ostdeutsche WASG-Mitglieder sahen sich – wie spiegelbildlich westdeutsche PDS-Mitglieder – als potenzielle Bauernopfer bei einer denkbaren Aufteilung der Wahlgebiete.

⁶⁴ Vgl. die Erinnerungen dazu in Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ... von Peter Vetter, S. 25ff., Christine Buchholz, S. 34, Anny Heike, S. 116.

⁶⁵ Zit. nach: Die PDS mit der »Wahlalternative«? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 2004.

⁶⁶ Zit. nach: »Auf linke Prinzipien einigen.« Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, über eine Zusammenarbeit mit einer neuen Linkspartei. In: Pforzheimer Zeitung vom 3. Juni 2004.

⁶⁷ Es geht mit Schröder nicht mehr. SPIEGEL-Gespräch mit Oskar Lafontaine. In: Der Spiegel vom 9. August 2004.

⁶⁸ Axel Troost zit. nach: Relativ unbefleckt. In: Die Zeit vom 22. Dezember 2004.

Protestzyklus und Landtags- sowie Europawahlen 2004

Im Jahr der Gründung der beiden Initiativen, ihrer Formierung als gemeinsamer Verein Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und der Ankündigung der Parteigründung am 22. Januar 2005 entwickelte sich ein Protestzyklus, der die Entstehung beider Initiativen maßgeblich beförderte. Dazu standen einige Wahlen an, die mit ihren Ergebnissen für die Parteien sowie der Höhe der Wahlbeteiligung für das Verständnis der Initiatoren wesentlich sind.

Die Agenda-Rede Gerhard Schröders vom 14. März 2003 war unmissverständlich und rief Protest auf den Plan, der sich in verschiedenen Formen äußerte. Am 1. November 2003 demonstrierten in Berlin 100.000 Menschen gegen die Agenda 2010. Im Internet entstanden Diskussionsforen gegen die Agenda 2010, Anti-Hartz-IV-Zirkel enttäuschter Gewerkschafter und Sozialdemokraten formierten sich. Am 3. April 2004 demonstrierten bundesweit über 500.000 Menschen beim Europäischen Aktionstag gegen den Sozialabbau. Im Sommer 2004 begannen die Montagsdemonstrationen gegen den Sozialabbau mit bis zu 200.000 Teilnehmern parallel in über 200 Städten; am 3. Oktober nahmen nochmal 45.000 an der großen Hartz-IV-Demo in Berlin teil. Parallel zu dieser Mobilisierung auf der Straße weiteten sich die Verständigungs- und Sammlungsprozesse weiter aus. Vom 14.-16. Mai 2004 fand in Berlin der Perspektivenkongress statt. Organisiert von über 70 Organisationen, unter ihnen die IG Metall, ver.di, Attac diskutierten in über 125 Veranstaltungen 2000 Besucher.⁶⁹ Im Umfeld erschienen etliche Debattenbeiträge, die einen Politikwechsel wie auch die Chancen der Neuen Linken in den Mittelpunkt rückten.⁷⁰ Die Teilnahme der Gewerkschaftsvorsitzenden Jürgen Peters (IG Metall), Frank Bsirske (ver.di), Klaus Wieseühgel (IG BAU) und weiterer anerkannter Theoretiker

⁶⁹ Günther M. Wiedemann: Reformkritiker formieren sich. Gewerkschaften und Attac proben den Schulterchluss. In: Kölner Stadt-Anzeiger vom 17. Mai 2004 und Stefan Mentschel/Tom Strohschneider: »Diskutiert draußen weiter«. Am Sonntag ging der Berliner Perspektivenkongress zu Ende. In: Neues Deutschland vom 17. Mai 2004.

⁷⁰ Z.B. in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2004 unter dem Thema Jenseits der SPD, Detlef Henschel: Protestbewegung oder neue Partei?, und Franz Walter: Die Sozialdemokratie nach Schröder und in Sozialismus 6/2004 unter dem Thema Politikwechsel die Beiträge von Sieghard Bender, Dieter Hooge/Werner Dreibus, Sybille Stamm, Heinz Bierbaum, Detlef Henschel, Joachim Bischoff/Richard Detje.



und Praktiker sozialer Alternativen wie des Attac-Sprechers Sven Giegold, des katholischen Sozialethikers Friedhelm Hengsbach mit der Eröffnungsrede, des Bewegungsforschers Roland Roth oder Gustav Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung verliehen diesem Kongress ein besonderes Gewicht. Im Schulterschluss für diesen Kongress zeigten sie, »dass es konkrete Alternativen zur Agenda 2010«⁷¹ gibt.

Am 18. Mai 2004 erhielt der Bundeskanzler bei einem Neumitgliederempfang seiner Partei eine Ohrfeige.⁷² Am 24. August wollte er im brandenburgischen Wittenberge einen Bahnhof einweihen. Buhrufe, Trillerpfeifen und ausgestreckte Mittelfinger empfingen ihn, ein Ei verfehlte ihn knapp. Am selben Tag erschien das für diese Protestbewegung ungemein wirkungsvolle Buch »Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren« von Albrecht Müller, das 20 Wochen auf der Bestsellerliste des SPIEGELS geführt wurde

⁷¹ Sven Giegold zit. nach Nikolai Fichtner: Frisch verliebt zum nächsten Sozialforum. In: tageszeitung vom 17. Mai 2004.

⁷² Michael Rutschky: Kanzlers Körperlichkeit. Ein Jahresrückblick: Die Ohrfeige als Äußerung politischer Gefühle. In: Frankfurter Rundschau vom 31. Dezember 2004.

und im März 2005 im Manager Magazin die Wirtschaftsbestsellerliste anführte. Im Frühjahr 2004 war bereits eine Sammlung früherer Essays des Theaterwissenschaftlers Ivan Nagel, »Das Falschwörterbuch. Krieg und Lüge im 21. Jahrhundert«, ⁷³ erschienen, der ein medialer Skandal vorausgegangen war. Der Autor hatte 2003 in der Süddeutschen Zeitung die neo-liberale Reformsprache kritisiert, ⁷⁴ was drei Tage später den Feuilletonchef Nikolaus Piper dazu brachte, sich von seinem Autor zu distanzieren. Unter der Überschrift »Lügen und Denkverbote« warf er Nagel vor, »in der schlechten Tradition der deutschen Intellektuellen, ›die Wirtschaft als einen der Gesellschaft fremden, wenn nicht gar feindlichen Bereich zu betrachten‹.⁷⁵ Nagel hatte in seinem Essay mit Verve angemerkt, dass die häufig strapazierten Worthülsen von der »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes«, der »Senkung der Lohnnebenkosten« und der »Differenzierung der Lohnstrukturen« eine Politik des sozialen Kahlschlags und des Abbaus sozialer Rechte legitimieren.⁷⁶

Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte Hartz IV im Dezember zum »Wort des Jahres« und begründete, dass das nach dem VW-Personalchef Peter Hartz benannte Gesetz zur Arbeitsmarkt- und Sozialhilfereform die öffentliche Diskussion deutlich geprägt und sich in Wortbildungen wie »verhartzter Sommer« inzwischen verselbstständigt habe.⁷⁷ Das zeigte auch bei der SPD Wirkung: Im November ließ sich Gerhard Schröder von Wirtschaftsführern im Berliner Hotel Maritim für seine Beharrlichkeit bei der Durchsetzung der Reformen feiern, während auf Rufweite entfernt Franz Müntefering mit rotem Schal zusammen mit Gewerkschaftern gegen die Abschaffung der Mitbestimmung demonstrierte.⁷⁸ Im Jahresrückblick der Welt polemisierten dagegen Maxeiner & Miersch: »Bedauerlicherweise kommt von den intellektuellen Kommunikationseliten kaum Kritik an den

⁷³ Ivan Nagel: Das Falschwörterbuch. Krieg und Lüge im 21. Jahrhundert. Berlin Verlag, Berlin, 2004.

⁷⁴ Ivan Nagel: Abwärts in der Doppelhelix. Zum Stand der Diskussionen um die Agenda 2010 und ihre Begrifflichkeit – Das Falschwörterbuch der Sozialreformen. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. Mai 2003.

⁷⁵ Nikolaus Piper: Lügen und Denkverbote. In: Süddeutsche Zeitung vom 2. Juni 2003.

⁷⁶ Peter Nowak: Das Echo der Euphemismen. In: tageszeitung vom 11. Juni 2003.

⁷⁷ n-tv: Wort des Jahres 2004 »Hartz IV« vom 10. Dezember 2004.

⁷⁸ Markus Feldenkirchen u.a.: Das Jahr der Schildkröte. In: DER SPIEGEL vom 27. Dezember 2004.

Wahlergebnisse für SPD und PDS 2004

	Bürger- schafts- wahl Hamburg	Landtags- wahl Thürin- gen	Wahl zum Europä- ischen Parlament	Landtags- wahl Saarland	Land- tagswahl Branden- burg	Land- tagswahl Sachsen
	21.2.2004	13.6.2004	13.6.2004	5.9.2004	19.9.2004	19.9.2004
Wahlbe- teiligung	68,7	53,8	43	55,5	56,4	59,6
Zunahme/ Abnahme	-2,3	-6,1	-2,2	-13,2	2,1	-1,5
SPD	30,5	14,4	21,5	30,8	31,9	9,8
Gewinne/ Verluste	-6	-4	-9,2	-13,6	-7,4	-0,9
PDS	1,1	26,1	6,1	2,3	28	23,6
Gewinne/ Verluste	-0,6	4,8	0,3	1,5	4,7	1,4

Anmaßungen dieser Angstindustrie. Im Gegenteil: Die meisten Intendanten, Regisseure, Schriftsteller, Künstler, Kabarettisten und Journalisten machen begeistert mit.«⁷⁹ Der SPIEGEL titelte am 22. August 2005 mit einem Bild von Karl Marx, »Ein Gespenst kehrt zurück. Die neue Macht der Linken«⁸⁰ – nachdem es einen Tag nach der vorhergehenden Bundestagswahl in bester Reformermanier noch hieß: »Die blockierte Republik. Wie Parteien, Verbände und Bürokratie die Gesellschaft lähmen«.⁸¹

Die Proteste waren zwar nicht erfolgreich in dem Sinne, dass sie zu einer umgehenden Zurücknahme der Gesetze geführt hätten. Sie »hatten dafür eine Reihe von indirekten bzw. »Nebenwirkungen« im politischen Bereich, indem sie die Abspaltung des Protestpotentials von der SPD und die Gründung der WASG beförderten«.⁸²

Bei den Wahlen dieses Jahres verlor die SPD durchgängig und gravierend bis zu 13,6% im Saarland und erreichte in Sachsen erstmals seit 1990 nicht mehr die 10%-Marke. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 mit 18,5 Milli-

⁷⁹ Maxeiner & Miersch: Kolumne Gute Nachrichten. In: Die Welt vom 29. Dezember 2004.

⁸⁰ Titel, DER SPIEGEL 34/2005 vom 22. August 2005.

⁸¹ Titel, DER SPIEGEL 39/2002 vom 22. September 2002.

⁸² Dieter Rink/Axel Philipps: Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 20, 1/2007, S. 58.

onen Wählern verlor die SPD bei der Europawahl 13 Millionen Wähler. Dazu hatte die SPD in den Jahren 2003 und 2004 mit 6,2 und 6,9% die höchsten Verluste bei Parteimitgliedschaften seit 1990, insgesamt sank die Zahl in diesen beiden Jahren von 693.894 auf 605.807 um 88.087. Dieser Verlust im prozentualen Anteil an Mitgliedern übertraf die aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien erheblich mit 0,4 bis 2,3% Verlusten. Die Grünen legten in diesen beiden Jahren um 0,4 und 0,6% zu;⁸³ »aufgrund ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung hatten sie die Folgen der Reformen nicht zu fürchten«.⁸⁴

Die PDS verbesserte sich in den neuen Bundesländern erheblich und soweit, dass in Brandenburg wie 1999 rechnerisch eine Koalition mit der SPD möglich gewesen wäre. In den alten Bundesländern war das Ergebnis widersprüchlich – aufgrund der niedrigen Ausgangswerte und Ergebnisse aber auch wenig interpretationsfähig. Der Anteil der Nichtwähler erhöhte sich weiter außer bei den Herbstwahlen in Brandenburg und Sachsen; dafür zogen in diese beiden Landesparlamente allerdings die DVU mit 6,1% bei 0,8% Gewinn und die NPD mit 9,2% bei 7,8% Gewinn ein. Die schon im Sommer 2004 mehrfach geäußerte Befürchtung, dass sich »die Empörung über soziale Ungerechtigkeit in der Wahl von Rechtspopulisten und Rechtsextremen ausdrückt«, ⁸⁵ hatte sich zum Teil erfüllt.

⁸³ Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, Berlin, Freie Universität Berlin 2015.

⁸⁴ Heiko Gerling: Milieus und politische Lager im gesellschaftlichen Wandel. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 10 und Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern. Ebenda, S. 16. Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburger Edition, Hamburg, 2005, S. 38.

⁸⁵ Bodo Zeuner: Der linke Pol muss wieder besetzt werden. In: Frankfurter Rundschau vom 23. Juli 2004. Und z.B. Interview mit Christoph Butterwegge: Es kommt eine Rebellion auf uns zu. In: die tageszeitung vom 6. August 2004, Michael Brie zit. in: Maximilian Steibeis: Strategische Sandkastenspiele. In: Handelsblatt vom 20. August 2004.

Von den Aufrufen über den Kongress bis zur Vereinsgründung

Die Veröffentlichung beider Aufrufe löste einen medialen Sturm aus und verstärkte das Interesse an den Alternativen der Initiativen. Panische Reaktionen in der SPD bescherten den Initiatoren eine erhebliche Aufmerksamkeit. Generalsekretär Olaf Scholz rief in einem internen Schreiben an die SPD-Funktionäre auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene dazu auf, wachsam zu sein: »Solche Bestrebungen hat es schon viele gegeben, sie sind alle gescheitert. Trotzdem bitten wir euch, uns darüber zu informieren, falls sich in euren Unterbezirken und Kreisverbänden solche Initiativen bilden sollten. Klar ist: Wer sich an diesen Aktivitäten beteiligt, schließt sich selbst aus der SPD aus.«⁸⁶ Die Eröffnung der Parteiausschlussverfahren sowie das dann folgende Verfahren gegen die ASG-Gründer gab diesen die Möglichkeit, ihre Positionen darzustellen.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine politische Initiative weitgehend ohne eine Face-to-Face-Kommunikation der Initiatoren und fast ausschließlich über die Nutzung der Medien, des Internets und eines E-Mail-Verteilers aufgebaut. Die politische Kommunikation über die Website und den E-Mail-Verteiler wurde zu einer sich selbst verstärkenden und exponentiell wachsenden Ereigniskette, welche in der Bundesrepublik und drei Jahre vor der Gründung der Piratenparteien in Europa ohne Vorbild war. So fragte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bereits am 14. März 2004 den IG Metall-Vorsitzenden: »Herr Peters, kennen Sie die Website www.wahlalternative.de?« – diesen Interviewpartner hätte man eher nach www.initiative-asg.de fragen können. Die ASG berichtete dazu auf ihrer Pressekonferenz von über 70.000 Aufrufen ihrer Website und bei Thomas Händel rauchte nach zehn Tagen das Fax-Gerät, nachdem die steigende Anzahl der Antwortfaxe dessen technische Kapazitäten übertraf. Und die Zahl der Abonnenten des E-Mail-Newsletters stieg lediglich aufgrund der vagen Ankündigung des Wahlalternative-Newsletters von 1.500 Interessenten am 15. März 2004 auf über 3.000 nach dem ersten Newsletter am 21. März 2004 und bis zu 10.000 nach der Zusammenführung der E-Mail-Verteiler beider Initiativen im Juni 2004. »Es war,

⁸⁶ Zit. nach: Neue Linkspartei. Scholz droht Abweichlern mit Rausschmiss. In: SpiegelOnline vom 13. März 2004.

als ob wir mit einer Nadel in einen prallen Wasserballon geiekt hätten«, erinnerte sich Thomas Händel später.⁸⁷

Von der Vereinsgründung bis zur Urabstimmung

Bereits vor der Veröffentlichung der Aufrufe beider Initiativen hatten diese im Kontakt gestanden, sich abgestimmt und im Folgenden eine baldige Zusammenführung geplant. Der Gründung des gemeinsamen Vereins Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit am 3. Juli 2004 im Berliner Bonhoeffer-Haus vorweg ging der von der Wahlalternative vorher konzipierte eintägige Kongress in der Berliner Humboldt-Universität mit über 700 Teilnehmern⁸⁸ am 20. Juni.

Die erste Landesmitgliederversammlung des Vereins in Nordrhein-Westfalen fand am 17. Oktober statt. Der Landesverband konstituierte sich unter der Perspektive eines Wahlantritts bei den Landtagswahlen am 22. Mai 2005 und beschloss formal, anzutreten. Mit dieser Entscheidung des mitgliederstärksten Landesverbandes begann die Wandlung der WASG von der Sammlungsbewegung zu einer wahlkämpfenden Partei mit gravierenden Auswirkungen. Die Etablierung etwa einer bundesweiten Programm-AG mit der Fortführung der Arbeit an Alternativen täuscht nicht über die Auswirkungen auf die politische Arbeit, den Charakter der Debatten und die erst im Entstehen begriffene Organisationskultur der Partei hinweg. Bereits die Frage dieser Teilnahme an Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen war allerdings nicht unumstritten und führte in der WASG zu erheblichen Debatten. Bei der Gründung der Initiativen hatten beide strategisch auf die Bundestagswahl 2006 orientiert. Allerdings hatte Ralf Krämer in seinem Aufruf vom 5. Februar auch auf die Möglichkeit hingewiesen, dass »die Zeitschiene noch erheblich enger wird, weil die Bundestagswahlen vielleicht auch schon im Herbst 2005 stattfinden könnten, wenn Rot-Grün nach dem absehbaren Verlust von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eine Zwei-Drit-

⁸⁷ Vgl. die Erinnerungen dazu in Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ... ,S. 78.

⁸⁸ Anna Lehmann: Und im Foyer, da lacht Karl Marx. In: die tageszeitung vom 21. Juni 2004; Markus Sievers: Stimmen für den Protest. In: Frankfurter Rundschau vom 21. Juni 2004.

tel-Mehrheit gegen sich hat.«⁸⁹ Im rasanten Aufbau der Regionalstrukturen des Vereins gab es weiter »eine starke Selbstaktivität und ein starkes Selbstbewusstsein«,⁹⁰ wie im Rückblick festgestellt wurde. Der nordrhein-westfälische Landeskoordinator Hüseyin Aydin – auch Bundesvorstandsmitglied des Vereins – sah vor der ersten Landesmitgliederversammlung und nach den schlechten Wahlergebnissen für die SPD auch diesen »enormen Druck aus den Regionalgruppen« und sprach sich dafür aus, die Landtagswahl zum »Wahlprojekt Nummer eins«⁹¹ zu machen. Skeptischer sah dies Klaus Ernst, wenn die WASG »nur zu einem Regierungswechsel beiträgt, ohne selbst zum Sprachrohr im Landtag zu werden ..., bleiben womöglich auch bei der Bundestagswahl viele unserer potenziellen Wähler weg.«⁹²

Eine Entscheidung zu dieser Frage wurde dann auf der ersten Bundesdelegiertenkonferenz getroffen. Am 19. und 20. November trafen sich in Nürnberg 247 Delegierte der 6.000 Vereinsmitglieder und diskutierten über den Protestzyklus 2004 sowie den künftigen Platz der WASG. Neu gewählt wurde der Bundesvorstand⁹³ und bestätigt der bei der Vereinsgründung am 3. Juli gewählte Sprecherkreis bestehend aus Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing und Axel Troost. Beschlossen wurde die Vereinsatzung. Entschieden wurde auch über die beiden Fragen, die seit der Vereinsgründung in den Mittelpunkt getreten waren. Detlef Hensche wie die meisten anderen Delegierten sprachen sich für eine »sozialstaatliche Opposition« in der »Mitte des linken Spektrums« aus und sagten der neuen Linkspartei eine »lange, lange Oppositionszeit«⁹⁴ voraus. Klaus Ernst ver-

⁸⁹ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 5. Februar 2004, zit. nach: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ..., S. 205.

⁹⁰ Christine Buchholz, zit. nach: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? ..., S. 39.

⁹¹ Zit. nach: Kristian Frigelj: Wahlalternative will in Nordrhein-Westfalen antreten. In: Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 2004.

⁹² Zit. nach: Barbara Gillmann: Die Wahlalternative will schon zur Landtagswahl in NRW antreten. In: Handelsblatt vom 19. Oktober 2004.

⁹³ Zu Mitgliedern des Bundesvorstandes der WASG wurden gewählt: Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing, Axel Troost (Geschäftsführender Vorstand). Hüseyin Aydin, Joachim Bischoff, Christine Buchholz, Murat Çakır, Werner Dreibus, Brigitte Halbgebauer, Björn Radke, Heidi Scharf, Fritz Schmalzbauer, Alexander Ulrich.

⁹⁴ Detlef Hensche und Klaus Ernst zit. nach: Rüdiger Soldt: Der lange Marsch zur Wahlalternative. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. November 2004.

wies darauf, dass »der Unmut in der Bevölkerung nicht nachgelassen habe, nur weil es keine Hartz-IV-Demonstrationen mehr gäbe«. ⁹⁵ Thomas Händel befürchtete »eine Spaltung der Gesellschaft, wenn die unsoziale Politik von Hartz IV fortgesetzt wird«, ⁹⁶ und sprach in seiner Rede die Fragen nach der Parteigründung und der Teilnahme an der Landtagswahl an: »Es wird Zeit, dass wir uns zeigen«. ⁹⁷ Schließlich beschlossen die Delegierten mit über 90% eine Urabstimmung der Vereinsmitglieder über die Parteigründung bis zum Jahresende 2004. In dieser Urabstimmung entschieden sich dann bis zum 19. Dezember 96,07% der Mitglieder für die Gründung einer Partei.

Die euphorische Arbeit der vielen Beteiligten im ersten Jahr zeigte allerdings auch die Grenzen einer fast vollständig ehrenamtlichen Organisationsstruktur auf. Die Mitgliederzahl des Vereins, später noch mehr der Partei WASG und damit ihre Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit, blieb unter den Erwartungen der Initiatoren. Gegenüber den knapp 2,2 Millionen Wählerinnen und Wählern, die die SPD von der Bundestagswahl 2002 zur Bundestagswahl 2005 und den 90.000 Mitgliedern, die die SPD 2003/2004 verloren hatte, zeigten die über 10.000 Abonnenten des Newsletters und die 6.000 Vereinsmitglieder, dass ein Engagement in einer Partei nach der enttäuschten Mitgliedschaft in einer anderen seltener geworden ist: »Apathie ist die logische Reaktion auf das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. ... Die Gleichgültigkeit des alten klassengebundenen Kapitalismus war grob materielle; die Indifferenz, die der flexible Kapitalismus ausstrahlt, ist persönlicher.« ⁹⁸ Nicht wie beabsichtigt umgesetzt werden konnte auch die von den ersten Treffen und Debatten an geplante eigenständige Bildungsarbeit, deren Notwendigkeit im Protestzyklus des Jahres 2004 noch deutlicher geworden war. Der eher abstrakt-moralische als konkret-politische Gestus besonders bei den Montagsdemonstrationen fußte auf einer Resignation auch infolge der Hegemonie der neoliberalen Argumente. Beholfen wurde sich u.a. mit einer Reihe von Bildungsbroschüren

⁹⁵ Zit. nach: Rüdiger Soldt: Der lange Marsch zur Wahlalternative. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. November 2004.

⁹⁶ Zit. nach: Neue Linkspartei gegründet. In: Süddeutsche Zeitung vom 22. November 2004.

⁹⁷ Zit. nach: Linksbündnis will der SPD das Leben schwerer machen. In: Handelsblatt vom 22. November 2004.

⁹⁸ Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin-Verlag, Berlin, 1998, S. 202.

von ver.di, die über neoliberale Mythen wie den demografischen Wandel, Lohnnebenkosten, Globalisierung aufklärten.

Ohne Wirkung war diese Initiative aber nicht. Im Gegenteil. Der Gerhard-Schröder-Biograf Gregor Schöllgen resümierte kürzlich rückblickend diese Zeit: »Mit der WASG, der PDS, den Gewerkschaften und einer zunehmenden Zahl von SPD-Mitgliedern wie Oskar Lafontaine baute sich eine Front mit zahlreichen stabilisierenden Querverbindungen auf, die binnen eines Jahres zu einer signifikanten, wahlentscheidenden Größe in der deutschen Politik wird.«⁹⁹

⁹⁹ Gregor Schöllgen: Gerhard Schröder. Die Biographie. DVA, Stuttgart, 2015, S. 788.

Jochen Weichold

Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005

Die Gründung der WASG als Partei

Nachdem sich in einer Urabstimmung Ende 2004 96,07% der WASG-Mitglieder für eine Parteigründung entschieden hatten,¹ erfolgte am 22. Januar 2005 auf einer Gründungsversammlung in Göttingen die Gründung der Partei *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit*. 55 Personen fanden sich im Intercityhotel in der Bahnhofsallee der Universitätsstadt ein. Mit 52 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung wurde die politische Neugeburt auf den Namen »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (Kurzbezeichnung »ASG«) getauft.² Dann erfolgten Aussprache und Beschluss über das Parteiprogramm, das von Axel Troost vorgestellt wurde. Das Programm wurde einstimmig angenommen.³ Troost sagte später zu seinen Ambitionen hinsichtlich der Programmarbeit: »Ich hatte den Anspruch, die von uns zum Teil in mühsamen Diskussionsprozessen in der Arbeitsgruppe ›Alternative Wirtschaftspolitik‹ entwickelten Konzepte in die WASG-Programmatik einzubringen. [...] Ich bin dann zum Zuständigen für die ökonomischen Programmfragen gemacht worden.«⁴

¹ Vgl. Ruben Lehnert: Chronologie einer erfolgreichen Parteigründung. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 129 e.

² Die Bezeichnung und die Schreibweise der neuen Organisation variierten in der Anfangszeit ihrer Existenz. Die erste Abkürzung »ASG« musste aus urheberrechtlichen Gründen in »WASG« geändert werden, da das Weiterbildungsinstitut »Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e.V.« (ASG) vor dem Landgericht Düsseldorf erfolgreich gegen die Verwendung des Kürzels durch die *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* geklagt hatte. Vgl. ADS, WASG – 007 e und 068. Um das Verständnis der nachstehenden Ausführungen zu erleichtern, wird im Folgenden durchgängig die Bezeichnung »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)« verwendet.

³ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) am 22. Januar 2005 in Göttingen. In: ADS, WASG – 006, Bl. 1.

⁴ »Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht«. Gespräch mit Axel Troost. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 125.

Nach dem Programm berieten die Anwesenden über die Satzung und über die Übergangsregelungen zur Satzung. Die Satzung erhielt 48 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen; die Übergangsregelungen zur Satzung bekamen bei einer Enthaltung 51 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme. Damit waren beide Dokumente angenommen.⁵

In den Gründungsvorstand der neuen Partei wurden Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing und Axel Troost als Geschäftsführende Vorstandsmitglieder gewählt. Dabei waren wie schon im WASG-Verein in der Partei WASG alle vier geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gleichberechtigt. Zu weiteren Bundesvorstandsmitgliedern wählte die Versammlung Hüseyin Aydin, Joachim Bischoff, Christine Buchholz, Murat Çakır, Brigitte Halbgebauer, Björn Radke, Heidi Scharf, Fritz Schmalzbauer, Alexander Ulrich und Andreas Wagner. Axel Troost konnte danach erklären, dass nunmehr die Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« konstituiert sei.⁶

Mit viel ehrenamtlichem Engagement erfolgte der Aufbau der Partei in den Bundesländern. Steffen Hultsch, Mitbegründer der WASG in Brandenburg, berichtete später, dass er gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Landesvorstandes drei- bis viermal wöchentlich nach getaner Arbeit bis weit in die Nacht im Flächenland Brandenburg unterwegs war: »Wir sind in der Uckermark, organisieren Veranstaltungen in Schwedt, Garz, Friedrichsthal oder Angermünde, führen Gesprächsrunden in Neuruppin, Bernau, Wittstock und Finsterwalde, sind zu Gast bei Beratungen in Kremmen, Senftenberg und Grünheide. [...] Das Ergebnis unserer konzentrierten und zeitaufwändigen Arbeit ist die Schaffung arbeitsfähiger Strukturen im Landesverband. Es entstehen Kreisverbände und es werden Vorstände gewählt.«⁷ Der Aufbau der Landesverbände der WASG zog sich allerdings bis in die Sommermonate 2005 hinein.⁸

Am 26. Februar 2005 fand in Göttingen der Programm-Konvent der WASG statt, auf dem über 200 Mitglieder der WASG und weitere Interessentinnen

⁵ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) am 22. Januar 2005 in Göttingen, a.a.O., Bl. 2.

⁶ Vgl. ebenda, Bl. 3 und 4.

⁷ Steffen Hultsch: Die WASG und Ostdeutschland. Ein kritischer Blick aus Brandenburg auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Berlin 2013, S. 12.

⁸ Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013, S. 139.

und Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet die Grundlinien und viele Einzelaspekte des Gründungsprogramms der neuen Partei diskutierten.⁹ Der Konvent war als »Auftakt für die bundesweite Debatte« gedacht, obwohl – wie der Journalist Tom Stroschneider etwas polemisch anmerkte – »der politische Fahrplan der Linkspartei« in Gestalt eines »keynesianistischen Dreiecks« längst feststand. Stroschneider machte Axel Troost von der MEMORANDUM-Gruppe als einen der maßgeblichen Architekten dieses Dreiecks aus und schrieb: »Von Anfang an bildete ein keynesianistisch abgestützter Sozialstaats-Konsens das politische Fundament der ASG: Mehr staatliche Ausgaben, finanziert durch höhere Steuerbelastungen von Unternehmen und Vermögenden, machten öffentliche Investitionen und eine Grundsicherung möglich, die die Binnennachfrage ankurbelte, was wiederum zu mehr Beschäftigung und damit zu geringeren Belastungen der Sozialkassen sowie mehr staatlichen Einnahmen führe, die dann im oben genannten Sinne wieder ausgegeben werden könnten. Der Sozialstaat, so die Kernaussage, ist möglich.«¹⁰

Die WASG erhielt bald prominente Unterstützung. Mitte März 2005 trat das SPD-Urgestein Peter von Oertzen, der ab 1973 Mitglied des Vorstandes der Bundes-SPD und deren Programmkoordinator war, aus der SPD aus und in die WASG ein.¹¹ Zu diesem Zeitpunkt legte Oskar Lafontaine unter dem Titel »Politik für alle« eine Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft vor. In ihr fand sich die Einschätzung: »Wenn die SPD auf Schröder-Kurs bleibt und die »Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit« bei den nächsten Wahlen antritt, dann werden sich Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder entscheiden müssen, ob sie ihrer Organisation oder ihrer Überzeugung treu bleiben wollen. Die Wahlalternative vertritt nämlich in der Wirtschaft- und Sozialpolitik ein Programm, das sich nicht nur mit der langjährigen SPD-Programmatik, sondern auch über weite Strecken wörtlich mit den Vorschlägen der deutschen Gewerkschaften deckt.«¹²

⁹ Vgl. Axel Troost: Bericht des Bundesvorstandes [zur Programm-Debatte auf dem Parteitag der WASG im Mai 2005 in Dortmund]. In: WASG-Archiv Fürth.

¹⁰ Tom Stroschneider: Keynesianistisches Dreieck. Das Programm der ASG steht, der Weg dorthin bleibt umstritten. In: Neues Deutschland, Berlin, 26./27.2.2005.

¹¹ Vgl. Peter von Oertzen – SPD-Urgestein – ist der WASG beigetreten. In: WASG: Aktuelles, 17.3.2005. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m5cafea8d0d1.html> (abgerufen am 27.9.2015).

¹² Oskar Lafontaine: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005, S. 166/167.

Am 12. April 2005 wurde die *Saarbrücker Resolution* einer überparteilichen Initiative veröffentlicht.¹³ Unter dem Titel »WEG mit Hartz IV« forderten die Unterzeichnenden die sofortige Rücknahme des Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, auch Hartz IV genannt. Es verstoße massiv gegen das Grundgesetz. Es sei eine Schande, »dass Menschen, die durch ihre jahrelange Arbeit zum Wohlstand unseres Landes und zum Wohlstand ihrer bisherigen Arbeitgeber beigetragen haben, durch Hartz IV zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden«. Es sei nicht zu erkennen, dass dieses Gesetz neue Arbeitsplätze schaffe, sondern es trage eher zur Vernichtung von Arbeitsplätzen bei, zumindest von solchen, die nach Tarif bezahlt werden. »Dieses Gesetz stürzt besonders viele ältere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Familien in eine dauerhafte Armut. In der weiteren Folge reduziert es unausweichlich die Kaufkraft in den Ländern und Kommunen, so dass die sowieso schon geschwächten Strukturen des Binnenmarktes weiteren Schaden davontragen werden. Dieses Gesetz ist ein Motor für sozialen Unfrieden in unserem Land.«¹⁴

Zu den Erstunterzeichnern und Unterzeichnern gehörten neben zahlreichen WASG-Mitgliedern und Gewerkschaftern auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner, der saarländische Landesvorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Rolf Linsler, und der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine.¹⁵ Im Nachhinein wurde deutlich, dass Lafontaine, der mit den ASG-Gründern seit längerem in Kontakt stand,¹⁶ damit die Bereitschaft zur Mitarbeit in der WASG signalisierte.¹⁷

Mitte April 2005 hielt der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering eine Grundsatzrede zum künftigen SPD-Parteiprogramm, in der er – offensicht-

¹³ Initiator der Saarbrücker Resolution war Markus Lein, ein Mitbegründer des Landesverbandes Saar der WASG. Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 100.

¹⁴ Saarbrücker Resolution vom 12. April 2005: WEG mit Hartz IV. In: ADS, WASG – 129 e.

¹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008, S. 15 und 49. – Klaus Ernst berichtete über diese Kontakte später in einem Interview. Vgl. »Es gibt kein Zurück«. Gespräch mit Klaus Ernst. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/ Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 53.

¹⁷ Vgl. Marian Künzle: Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs?, Berlin 2012, S. 60.

lich auch als Reaktion auf die erstarkende WASG – Auswüchse des Kapitalismus mit scharfen Worten geißelte. »Die international forcierten Profit-Maximierungs-Strategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie«,¹⁸ warnte er. WASG-Vorstand Thomas Händel kritisierte daraufhin: »Die Grundsatzrede des SPD-Vorsitzenden widerspricht in ganzer Linie dem politischen Handeln seiner Partei. Es ist eine Rede, die geradezu vor wahlkampfaktischem Wortradikalismus trieft. Müntefering muss sich fragen lassen, wie er die Macht des Kapitals angreifen will, wenn seine Partei im Regierungshandeln vor Kapitalinteressen einknickt.« So lange die SPD ihre Politik nicht ändere, so lange müsse sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass ihre Kritik an der Macht des Kapitals reine Augenwischerei sei. Thomas Händel betonte: »Der SPD-Vorsitzende hat recht, wenn er auf die Gefährdung der Demokratie durch die international forcierten Profit-Maximierungs-Strategien hinweist. Doch wo bleibt die Konsequenz dieser Erkenntnis? In ihrer Regierungsverantwortung hat die SPD stets vermissen lassen, ihre Möglichkeiten zur Begrenzung der Macht des Kapitals auszunutzen. Jetzt, kurz vor den NRW-Wahlen, alte sozialdemokratische Werte zu beschwören, ist mehr als unglaublich.«¹⁹

Gut ein Vierteljahr nach der Gründungsversammlung in Göttingen tagte vom 6. bis zum 8. Mai 2005 der Gründungsparteitag der WASG in der Dortmunder Westfalenhalle. Die Delegierten beschlossen das Gründungsprogramm, die Satzung, die Beitrags- und Kassenordnung und die Schiedsordnung der WASG und wählten einen Geschäftsführenden und einen Erweiterten Bundesvorstand. Zu Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes bestimmten die Basisvertreter die ASG-Gründer Klaus Ernst und Thomas Händel sowie die *attac*-Aktivistin Sabine Lösing und den Geschäftsführer der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, Axel Troost. Thomas Händel wurde mit 285 Stimmen (von 339 abgegebenen) zum Bundeschatzmeister gewählt. Für Axel Troost votierten 286 und für Sabine Lösing 227 Delegierte, dagegen entfielen auf den wegen seiner brüskten Hemdsär-

¹⁸ Zit. in: Wolfgang Bauchhenß/ Michael Bornkessel: Die Kapitalismuskritik von Franz Müntefering (27.5.2005). URL: www.lehrer-online.de/467234.php (abgerufen am 27.9.2015).

¹⁹ Zit. in: Murat Çakır: »Wahlkampfaktischer Wortradikalismus«. Die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) wirft dem SPD-Vorsitzenden Augenwischerei vor. In: WASG: Aktuelles, 14.4.2005. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m53e8de79508.html> (abgerufen am 27.9.2015).

meligkeit und seines als autoritär empfundenen Führungsstils umstrittenen Klaus Ernst nur 190 von 344 abgegebenen Delegiertenstimmen.²⁰

In seinem Geschäftsbericht umriss Thomas Händel zunächst kurz den Weg der WASG seit Anfang 2004 und unterstrich die Absicht der jungen Partei, sich an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 zu beteiligen. Er erinnerte an die Kernsätze der Organisation aus ihren Gründungstagen, nämlich angetreten zu sein, um für ein »Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen einzutreten, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen. Unsere Initiative ist für alle offen, für Mitglieder etablierter Parteien genauso wie für Menschen, die sich von ihren Parteien nicht mehr vertreten fühlen und ihren Austritt erklären wollen.« Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied betonte: »Wir wollen ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen. Wir sind überzeugt: Bei aller Vielfalt muss sich ein solches Bündnis auf grundlegende Positionen und Herangehensweisen verständigen. Deshalb steht jetzt die Formierung einer Haltelinie gegen den Neoliberalismus oben auf der Tagesordnung und nicht [die] Debatte systemüberwindender Perspektiven.«²¹

Thomas Händel unterstrich die Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Verankerung und starken Verbindungen der WASG in die linke Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszene. Für die Partei sei es »entscheidend, ob wir bündnisfähige Positionen und eine Praxis entwickeln, alte Spaltungen zu überwinden, um diese Rolle wahrzunehmen«. Gerade diese unbestrittenen Grundsätze gelte es zu Beginn dieses Parteitages noch einmal in Erinnerung zu rufen. Denn nicht jede Auseinandersetzung in der Herausbildung der Landes- und Kreisverbände habe diese Verantwortung und diese Prinzipien berücksichtigt. »Solidarität und Toleranz, der Versuch voneinander zu lernen und die unterschiedlichen sozialen und politischen Zugänge zu unserer Partei zu verstehen, war bei so manchen Streitigkeiten der letzten Wochen in so mancher Untergliederung nicht zu beobachten – politische Sachauseinandersetzung übrigens erst recht nicht.« Nicht nur

²⁰ Vgl. Ergebnisse der Wahlen auf dem 1. Bundesparteitag der WASG in Dortmund am 7.5.2005. In: ADS, WASG – 007 e und 016 e.

²¹ Thomas Händel: Geschäftsbericht Teil 1 zum 1. Parteitag d. WASG [im Mai 2005 in Dortmund]. In: WASG-Archiv Fürth.

weil die Partei im Wahlkampf stehe, gelte jetzt das alte Prinzip – neu formuliert – wieder: »Einigkeit bei aller Vielfalt macht stark.«²²

Deutlich formulierte Händel: »Die Menschen, die uns wählen sollen und die wir als Mitglied bei uns begrüßen wollen, möchten wissen, was sie von uns haben, was wir besser machen wollen – sie wollen kein Parteiengezänk, das sie aus ihren jeweiligen politischen Vorleben bis zur Neige kennen.« Sie würden sich dafür interessieren, was die WASG einer Politik entgegensetze, die den Menschen zum Objekt der Ökonomie degradiere, die diese Gesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisieren und den ökonomisch nicht mehr benötigten Teil der Bevölkerung so kostengünstig wie möglich alimentieren wolle. Dagegen, so das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, »wollen wir gesellschaftlichen Widerstand organisieren und in die Parlamente bringen! [...] Wir sagen: Eine andere Politik ist nicht nur möglich – sie ist nötig!«²³

Händels Vorstandskollege Klaus Ernst orientierte die Delegierten auf die kommende Bundestagswahl. Um diese Wahl vorzubereiten, gelte es, eine Partei aufzubauen, die wirklich in der Lage ist, bei der Wahl zum Bundestag in dieses Parlament hineinzukommen. Um eine schlagkräftige Organisation zu schaffen, sei es nun notwendig, Landesverbände zu gründen, Kreisverbände aufzubauen und die Mitgliederbasis zu verstärken. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied machte klar, dass diese riesige Aufgabe die Konzentration aller Kräfte erfordert: »Wir haben gar keine Zeit mehr zu streiten. Uns bleibt nur die gemeinsame Arbeit.« Ernst äußerte, dass er es äußerst kritisch sehe, wenn bereits jetzt – noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen – in der Partei über eine Beteiligung an diversen weiteren Landtagswahlen diskutiert werde. Die WASG dürfe sich nicht vor der eigentlichen Schlacht kaputt machen: »Die eigentliche Schlacht sind die Bundestagswahlen. Da spielt die Musik!« Der glänzende Rhetoriker attackierte die rot-grüne Bundesregierung und die Politik der SPD, setzte sich mit der verheerenden Wirkung der Hartz-IV-Gesetzgebung auf das Klima in den Betrieben auseinander, wo sich Angst und Duckmäusertum ausbreiten würden, und betonte unter dem Beifall der Delegierten: »Die SPD ist nicht mehr ein kleineres Übel. Sie ist ein großes Übel.« Klaus Ernst stellte noch einmal heraus, dass die WASG für eine andere Politik eintrete, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, und er zitierte Hölderlin: »Wo Gefahr wächst, wächst das Rettende auch.« Der »bajuwarische Volkstribun«, als der der IG

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

Metaller mehrfach apostrophiert wurde,²⁴ motivierte die Basisvertreter: »Das Rettende können wir sein. Sorgen wir dafür. Glück auf!«²⁵

Sabine Lösing, die einzige Frau im Geschäftsführenden Bundesvorstand, stellte in ihrer Rede die Wichtigkeit der Arbeit in den sozialen Bewegungen heraus. Den Menschen werde zunehmend klar, dass die etablierten Bundestagsparteien nicht ihre Interessen vertreten. Aber: »Um die herrschende Politik zu ändern, braucht es viel und viele«, erklärte die *Attac*-Aktivistin. »Viele, die merken, dass diese Politik nicht alternativlos ist, und erst dann viele, die uns wählen.« Das könne auch durch den allerbesten Wahlkampf nicht allein erreicht werden. Um die neoliberale Alternativlosigkeit in der öffentlichen Meinung aufzubrechen, sei es eine wichtige Aufgabe, »unsere programmatischen Botschaften und Deutungsmuster« in der Gesellschaft zu verankern. Dazu brauche die WASG die besondere Öffentlichkeit von Bewegungen, Bündnissen und Initiativen in der Zivilgesellschaft. Der Wahlkampf sei durchaus von großer Bedeutung als ein Kristallisationspunkt von Öffentlichkeitsarbeit. Aber: »Wir brauchen Bündnispartner in allen gesellschaftlichen Bereichen.« Daher dürften sich die WASG-Mitglieder nicht nur auf die Arbeit in der eigenen Partei konzentrieren, sondern sie müssten sich in der Zivilgesellschaft engagieren. Und das heiße: »Wir müssen in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen eine aktive Rolle spielen.«²⁶

Vorstand Axel Troost referierte zur Programm-Diskussion. Er verwies darauf, dass nach der Bundesdelegiertenkonferenz des WASG-Vereins im November 2004 die Programmarbeit intensiv fortgesetzt wurde. Neben den vorhandenen Gesamtentwürfen hätten weit über 100 weitere Einzelanträge diskutiert und bearbeitet werden müssen. Der von der neu gegründeten Bundes-Programmkommission mit einer Enthaltung verabschiedete Gesamtentwurf sei bei der Parteigründung am 22. Januar 2005 einmütig als Gründungsprogramm verabschiedet worden. Die bisherigen Diskussionen

²⁴ So zum Beispiel Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. In: Tim Spier/Felix Butzlaff, Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 166.

²⁵ Klaus Ernst: [Rede auf dem Parteitag der WASG Anfang Mai 2005 in Dortmund] (TV-Mitschnitt). In: WASG-Archiv Fürth.

²⁶ Sabine Lösing: [Rede auf dem Parteitag der WASG Anfang Mai 2005 in Dortmund] (TV-Mitschnitt). In: WASG-Archiv Fürth.

in der Partei hätten gezeigt, dass die Grundlinie des Programms von einer ganz breiten Mehrheit der Parteimitglieder getragen werde.²⁷

Das Programm stelle nicht die »Systemfrage«, hob Troost hervor, sondern enthalte konkrete Forderungen, deren Umsetzung zu einer erheblichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung führen. Bereits in den einleitenden Leitlinien des Programms sei formuliert worden, dass die WASG die Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der Wirtschaft ablehne und sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft und für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen einsetze. Eine Demokratisierung der Wirtschaft sei Ziel und Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel. Die Macht des Kapitals müsse beschränkt werden.²⁸

Ziel der weiteren programmatischen Arbeit sei es, so der WASG-Vorstand, »dass zum Bundestagswahlkampf 2006 ein durch alle Gremien der Partei abgestimmtes Wahlkampfprogramm vorliegt. Außerdem können so ausführlichere Fachprogramme entstehen. Auch diese dürfen aber nicht das Ergebnis abgehobener akademischer Debatten von wenigen Spezialisten bleiben, sondern müssen eine Anbindung über die Landesverbände in die gesamte Partei haben.«²⁹ Axel Troost verwies auf das MEMORANDUM 2005 der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, das mit vielen Materialien und wissenschaftlichen Argumenten die wirtschaftspolitischen Grundaussagen und -forderungen des WASG-Programms untermauere: »Wir brauchen keinen weiteren Lohnverzicht, keine Haushaltskonsolidierung und keine weiteren Steuersenkungen für Konzerne und Reiche. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung sind die Abschaffung von Hartz IV, eine vernünftige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzungen und nicht-verlängerungen sowie eine Stärkung der Binnennachfrage erforderlich. Hierfür kämpft die WASG zusammen mit den Gewerkschaften, mit ATTAC und eben auch der kritischen Wissenschaft.«³⁰

Zum Dortmunder Parteitag waren über 550 Anträge beim Bundesvorstand eingegangen, von denen sich der weitaus größte Teil auf die Satzung

²⁷ Vgl. Axel Troost: Bericht des Bundesvorstandes [zur Programm-Debatte auf dem Parteitag der WASG im Mai 2005 in Dortmund], a.a.O.

²⁸ Vgl. ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

und die Programm-Diskussion bezog.³¹ In den Debatten einigten sich die rund 400 Delegierten darauf, das im Januar 2005 auf der Gründungsversammlung in Göttingen verabschiedete Gründungsprogramm der WASG zur Grundlage für die weitere Programm-Diskussion zu machen. Alle Anträge zum Programm wurden an eine zu bildende Programm-Kommission überwiesen, in die der Bundesvorstand sechs und die Landesverbände je einen Vertreter entsenden sollten. Der Parteitag beschloss außerdem, dass der Bundesvorstand eine Satzungskommission zu bilden hatte, die aus Vertretern aller 16 Landesverbände und zwei Vertretern des Bundesvorstandes bestehen sollte. An diese Satzungs-Kommission wurden alle nicht behandelten Anträge zur Satzung (außer denjenigen zur Beitrags- und Finanzordnung) zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Über den von der Programm-Kommission erarbeiteten neuen Programm-Entwurf sollte ein WASG-Parteitag im Jahr 2006 befinden, über die Ergebnisse der Beratung der Satzungs-Kommission ein Partei-Konvent im Jahr 2007. Hinsichtlich des Verhältnisses der WASG zu anderen Parteien sollten nach dem Willen der Delegierten Doppelmitgliedschaften in der WASG und anderen politischen Parteien (mit Ausnahme rechtsradikaler Parteien) für eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2005 möglich sein.³²

Im Rahmen der angenommenen allgemeinen politischen Anträge und Initiativanträge verlangten die Delegierten insbesondere eine Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeit und die Rücknahme sämtlicher in den letzten zehn Jahren eingeführten »Lockerungen« des Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer. Sie sprachen sich dafür aus, die staatliche Einnahmeseite vor allem durch Wiedereinführung der Vermögensteuer, durch eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, durch die Einführung einer Börsenumsatz- und Spekulationssteuer und durch eine höhere Besteuerung großer Bodenwertsteigerung zu stärken, um so die mit den WASG-Vorschlägen verbundenen staatlichen Ausgaben gegenzufinanzieren. Die Basisvertreter plädierten für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft mittels einer ökologischen Steuerreform. Nach ihrer Auffassung sollte dies Zukunftsinvestitionen induzieren, mit denen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Schließlich setzten sich die Delegierten für mehr direkte Demokratie ein: Durch die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundes- und

³¹ Vgl. ADS, WASG – 008.

³² Vgl. Bundesparteitag vom 6. bis 8. Mai [2005] in Dortmund. Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge [Protokoll des WASG-Bundesparteitages]. In: ADS, WASG – 007 e.

auf EU-Ebene sollten plebiszitäre Möglichkeiten verankert werden.³³ Nicht zuletzt bekundeten die Delegierten ihre Solidarität mit den streikenden Stahlarbeitern.³⁴

Die Reaktionen der PDS-Politiker auf die WASG-Gründung waren keineswegs einheitlich. Während weitsichtige PDS-Akteure in der WASG einen potenziellen Bündnispartner erblickten, sahen andere in der neuen Partei eine Konkurrenz, die nicht unbedingt ernst zu nehmen war. Stefan Liebich, der Landesvorsitzende der PDS in Berlin, beschimpfte die WASG der Hauptstadt, die ein Ende der rot-roten Koalition in Berlin forderte, als »Gurkentruppe«.³⁵ Wulf Gallert, Fraktionschef der PDS in Sachsen-Anhalt, kritisierte, die *Wahlalternative* habe auf vielen Politikfeldern kein Programm.³⁶ Auch Bodo Ramelow, damals Fraktionsvorsitzender der PDS im Thüringer Landtag und Wahlkampfchef der Partei der Sozialisten, sah in der WASG nur »frustrierte Gewerkschafter und spinnerte Linke«³⁷ und sagte noch kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW): »Ich nehme die WASG als Gemischtwarenladen wahr, zumal in NRW.«³⁸

Parteichef Lothar Bisky erklärte hingegen bereits Ende Dezember 2004 in einem Interview, nachdem das Ergebnis der Urabstimmung der WASG-Mitglieder vorlag: »Ich bleibe dabei: Wir sind offen für Dialog und Kooperation. Die Linken haben sich gegenseitig und europaweit in den letzten Jahren so kaputt gemacht, dass ich mich daran nicht beteiligen möchte. Wer für einen Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit eintritt, ist ein potentieller Partner. Ob es diese Bereitschaft auch umgekehrt gibt und wie weit es gegenseitig reicht, werden wir erleben. Ich möchte an diese Frage mit einem etwas längerem Atem als nur von Wahl zu Wahl herangehen.«³⁹

³³ Vgl. ebenda.

³⁴ Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 89.

³⁵ Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 2005, Nr. 24 (vom 13.6.2005), S. 50.

³⁶ Vgl. Neues Deutschland, 9.6.2005.

³⁷ Zit. in: Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei, Köln 2006, S. 160.

³⁸ Eine Flasche Rotkäppchen bei 1,5 Prozent. Bodo Ramelow über die Wahlen in NRW, den Westaufbau der PDS und den möglichen Wiedereinzug in den Bundestag (Interview). In: Neues Deutschland, 19.5.2005.

³⁹ In der Sozialfrage ist jedes Übel zu groß. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky über Hartz IV, Föderalismusreform und das Grundgesetz (Interview). In: Neues Deutschland, 27.12.2004.

André Brie, der Vor- und Querdenker der PDS, hielt schon im März 2005 das Zusammengehen von WASG und PDS bei der Bundestagswahl 2006 für notwendig. Nach seiner Überzeugung sollten Demokratische Sozialisten und *Wahlalternative* anstreben, »eine wirklich offene Liste der PDS zur gemeinsamen Plattform der demokratischen Linken bei der Bundestagswahl 2006 zu machen.« Brie erklärte: »Es gibt in Deutschland keinen Platz für zwei linke Parteien, die beide die Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen überwinden könnten.« Bei einer Wahl-Kooperation könnten beide Parteien »unterschiedliche, durch die jeweils andere Partei nicht ersetzbare Vorteile für die Formierung einer linken politischen Alternative in Deutschland« bündeln. Brie hoffte, dass eine für die WASG offene PDS-Liste mittelfristig zu einem »Kristallisationspunkt oder Katalysator für eine über PDS und WASG hinausgehende linke Bewegung« werden könnte.⁴⁰

Christian Semler, in den 1970er Jahren Führungsfigur der maoistischen K-Gruppe KPD/AO, kommentierte das Verhältnis von WASG und PDS bzw. West- und Ost-Linken in der »taz« zwar wenig schmeichelhaft, aber durchaus mit einem realistischen Kern: »Bislang hatten sich die zur PDS gestoßen westdeutschen Linken nirgendwo als nützlich erwiesen. Zu groß waren die politischen und kulturellen Differenzen zwischen den meist links-milieugeschädigten, intellektuellen Wessi-Hilfstruppen und den Biedermännern aus dem Osten. Jetzt, mit dem Auftreten der WASG, hat sich die Szenerie grundlegend verändert. Die WASG verfügt in ihrer Führung über gestandene Gewerkschaftskader ohne jeden Ruch des Linksradikalismus. Sie verkörpern idealtypisch den Sehnsuchtspartner für die PDS. Denn trotz einiger wagemutiger Ausflüge auf das Terrain jenseits der Traditionslinien, sind die PDSler längst »klassische« Sozialdemokraten, Seelenverwandte der WASG.«⁴¹

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005

Am 22. Mai 2005 stand die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an, und die junge Landesorganisation der *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* brannte darauf, sich als Protestpartei und als Alternative zur

⁴⁰ André Brie: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg. In: Sozialismus, 2005, Heft 4, S. 14/15.

⁴¹ Christian Semler: PDS und WASG könnten zur ersten gesamtdeutschen Partei werden. Die neue Linke. In: taz – die tageszeitung, 24.5.2005.

herrschenden Politik insbesondere der SPD an dieser Wahl zu beteiligen. Der Bundesvorstand der Partei hatte dagegen darauf orientiert, zunächst die Parteistrukturen aufzubauen, und hielt einen Antritt zur Landtagswahl für verfrüht.⁴² Der NRW-WASG, im November/Dezember 2004 mit rund 1.200 Mitgliedern die stärkste Landesorganisation des WASG-Vereins,⁴³ gelang es dennoch, sich mit ihrem Anliegen durchzusetzen,⁴⁴ und die Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg im November 2004 fasste einen entsprechenden Beschluss.⁴⁵ Klaus Ernst erklärte rückblickend: »Ich war dagegen, weil ich alles auf die Bundestagswahlen 2006 konzentrieren wollte. Das Ergebnis war, dass wir unser ganzes Geld in den NRW-Wahlkampf gesteckt haben und danach im Prinzip pleite waren. Ich muss mich aber im Nachhinein korrigieren: Der Antritt war richtig, der Wahlkampf hat uns organisatorisch vorangebracht.«⁴⁶

Bereits einen Tag nach der Gründungsversammlung der WASG in Göttingen wurde am 23. Januar 2005 der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei gegründet – gerade noch rechtzeitig, um die formalen Voraussetzungen für eine Teilnahme an der Landtagswahl im Mai 2005 zu erfüllen. Hüseyin Aydin, der rührige Stahlarbeiter, Betriebsrat und Gewerkschaftssekretär der IG Metall aus dem Ruhrpott,⁴⁷ hatte mit seinen engagierten Mitstreitern bereits im zweiten Halbjahr 2004 die notwendigen Landesstrukturen aufgebaut und flächendeckend Kreisverbände geschaffen. So gelang es der nordrhein-westfälischen WASG, in allen 128 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen und in jedem dieser Wahlkreise die erforderlichen 100 Unterstützerunterschriften zu sammeln – insgesamt über 20.000 Unterschriften.⁴⁸

⁴² Vgl. Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues, a.a.O., S. 181.

⁴³ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 15.

⁴⁴ Eine Landesmitgliederversammlung der WASG in Nordrhein-Westfalen beschloss, zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 in NRW anzutreten. Vgl. Vogel/Kloth/v. Schack: Die Linkspartei. Rotgesagte leben länger. Eine Erfolgsstory. Verändert eine Partei die Republik?, Hamburg 2005, S. 20.

⁴⁵ Vgl. Neues Deutschland, 22.11.2004.

⁴⁶ »Es gibt kein Zurück«. Gespräch mit Klaus Ernst. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt?, a.a.O., S. 53.

⁴⁷ Vgl. Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode (Stand: 11. Januar 2006), Rheinbreitbach 2006, S. 63.

⁴⁸ Vgl. Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Zeitung der Wahlalternative zum 8. Mai 2005. In: ADS, WASG – 081.

Die WASG-Mitglieder – vielfach in orangefarbenen T-Shirts mit dem Logo »WASG« – stürzten sich begeistert in den Landtagswahlkampf. Sie klebten Plakate, verteilten das WASG-Kurzprogramm im handlichen Postkarten-Format, Flyer mit dem Titel »ASG – Die Wahlalternative – die Partei für Arbeit & soziale Gerechtigkeit: Eine andere Politik ist möglich!«, mit dem Titel »Parasiten. Aus Opfern sollen Täter werden« und mit den Selbstdarstellungen der Bundespartei bzw. der WASG Nordrhein-Westfalen »WASG? Wer wir sind und was wir wollen« bzw. »Was ist die WASG?« sowie Buttons mit dem Slogan »Eine andere Politik ist möglich. WASG. Die Wahlalternative« und Abzeichen »WASG. Die Wahlalternative«.⁴⁹

»Die Euphorie bei den Nordrhein-Westfalen war so groß«, erinnerte sich Axel Troost später. »Das war ein ganz bunter Haufen. Da waren gestandene Handwerker dabei und andere, bei denen ich nie gedacht hätte, dass die in einem Laden wie unserem aktiv werden könnten. Es gab viele Hürden auf dem Weg zum Wahlantritt. Wir mussten einen Rechtsstreit um den Namen WASG führen und Geld beschaffen. Wir hatten eigentlich keinen Zweifel daran, dass wir mehr als 1% holen und Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung haben würden.« In dieser Situation übernahm es Axel Troost, Darlehen zu beschaffen, weil der Wahlkampf vorfinanziert werden musste. »Ich war in der glücklichen Lage, dass ich durch eine Erbschaft genau zu diesem Zeitpunkt einen größeren Betrag zur Verfügung stellen konnte. Wir haben dann insgesamt rund 90.000 Euro zusammengekratzt, und das war auch das Minimum, weil wir ja praktisch sonst kein Geld für so etwas hatten.«⁵⁰

In ihrem Wahlprogramm konzentrierte sich die nordrhein-westfälische WASG auf den Protest gegen die Agenda 2010, wandte sich gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung und den damit verbundenen Leistungsabbau und andere soziale Grausamkeiten.⁵¹ Sie erklärte: »Der Sozialstaat muss nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden. Die solidarischen Grundlagen der Sozialversicherungen müssen erweitert und nicht zugunsten privater Vorsorge zerschlagen werden.«⁵² Die NRW-WASG forderte insbesondere

⁴⁹ Vgl. ADS, WASG – 078 und 094.

⁵⁰ »Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht«. Gespräch mit Axel Troost, a.a.O., S. 127.

⁵¹ Vgl. Landtagswahl 2005 Nordrhein-Westfalen. Wahlprogramm der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (Kurzfassung), o.O. [2005], besonders S. 5.

⁵² Ebenda, S. 3.

die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung, die Senkung der Lebensarbeitszeit (»Rente ab 60 statt arbeitslos bis 70«), ein öffentliches Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen, die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst und die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen im öffentlichen Dienst.⁵³ Die WASG in Nordrhein-Westfalen machte sich gezielt zum Anwalt der »kleinen Leute«: »Wir sind parteilich auf der Seite derer, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt sicher[n] müssen, parteilich auf der Seite der Erwerbslosen, parteilich auf der Seite der Opfer des Sozialabbaus.«⁵⁴

Die WASG nahm sich im Wahlkampf des drängendsten Problems, der Massenarbeitslosigkeit, an. Eines ihrer Plakat-Motive trug die Aufschrift »5 Mio. ohne Job – und was macht Rot/Grün? Eine andere Politik ist möglich!«. Mit dem Plakat »Alles »Parasiten«? Mit den Arbeitslosen, Alten, Kranken, Armen hat die Regierung kein Erbarmen. Hartz IV muss vom Tisch! Es gibt (bessere) Alternativen: WASG – Die Wahlalternative« wandte sich die WASG gegen die Verunglimpfung der Verlierer der neoliberal geprägten Modernisierung.⁵⁵ Eines ihrer Plakate warnte vor einer schwarz-roten Regierung mit dem Foto einer eindeutigen Konstellation und den Worten »Bitte verhüten!«, ein anderes vor der Fortsetzung von Rot-Grün mit der Abbildung einer rot-grünen Tablette auf einer Zunge: »Gefährliche Mischung!«. ⁵⁶ Aber auch die Bildungspolitik spielte eine Rolle. Eine Plakat-Aufschrift lautete: »PISA ist auch in NRW! Eine andere Politik ist möglich! 22. Mai: WASG«. ⁵⁷ Ein Plakat, das eine ältere Dame mit hochkarätiger Halskette unter dem Text »Vermögensteuer tut nicht wirklich weh!« zeigte, untermauerte die Forderung nach Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des abgehängten unteren Drittels der Gesellschaft. ⁵⁸ Da die etablierten Parteien das Feld des Sozialen in dieser Form weder besetzen konnten noch wollten, vermochte es die NRW-WASG, hier eine in der Gesellschaft relevante Position einzunehmen.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 6.

⁵⁴ Ebenda, S. 12.

⁵⁵ Vgl. ADS, WASG – 090.

⁵⁶ Vgl. Sammlung von Plakaten der WASG zur NRW-Wahl 2005. In: WASG-Archiv Fürth.

⁵⁷ Vgl. ADS, WASG – 083 und 084.

⁵⁸ Vgl. Sammlung von Plakaten der WASG zur NRW-Wahl 2005, a.a.O.



Mit dem Aufgreifen des Slogans der globalisierungskritischen NGOs »Eine andere Politik ist möglich!« stellte sich die NRW-WASG als einzig relevante Alternative zu den etablierten Parteien dar. In ihrem Selbstdarstellungs-Flyer »Was ist die WASG?« formulierte sie explizit: »Die Parteien im Bundestag und im Düsseldorfer Landtag sind sich mit der Bundes- und Landesregierung in allen wesentlichen Fragen einig. Eine Opposition gibt es nicht. Widerspruch findet im Parlament nicht statt. SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU sind eine einzige neoliberale Einheitspartei.« Dabei hätten gerade die letzten Tage gezeigt, dass eine sehr große Mehrheit eine deutliche Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus wünsche. »Die WASG steht für diese Kritik und eine daraus abgeleitete Politik.«⁵⁹ Die WASG griff so die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der herrschenden neoliberalen Politik auf und brachte den Protest der sogenannten Modernisierungsverlierer zum Ausdruck.

⁵⁹ WASG Nordrhein-Westfalen: Was ist die WASG? (Flyer [2005]). In: ADS, WASG – 078.

Das Ergebnis der Anstrengungen war ein Achtungserfolg. Die WASG erreichte 2,2% bzw. rund 182.000 Stimmen.⁶⁰ Ca. 50.000 ehemalige SPD-Wähler und ungefähr 60.000 bisherige Nichtwähler hatten diesmal für die WASG votiert.⁶¹ Die konkurrierend angetretene PDS erhielt nur 0,9% der Stimmen gegenüber 1,1% bei der Landtagswahl im Jahr 2000.⁶² Die Vertreter der WASG zeigten sich zufrieden. »Aus dem Stand heraus ein gutes Ergebnis«, freute sich Jürgen Klute, langjähriger Sozialpfarrer, der als Spitzenkandidat der *Wahlalternative* angetreten war. Vor dem Hintergrund der kurzen Zeit seit der Gründung der jungen Partei und der geringen finanziellen Mittel sei das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen »ein positives Signal für die kommenden Bundestagswahlen«.⁶³

Die SPD verlor die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit 37,1% der Stimmen – einem Minus von 5,7 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl 2000.⁶⁴ Bundeskanzler Schröder und SPD-Chef Müntefering nahmen dies zum Anlass, um nach Schließung der Wahllokale in einem handstreichartigen Coup vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag zu verkünden.⁶⁵

Eine sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltung der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Auswertung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und zu den zu ziehenden Schlussfolgerungen zwei Tage später gab bereits einen Vorgeschmack auf die kommenden Debatten unter den Linken. Mitglieder und Sympathisanten von PDS einerseits und WASG andererseits kreuzten die Klingen. Unterschiedliche Kulturen und Politikvorstellungen stießen aufeinander. Der Journalist Robin Alexander berichtete für die Tageszeitung »taz«: »Rasch wurde deutlich: Die Wahlalternative will durch den Einzug in den Bundestag Schwarz-Gelb unmöglich machen, stünde aber nicht als Mehrheitsbeschafferin für Rot-Grün zur Verfügung.

⁶⁰ Vgl. Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS, a.a.O., S. 156.

⁶¹ Vgl. Janosch Steuwer: Eine neue Partei »links von der SPD«. Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und der Linkspartei.PDS. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, Essen, Nr. 38/2007, S. 120. – Das waren 27,5% bzw. 33% aller Stimmen, die auf die WASG entfielen.

⁶² Vgl. Neues Deutschland, 24.5.2005.

⁶³ Zit. in: ebenda, 23.5.2005.

⁶⁴ Vgl. Der Fischer Weltatmanach 2006. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 2005, S. 136.

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 152.

Die logisch folgende Große Koalition will man vor allem außerparlamentarisch bekämpfen. Der alte westdeutsche Traum vom neuen 1968. Damit hat die PDS jedoch nichts am Hut. Sie will zurück in den Bundestag und dort parlamentarisch alternative Politik durchsetzen: im Idealfall in einer Koalition mit der SPD.«⁶⁶

Zu einer möglichen Zusammenarbeit beider Parteien erklärte Axel Troost von der *Wahlalternative*, dass man in seiner Partei auf eine »gemeinsame Wahlpartei«, auf eine »dritte Option« setze. Auf offenen Listen der PDS wolle man nicht antreten. »Das wäre ein Affront gegenüber unseren Mitgliedern«,⁶⁷ sagte der WASG-Vorstand. Bodo Ramelow, der Wahlkampfchef der Sozialisten, zeigte sich skeptisch, ob die beiden Parteien ihren Mitgliedern eine wie auch immer gestaltete Zusammenarbeit überhaupt zumuten könnten. Ein einfaches Zusammengehen, womöglich sogar »auf gleicher Augenhöhe – das geht nicht, das gibt ein Kauderwelsch bei unseren Mitgliedern«.⁶⁸ Zwar würden nun alle über die »historische Chance« reden, die in einem Zusammengehen von WASG und PDS liege, kommentierte der Journalist Tom Stroschneider, doch über den Ausgang solcher Diskussionen sage die Tatsache, dass sie geführt würden, natürlich noch nichts aus. »Und so mischt sich in die erste Euphorie auf den Gängen am Berliner Franz-Mehring-Platz auch schon große Vorsicht. Eine Vereinigung von PDS und Wahlalternative scheint weder kurz- noch langfristig möglich. Andere Formen der Zusammenarbeit gelten entweder einer Seite als unannehmbar oder stehen juristisch auf wackeligen Füßen.«⁶⁹

Das Programm der WASG

Die Programmatik der WASG, die auf dem Gründungsparteitag Anfang Mai 2005 in Dortmund beschlossen worden war, orientierte sich an der »Leitidee der sozialen Gerechtigkeit«.⁷⁰ In der Kurzfassung ihres stark von

⁶⁶ Robin Alexander: Links und links gesellt sich ungern. In: taz – die tageszeitung, Berlin, 26.5.2005.

⁶⁷ Zit. in: Tom Stroschneider: Der Soundtrack zur Debatte. PDS und WASG sehen eine historische Chance für ein Bündnis. Doch auch die Skepsis wächst. In: Neues Deutschland, 26.5.2005.

⁶⁸ Zit. in: ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, [Fürth 2005], S. 2. In: ADS, WASG – 008. – Vgl. auch Horst Dietzel/Jana

linkskeynesianischen Vorstellungen beeinflussten Gründungsprogramms betonte die WASG: »Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! [...] Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen. Arbeit muss sich lohnen – für alle!«⁷¹

Im Programm⁷² dominierten politische Nahziele. Die WASG forderte einen Mindestlohn von 1.500 € im Monat bzw. von 9 € pro Stunde. Tarifverträge müssten geschützt und gestärkt werden. Gesetze und Tarifverträge müssten auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt würden. Ein Entsendegesetz müsse für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. »Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.«⁷³ Die Massenarbeitslosigkeit lasse sich nicht mit mehr Wachstum allein beseitigen, sondern müsse durch kräftige Arbeitszeitverkürzungen in Richtung 30-Stunden-Woche bekämpft werden. In diesem Zusammenhang setzte sich die WASG für mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit ein. Es bedürfe daher einer Reform des Arbeitszeitgesetzes mit einer Begrenzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit auf höchstens 40 Stunden, einer stärkeren Beschränkung der Überstunden, einem Recht von Eltern auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung und der bundeseinheitlichen Erhaltung des Ladenschlusses.⁷⁴ Die WASG wollte gleiche Chancen für Männer und Frauen und trat für gleichen Lohn

Hoffmann/Gerry Woop: Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Berlin 2005, S. 7.

⁷¹ Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, Fürth [2005], S. 4.

⁷² Da das Kurzprogramm mit dem Titel »Programm für eine bessere Zukunft« die Positionen der WASG weitaus griffiger auf den Punkt brachte als die Langfassung mit dem schlichten Titel »Gründungsprogramm der WASG« und das Kurzprogramm durch seine handliche Form eine weitaus größere Verbreitung fand als die Langfassung des Gründungsprogramms, beziehen wir uns bei den folgenden Ausführungen zumeist auf das Kurzprogramm.

⁷³ Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, a.a.O., S. 4.

⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 4/5.

für gleichwertige Arbeit und für ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft ein.⁷⁵

Die *Wahlalternative* verlangte ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnte sie ab. Sie wollte den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren, denn nur Reiche könnten sich einen armen Staat leisten. Die WASG forderte daher »gerechte Steuern«. Konzerne und andere profitable Unternehmen sollten deutlich mehr Steuern zahlen. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssten geschlossen, Spekulationsgewinne versteuert, der Spitzensteuersatz auf mindestens 47% angehoben, eine Vermögensteuer eingeführt und die Erbschaftsteuer für Reiche erhöht werden.⁷⁶

Erwerbslose sollten solidarisch abgesichert und die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze zurückgenommen werden. Die WASG forderte in ihrem Programm »die Rücknahme der verschärften Zumutbarkeitsregeln bei Arbeitslosigkeit und die Rücknahme der Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung, die im Zuge der sogenannten Hartz-Gesetze durchgesetzt worden sind. Wir lehnen die Abschaffung der bisherigen Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ab. Dadurch werden Millionen Menschen, Langzeiterwerbslose und ihre Familienangehörigen, auf oder unter das Niveau der Sozialhilfe, also in die Armut gestoßen.«⁷⁷ Die Partei forderte stattdessen die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (gestaffelt nach Beitragsjahren) und die Beibehaltung einer anschließenden Arbeitslosenhilfe, die am früheren Einkommen ansetzt und die durch erheblich großzügigere Regelungen zur Anrechnung von Partner-einkommen und Vermögen gekennzeichnet ist, als es die Hartz-IV-Gesetzgebung vorsehe.⁷⁸ Zudem müssten die Menschen auch künftig mit spätestens 65 Jahren in Rente gehen können. In diesem Kontext plädierte die WASG für eine solidarische Bürgerversicherung für alle.⁷⁹

Die *Wahlalternative* wollte mit öffentlichen und privaten Investitionen den ökologischen Umbau voranbringen, mit ökologischen Steuern dafür

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 14.

⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 6-9 und 15.

⁷⁷ Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, a.a.O., S. 14.

⁷⁸ Vgl. ebenda.

⁷⁹ Vgl. Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, a.a.O., S. 8/9.

Anreize setzen und zugleich mehr Beschäftigung schaffen. Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, seien der Verbrauch von Rohstoffen und Energie und der Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahrzehnten drastisch zu vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft müsse auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Atomenergie sei dagegen unverantwortlich.⁸⁰

Darüber hinaus setzte sich die WASG für eine gute Bildung und Ausbildung für alle Kinder und für Ganztagschulen und Tageseinrichtungen für Kinder mit kleineren Klassen und Gruppen ein. Sie plädierte für den Ausbau der Hochschulen und lehnte Studiengebühren ab.⁸¹ Die *Wahlalternative* machte sich für mehr Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft, darunter insbesondere für die »Demokratisierung der Wirtschaft«, stark.⁸² »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, ⁸³ hieß es in Anknüpfung an eine Forderung der SPD der 1970er Jahre unter Willy Brandt. Die WASG plädierte für direkte demokratische Einflussnahme, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen. Sie wollte die Grundrechte sichern und Diskriminierung bekämpfen, Flüchtlinge schützen und Eingewanderte integrieren. Sie stritt gegen Nazis und lehnte jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Gruppierungen entschieden ab.⁸⁴

Im außenpolitischen Teil ihres Programms setzte sich die WASG dafür ein, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist. Sie lehnte die Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr ab und wandte sich dagegen, dass die Bundeswehr für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt wird. Sie lehnte jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder »im Irak oder anderswo« ab. Die *Wahlalternative* trat für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, für eine Entschuldung armer Länder und eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ein. Sie setzte sich für eine Regulierung der Finanzmärkte, für eine Steuer auf Devisenspekulationen (Tobin-Steuer) und für eine Stärkung der UNO ein. Die WASG lehnte den Europäischen Verfassungsentwurf ab und forderte eine Volksabstimmung. Die Europäische Union müsse grund-

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 12.

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 10.

⁸² Vgl. ebenda, S. 14.

⁸³ Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, a.a.O., S. 17.

⁸⁴ Vgl. Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, a.a.O., S. 14/15.

legend demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden.⁸⁵ »Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa. Ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte!«⁸⁶

In ihrem Kurzprogramm erklärte die WASG, sie wolle den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Sie strebe ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit ihr in dem Gedanken geeint sind, dass eine andere Politik möglich und machbar sei. Die WASG unterstrich: »Wir machen Druck für eine soziale Alternative. Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital.«⁸⁷

Das Programm markierte damit insbesondere jene Punkte, in denen die WASG-Gründer mit der Schröder-SPD über Kreuz lagen, und hatte einen »starken, bewussten retro-normativen Bezug auf den Sozialstaat und die Politik der SPD in den 1960er und 1970er Jahren«.⁸⁸ Es wies zudem eine hohe Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Positionen auf.⁸⁹ Eine eher untergeordnete Rolle in diesem Programm mit seinem Schwerpunkt auf der Arbeitsmarkt-, der Wirtschafts- und der Steuerpolitik spielten Fragen der demokratischen Gestaltung und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft, der Bildungspolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik.

Auch ideologisch aufgeladene Begriffe wie der des »demokratischen Sozialismus«, auf den sich sowohl SPD als auch PDS in ihrer Programmatik beriefen, fehlten im WASG-Programm. Nach dem Willen der Gründerväter der Partei sollten so ideologische und weltanschauliche Hürden für einen Beitritt vermieden werden, um möglichst viele Menschen, die ihrem Widerstand gegen den Neoliberalismus praktischen Ausdruck verleihen wollten, für das neue Parteiprojekt zu gewinnen. Axel Troost betonte später, dass »zahlreiche WASG-Mitglieder den Neoliberalismus ablehnen und sich deshalb engagieren, sich aber nicht unbedingt als AnhängerInnen

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 12/13.

⁸⁶ Ebenda, S. 13.

⁸⁷ Ebenda, S. 15.

⁸⁸ Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues, a.a.O., S. 180.

⁸⁹ Vgl. Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken? Diplomarbeit, München 2007, S. 71.

eines Demokratischen Sozialismus bezeichnen würden.«⁹⁰ Dieses Parteiverständnis formuliert das Gründungsprogramm der WASG wie folgt: Die Partei »versteht sich als Sammlungsbewegung für Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft. Uns führt das gemeinsame Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft zusammen.«⁹¹

In ihrer publizistischen Arbeit war die WASG-Führung bestrebt, die Programminhalte zu vertiefen und in die Breite der Mitgliedschaft und des Sympathisanten-Umfeldes zu tragen. WASG-Vorstand Axel Troost attackierte die »Allparteienkoalition im Bundestag«, die sich auf dem sogenannten Job-Gipfel im Frühjahr 2005 »wieder dem Druck des Unternehmerlagers gefügt« habe und Unternehmenssteuern weiter senken und Renten weiter kürzen wolle. »Damit setzt die Regierung ihre gesamtwirtschaftliche Irrfahrt fort, als ob durch die Erhöhung der Dosis von falschen Medikamenten eine Krankheit auskuriert werden kann.« Die letzten Jahre hätten die Idee, Wachstum und Beschäftigung einseitig auf dem Wege von Steuer-senkungen und Sozialabbau zu befördern, zur Genüge widerlegt. Die 5,2 Millionen Arbeitslosen würden zu Recht erwarten, dass ihre Sorgen und Interessen ernst genommen werden. Die WASG plädiere für ein großes, auf mindestens zehn Jahre angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Umwelt und zum Aufbau strukturschwacher Regionen, mit dem viele hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Deshalb wolle die WASG die stärkere Besteuerung großer Unternehmen, die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie einen Spitzensteuersatz von mindestens 47%. »Was Arbeitgeber und Reiche wollen«, so der Geschäftsführer der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, »ist ein armer Staat. Das

⁹⁰ Axel Troost: Nur in Pluralität erfolgreich. In: Neues Deutschland, 18.8.2006.

⁹¹ Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, a.a.O., S. 27. Ganz in diesem Sinne hatte Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Berlin und einer der strategischen Vordenker der WASG, Anfang Februar 2004 in seinem internen Strategie-Papier mit dem Titel »Für eine wahlpolitische Alternative 2006« als Ziel umrissen: »Es geht [...] in gewissem Maße auch um einen linken Populismus, der notwendig ist, um die Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.« (Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann [Hrsg.]: Was war? Was bleibt? A.a.O., S. 193).

ist der falsche Weg, und die so geschaffene Existenzangst und politische Alternativlosigkeit ebnet den neuen Rechtsextremen den Weg.«⁹²

Björn Radke und Murat Çakır setzten sich nach den Wahlerfolgen der NPD im Saarland und in Sachsen mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinander. Die Schwäche im Kampf gegen den Rechtsradikalismus, schrieben die beiden Vorstandsmitglieder der WASG, rühre vor allem daher, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit als »Betriebsunfall« im Alltag des demokratischen Rechtsstaates zu verstehen. Obwohl die rechtsradikale Gewalt hauptsächlich gegen Einwanderer und Juden gerichtet sei, würden die Opfer der rassistischen Aggression selbst nicht in die Debatte eingebunden. Solange Einwanderer aber nicht als Teil der Bevölkerung betrachtet würden, sondern als »Fremde« auf »unserem Territorium«, bleibe ein formelhafter »Antifaschismus« bzw. »Kampf gegen Rechts« wirkungslos. »Gerade jetzt ist es notwendiger denn je, dafür Sorge zu tragen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft gleiche Rechte erhalten.« Der politische Rechtsextremismus, so die beiden Autoren, »ist nur durch geduldige Auseinandersetzung vor Ort zurückzudrängen und muss als langfristig angelegtes Engagement aller Demokraten begriffen werden.«⁹³

Der Beginn der Kooperation der WASG mit der PDS

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen trat der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus und unterbreitete mit feinem Gespür für die historisch einmalige Situation das Angebot, bei der nächsten Bundestagswahl für

⁹² Axel Troost: Sozialabbau, die Zerstörung der Demokratie und wirtschaftspolitische Alternativen. In: Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Zeitung der Wahlalternative zum 8. Mai 2005, a.a.O.

⁹³ Björn Radke/Murat Çakır: Gegen Rechtsextremismus und Rassismus reichen Abwehrrituale nicht aus! In: Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Zeitung der Wahlalternative zum 8. Mai 2005, a.a.O. – Auch das Mitglied des Bundesvorstandes des WASG-Vereins, Helge Meves, hatte sich bereits kurz nach dem Zusammenschluss der beiden Initiativen ASG und *Wahlalternative 2006* publizistisch mit dem Rechtsextremismus auseinandergesetzt. Vgl. Helge Meves: Es tut sich etwas. In: Jungle World, 18.8.2004. URL: <http://jungle-world.com/artikel/2004/34/13513.html> (abgerufen am 10.3.2016).

ein Linksbündnis zu kandidieren.⁹⁴ Er sagte der Bild-Zeitung: »Sozialdemokraten, Gewerkschafter, PDS und WASG müssen sich zu einer neuen Partei zusammenschließen und das Kontrastprogramm zur Berliner Allparteien-Koalition des Sozialabbaus vertreten [...] Wenn es trotz der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit gelingt, eine linke Sammlungsbewegung ähnlich dem Olivenbaum in Italien zu Stande zu bringen, bin ich dabei.«⁹⁵

Lafontaine konnte zum damaligen Zeitpunkt bereits auf ein reiches politisches Leben verweisen. Der Saarländer, 1943 als Sohn eines Bäckers geboren, der als Soldat im Zweiten Weltkrieg starb, wurde 1976 zum Oberbürgermeister von Saarbrücken gewählt und regierte von 1985 bis 1998 als Ministerpräsident im Saarland. Am 25. April 1990 wurde er Opfer eines Attentats: Bei einem Wahlkampfauftritt stach ihm eine Frau mit einem Messer in den Hals. Dennoch trat Lafontaine als Kanzlerkandidat der SPD zur Bundestagswahl im Dezember 1990 an, verlor aber die Wahl gegen Helmut Kohl. 1995 eroberte der begnadete Rhetoriker auf dem Mannheimer Parteitag der SPD in einer Kampfkandidatur gegen den stets hölzern wirkenden Rudolf Scharping den Parteivorsitz. Als Rot-Grün schließlich 1998 die Bundestagswahl gewann, zog er als Bundesminister der Finanzen ins Kabinett von Gerhard Schröder ein. Doch im März 1999 trat Lafontaine von allen Ämtern zurück.⁹⁶

Sein einziger Rücktritt in seiner gesamten Karriere wurde anschließend von seinen politischen Gegnern und den Mainstream-Medien zum Regelfall erklärt – und damit von jenen, die auf seine Demission hingearbeitet hatten. Bis heute wird der Saarländer als unsicherer Kantonist diffamiert, der sich aus der Verantwortung gestohlen habe. Als Bundesfinanzminister plante Lafontaine mit seinem Stab eine Steuerreform. Diese sah einerseits eine Senkung der Spitzensteuersätze für Unternehmen vor, aber andererseits sollten im Gegenzug Abschreibungsmöglichkeiten und andere Steuervergünstigungen wegfallen. Großunternehmen liefen dagegen Sturm.

⁹⁴ Vgl. Lafontaine kandidiert für Linksbündnis. In: SPIEGEL ONLINE, Hamburg, 24.05.2005. URL: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,357326,00.html ; Lafontaine tritt aus der SPD aus. In: SPIEGEL ONLINE, Hamburg, 24.5.2005. URL: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,357334,00.html .

⁹⁵ Zit. in: Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 49. – Lafontaine trat allerdings erst am 18. Juni 2005 der WASG bei. Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 127.

⁹⁶ Vgl. Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode (Stand: 11. Januar 2006), a.a.O., S. 165; Robert Lorenz: Oskar Lafontaine. Porträt eines Rätselhaften, Münster 2013, besonders S. 8, 33-35 und 39.

Thyssen-Krupp-Chef Cromme, der Deutsche-Bank-Aufsichtsrat Kopper und weitere 20 Spitzenmanager forderten in einem Brief an die Regierung den Verzicht auf die Steuerreform. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD), später Bundeswirtschaftsminister in der zweiten rot-grünen Regierung, organisierte zusammen mit den SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski (Niedersachsen) und Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) die Unterstützung für das Unternehmerlager. Bei Gerhard Schröder, dem »Genossen der Bosse«, und anderen führenden Sozialdemokraten auf dem Trip des neoliberalen Zeitgeistes stießen die Wirtschaftsvertreter und ihre Lobbyisten mit ihrem Anliegen auf offene Ohren. Lafontaine verlor den notwendigen Rückhalt im Kabinett und in der Parteiführung.⁹⁷ Auf seinen Rücktritt reagierte die Börse euphorisch, die Aktienkurse gingen um fünf, die Kurse von Allianz, Münchener Rück, RWE und VEBA sogar um mehr als elf Prozent nach oben.⁹⁸

Kurz nachdem Lafontaine sein Angebot, für ein Linksbündnis zu kandidieren, unterbreitet hatte, fanden am 30. Mai 2005 erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG statt. Vonseiten der WASG nahm mit Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing und Axel Troost der komplette Geschäftsführende Vorstand daran teil, vonseiten der PDS kamen der Parteivorsitzende Lothar Bisky, seine Stellvertreterin Katja Kipping, Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmutz, Bundesschatzmeister Uwe Hobler und Wahlkampfleiter Bodo Ramelow.⁹⁹ PDS-Chef Lothar Bisky sah anschließend ausreichende inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen WASG und PDS für eine Zusammenarbeit: »Das betrifft die Agenda 2010 und Hartz IV, das betrifft die Steuerfrage, das betrifft unser Engagement gegen das Kartell der sozialen Kälte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sicher muss man auch den Mut haben, den Wählern klar zu sagen, wo Differenzen bleiben. Aber die können ja produktiv sein.«¹⁰⁰

Thomas Händel sagte 2012 rückblickend: »Uns war klar, dass der gemeinsame Wahlantritt ein Experiment ist. Der Huckepackantritt auf den Li-

⁹⁷ Vgl. Helge Meves: Kneift Lafontaine, wenn es ernst wird? In: Sächsischer Wahlanzeiger, Hrsg.: Landesvorstand der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), Dresden, September 2005, S. 1. In: ADS, WASG – 127.

⁹⁸ Vgl. Oliver Nachtwey: Oskar Lafontaine: Der Unvollendete. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, 2010, Nr. 6, S. 95.

⁹⁹ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 53.

¹⁰⁰ »Wir müssen schnell den Berg hochklettern«. PDS-Chef Lothar Bisky über die Gespräche zwischen Sozialisten und Wahlalternative (Interview). In: Neues Deutschland, Berlin, 1.6.2005.

sten der umbenannten Linkspartei war riskant, aber notwendig, um zu sehen, ob es weitergeht. Ein schwieriger Gang, denn das Projekt WASG war ja auch in Abgrenzung zur PDS entstanden. Erst in der Vorbereitung dieses gemeinsamen Wahlantritts und im Laufe des Wahlkampfes wuchs die Einsicht, über den weiteren Fortgang zu reden.«¹⁰¹

Der Historiker und Politikwissenschaftler Falk Heunemann machte in seiner Analyse grob drei Phasen auf dem Weg der Wahl-Kooperation zwischen WASG und PDS aus, die allerdings nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden seien: Erstens die Entscheidung, ob überhaupt eine Kooperation stattfinden soll; zweitens die Klärung der Frage, wie sie realisiert wird; und schließlich drittens die Umsetzung des gewählten Modells, was auch die rechtliche Prüfung und Zulassung durch die Wahlausschüsse beinhaltete.¹⁰² Insgesamt dominierte von nun an die Frage der Wahlteilnahme die Aktivitäten der WASG und ließ Themen wie die Konsolidierung der Partei oder Debatten zum Programm in den Hintergrund treten.¹⁰³

Man war sich ziemlich schnell einig, gemeinsam zur Bundestagswahl im Herbst 2005 anzutreten, aber total uneinig darüber, wie das geschehen sollte. Während die Vertreter des Geschäftsführenden Vorstandes der PDS eine gemeinsame Kandidatur auf einer offenen Liste der PDS als sichere und »klagefeste« Variante favorisierten, sahen die Vertreter des Geschäftsführenden Vorstandes der WASG die »einzige Chance« in einer neuen Wahlpartei, auf deren Liste auch andere außerparlamentarische Kräfte wie das globalisierungskritische Netzwerk *attac* und Friedensgruppen kandidieren könnten.¹⁰⁴

Die WASG-Führung (und wohl auch die Mehrheit der Mitglieder der Wahlalternative) lehnte die Idee der offenen Listen der PDS rundweg ab.¹⁰⁵ WASG-Vorstand Klaus Ernst erklärte apodiktisch: »Auf einer Liste der PDS können wir nicht kandidieren.« Denn dann sei die WASG im Westen »politisch tot«.¹⁰⁶ Der Bayer polterte, der Weg der offenen Listen »wird nicht mit

¹⁰¹ »Niemand wollte es versemeln«. Gespräch mit Thomas Händel. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? A.a.O., S. 86.

¹⁰² Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 47.

¹⁰³ Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 109.

¹⁰⁴ Vgl. Neues Deutschland, 31.5.2005.

¹⁰⁵ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Newsletter, Fürth, 2005, Nr. 13, S. 1/2. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-7.

¹⁰⁶ Zit. in: taz – die tageszeitung, 25.5.2005.

uns« zu gehen sein. »Die PDS sollte von ihrem hohen Ross herunter kommen.«¹⁰⁷ Einige Tage später wiederholte der IG Metall, die WASG »wird nicht unter dem PDS-Etikett antreten«. Unter diesem Namen sei man im Westen nicht wählbar, da viele die Partei dort als reine Ost-Formation und SED-Nachfolgeorganisation sehen würden.¹⁰⁸ Die Gegner einer Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf offenen Listen der PDS machten geltend, dass die WASG bei dieser Variante ihre Identität weitgehend verlieren würde. Hätte man sich bei der PDS engagieren wollen, hätte man auf die Gründung einer eigenen Partei verzichten können. Nicht wenige Aktivisten der WASG hätten die Gründung dieser Partei aber auch als Reaktion auf eine aus ihrer Sicht falsche Politik der PDS verstanden.¹⁰⁹ WASG-Vorstand Thomas Händel meinte, es sei »schwierig, eine für alle Beteiligten uneingeschränkt befriedigende Lösung zu finden«. Man sei aber »bereit, alle Vorschläge vorurteilsfrei zu prüfen«.¹¹⁰

Der Vorschlag, WASG-Kandidaten auf offenen Listen der PDS antreten zu lassen, löste allerdings auch unter PDS-Politikern ein geteiltes Echo aus. Die Vorstellung, die ohnehin raren potenziellen Bundestagsmandate mit den Konkurrenten von der WASG teilen zu müssen, wurde keineswegs von allen freudig begrüßt, da schon unter den Sozialisten selbst eifrig um aussichtsreiche Listenplätze und Erfolg versprechende Wahlkreise gefeilscht wurde. Stefan Liebich wollte Berliner WASG-Leute auf seiner Landesliste nur ungern akzeptieren: »Wir haben nichts zu verschenken.«¹¹¹

Die WASG-Position, eine neue Wahlpartei aus der Taufe zu heben, stieß bei PDS-Politikern auf keine Gegenliebe. Sie hielten die Zeit, die bis zur Einreichung der Wahlvorschläge zur Bundestagswahl verblieb, für zu kurz, um eine neue, gemeinsame Partei zu gründen. Thomas Nord, der Landesvorsitzende der PDS Brandenburg, erklärte, eine Parteigründung sei »in drei Wochen nicht zu stemmen«.¹¹² PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow erteilte einer schnellen Parteineugründung eine Absage: »Wenn ein Landeswahlleiter sagt, das ist keine neue Partei, weil das nur zur Umgehung

¹⁰⁷ Offene PDS-Liste: Nicht mit uns. WASG-Bundesvorstand Klaus Ernst über ein Wahlbündnis, Gespräche auf Augenhöhe und den kulturellen Graben zwischen Ost und West (Interview). In: Neues Deutschland, 30.5.2005.

¹⁰⁸ Vgl. Neues Deutschland, 6.6.2005.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, 2.6.2005.

¹¹⁰ Zit. in: ebenda, 26.5.2005.

¹¹¹ Zit. in: DER SPIEGEL, 2005, Nr. 24, S. 50.

¹¹² Vgl. Neues Deutschland, 1.6.2005.

einer verbotenen Listenverbindung gemacht wurde, haben wir mit Zitronen gehandelt.«¹¹³

Arbeitsgruppen wurden eingesetzt und Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.¹¹⁴ Die Gutachter kamen allerdings zu unterschiedlichen Resultaten. Der Jurist Detlef Hensche, den die WASG mit einer Expertise beauftragt hatte, hielt die Neugründung einer Partei als Wahlpartei für rechtlich machbar.¹¹⁵ Auch andere Experten sahen in einer gemeinsamen Wahlpartei einen gangbaren Weg. Diese Partei würde speziell für die bevorstehende Bundestagswahl gegründet und müsste statutarisch eine Doppelmitgliedschaft erlauben. Nicht zuletzt müsste sie den Parteienbegriff nach Paragraph 2 des Parteiengesetzes erfüllen und hätte beispielsweise einen Bundesvorstand zu wählen. Für den Bundeswahlleiter müsste also feststehen, dass die neue Organisation »nach Umfang und Festigkeit« und der Zahl der Mitglieder »eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit« bietet, an der politischen Willensbildung auf Bundesebene dauerhaft teilzunehmen.¹¹⁶

Dagegen sah eines der von der PDS in Auftrag gegebenen Gutachten »gewichtige juristische Gründe« dafür, nicht den Weg der Gründung einer Wahlpartei zu beschreiten, da gerade das letztgenannte Kriterium der »Dauerhaftigkeit« bestritten werden könnte. Denn nach dem Parteiengesetz gelte eine »Vereinigung von Bürgern« nur dann als Partei, wenn sie »dauernd oder für längere Zeit« an der »Vertretung des Volkes« mitwirken wolle. Da aber bei einer Wahlpartei, so das Gutachten, die Mehrzahl der Kandidaten den fortbestehenden Parteien WASG und PDS angehören würde, könne »nicht ausgeschlossen werden, dass die vorgeschlagene Konstruktion als formaler Ersatz einer tatsächlich gewollten Listenverbindung« angesehen werde. Eine solche sei aber nach dem Bundeswahlgesetz nicht zulässig.¹¹⁷ Eine offene Liste einer der beiden Parteien galt nach dieser Rechtsauffassung als die »einzige Möglichkeit, die nicht Gefahr läuft, zu unzulässigen Wahlvorschlägen zu führen«.¹¹⁸

Eines der von der PDS in Auftrag gegebenen Gutachten verwies zudem auf ganz praktische Gründe, die dafür sprächen, dass die PDS die offenen

¹¹³ Zit. in: ebenda, 27.5.2005.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, 31.5.2005.

¹¹⁵ Vgl. Detlef Hensche: Die Zeit ist reif für eine neue linke Partei. In: Frankfurter Rundschau, 4.6.2005.

¹¹⁶ Vgl. Neues Deutschland, 31.5.2005.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, 2.6.2005.

¹¹⁸ Vgl. ebenda.

Listen einreichen sollte. Nach dem Bundeswahlgesetz hätte die WASG für die Wahlkreisvorschläge je 200 und für die Landeslisten je 2.000 Unterschriften sammeln müssen. Von einem solchen organisatorischen Aufwand war die PDS befreit, da sie in mehreren Landtagen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten war.¹¹⁹

Der Düsseldorfer Parteienrechtler Prof. Dr. Martin Morlock, der ebenfalls eine Wahlpartei, die nicht mehr als eine Dachkonstruktion ist, für undenkbar hielt, brachte eine neue Variante ins Spiel: Er nannte eine »Parallelpartei«, bei der beide Parteien bestehen bleiben, ihre Mitglieder jedoch in die neue Partei eintreten, eine »piffige Idee«.¹²⁰ Für einen anderen Düsseldorfer Parteienexperten war selbst die Variante der bereits mehrfach erprobten offenen Listen der PDS »zumindest problematisch«. Nach Auffassung von Thilo Streit hätte eine offene PDS-Liste mit vielen WASG-Kandidaten durchaus als Versuch bewertet werden können, das Listenverbindungsverbot zu umgehen.¹²¹

Inzwischen kündigten sich für einen gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS prominente Unterstützer an. Auf einer Pressekonferenz am 3. Juni 2005 erklärte Gregor Gysi, der erste Parteivorsitzende der PDS und langjährige Chef der PDS im Bundestag, dass er bei der vorgezogenen Bundestagswahl »für die PDS – besser noch für ein zu bildendes Linksbündnis« antreten wolle. Zwar glaube er, »dass die PDS auch alleine die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl überschreiten wird«, aber ein mögliches Linksbündnis könne zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland werden. »Deshalb begrüßte ich es sehr«, sagte der eloquente Politstar, »wenn Oskar Lafontaine und ich zusammen für den Bundestag kandidierten, ebenso wie Lothar Bisky und Klaus Ernst.«¹²²

Nahezu zeitgleich wandte sich aus dem Südwesten der Bundesrepublik der baden-württembergische SPD-Politiker Ulrich Maurer am 30. Mai 2005 in einem Brandbrief »In Wut und Verzweiflung« gegen den Kurs seiner Partei auf Neuwahlen mit Gerhard Schröder an der Spitze.¹²³ Das ehemalige Mitglied des SPD-Parteipräsidiums zog eine vernichtende Bilanz der

¹¹⁹ Vgl. ebenda.

¹²⁰ Vgl. ebenda.

¹²¹ Vgl. ebenda, 8.6.2005.

¹²² Gregor Gysi: »Ich bin bereit, diese Herausforderung anzunehmen!« (3.6.2005). URL: http://sozialisten.de/presse/presseerklarungen/view_html?zid=27626&bs=1&n=0 (abgerufen am 3.6.2005).

¹²³ Vgl. Neues Deutschland, 3.6.2005.

Regierungszeit der SPD: »Fast alle Länder an die Union verloren, 40% der Wählerschaft von 1998 ins Abseits getrieben, ein Viertel der Mitglieder verloren.« Nach fünf Jahren Unterwerfung unter die Dogmen des Neoliberalismus seien »die Reichen reicher, die Armen ärmer, die Alten mehr, die Kinder weniger geworden. Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordniveau, die Staatsfinanzen ruiniert und hunderttausend kleiner mittelständischer Existenzen vernichtet.«¹²⁴

Er könne sich nicht vorstellen, schrieb der ehemalige Fraktionschef der SPD im baden-württembergischen Landtag an den SPD-Vorstand, »wie ihr tolerierend verantworten könnt, was derzeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschieht.«¹²⁵ Der Kanzler, »der erst sich selbst und dann seinen Willen der deutschen Sozialdemokratie aufgezwungen hat«, vergewaltige mit dem Versuch der vorgezogenen Neuwahl die Partei ein letztes Mal.¹²⁶ Der SPD-Vorstand, so der Stuttgarter Rechtsanwalt, lasse es zu, »dass aus der ältesten und größten demokratischen Partei Deutschlands ein billiges Gefolgschaftsverhältnis geworden ist.«¹²⁷ Wenn die SPD überleben wolle, müsse sie umkehren, »und der Beginn von Umkehr ist die ehrliche Bilanz und die Abwahl derer, die eine ganze Partei dem Denken des Neoliberalismus« unterworfen hätten. Es gebe keinen Bedarf für vier neoliberale Parteien in Deutschland. Wer nicht wolle, dass die Wut der Verlierer ihr Ventil bei braunen Rattenfängern oder in Gewalttätigkeit suche, der »muss die SPD zur Kursänderung zwingen, oder sie aufgeben und ersetzen.«¹²⁸ Dieser endgültigen Abrechnung folgte ein konsequenter Schritt: Ulrich Maurer trat aus der SPD aus¹²⁹ und in die WASG ein.¹³⁰

¹²⁴ Ulrich Maurer: Putsch von oben. Dokumentation. Brief von Ulrich Maurer, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der baden-württembergischen SPD, an den Bundesvorstand seiner Partei [gekürzte Fassung]. In: Freitag, 10.6.2005. URL: www.freitag.de/autoren/der-freitag/putsch-von-oben (abgerufen am 14.9.2015).

¹²⁵ Brandbrief [von Ulrich Maurer]: »Wenn die SPD überleben will, muss sie umkehren« [gekürzte Fassung]. In: SPIEGEL ONLINE, 1.6.2005. URL: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,358567,00.html (abgerufen am 2.6.2005).

¹²⁶ Ulrich Maurer: Putsch von oben, a.a.O.

¹²⁷ Brandbrief [von Ulrich Maurer]: »Wenn die SPD überleben will, muss sie umkehren«, a.a.O.

¹²⁸ Ulrich Maurer: Putsch von oben, a.a.O.

¹²⁹ Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 29.6.2005.

¹³⁰ Vgl. Ulrich Maurer/Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei?, Berlin 2005, S. 1.

In einer gemeinsamen Presseerklärung konnten Klaus Ernst und Lothar Bisky am 10. Juni 2005 mitteilen, dass PDS und WASG ihre Sondierungsgespräche in Berlin erfolgreich fortgesetzt hätten. Die Gesprächsgruppen beider Parteien würden ihren Gremien vorschlagen: »1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen. 2. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten. 3. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Um das Neue an dem Projekt zu dokumentieren, wird dem Vorstand der PDS vorgeschlagen, eine Namensänderung zu prüfen.«¹³¹ Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche würden dem Parteivorstand der PDS und einer Versammlung aller Landesvorstände der WASG zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Beide Gremien würden am Wochenende (11./12. Juni 2005) tagen.¹³²

Am 11. Juni 2005 bestätigte der Bundesvorstand der PDS das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen, die Absicht einer Umbenennung der PDS und die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf Landeslisten der PDS. Einen Tag später, am 12. Juni 2005, bestätigten auch der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen. Da es gegen den Namensvorschlag »Demokratische Linke – PDS« erhebliche Vorbehalte gab, blieb die konkrete Namensgebung des gemeinsamen Wahlbündnisses noch offen.¹³³

In den folgenden Tagen suchte man unter hohem Zeitdruck fieberhaft nach einem für WASG wie PDS gleichermaßen akzeptablen Namen für die gemeinsamen Listen. Während die PDS – wie schon in den Tagen vor der grundsätzlichen Einigung – nicht auf ihren vor allem in Ostdeutschland eingeführten Markennamen verzichten wollte, mochte die WASG nicht unter dem Label PDS zur Bundestagswahl antreten. Beide Seiten schlossen ein Scheitern des gemeinsamen Wahlantritts nicht aus, falls keine befriedigende Lösung gefunden würde.¹³⁴ Allerdings bekannte Axel Troost später, dass die Drohungen der WASG in den Gesprächen mit der PDS, alleine

¹³¹ Gespräche zwischen PDS und WASG erfolgreich verlaufen (10.6. 2005). URL: http://sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/view_html?zid=27710&bs=1&n=0 (abgerufen am 10.6.2005).

¹³² Vgl. ebenda.

¹³³ Vgl. Neues Deutschland, 13.6.2005.

¹³⁴ Vgl. ebenda, 13.6.2005 und 14.6.2005; Frankfurter Rundschau, 4.7.2005.

anzutreten, angesichts der fehlenden Finanzen dafür »reines Pokern« waren.¹³⁵

PDS-Chef Lothar Bisky hielt eine Erweiterung des PDS-Parteinamens für eine gemeinsame Liste von Sozialisten und WASG für möglich. Das Kürzel »PDS« solle aber auf jeden Fall Bestandteil des Namens bleiben. Die PDS-Vizevorsitzende, die brandenburgische Fraktionschefin Dagmar Enkelmann, verlangte: »Der Name PDS sollte erscheinen.« Und Bodo Ramelow assistierte, bei der Namensfindung dürfe »unsere Identität bei den Wählern in Ostdeutschland« nicht verloren gehen.¹³⁶ Rosemarie Hein, die PDS-Vorsitzende in Sachsen-Anhalt, nannte es gar »abenteuerlich«, zu glauben, die PDS könne ohne ihr Kürzel zur Bundestagswahl antreten, weil dies zahlreiche Wähler nicht verstehen würden.¹³⁷ Die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner setzte noch eins drauf: »Die WASG existiert seit wenigen Monaten, die PDS hat 15 Jahre um ihre Existenz gekämpft und darum, dass ihr Name nicht totgeschwiegen wurde. Nun soll sie auf ihren Namen verzichten, weil einige Leute immer noch Pickel bekommen, wenn sie der drei Buchstaben ansichtig werden.«¹³⁸

Die WASG strebte weiterhin einen Namen ohne das Etikett PDS an. »Ich hätte die PDS gerne nicht im Namen«, ¹³⁹ betonte WASG-Vorstand Thomas Händel. Sein Vorstandskollege Murat Çakır erklärte, ein Projekt unter dem Titel PDS sei im Westen für viele nicht wählbar.¹⁴⁰ »Viele Menschen hoffen auf etwas Neues, das muss auch im Namen sichtbar sein«, ¹⁴¹ unterstrich er. Dass sich die Sozialisten nur »schwer vorstellen können, den Namen zu wechseln«, verstand Thomas Händel. Wer aber etwas Neues wolle, sagte er bereits wenige Tage vor der Grundsatzeinigung auf offene Listen, der müsse auch Bereitschaft zeigen, dafür etwas zu tun.¹⁴² Allerdings bemerkte er kurz danach, wenn die Gespräche an der Namensfrage scheitern sollten, »würde uns jeder in dieser Republik für verrückt halten«. Wichtiger seien die politischen Inhalte.¹⁴³

¹³⁵ Vgl. »Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht«. Gespräch mit Axel Troost, a.a.O., S. 129.

¹³⁶ Vgl. Neues Deutschland, 8.6.2005.

¹³⁷ Vgl. ebenda, 14.6.2005.

¹³⁸ Vgl. ebenda, 16.6.2005.

¹³⁹ Zit. in: ebenda, 8.6.2005.

¹⁴⁰ Vgl. ebenda.

¹⁴¹ Zit. in: ebenda, 14.6.2005.

¹⁴² Vgl. ebenda, 6.6.2005.

¹⁴³ Vgl. ebenda, 9.6.2005.

Den Durchbruch im Namensstreit erzielten die Verhandlungsführer von WASG und PDS auf einem Treffen am 22. Juni 2005. Der PDS-Vorstand würde nach der getroffenen Vereinbarung dem Parteitag der Sozialisten am 17. Juli 2005 vorschlagen, den Parteinamen in »Die Linkspartei.« zu ändern. Zusätze zu diesem Namen wären auf Beschluss von Landesparteitagen möglich, sodass die Partei im Osten mit dem angehängten Kürzel »PDS« antreten könnte. Im Westen könnte das Bundesland zum zusätzlichen Bestandteil des Parteinamens werden.¹⁴⁴ Diese Lösung des Problems reklamierte später Bodo Ramelow für sich: Sie sei ihm erst auf dem Weg zur Sitzung im Fahrstuhl eingefallen.¹⁴⁵ Die Einigung auf einen Namen für das gemeinsame Projekt war, so der Göttinger Parteienforscher Felix Butzlaff, »eine symbolische Schlüsselfrage und zugleich in den Verhandlungen eine taktische Meisterleistung der PDS«, ¹⁴⁶ insbesondere ihres Unterhändlers Bodo Ramelow.

Am 17. Juni 2005 hatten Klaus Ernst für die WASG und Lothar Bisky für die PDS das später »Kooperationsabkommen I« genannte Gesprächsergebnis unterzeichnet, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wurde. »Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien »Die Grünen« und »Bündnis 90«, wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.«¹⁴⁷

Zur Vorbereitung der Vereinigung werde eine gemeinsame Kommission gebildet, in die beide Parteien paritätisch Mitglieder entsenden sollten. Die Kommission habe die Aufgabe, folgende Dokumente zu erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise der Vereinigung der Parteien. Beide Seiten bekräftigten, dass der Weg zur Vereinigung der beiden Parteien in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgen werde. Deshalb werde in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass zentrale Gremien paritätisch besetzt sind.¹⁴⁸

Gegen einen gemeinsamen Wahlantritt mit der PDS hatte sich deutlicher Unmut vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden der WASG, aber

¹⁴⁴ Vgl. ebenda, 23.6.2005 und 25./26.6.2005.

¹⁴⁵ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 68.

¹⁴⁶ Felix Butzlaff: Als David gegen Goliaths? Der Wahlkampf der Linkspartei zwischen Protest und Alternative. In: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei, a.a.O., S. 250.

¹⁴⁷ Gesprächsergebnis zwischen Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) (17.6.2005). In: ADS, WASG – 067.

¹⁴⁸ Vgl. ebenda.

auch in Nordrhein-Westfalen geregt. Kristallisationspunkt des Protests war dort der *Leverkusener Kreis* (LVK) um Markus Schlegel¹⁴⁹ und Matthias Fiege,¹⁵⁰ der nach eigenen Angaben rund 300 Mitglieder und 1.500 Interessenten zählte. In einer »Leverkusener Erklärung« von 40 WASG-Mitgliedern aus 15 nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisverbänden sowie aus dem Kreisverband Aurich-Emden vom 10. Juni 2005 wurden erhebliche Bedenken gegen ein Zusammengehen der WASG mit der PDS artikuliert: »Wir setzen darauf, langfristig eine soziale Volkspartei zu werden und die etablierten Parteien darin zu beerben und nicht eine PDS-Plus zu werden.«¹⁵¹

Der LVK machte sich insbesondere für basisdemokratische Elemente wie die Trennung von Amt und Mandat stark und wandte sich gegen »die nicht eben demokratischen Praktiken auf der Vorstandsebene beider Parteien«. Markus Schlegel formulierte in einem Interview mit der »taz« diplomatisch: »Mit einer PDS, die in Meckpom und Berlin gemeinsam mit der SPD in den Landesregierungen an der Umsetzung der Hartz-IV-Grausamkeiten mitarbeitet, gibt es erheblichen Diskussionsbedarf.«¹⁵² Die LVK-Aktivist*innen sahen sich im Sinne der ursprünglichen WASG-Intention als Vertreter einer »Sozialstaatspartei«. »Wir wollen eine soziale Partei, aber keine sozialistische«, ¹⁵³ erklärte Matthias Fiege.

In Ostdeutschland trafen sich am 31. Mai 2005 die Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen in Leipzig, um über die vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG mit der PDS geführten Gespräche zu einem Wahlbündnis zur Bundestagswahl im September 2005 zu beraten. In einer gemeinsamen Erklärung konstatierten die drei Landesvorstände, dass diese Gespräche »von großen Teilen der Parteibasis der WASG mit Skepsis, teils offen ablehnend beobachtet« würden. Der vom Geschäftsführenden Bundesvorstand eingeschlagene Weg würde die Partei »vor eine Zerreißprobe« stellen und ihre Weiterentwick-

¹⁴⁹ Markus Schlegel war Mitglied des Bundesschiedsgerichts der WASG. Vgl. ADS, WASG – 007.

¹⁵⁰ Gegen Markus Schlegel, Matthias Fiege und andere Mitglieder des LVK wurden schließlich Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Vgl. taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 27.9.2005; ADS, WASG – 066, 068 und 114.

¹⁵¹ Leverkusener Erklärung (Leverkusen, 10.6.2005). In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-7.

¹⁵² »Die Listenarithmetik stand fest« (Interview mit Markus Schlegel). In: taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 17.08.2005.

¹⁵³ Zit. in: DER SPIEGEL, Hamburg, 2005, Nr. 25 (vom 20.6.2005), S. 37.

lung verhindern. Die drei Landesvorstände forderten eine Urabstimmung zur Frage »Soll die WASG zu den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag eigenständig kandidieren?« und die unverzügliche Einberufung eines Sonderparteitages zu dieser Problematik.¹⁵⁴ Ein Parteitag der WASG Sachsen stimmte am 18. Juni 2005 gegen ein Wahlbündnis mit der PDS und dafür, bei der Bundestagswahl im September 2005 eigenständig anzutreten.¹⁵⁵ »Wir hatten 16 Jahre die Möglichkeit, in die PDS einzutreten, und haben das aus guten Gründen nicht getan«¹⁵⁶, erklärte das sächsische WASG-Bundesvorstandsmitglied Andreas Wagner dazu.¹⁵⁷

Der Sonderparteitag der WASG im Juli 2005 in Kassel

Ein Sonderparteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel stimmte nach kontroverser Debatte per Grundsatzbeschluss der Kandidatur von WASG-Kandidaten auf offenen PDS-Listen zu und folgte damit dem Leitantrag des Bundesvorstandes. In der Mensa der Kasseler Universität beschloss er eine Urabstimmung über Kandidaturen der WASG auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses. Im Leitantrag hatte der Bundesvorstand auf die Bedeutung der Stunde aufmerksam gemacht: Es gehe um nichts weniger als darum, »einen Prozess der Neugruppierung der politischen Linken ein-

¹⁵⁴ Vgl. Erklärung der Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen der WASG zu den Gesprächen über ein Wahlbündnis mit der PDS (Leipzig, 31.5.2005). In: ADS, WASG – 126.

¹⁵⁵ Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 20.6.2005.

¹⁵⁶ Zit. in: Dresdner Morgenpost, Dresden, 20.6.2005.

¹⁵⁷ Der Landesvorstand Sachsen änderte später seine Haltung. Trotz Kritik an der Linkspartei.PDS und am »Wie« des Parteineubildungsprozesses erklärte er anlässlich der WASG-Urabstimmung im Frühjahr 2006: »Der Landesvorstand Sachsen bekräftigt sein entschiedenes Votum für einen Parteineubildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS in Sachsen und im Bund unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften zur Schaffung einer gemeinsamen Neuen Linken.« Er hob aber hervor: »Das Modell PDSplus und eine reine Fusion von Linkspartei.PDS und WASG sind zu wenig und gehen am Grundgedanken der Parteineubildung vorbei.« (Beschluss des Landesvorstandes der WASG Sachsen vom 6.3.2006. In: ADS, WASG – 126). – Andreas Wagner trat Ende April 2006 aus der WASG aus und wechselte als sozialpolitischer Berater zur Fraktion der rechts-extremen NPD im Sächsischen Landtag. Vgl. taz – die tageszeitung, 27.4.2006.

zuleiten«.¹⁵⁸ Das gemeinsame Auftreten bei der Bundestagswahl sei ein wichtiger Schritt, um in diesem Land gesellschaftspolitische Alternativen zum Neoliberalismus wieder sichtbar zu machen.¹⁵⁹

Im Leitantrag hieß es weiter: »Angesichts der großen Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Neoliberalismus und in Respekt vor den überlieferten politisch-kulturellen Unterschieden und programmatisch[-]theoretischen Differenzen wollen wir zu den Bundestagswahlen eine Stärkung der linken Opposition durch Unterstützung des Projekts der ›offenen Liste‹ der ›Linkspartei‹ zustande bringen.«¹⁶⁰ Darüber hinaus gehe es mittelfristig darum, eine starke politische Kraft mit einer neuen politischen Kultur zu schaffen, in der sowohl die beiden Parteien aufgehoben sein können, die aber auch offen für andere Kräfte und Strömungen sei.¹⁶¹

Als Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat der WASG, zu seinem »Impulsreferat« ans Rednerpult trat, erntete er nicht nur Beifall, sondern auch Buhrufe und Pfiffe. Es gab große Skepsis gegenüber dem prominenten Ex-Sozialdemokraten.¹⁶² Eine Reihe Delegierte nahm ihm die Verwendung des Begriffs »Fremdarbeiter« in einer Rede, die er kurze Zeit zuvor in Chemnitz gehalten hatte, übel, und der Politprofi sah sich nun genötigt, darauf einzugehen. Er entschuldigte sich nicht ob des NS-Jargons, sondern relativierte seine Äußerung, in dem er darauf verwies, dass sich der inkriminierte Begriff auch auf der SPD-Homepage finde. Im Übrigen seien die Nazis in erster Linie rassistisch, nicht fremdenfeindlich gewesen. Fremde seien im Deutschen Reich sehr wohl beschäftigt worden, »sofern sie arischer Abstammung waren«.¹⁶³ Und dann kam der Satz, der die Kritiker mit dem Spitzenkandidaten versöhnen sollte: »Ich habe Hemmungen gehabt«, sagte Lafontaine über seine Rede vor dem Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz, »Menschen, die hier in Containern leben müssen und zu Hungerlöhnen arbeiten, als Gastarbeiter zu bezeichnen.«¹⁶⁴

Gekonnt attackierte der ehemalige Bundesfinanzminister die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und brachte damit die Delegierten im Saal hinter sich. Er bezeichnete deren Rentenpolitik als »Irrren-

¹⁵⁸ Antrag Nr. L – 1 [zum Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel]. In: ADS, WASG – 017.

¹⁵⁹ Vgl. ebenda.

¹⁶⁰ Ebenda.

¹⁶¹ Vgl. ebenda.

¹⁶² Vgl. Felix Butzlaff: Als David gegen Goliaths? A.a.O., S. 260.

¹⁶³ Vgl. Der Tagesspiegel, 4.7.2005.

¹⁶⁴ Zit. in: Neues Deutschland, 4.7.2005.

haus«, die Sozialpolitik der SPD als Schwachsinn und warf Gerhard Schröder »Schönfärberei« vor. Großen Beifall und Bravo-Rufe erntete Lafontaine, als er sagte, im Bundestag würden nur noch Agenda-2010- und Hartz-IV-Parteien sitzen. »Das Volk ist im Parlament gar nicht mehr vertreten.« Der Saarländer forderte eine andere Finanzpolitik für die Bundesrepublik, verlangte höhere Unternehmenssteuern und eine Stärkung der Binnennachfrage. Lafontaine betonte, ein erfolgreiches Wahlbündnis habe die Chance, die linke Vertretungslücke im Bundestag auszufüllen. Mit dem Blick auf Umfragewerte konstatierte der frühere SPD-Vorsitzende, das Kooperationsprojekt werde bereits von den Wählern angenommen. Angesichts dessen gehörten kleinliche Parteiegoismen zurückgestellt.¹⁶⁵ »Nichts ist wirkungsmächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist«, rief er zum Schluss in den Saal, »in diesem Sinne: Glück auf!«¹⁶⁶

Als Gastrednerin forderte die PDS-Vizevorsitzende Katja Kipping die mehr als 300 Delegierten dazu auf, ihren Beitrag zu einer Stärkung der Linken zu leisten. WASG-Vorstand Axel Troost erklärte, es gebe zu einem Bündnis mit der PDS »keine ernst zu nehmende Alternative«.¹⁶⁷ WASG-Presesprecher Murat Çakır sagte, die geplante Linkspartei habe eine Dynamik entfacht, die im Ergebnis die Parteienlandschaft erheblich durcheinander wirbeln könne.¹⁶⁸ Nur als Linksbündnis werde man der »neoliberalen Einheitspartei Deutschlands« im Parlament einen eigenen Politikentwurf entgegensetzen können.¹⁶⁹ WASG-Vorstand Klaus Ernst warb eindringlich für das geplante Linksbündnis seiner Partei mit der PDS. Allein sei die *Wahlalternative* weder organisatorisch noch finanziell in der Lage, einen wirkungsvollen Wahlkampf zu führen.¹⁷⁰

In Anträgen an den Parteitag zur politischen Strategie wurden zum Teil erhebliche Vorbehalte gegen die vom Vorstand vereinbarte Kooperation der WASG mit der PDS deutlich. Der Antrag L – 8 des Kreisverbandes Soest forderte unmissverständlich: »Keine Zusammenarbeit mit der PDS«. Die WASG solle mit eigenem Namen und eigenem Werbematerial an der vorgezogenen Bundestagswahl teilnehmen; eine Kandidatur auf offenen Li-

¹⁶⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶⁶ Zit. in: Der Tagesspiegel, 4.7.2005.

¹⁶⁷ Vgl. Neues Deutschland, 4.7.2005.

¹⁶⁸ Vgl. Parteitag der WASG: Linke Alternative zu den »Hartz-IV-Parteien«. In: FAZ.NET, 3.7.2005. URL: www.faz.net/aktuell/politik/parteitag-der-wasg-linke-alternative-zu-den-hartz-iv-parteien-1252789.html (abgerufen am 16.9.2015).

¹⁶⁹ Vgl. Frankfurter Rundschau, 4.7.2005.

¹⁷⁰ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 62.

sten der PDS sei unakzeptabel. Es gelte die »eigene Identität der WASG« beizubehalten.¹⁷¹ Auch der Landesverband Sachsen hielt eine Kooperation mit der PDS nicht für sinnvoll und beantragte moderater: »Die WASG kandidiert mit eigenen Wahlvorschlägen zur Bundestagswahl 2005 und öffnet ihre Listen für Gleichgesinnte aus Initiativen, Gewerkschaften und anderen Organisationen, die in sozialer oder ökologischer Hinsicht aktiv sind oder sich für Gewaltfreiheit einsetzen.«¹⁷²

Die Mehrheit der Anträge war eher von dem Bestreben geprägt, nicht zu schnell auf eine Fusion mit der PDS zuzusteuern. In den Anträgen des Kreisverbandes Hamburg-Mitte (Antrag Nr. L – 9) und des Kreisverbandes Köln (Antrag Nr. L – 10) hieß es gleichlautend: »1. Dieser Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, weiterhin den Aufbau der WASG als selbständiger Partei voran zu treiben und dafür die nötigen Initiativen zu ergreifen und politischen Materialien zur Verfügung zu stellen. 2. Bevor weitere Schritte in Richtung einer Vereinigung mit der PDS bzw. Bildung einer neuen Linkspartei mit WASG und PDS als konstituierenden Elementen unternommen werden, wird nach den Bundestagswahlen auf allen Ebenen der WASG eine ausführliche Diskussion zur Zukunft der Linken organisiert und ermöglicht.«¹⁷³ Im Ergebnis der Parteitagsdebatte stimmte dann doch die große Mehrheit der Delegierten für den Kurs der Parteiführung.¹⁷⁴

WASG-Vorstand Thomas Händel war in seiner Rede zuvor auf die Vorbehalte eines Teils der Delegierten eingegangen und hatte sowohl die Ausgangsbeschlusslage und die Überlegungen des Bundesvorstandes zu einem gemeinsamen Wahlantritt mit der PDS als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür überzeugend dargelegt. Er erinnerte daran, dass es auf dem WASG-Parteitag in Dortmund sowohl Anträge für ein breites Linksbündnis als auch einen Antrag gegeben hatte, der sich kategorisch gegen jede Zusammenarbeit mit der PDS aussprach. Dann seien die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gekommen, die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen zum Bundestag und das Angebot von Oskar Lafontaine, dabei für ein neues Linksbündnis zu kandidieren. Die bisherige Zeitschiene, die auf

¹⁷¹ Vgl. Antrag Nr. L – 8 [zum Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel]. In: ADS, WASG – 017.

¹⁷² Antrag Nr. L – 13 [zum Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel]. In: ebenda.

¹⁷³ Antrag Nr. L – 9 bzw. Antrag Nr. L – 10 [zum Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel]. In: ebenda.

¹⁷⁴ Vgl. Frankfurter Rundschau, 4.7.2005.

die Bundestagswahl 2006 ausgerichtet war, sei nicht mehr gültig gewesen. Der Bundesvorstand habe darüber beraten und sich sehr genau überlegt, was zu tun sei: »Wir haben gesagt, wir nehmen Gespräche auf über eine Kooperation, und es geht uns um einen gemeinsamen Wahlantritt am 18. September diesen Jahres. Wir haben zweitens deutlich gesagt, wir kandidieren nicht auf [den] bekannten offenen Listen der PDS unter dem Siegel dieser PDS. Wir haben drittens deutlich gemacht, diese Entscheidung trifft nicht der Bundesvorstand, diese Entscheidung wird diskutiert, die Ergebnisse werden breit diskutiert auf den Landesparteitagen, sie stehen dann auf diesem Parteitag zur Debatte und wir werden [in] einem dritten Schritt in einer Urabstimmung der Mitglieder ein Meinungsbild einholen.« Viertens sollte ein Prozess eingeleitet werden, der ca. binnen zwei Jahren zu einer gesamtdeutschen gemeinsamen Partei links von der SPD führt, die in kürzester Zeit mindestens drittstärkste Partei im Parlament wird. Dieser Prozess solle fünftens auf gleicher Augenhöhe geführt werden. Der Bundesvorstand habe sechstens immer betont: »Diese WASG bleibt in diesem Prozess eigenständig erkennbar und politisch handelnd. Weil, und das sage ich hier so drastisch, weil wir nichts tun werden, um den Notnagel für einen misslungenen PDS-Aufbau im Westen darzustellen.«¹⁷⁵

Das Geschäftsführende Bundesvorstandsmitglied ging dann auf die parteirechtliche Seite des gemeinsamen Wahlantritts von WASG und PDS ein. Eine Listenverbindung nach dem Muster des »Olivenbaum-Bündnisses« in Italien war nach dem bundesdeutschen Wahlrecht nicht zulässig. Die Gründung einer gemeinsamen Wahlpartei wäre in der Kürze der Zeit wohl technisch realisierbar gewesen, aber nicht inhaltlich, und wäre vor allem mit erheblichen Folgewirkungen finanzieller Art für beide Parteien verbunden. Nach intensiven Prüfungen sei nur das Modell der offenen Listen der PDS übrig geblieben. Das zwingt uns, so Händel, über ein »paar Kröten zu diskutieren, die wir zumindest versuchen, über den Weg anzupacken, das[s] wir sagen, nur wenn sich etwas ändert an dieser PDS, an ihrem Auftritt und an ihrem Namen, ist es für uns überhaupt akzeptabel«. Der erste Punkt sei die Namensänderung, da hätte die WASG-Verhandlungsdelegation weitgehend ihre Position durchsetzen können. Zweitens gehe es um die deutliche Formulierung der politischen Inhalte der WASG; dazu liege dem Parteitag der Entwurf eines eigenständigen »Wahlmanifests« vor. Drittens würden Personen kandidieren, und aus parteirechtlichen und wahl-

¹⁷⁵ [Thomas Händel: Rede auf dem Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel]. In: WASG-Archiv Fürth.

rechtlichen Gründen könnten diese Personen nur nominiert werden von Landesparteitagen oder Landesmitgliederversammlungen der PDS. »Aber wir haben keine Veranlassung, uns zu Unterwürfigkeitsgesten herab zu lassen«, hob Thomas Händel hervor. »Wir sind im Westen mittlerweile mehr als doppelt so stark wie die PDS im Westen«, erklärte er unter Applaus und Buhrufen der Delegierten selbstbewusst, »und insofern drängen wir, wir bitten nicht, wir drängen darauf, dass Menschen von uns repräsentativ platziert werden auf diesen Listen, auf gleicher Augenhöhe.«¹⁷⁶

»Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leut, wir haben eine große Chance und wir haben bei vielen Menschen eine große Erwartung geweckt«, erinnerte der WASG-Schatzmeister und verglich das gemeinsame Wahlprojekt mit einem Schiff, das nun mit Lafontaine und Gysi zwei attraktive Galionsfiguren habe. Wir wollen dieses Schiff »so wetterfest machen, dass es nicht nur als schmalbrüstige Protestpartei in der nächsten Periode des Bundestags bestehen kann und dann wieder untergeht. Dieses Schiff soll eine soziale Partei werden mit Zukunftsorientierung für die Menschen«, rief Händel unter dem Applaus der Basisvertreter, »daran lasst uns bauen«.¹⁷⁷

In dem von den Delegierten in Kassel verabschiedeten »Wahlmanifest« erklärte die WASG: »Wir nehmen die politische Herausforderung der vorgezogenen Bundestagswahlen an.« Und ging dann mit der Politik der Schröder-Regierung hart ins Gericht: Die Politik der »Agenda 2010« sei gescheitert. Sie habe nicht zu mehr Beschäftigung durch höheres Wirtschaftswachstum geführt, sondern zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Der Grundwert der sozialen Gerechtigkeit sei ausgehebelt worden. Die »Agenda 2010« stehe daher für Wahlbetrug und Entsolidarisierung. Aufgabe der WASG sei es nun, die Demokratie zu stärken, eine starke Kraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Bundestag zu bringen und eine neue politische Vertretung der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland aufzubauen. Daher rief die WASG ihre Mitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger auf, »bei der Bundestagswahl 2005 die Kandidatinnen und Kandidaten und die Listen der Linkspartei zu wählen. Führen wir gemeinsam einen engagierten Wahlkampf gegen unsoziale, neoliberale Politik der etablierten Parteien.«¹⁷⁸

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Wahlmanifest. Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG). In: ADS, WASG – 018 e.

In der vom Kasseler Parteitag beschlossenen Urabstimmung, die bei einer Beteiligung von rund 70% der Mitglieder am 15. Juli 2005 abgeschlossen wurde, stimmten 81,01% der WASG-Mitglieder für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei und 85,26% für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses.¹⁷⁹ Kurz darauf, am 17. Juli 2005, beschloss ein Parteitag der PDS mit 74,6% der Delegiertenstimmen die Umbenennung in »Die Linkspartei.PDS« (LP.PDS) – abgekürzt »Die Linke«.¹⁸⁰ Innerhalb von nur sechs Wochen konnten sich WASG und PDS bzw. dann Linkspartei trotz erheblicher Widerstände auf ein Modell sowie einen Zeitplan für eine gemeinsame Kandidatur einigen, »welches sich als innerparteilich mehrheitsfähig, rechtlich akzeptiert von den Wahlausschüssen und dem Wähler vermittelbar herausgestellt hat«.¹⁸¹

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005

Die überwältigende Mehrheit der WASG-Mitglieder führte einen engagierten Wahlkampf. Im Juni/Juli 2005 erreichte die prospektierte neue Linkspartei in mehreren Meinungsumfragen erstmalig mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen.¹⁸² Die WASG konnte sich über einen anhaltenden Mitgliederzustrom freuen. Von Ende Mai 2005, als Lafontaine seine Kandidatur für die Linkspartei ankündigte, bis Anfang September 2005 schlossen sich rund 5.000 Menschen der *Wahlalternative* an, die damit ca. 10.500 Mitglieder zählte.¹⁸³

»Links kommt«, lautete das Motto der Wahlkampagne der Linkspartei, die vor allem auf die beiden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi setzte.¹⁸⁴ Die beiden Politiker sorgten in Ost und West dafür, dass

¹⁷⁹ Vgl. Protokoll der Urabstimmung [im Juli 2005 über eine Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Listen der Linkspartei.PDS zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses]. In: ADS, WASG – 117 e.

¹⁸⁰ Vgl. Neues Deutschland, 18.7.2005.

¹⁸¹ Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, a.a.O., S. 2.

¹⁸² Vgl. Neues Deutschland, 30.6.2005, 4.7.2005 und 15.7.2005; DER SPIEGEL, 2005, Nr. 29 (vom 18.7.2005), S. 24.

¹⁸³ Vgl. Neues Deutschland, 10./11.9.2005.

¹⁸⁴ Vgl. DER SPIEGEL, 2005, Nr. 30 (vom 25.7.2005), S. 21.

die Plätze der Wahlkampfkundgebungen gut gefüllt waren.¹⁸⁵ Vor allem Lafontaine verstand sich darauf, den Unmut und die Wut breiter Bevölkerungsschichten über die Regierungspolitik des Kabinetts Schröder in starke Worte zu kleiden und den politischen Gegner zu attackieren. Wie kaum ein Zweiter, schrieb der Lafontaine-Biograf Robert Lorenz, artikulierte der Saarländer »auf den Marktplätzen und Wahlkampfbühnen der Republik die allgemeine Unzufriedenheit seines Publikums mit der Politik«. ¹⁸⁶ Gysi hingegen präsentierte sich zurückhaltender, beobachtete der Parteienforscher Felix Butzlaff. Der eloquente Jurist war mehr der »Anwalt der kleinen und anständigen Leute«. Er gab sich »bedacht sachlich und warb stärker mit dem Wahlprogramm«. ¹⁸⁷

Die Themen Arbeit und Soziales standen im Vordergrund des gemeinsamen Wahlkampfes von WASG und Linkspartei. Ihre entscheidenden Botschaften waren: »Wer mehr soziale Sicherheit will, muss DIE LINKE wählen«, »Eine starke linke Fraktion im Bundestag ist die beste Garantie dafür, dass sich das deutsche Parteiensystem gründlich ändern wird«, (gesetzlicher) »Mindestlohn für Arbeit, von der man leben kann«, »Grundsicherung für ein Leben in Würde und ohne Armut« und »Grundrente für ein selbstbestimmtes Leben im Alter«. ¹⁸⁸ Der Soziologe Christoph Kowalski analysierte: »Die Linkspartei opponierte im Wahlkampf ausdrücklich gegen die Politik der Bundesregierung, vor allem gegen die Agenda 2010 und Hartz IV und profilierte sich damit tatsächlich auf dem wichtigsten Gebiet des Wahlkampfes als einzige Partei, die die bisherigen Reformen der Regierung rundweg ablehnte. Damit rückte das Motiv der sozialen Gerechtigkeit noch stärker in den Mittelpunkt [...]«. ¹⁸⁹

Mit einer Serie von Argumentationsflyern ging die WASG gegen Behauptungen der Schröder-Regierung, aber auch der Unionsparteien, der FDP und der Mainstream-Medien vor – so »Lüge Nr. 1: »Zur Agenda 2010 gibt es keine Alternative!« SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, Nr. 37 (vom 12.9.2005), S. 46.

¹⁸⁶ Robert Lorenz: Oskar Lafontaine, a.a.O., S. 67.

¹⁸⁷ Felix Butzlaff: Als David gegen Goliaths? A.a.O., S. 266.

¹⁸⁸ Vgl. Uwe Backes: Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 165/166.

¹⁸⁹ Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht, Saarbrücken 2008, S. 20f.

Arbeitgeber«. ¹⁹⁰ Andere dieser Flyer gingen mehr ins Detail: »Lüge Nr. 2: ›Wenn alle mehr arbeiten, geht es uns bald wieder besser!‹ SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und Arbeitgeber«, »Lüge Nr. 4: ›Unser Gesundheitswesen können wir uns nicht mehr leisten!‹ SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und Arbeitgeber« und »Lüge Nr. 5: ›Die Arbeit ist zu teuer, die Lohnnebenkosten müssen runter!‹ SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und Arbeitgeber«. ¹⁹¹

WASG-Aktivisten – oft in orangefarbenen T-Shirts mit der Aufschrift »WASG« oder »WASG. Die Wahlalternative. Eine andere Politik ist möglich« – verteilten das Wahlmanifest der Partei zur Bundestagswahl 2005, den Selbstdarstellungs-Flyer »WASG? Wer wir sind und was wir wollen« sowie Buttons, Anstecker, Basecaps und Einkaufsbeutel mit dem WASG-Logo und zum Teil auch mit dem Slogan »Eine andere Politik ist möglich«, der die Losung der globalisierungskritischen Bewegung »Eine andere Welt ist möglich« öffentlichkeitswirksam abwandelte. ¹⁹² Die WASG Brandenburg plakatierte gewissermaßen im Vorgriff auf die neue Partei: »Die Alternative: Ein Haus für Alle. WASG. Die Wahlalternative. Wir empfehlen: Zweitstimme DIE LINKE.PDS«. ¹⁹³

In dem seit Juni 2005 tobenden Bundestagswahlkampf zeigte das prospektierte Linksbündnis bereits Wirkung. Das Wochenmagazin DER SPIEGEL berichtete: »Es ist Wahlkampf in Deutschland, und die Bannerträger der Agenda 2010 haben einen neuen politischen Ton angestimmt. Das Reformvokabular ist zur Seite gelegt, wo soeben noch Markt, Wettbewerb und Anpassungsdruck gepriesen wurden, ploppt nun überall das magische Wort ›sozial‹ hoch.« ¹⁹⁴

Schröder und Merkel plädierten nun für höhere Löhne. SPD und CDU redeten über den Mindestlohn. Es wurde laut darüber nachgedacht, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer doch wieder länger zu zahlen. Die anderen Parteien übernahmen die Forderung der PDS, das Arbeitslosengeld II in Ost und West anzugleichen. SPD und Grüne sprachen über einen höheren Spitzensteuersatz und darüber, Freibeträge bei der Sozialversicherung einzuführen. Schließlich wurde auch über die Notwendig-

¹⁹⁰ Vgl. ADS, WASG – 128.

¹⁹¹ Vgl. ebenda, 078.

¹⁹² Vgl. ebenda, 078, 094 und 098.

¹⁹³ Vgl. ebenda, 085.

¹⁹⁴ Sebastian Fischer/Horand Knaup: Drift nach links. In: DER SPIEGEL, 2005, Nr. 26 (vom 27.6.2005), S. 38.

keit eines Konjunkturprogramms diskutiert.¹⁹⁵ Angesichts dessen konstatierte Oskar Lafontaine in einem Interview: »Noch nie war eine Partei im Entstehen so erfolgreich wie die neue Linkspartei.«¹⁹⁶

Der Bundestagswahlkampf wurde mit harten Bandagen geführt. Vor allem CDU und SPD griffen die Linksformation und insbesondere deren Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi an. So verleumdete Sozialdemokraten in Brandenburg Lafontaine als »Hassprediger«, und der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog (CDU) erklärte in Bezug auf das Bündnis aus PDS und *Wahlalternative*, man müsse »Rattenfängern mit Charisma entgegentreten«.¹⁹⁷ Das Wochenmagazin DER SPIEGEL diffamierte Gysi und Lafontaine als »Illusionskünstler«.¹⁹⁸ Die Wahlstrategen im Konrad-Adenauer- und im Willy-Brandt-Haus setzten auf Ausgrenzung und Stigmatisierung. Vor allem die Sozialdemokraten bemühten sich, Lafontaine und Gysi als populistische »Exzentriker« darzustellen, die mit unhaltbaren Versprechungen die Wählerinnen und Wähler verleiten wollten, der neuen Linkspartei ihre Stimme zu geben.¹⁹⁹ Franz Müntefering, der SPD-Vorsitzende, behauptete: »Das, was die Lafontaines und Gysis da machen, ist Demagogie.«²⁰⁰ Lafontaine reagierte auf die Angriffe mit den Worten: »Je mehr sie hetzen, je mehr sie geifern, umso sicherer wird unsere Anhängerschaft.«²⁰¹

Diffiziler gingen andere Gegner des gemeinsamen Wahantritts von WASG und Linkspartei.PDS vor, indem sie potentielle Linke-Wähler zu verunsichern suchten. Das gemeinsame Auftreten von LP.PDS und WASG, schrieb DER SPIEGEL, »weckt immer stärkere rechtliche Bedenken und gefährdet möglicherweise sogar die Gültigkeit der Bundestagswahl«.²⁰² Besonders heikel seien insbesondere »Spitzenplatzierungen« für WASG-Mitglieder und das Auftreten »mit unterschiedlicher Parteibezeichnung« in verschiedenen Regionen des Wahlgebiets, erklärte der Bonner Wahlrechts-Experte Wolfgang Schreiber, Herausgeber des führenden Wahl-

¹⁹⁵ Vgl. Neues Deutschland, 29.6.2005.

¹⁹⁶ »Wir können uns nur noch selbst ein Bein stellen«. Oskar Lafontaine über die Linkspartei, die SPD und die Interessen der Ostdeutschen (Interview). In: Neues Deutschland, 29.6.2005.

¹⁹⁷ Vgl. Neues Deutschland, 19.7.2005.

¹⁹⁸ Vgl. DER SPIEGEL, 2005, Nr. 30 (vom 25.7.2005), S. 18.

¹⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 22.

²⁰⁰ Zit. in: ebenda.

²⁰¹ Zit. in: Neues Deutschland, 1.8.2005.

²⁰² DER SPIEGEL, 2005, Nr. 32 (vom 8.8.2005), S. 22.

rechts-Handbuchs.²⁰³ In die gleiche Kerbe schlugen die Professoren und früheren Richter des Bundesverfassungsgerichts, Karin Graßhof und Hans H. Klein. Sie schrieben Anfang August 2005, dass sich das Zusammengehen von LP.PDS und WASG zwar der Form nach nicht als eine unzulässige Listenvereinigung darstelle. »Es soll aber genau das erreicht werden, was mit dem Verbot von Listenvereinigungen verhindert werden soll.« Der Missbrauch der Gestaltungsmöglichkeiten, die das Wahlrecht eröffne, sei offenkundig. Über die Zulassung der Landeslisten würden die in jedem Land bestehenden Landeswahlausschüsse entscheiden. Sie müssten Landeslisten zurückweisen, wenn diese den Anforderungen des Bundeswahlgesetzes nicht entsprechen würden. »Das ist hier der Fall.«²⁰⁴

Aber auch zwischen WASG und LP.PDS knirschte es immer wieder. So entspann sich eine Debatte zwischen Politikern beider Parteien über die Höhe des angestrebten Mindestlohns,²⁰⁵ kritisierten WASG-Politiker mehrere Punkte des Wahlprogramm-Entwurfs der LP.PDS (darunter die mangelnde Schärfe der Ablehnung von Hartz IV und die geforderte Subventionierung von Niedriglohn-Beschäftigten),²⁰⁶ und gab es vor allem erheblichen Ärger bei der Listenaufstellung.²⁰⁷ So wurde auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS Landesverband Bayern am 24. Juli 2005 zwar WASG-Vorstand Klaus Ernst auf den Listenplatz 1 gesetzt. Der Landesvorsitzende der bayerischen WASG, Fritz Schmalzbauer, unterlag bei der Listenaufstellung ebenso wie die WASG-Aktivistin Anny Heike den Kandidaten aus den Reihen der bayerischen PDS, was zu erheblicher Missstimmung bei der *Wahlalternative* führte.²⁰⁸ In Hamburg gab es Querelen um den Listenplatz 1, die

²⁰³ Vgl. ebenda.

²⁰⁴ Karin Graßhof und Hans H. Klein: Die Wahl wäre ungültig. Der Mißbrauch des Wahlrechts durch Linkspartei und WASG. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.8.2005. – Die »taz« kommentierte: »Linkspartei und WASG haben sich intensiv beraten lassen, damit ihre Wahlkooperation nicht am Wahlrecht scheitert. Wer jetzt noch »erhebliche Wahlfehler« findet, dem geht es offensichtlich nicht ums Wahlrecht, sondern gegen die Kandidatur der Linken. Demokratie braucht aber ein Mindestmaß an Fair Play. Klein und Graßhof lassen das vermissen.« (taz – die tageszeitung, 8.8.2005).

²⁰⁵ Vgl. Neues Deutschland, 11.8.2005, 24.8.2005, 29.8.2005 und 5.9.2005.

²⁰⁶ Vgl. ebenda, 10.8.2005.

²⁰⁷ Vgl. Felix Butzlaff: Als David gegen Goliaths? A.a.O., S. 260f.

²⁰⁸ Vgl. taz – die tageszeitung, 26.7.2005; DER SPIEGEL, 2005, Nr. 33 (vom 15.8.2005), S. 33/34.

zwar noch vor der Listenaufstellung ausgeräumt werden konnten,²⁰⁹ aber – wie immer in solchen Fällen – Misstrauen erzeugten. In Berlin, wo das Verhältnis zwischen PDS bzw. LP.PDS und WASG aufgrund der Gegnerschaft der Hauptstadt-*Wahlalternative* zur Politik des rot-roten Senats besonders angespannt war, schafften es später die Vertreter der *Wahlalternative* nicht, sich gegen den für Listenplatz 4 kandidierenden Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, den umstrittenen Hakki Keskin, durchzusetzen. WASG-Mitbegründer Ralf Krämer gelangte lediglich auf den wenig aussichtsreichen Listenplatz 6.²¹⁰

In dem vom Bundesvorstand der WASG herausgegebenen Newsletter 16/2005, der Mitte Juli 2005 erschien, wurde unter der Headline »Wahlalternative und Linkspartei: Das läuft noch nicht rund!« dem Ärger Luft gemacht. Die Redaktion erinnerte daran, dass der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky auf dem Sonderparteitag seiner Partei am 17. Juli 2005 seine Genossen darum gebeten hatte, dass die angestrebte Bundestagsfraktion ein Orchester bilden müsse. Die PDS habe jedoch gegenwärtig »zwanzig Bewerbungen von ersten Geigern«. Der Bundesvorstand der WASG habe den Eindruck, hieß es im Newsletter, »dass unter den zwanzig Geigern etliche sind, die dieses Instrument unzureichend beherrschen. In einigen Landesverbänden wie Bayern, Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein ist die Wahlalternative eher mit Trommlern oder Blechbläsern konfrontiert. Aus unserer Sicht ist der Charakter des Orchesters noch klärungs- und entwicklungsbedürftig.«²¹¹

Auch über das Spielprogramm herrsche noch starke Verwirrung. Die PDS habe ein Wahlprogramm vorgelegt und wolle dafür die Zustimmung und Unterstützung der WASG. Dass diese Aufführung sich gegen den vorherrschenden Neoliberalismus wende, sei die große Gemeinsamkeit. »Aber in kleineren Stücken der Partitur«, so die Redaktion des WASG-Newsletters, »sind durchaus noch Dissonanzen zu hören und daher geht es um Ver-

²⁰⁹ Vgl. Neues Deutschland, 1.8.2005.

²¹⁰ Vgl. taz – die tageszeitung, 8.8.2005. – Rückblickend bedauerte Klaus Ernst in einem Interview, dass bei der Listenaufstellung in den westlichen Bundesländern – manchmal auch gegen den Willen der LP.PDS-Führung in Berlin – viele fähige WASG-Leute, Gewerkschafter und Betriebsräte, die in ihrer Region eine Ausstrahlung hatten, zugunsten unbekannter LP.PDS-Leute »hinten runtergefallen« waren, was die Parteibildung im Westen beeinträchtigt habe. Vgl. »Es gibt kein Zurück«. Gespräch mit Klaus Ernst, a.a.O., S. 54.

²¹¹ Wahlalternative und Linkspartei: Das läuft noch nicht rund! In: WASG: Newsletter, Fürth, 2005, Nr. 16, S. 1. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-7.

ständigung und Glättung«. Es sei anzuerkennen, dass in dem ursprünglichen Entwurf des Wahlprogramms der PDS eine Reihe von Vorschlägen aus der WASG berücksichtigt worden seien. Gegenüber früheren Vorschlägen seien deutliche Verbesserungen erkennbar. »Es bleiben allerdings auch Differenzen und Anforderungen der WASG, die nicht berücksichtigt worden sind.«²¹²

Insbesondere fiel der Newsletter-Redaktion, bestehend aus Thomas Händel, Joachim Bischoff und Björn Radke, die Kritik an den bürgerlichen Parteien zu knapp aus. Sie plädierte dafür, das Verhältnis der verschiedenen Elemente einer wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Alternative angemessener darzustellen. Sie monierte Details der Steuerpolitik, und sie tat sich – wie oben bereits angerissen – schwer mit den Vorschlägen der LP.PDS gegen den Niedriglohnbereich. Diese Vorschläge könnten »so verstanden werden, dass wir Hartz IV und die Ein-Euro-Jobs im Grundsatz akzeptieren und lediglich durch eine veränderte Umsetzung eine gewisse Verbesserung der Lage der Betroffenen erreichen wollen«. Das Wahlprogramm müsse widerspiegeln, verlangte die Redaktion, »dass es sich hierbei um eine Wahlkooperation zwischen Linkspartei und WASG auf Basis der Listen der Linkspartei/PDS handelt, um eine starke politische Kraft mit einer neuen politischen Kultur zu schaffen, in der sowohl die beiden Parteien aufgehoben sein können, die aber auch offen für andere Kräfte und Strömungen ist.«²¹³

Den nicht wenigen aufgetretenen Irritationen und Verstimmungen konnten die Parteiführungen von WASG und LP.PDS jedoch gegensteuern. Am 4. August 2005 schlossen sie das später »Kooperationsabkommen II« genannte »Kooperations- und Fairnessabkommen« zwischen beiden Parteien. Die Kooperationspartner stellten fest, »dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden deshalb zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen, regelmäßig gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben, eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumt und gravierende Vorwürfe und Zerwürfnisse moderieren soll.«²¹⁴

²¹² Ebenda.

²¹³ Ebenda, S. 1-3.

²¹⁴ Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Bundesvorstand/Die Linkspartei.PDS – Die Linke, Parteivorstand: Kooperations- und Fairness-

Beide Seiten betonten: »Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen.«²¹⁵ Die Berliner Republik stecke in ihrer tiefsten politischen Krise seit ihrer Gründung. Da die Parteien der repräsentativen Demokratie immer weniger die Opfer der marktradikalen Politik vertreten würden, versuchten nun beide Parteien einen Neuanfang: Sie wollten eine demokratische Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert sei. Sie strebten eine Partei an, die Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamtinnen und Beamten, Hartz-IV-Opfern und allen Erwerbslosen, Mini-Jobberinnen und Mini-Jobbern, Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitern mit suspendiertem Kündigungsschutz, Selbständigen, Freiberuflern, Gewerbetreibenden und Unternehmern kleiner und mittlerer Betriebe, Rentnerinnen und Rentnern oder Eltern, die ihre Kinder in baufällige Schulen schicken müssen, eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme im Parlament und in der Öffentlichkeit gibt.²¹⁶

Beide Kooperationspartner bekräftigten noch einmal, dass zur Bundestagswahl 2005 »Die Linkspartei.PDS« antrete und ihre Listen für Nicht-Mitglieder, darunter für Mitglieder der WASG, öffnen werde. Die WASG werde politisch den Wahlkampf der Partei »Die Linkspartei.« unterstützen und Wählerinnen und Wähler, aber auch die Mitglieder und Anhänger der WASG auffordern, diese Partei zu wählen.²¹⁷

Die WASG-Vorstandsmitglieder Joachim Bischoff, Murat Çakır, Thomas Händel und Björn Radke unterstrichen in einem Debattenbeitrag auf der Website der WASG, dass die eigentliche Perspektive des gemeinsamen Projekts von WASG und LP.PDS darin liege, »dass die Beteiligten bereit sind, über eine kurzfristig vereinbarte Wahlliste hinaus, ernstlich zu prüfen, ob genug Verständigungs- und Veränderungspotenzial vorhanden ist für eine gemeinsame neue politische Formation, deren wesentliches Erfolgskriterium es sein muss, für andere linke Strömungen und Organisationen offen

abkommen, Berlin/Fürth, 4. August 2005, S. 1. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 067.

²¹⁵ Ebenda, S. 2.

²¹⁶ Vgl. ebenda, S. 2f.

²¹⁷ Vgl. ebenda, S. 4.

zu sein«. Eine solche Formation könne die Kraft entwickeln, unter den Bedingungen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert und der Verstärkung eines neoliberalen Generalangriffs »zum Kristallisationspunkt des gesellschaftlichen Widerstands zu werden«.²¹⁸

Oskar Lafontaine und Gregor Gysi stellten am 7. September 2005 in Köln das »Programm für die ersten 100 Tage der linken Fraktion« im Bundestag der Öffentlichkeit vor. Kernpunkte waren 1. »Weg mit Hartz IV«, 2. Sofortige Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, 3. Einführung eines Mindestlohnes, 4. »Mehr direkte Demokratie«, 5. Beseitigung von Kinderarmut als erster Schritt zur sozialen Grundsicherung, 6. »Für einen Neuansatz in Ostdeutschland – Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse«, 7. Steuergerechtigkeit, 8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe und 9. »Bildung – Sicherung gleicher Qualitätsstandards«. Eine der ersten Initiativen der Fraktion werde ein Gesetzentwurf zur Änderung der Hartz-IV-Gesetze sein: »Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft); höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung; eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten; keine Anrechnung des Kindergeldes bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe; Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle; Beendigung der Enteignung älterer Arbeitsloser durch Verlängerung der ALG-I-Bezugsdauer.«²¹⁹ Die Spitzenkandidaten griffen damit die Hauptanliegen der potenziellen Wähler der Linkspartei vor allem aus dem unteren Drittel der Gesellschaft auf.

Unterstützung erhielt die Linkspartei im Wahlkampf durch zwei Initiativen aus Gewerkschaftskreisen, die dazu aufriefen, bei den Neuwahlen zum Deutschen Bundestag im Herbst 2005 diese Partei zu wählen. Zu den Unterzeichnern der Initiativen gehörte neben Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Industriebetrieben in Süddeutschland auch eine Reihe prominenter Gewerkschaftsfunktionäre. Einer der Aufrufe wurde unter anderen von dem ehemaligen Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Schmitthener, dem Leiter der ver.di-Abteilung Wirtschaftspolitik, Michael Schlecht,

²¹⁸ Joachim Bischoff/Murat Çakır/Thomas Händel, Björn Radke: Alltagsbewusstsein, gesellschaftliches Klima und die Strategie der WASG. URL: <http://wasg.die-linke.de/1057.html> (abgerufen am 29.9.2015).

²¹⁹ Aus dem »Programm für die ersten 100 Tage der linken Fraktion« im Bundestag. In: junge Welt, 9.9.2005. URL: www.jungewelt.de/2005/09-09/019.php (abgerufen am 9.9.2005).

und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern wie Bodo Zeuner und Richard Detje unterschrieben.²²⁰

In diesem Aufruf »Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links«, den bis Mitte September 2005 rund 2.200 Kolleginnen und Kollegen signierten,²²¹ wurde konstatiert, dass die rot-grüne Bundesregierung mit der Agenda 2010 und Hartz IV einen bisher beispiellosen Abbau sozialer Errungenschaften durchgesetzt habe. Die SPD habe sich von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet. »Für uns ist die Politik dieser Partei nicht mehr wählbar.« Die Zusammenarbeit von LP.PDS und WASG eröffne dagegen die Chance, die Interessen der abhängig Arbeitenden, der Erwerbslosen und sozial Benachteiligten mit neuer Macht in die Politik zu bringen. »Wir wollen deshalb, dass die Linkspartei als starke Opposition in den Bundestag einzieht und Druck für soziale Alternativen macht.«²²²

Als im Wahlkampf die SPD, die – wie der Bremer Sozialwissenschaftler Christoph Spehr beobachtete – als einzige Partei »zugespitzte Positionen populär vorbrachte und tatsächlich einen argumentativen Wahlkampf machte«,²²³ in einer beachtlichen Aufholjagd zu den Unionsparteien aufschließen konnte, sackte die Linkspartei in der ersten Septemberhälfte 2005 in den Meinungsumfragen auf Werte zwischen 8 und 9% ab.²²⁴ Um den Negativtrend in den Umfragen zu brechen, setzte die Linkspartei in der Schlussphase auf einen »48-Stunden-Dauerwahlkampf«. In einem dramatischen Appell rief Bodo Ramelow Mitglieder und Sympathisanten auf, vom Freitag, dem 16. September 2005, bis zum Wahlsonntag permanent Wahlkampf zu führen. Es gelte, so der Wahlkampfchef, »das persönliche Gespräch mit dem Nachbarn« aufzunehmen und potentielle Wähler anzusprechen – sei es im Wartezimmer des Arztes, auf der Straße, in der Bahn oder beim Friseur.²²⁵ Unterdessen setzten sich zahlreiche Künstler, Wissenschaftler und Sportler mit einem Aufruf für die Wahl der Linkspartei ein.²²⁶

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die LP.PDS 8,7% der Zweitstimmen und 54 Mandate. 44% ihres Elektorats in den al-

²²⁰ Vgl. Neues Deutschland, 11.8.2005.

²²¹ Vgl. ebenda, 14.9.2005.

²²² Zit. in: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links! In: Neues Deutschland, 14.9.2005.

²²³ Christoph Spehr: Der Schröder in uns. Die Wahl ist so ausgegangen, wie es uns geht: relativ unentschieden. In: Neues Deutschland, 19.9.2005.

²²⁴ Vgl. Neues Deutschland, 10./11.9.2005.

²²⁵ Vgl. DER SPIEGEL, 2005, Nr. 37 (vom 12.9.2005), S. 18.

²²⁶ Vgl. Neues Deutschland, 10./11.9.2005.

ten Bundesländern bildeten ehemalige SPD-Wähler.²²⁷ Infratest dimap ermittelte, dass es der LP.PDS bei dieser Wahl gelang, per Saldo 960.000 bisherige SPD-Wähler und 390.000 bisherige Nicht-Wähler für sich zu gewinnen.²²⁸ Für den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter war das – wenn man den Konservatismus des deutschen Parteiensystems seit den 1950er Jahren in Rechnung stellte – »ein bemerkenswerter Schritt in den früheren sozialdemokratischen Raum«. Walter identifizierte dieses Phänomen als »Repräsentanz-Wechsel«, bei dem diese bisherigen sozialdemokratischen Wähler ihrer Lebenswelt, ihren (politischen) Einstellungen und Ritualen treu blieben, aber sich auf der Ebene der politischen Vertretung eine neue Repräsentanz suchten, da ihre alte Formation »einen Orts- und Deutungswechsel in der gesellschaftlichen Topografie und Sinnlandschaft vollzogen« hatte. »Kurzum: für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, der im emphatischen Sinne an der klassischen gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Definition von »sozialer Gerechtigkeit« orientiert ist, seine Sozialisation in den Ausbaujahren sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit erlebt hatte, wurde die Linkspartei mindestens im Jahr 2005 zur neuen politischen Repräsentanz seiner Basismentalität.«²²⁹

Allerdings blieb der Spagat zwischen West und Ost bestehen, der schon das Elektorat der PDS bei früheren Bundestagswahlen charakterisiert hatte. In den alten Bundesländern kam die LP.PDS auf 4,9%, auf dem Boden der früheren DDR auf 25,3% der Zweitstimmen.²³⁰ In drei Berliner Wahlkreisen und in zwölf Wahlkreisen in den ostdeutschen Flächenländern erzielte die Linkspartei über 27% der Zweitstimmen. Im Wahlkreis Saarbrücken kam sie auf 20,9%, im Wahlkreis Homburg (Saarland) auf 18,2%, in den saarländischen Wahlkreisen Saarlouis auf 17,9% und Sankt Wendel auf 16,9% der Zweitstimmen. In elf weiteren Wahlkreisen in Westdeutschland fuhr sie zwischen 7,1% und 8,8% der Zweitstimmen ein, darunter in Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) 8,8%, in Bremen II – Bremerhaven 8,6%, in Bremen I 8,0%, in Hamburg-Mitte, Duisburg II (NRW) und Gelsenkirchen (NRW)

²²⁷ Vgl. Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, a.a.O., S. 2 und 26.

²²⁸ Vgl. DER SPIEGEL Wahl 2005, 19.9.2005, S. 62.

²²⁹ Franz Walter: Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken. In: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei, a.a.O., S. 331.

²³⁰ Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleichbleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 524.

jeweils 7,9%.²³¹ Was die Parteistrategen bisher nicht für möglich gehalten hatten, war eingetreten: Im Saarland holte die Linkspartei 18,5%, in Rheinland-Pfalz 5,6%, in Hessen 5,3% und im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen 5,2%.²³² Nur in den Flächenstaaten Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein blieb die Linkspartei unter der Fünf-Prozent-Marke.²³³

Insgesamt also ein großer Erfolg des gemeinsamen Wahlantritts von WASG und Linkspartei.PDS, aber auch von Lafontaine und Gysi persönlich, ohne die die Bewegung, die zum Wahltriumph führte, nicht in Gang gekommen wäre. »Wir sind eine neue politische Kraft links von der SPD – in ganz Deutschland«,²³⁴ konnte Oskar Lafontaine am Wahlabend verkünden. Eine politische Kraft, die das deutsche Vier- in ein Fünf-Parteien-System umkremelte. Die Politikwissenschaftler Florian Hartleb und Franz Egon Rode konstatierten, dass der Einzug der Linkspartei in den Bundestag »ein Stück Europäisierung des deutschen Parteiensystems« darstellte, »da in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten seit längerem neben den großen sozial-demokratischen Parteien auch Linksparteien in den Parlamenten existieren«. ²³⁵ In einer späteren Befragung waren sich die beteiligten Akteure aus beiden Parteien (sowohl der Bundes- wie der Landesebene) des einzigartigen »window of opportunities« bewusst und übereinstimmend der Meinung, »dass es zur gemeinsamen Bundestagskandidatur von Linkspartei.PDS und WASG keine Alternative gegeben hätte«. ²³⁶

²³¹ Vgl. Neues Deutschland, 21.9.2005.

²³² Vgl. DER SPIEGEL Wahl 2005, 19.9.2005, S. 54.

²³³ Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 2005, Nr. 51-52, S. 34.

²³⁴ Zit. in: DER SPIEGEL Wahl 2005, 19.9.2005, S. 54.

²³⁵ Florian Hartleb und Franz Egon Rode: Populismus und Kleinparteien. Das Beispiel der Linkspartei.PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2005. In: Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M. 2006, S. 164.

²³⁶ Meinhard Meuche-Mäker: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. Studie auf Grundlage leitfadengestützter Interviews mit Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG. In: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007, S. 86.

Jochen Weichold

Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE

Die Bundestagsfraktion aus WASG und *Linkspartei.PDS* als Experimentierfeld für die neue Linkspartei

Im Ergebnis der Bundestageswahl am 18. September 2005 konnten zwölf Mitglieder der WASG auf den Listen der *Linkspartei.PDS* (LP.PDS) in den Bundestag einziehen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag entwickelte sich in der Folgezeit zur parlamentarischen Repräsentation, zum organisatorischen Zentrum und zum Labor der angestrebten neuen Linkspartei in Deutschland.¹ Für den WASG-Mitbegründer Klaus Ernst war sie ein Referenzprojekt für die Fusion mit stabilisierender Wirkung.² Unter Verweis auf Oskar Lafontaine sagte Gregor Gysi zum Verständnis der neuen Fraktion: »Wir sind uns einig, dass unsere wichtigste Aufgabe ist, beide Parteien – PDS und WASG – auf ihre Vereinigung vorzubereiten. Das ist zwar nicht die eigentliche Fraktionstätigkeit, aber das Wichtigste für diesen Prozess werden wir in der Fraktion leisten müssen: Kriegen wir eine gemeinsame Politik hin oder nicht?«³

Die neue Fraktion, die Ende September 2005 Oskar Lafontaine mit 94,4% und Gregor Gysi mit 92,6% der Stimmen zu ihren Co-Vorsitzenden wählte,⁴ war keineswegs homogen. Roland Claus, der frühere Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag, ortete zwei Denkschulen in der 54-köpfigen Fraktion: Anhänger eines »klassischen Sozialstaats des vorigen Jahrhunderts« und Befürworter eines »libertären Sozialismus, der Freiheit nicht

¹ Vgl. Gero Neugebauer: Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE. Oszillieren zwischen Demokratie und Extremismus? In: Ulrich Dovermann (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 101; Jonas Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009, Stuttgart 2013, S. 65/66.

² Vgl. »Es gibt kein Zurück«. Gespräch mit Klaus Ernst. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 54.

³ Zit. in: Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013, S. 161.

⁴ Vgl. Neues Deutschland, 24./25.9.2005.

ausschließt«. ⁵ Dabei war die Heterogenität noch weit größer und speiste sich aus unterschiedlichen politischen Sozialisationen, aus unterschiedlichen Kulturen und Lebenswelten sowie aus einem unterschiedlichen Parteiverständnis. Der WASG-Mitbegründer Thomas Händel, der in den Fraktionsvorstand kooptiert worden war, berichtete von »zum Teil heftigen Auseinandersetzungen« in diesem Gremium: »Ich habe mit Gregor Gysi gestritten, weil ich im Fraktionsvorstand immer wieder die Beteiligung der Parteien eingefordert habe und darauf bestand, dass die Fraktion mit ihrem Apparat den Parteibildungsprozess unterstützt. Da gab es teilweise die Auffassung, dass die Partei Kampagnen und den Bundestagswahlkampf zu führen hat und danach Pause hat, dann sollte die Musik in der Fraktion spielen. Das war nicht mein Bild von Parteientwicklung.« ⁶

Ein erstes Schlaglicht auf kommende Auseinandersetzungen hatte die nicht abgestimmte Aussage von vier Links-Parlamentariern geworfen, sie würden – Flexibilität der SPD vorausgesetzt – Gerhard Schröder erneut zum Kanzler mitwählen. Eine Aussage, die bei der Mehrheit der Fraktion auf scharfe Ablehnung stieß. Wahlkampfchef Bodo Ramelow konterte: »Wir werden uns an dem Tanz der Wahlverlierer auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten nicht beteiligen.« ⁷ Später führten namentlich die Entscheidung des Berliner Landesverbandes der WASG, zu den Abgeordnetenhauswahlen 2006 eigenständig anzutreten, die Frage der Regierungsbeteiligungen der LP.PDS und die von ihren Senatoren verantwortete weitgehende Lockerung des Ladenschlusses zu Konflikten in der Fraktion. So diskutierten die Bundestagsabgeordneten auf ihrer Klausurtagung im Januar 2007 dreieinhalb Stunden allein über das rot-rote Bündnis in der Bundeshauptstadt und über die Frage, ob die LP.PDS mitregieren darf. Nicht wenigen Mandatsträgern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag war die Regierungsbeteiligung in Berlin suspekt. Sie kritisierten den »puren Pragmatismus« der Regierungslinken und stellten sie unter neoliberalen Generalverdacht. ⁸

Trotz ihrer Heterogenität fand die neue Fraktion rasch zur Sacharbeit, die sich vor allem an der sozialökonomischen Konfliktlinie orientierte. Dazu

⁵ Zit. in: DER SPIEGEL, 2005, Nr. 39 (vom 26.9.2005), S. 66.

⁶ »Niemand wollte es versemeln«. Gespräch mit Thomas Händel. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 87.

⁷ Zit. in: DER SPIEGEL, 2005, Nr. 39 (vom 26.9.2005), S. 66.

⁸ Vgl. Christoph Seils: Gegen die Wand. In: Zeit online, 17.1.2007. URL: www.zeit.de/online/2007/03/Linkspartei (abgerufen am 24.6.2015); Der Tagesspiegel, 11.1.2007.

trug wesentlich bei, dass Oskar Lafontaine und Gregor Gysi »wie siamesische Zwillinge einer einheitlichen Oppositionsführung«⁹ erschienen. In einer Bilanz der ersten 100 Tage des Bestehens der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag konnten die Abgeordneten auf 263 große und kleine Anfragen und Initiativen der Fraktion verweisen.

Am 24. Februar 2006 veranstaltete die Linksfraktion die bis dahin größte öffentliche Veranstaltung einer Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude. Zu der Anhörung »Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategien zur Überwindung von Hartz IV« hatte die Fraktion Betroffene und Aktive aus Verbänden, Bewegungen und Sozialbündnissen aus dem ganzen Bundesgebiet eingeladen. Vor den über 450 Teilnehmern bestätigten Sprecherinnen und Sprecher der Sozialverbände, dass die Hartz-IV-Regelungen den Millionen Betroffenen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unmöglich machen. Der Mangel an Arbeitsplätzen – so der Tenor der Veranstaltung – werde als gesellschaftliches Problem bestehen bleiben. Es lasse sich weder durch höheren Druck auf die Betroffenen noch durch eine weitere Absenkung des Lohnniveaus lösen.¹⁰ Der Co-Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Gregor Gysi, brachte die Erfahrungen seit der deutschen Vereinigung 1990 auf den Punkt: »In den neuen Bundesländern haben wir in einem groß angelegten Experiment gesehen, dass niedrige Löhne nicht zu mehr Beschäftigung führen – ganz im Gegenteil!«¹¹ Nur eine deutliche Reduzierung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit und ein öffentlicher Beschäftigungssektor könnten Wege aus der Massenarbeitslosigkeit weisen, argumentierten Inge Höger, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, und viele andere Teilnehmer der Diskussion.¹²

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag wandte sich im Februar 2006 gegen den Vorschlag von Franz Müntefering, damals Bundesminister für Arbeit und Soziales, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre heraufzusetzen. Nach ihrer Auffassung würde die Erhöhung des Renteneintrittsalters einzig dem Ziel dienen, die Auszahlungen der Rentenkasse zu reduzieren. Damit sei die Rente mit 67 nichts weiter als eine Rentensenkung um

⁹ Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 163.

¹⁰ Vgl. Axel Troost: Info-Brief No 4. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 080.

¹¹ Zit. in: ebenda.

¹² Vgl. ebenda.

zwei Jahreszahlbeträge, die den Rentnern durchschnittlich 30.000 € wegnehme.¹³ Auf einer Anhörung der Fraktion am 30. Januar 2007 zur »Rente mit 67« verwies Hans-Jürgen Urban, Leiter der Grundsatz-Abteilung im IG-Metall-Vorstand, darauf, dass Investoren auf eine Verschärfung der betrieblichen Arbeitswelt drängten. Deshalb sei es für die Beschäftigten nicht auszuhalten, noch zwei Jahre länger zu arbeiten.¹⁴

Im ersten Quartal 2006 brachte die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Anti-Streik-Paragrafen ins Parlament ein. Gerade im Zeitalter der Globalisierung sei es wichtig, so ihre Überlegung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich in Gewerkschaften organisieren und für ihre Rechte streiken können.¹⁵

Die Linksfraktion stellte im Herbst 2006 im Deutschen Bundestag ihren Antrag »Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland«.¹⁶ Mitte Juni 2007 brachte sie erneut einen Antrag zum Mindestlohn ein – und zwar wortgleich mit einem SPD-Aufruf zum Mindestlohn, was die SPD schäumen ließ. Derart vorgeführt, stimmten die SPD-Abgeordneten mehrheitlich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.¹⁷

Darüber hinaus stieß die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag parlamentarische Initiativen an, um Hedgefonds, die die Stabilität der Finanzmärkte und damit Wachstum und Beschäftigung gefährden, und wettbewerbsgefährdende Unternehmenszusammenschlüsse, die dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht Tür und Tor öffnen, zu verbieten. Die Linksfraktion forderte, die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne zu brechen, und brachte parlamentarische Initiativen im Bundestag ein, in denen sie die Bundesregierung aufforderte, die Energiepreise zu regulieren und die Stromnetze zu verstaatlichen – beides mit dem Ziel niedrigerer Strompreise für die Verbraucher. Sie wandte sich gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, und mit Gesetzentwürfen zur Abschaffung der Praxisgebühr und für ein Guthabenkonto für Jedermann unternahm die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag wichtige Schritte, um der Ausgrenzung von sozial Schwachen zu begegnen. Nicht zuletzt brachte die Linksfraktion eine Initiative für das

¹³ Vgl. Herbert Schui: Newsletter No. 3. In: ADS, WASG – 080.

¹⁴ Vgl. Neues Deutschland, 31.1.2007.

¹⁵ Vgl. Werner Dreibus: Info-Brief 5. In: ADS, WASG – 080.

¹⁶ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 3, S. 3. In: ADS, WASG – 082 e.

¹⁷ Vgl. Neues Deutschland, 15.6.2007.

Recht auf Generalstreik in den Bundestag ein und forderte eine gesetzliche Regelung, die es früheren Mitgliedern der Bundesregierung und ihren Staatssekretären untersagt, in den ersten fünf Jahren nach ihrer Tätigkeit in Regierungsverantwortung eine Beschäftigung in der Privatwirtschaft aufzunehmen, die im Zusammenhang mit ihrer früheren Tätigkeit steht.¹⁸ Die Bundestagsfraktion, die selbst einen starken Gewerkschaftsflügel besaß,¹⁹ griff damit auch eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Forderungen auf und erleichterte den Brückenschlag zu den Gewerkschaften.

Vor diesem Hintergrund kam es Ende 2005/Anfang 2006 zu einer Annäherung zwischen den Spitzen der großen Gewerkschaften *IG Metall* und *ver.di*, Jürgen Peters und Frank Bsirske, und der im Entstehen begriffenen neuen linken Partei. Frank Bsirske erschien im Dezember 2005 erstmals auf einem Bundesparteitag der *Linkspartei.PDS* und setzte sich demonstrativ in die erste Reihe. DGB-Chef Michael Sommer war im Januar 2006 Gast auf der Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und stellte sich mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zum Gruppen-Foto. Die Gewerkschaftsspitzen nutzten die Annäherung an WASG und LP.PDS, um damit Druck auf die SPD auszuüben, von der Politik des Sozialabbaus abzurücken.²⁰

Wichtige Schritte auf dem Weg zur neuen Linkspartei

Nicht nur in der gemeinsamen Bundestagsfraktion, sondern auch auf der Ebene der beiden Parteiführungen entwickelte sich im Herbst 2005 sachbezogen die Zusammenarbeit. Auf der Parteebene wurde an der Fortsetzung der Kooperationsabkommen I und II gearbeitet. In einem Sondierungsgespräch am 5. Oktober 2005 in Elgersburg, an dem vonseiten der WASG Klaus Ernst, Thomas Händel und Axel Troost und vonseiten der LP.PDS Lothar Bisky, Katja Kipping, Uwe Hobler, Bodo Ramelow und Georg Fehst teilnahmen, stimmten die Gesprächspartner darin überein, »die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG zielstrebig voranbringen zu wollen und

¹⁸ Vgl. Oskar Lafontaine: Der Wähler muss wissen, woran er ist. In: neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 3, S. 3. In: ADS, WASG – 082 e; Neues Deutschland, 13.1.2006.

¹⁹ Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 164.

²⁰ Vgl. DER SPIEGEL, 2006, Nr. 3 (vom 16.1.2006), S. 41, und Nr. 9 (vom 25.2.2006), S. 34-37; taz – die tageszeitung, 25.3.2006.

spätestens bis Frühjahr/Sommer 2007, also bis zur Mitte der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, *abzuschließen*. In einem fairen demokratischen Prozess soll die erste wirklich gesamtdeutsche Partei entstehen.«²¹ Der engste Führungszirkel der WASG musste aber zu diesem Zeitpunkt Teile der eigenen Parteibasis erst noch schrittweise und mühselig von der Richtigkeit einer Fusion mit der LP.PDS überzeugen.

Der WASG-Bundesvorstand holte sich für die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der LP.PDS auf den Sitzungen des Länderrates am 9. Oktober 2005 in Bad Wildungen und am 3. Dezember 2005 in Leipzig-Markkleeberg die Zustimmung dieses gewichtigen Parteigremiums. Er brachte in Bad Wildungen einen Antrag ein, den Verständigungsprozess über die Bildung einer neuen linken Partei nach der Maxime »So schnell wie möglich – so langsam, sorgfältig und offen wie nötig« zu führen. Als Prämissen wurden hervorgehoben, dass dieser Prozess nicht als Top-Down-Prozess durch Beschlüsse der jeweiligen Vorstände zu verordnen sei, dass die Menschen in den Ländern und Regionen nicht nur über das Tempo, sondern auch über den Erfolg entscheiden, dass historisch-kulturelle Unterschiede und theoretisch-programmatische Differenzen nachhaltig und dauerhaft bearbeitet und überwunden werden müssten und dass die Parteivorstände die Aufgabe hätten, den Prozess durch die Zurverfügungstellung organisatorischer und finanzieller Mittel zu fördern und zu öffnen, jedoch nicht zu dominieren und zu determinieren. Durch elf inhaltliche Foren von Oktober 2005 bis Januar 2006 sollte dieser Prozess untersetzt werden.²²

²¹ Notiz zu einem Sondierungsgespräch zwischen Linkspartei.PDS und WASG am 5. Oktober 2005 in Elgersburg. In: ADS, Ablieferung Ralf Krämer (Krämer) – Alt-Sign. 2013-004-9. – Bei diesem Sondierungsgespräch wurde laut Notiz bereits für Dezember 2005 der Abschluss eines »Kooperationsabkommens III« ins Auge gefasst.

²² Vgl. Entwurf für die Beschlussfassung des Länderrats der WASG: »So schnell wie möglich – so langsam, sorgfältig und offen wie nötig!« In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-9. – Die Themen der vorgesehenen Foren lauteten: 1. Forum: Neuerfindung des Sozialstaats. Herausforderungen und Perspektiven sozialer Sicherung; 2. Forum: Die neue Linkspartei in Deutschland; 3. Forum: Perspektiven der Linkspartei; 4. Forum: Die Zukunft der Linken und der demokratische Sozialismus; 5. Forum: Bildungsreform und Wissensgesellschaft; 6. Forum: Rechtsextremismus, soziale Frage und Neoliberalismus; 7. Forum: In der Stagnationsfalle – Perspektiven kapitalistischer Entwicklung; 8. Forum: Kultur und Wissenschaft im 21. Jahrhundert; 9. Forum: Frauenaufbruch – Geschlechterdemokratie als Herausforderung des 21. Jahrhunderts; 10. Forum: 100 Tage Merkel-Regierung. Erste Zwischenbi-

Nachdem der Länderrat in Bad Wildungen den Antrag des Bundesvorstandes zunächst »als Diskussionsplattform für die Partei und als Arbeitsgrundlage für den Bundesvorstand aufgenommen« hatte,²³ votierte der 53-köpfige Länderrat am 3. Dezember 2005 nach kontroverser Debatte bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen für einen leicht veränderten Antrag des Bundesvorstandes, in dem unter anderem die Einrichtung gemeinsamer Steuerungs- und Programmgruppen von WASG und LP.PDS sowie eines Gründungsausschusses vorgesehen war. Ein Sonderparteitag der WASG, der sich mit den Plänen für einen Zusammenschluss mit der LP.PDS befassen sollte, war für Anfang März 2006 vorgesehen.²⁴

Ausgerüstet mit diesem Votum des Länderrates, beschloss der Bundesvorstand der WASG mit dem Vorstand der LP.PDS Anfang Dezember 2005 im »Kooperationsabkommen III«, bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei zu erreichen. Die neue Partei erstrebe eine emanzipatorische, demokratische und soziale, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft der Gesellschaft an, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. In diesem Abkommen fanden die Akteure einen Kompromiss zur politischen Ausrichtung der geplanten Partei: »Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen.«²⁵

Laut »Kooperationsabkommen III« entstehe die geplante neue Partei durch den Prozess des Zusammenwachsens von LP.PDS und WASG. Der konkrete Rechtsweg, der Name der Partei sowie Satzung und Statuten müssten noch gesondert vereinbart und beschlossen werden. »In der pluralistischen Partei sollen alle Menschen einen Platz haben, die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten,

lanz mit Folgerungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke; 11. Forum: Perspektiven des europäischen Sozialmodells. Vgl. ebenda.

²³ Vgl. Protokoll der Länderratssitzung am 9.10.2005 in Bad Wildungen. In: ADS, WASG – 109 e.

²⁴ Vgl. Protokoll des Länderrates [der WASG] am 3. und 4.12.2005 in Leipzig. URL: http://wasg.die-linke.de/uploads/media/2005_12_laenderrat_protokoll.pdf (abgerufen am 5.6.2015); Neues Deutschland, 5.12.2005.

²⁵ Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG (Berlin, 6.12.2005), S. 1. In: ADS, WASG – 067.

sie verändern und schrittweise überwinden wollen. Die Mitgliedschaft ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden.«²⁶ Mitglied könne nicht sein, wer faschistisches, rechtsextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut vertritt.²⁷

Im »Kooperationsabkommen III« einigten sich WASG und LP.PDS darauf, »auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten«.²⁸ Sie vereinbarten, die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften bis zum Abschluss des Parteibildungsprozesses zu schaffen.²⁹ Nicht zuletzt sollten im Prozess der Parteibildung die Mitglieder beider Parteien auf allen Ebenen gemeinsame Diskussionen, Projekte, Aktionen und Kampagnen anstreben. In Foren und anderen Veranstaltungen sollten die politischen Gemeinsamkeiten, aber auch die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen erörtert werden. Dazu gehörten das Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung, die Haltung zu Regierungsbeteiligungen, die Geschichte des »realen Sozialismus« in der DDR und diejenige der Linken in der alten Bundesrepublik, das Verhältnis zu anderen sich »links« definierenden Strömungen und die Frage »Was bedeutet ›Links‹ heute und was verbinden wir mit ›Demokratischem Sozialismus‹?«³⁰ Damit war bereits die ganze Palette der Diskussions- und Streitpunkte umrissen, die nicht nur in den folgenden anderthalb Jahren die Debatten in den beiden fusionswilligen Parteien bestimmten, sondern die bis in die Gegenwart der neuen Partei DIE LINKE nachwirken.

In der Folgezeit entwickelte eine zwölfköpfige Autorengruppe mit Mitgliedern aus beiden Parteien (»Programmgruppe«)³¹ Eckpunkte für das zukünftige Programm der Partei DIE LINKE, die am 23. Februar 2006 von Lothar Bisky und Klaus Ernst gemeinsam vorgestellt wurden. Der Geschäftsführende WASG-Vorstand betonte, dass trotz kultureller Unterschiede bei der Parteien die Gemeinsamkeiten überwögen. »Ich sehe überwältigende Übereinstimmung«, sagte Ernst. »Die Konfliktpunkte liegen unter zehn Pro-

²⁶ Ebenda.

²⁷ Vgl. ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Vgl. ebenda.

³⁰ Vgl. ebenda.

³¹ Im Sondierungsgespräch am 5. Oktober 2005 in Elgersburg war vereinbart worden, dass eine Programmgruppe, der von jeder Partei fünf Mitglieder angehören sollten, »umgehend« die Arbeit aufnehmen sollte. Vgl. Notiz zu einem Sondierungsgespräch zwischen Linkspartei.PDS und WASG am 5. Oktober 2005 in Elgersburg, a.a.O.

zent.«³² Der PDS-Chef äußerte sich ähnlich optimistisch und sagte, die gemeinsame Fraktion von LP.PDS und WASG im Deutschen Bundestag könne als »Referenzprojekt« dienen. Auch dort existierten zwar immer wieder Meinungsunterschiede, doch seien sie lösbar.³³

Die Autoren der »Programmatischen Eckpunkte«, darunter Joachim Bischoff, Ralf Krämer und Axel Troost von der WASG und Michael Brie, Bernd Ihme und Dieter Klein von der LP.PDS, schrieben: »Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauen, der kolonial und rassistisch unterdrückten Völker. Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor Andersdenkenden ist die Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus.«³⁴ Die Verfasser bekannten sich dazu, Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte zu bewahren und zu erschließen, die gemeinsam die neue Partei bilden würden. Dazu gehörten »radikaldemokratische, links-sozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger« oder »Erkenntnisse aus gewerkschaftlichen und von Erwerbslosen getragenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus«.³⁵

Konkret wandten sich die Autoren gegen eine Arbeitszeitverlängerung und forderten die Rücknahme der Verschlechterungen durch die Hartz-IV-Gesetzgebung, ein Öffentliches Investitionsprogramm als zentrales wirtschaftspolitisches Projekt der neuen Partei und einen gesetzlichen Mindestlohn, der bei regulärer Vollzeitbeschäftigung eine Existenz oberhalb des Armutsniveaus gewährleisten müsse.³⁶ Die »Programmatischen Eckpunkte« sollten – so die Vorstellung beider Parteiführungen und der Autoren – in den folgenden Monaten von der Basis beider Parteien intensiv dis-

³² Zit. in: Linkspartei und WASG bereiten gemeinsames Programm vor. In: der-Standard.at, Wien, 28.2.2006. URL: <http://derstandard.at/2355315/Linkspartei-und-WASG-bereiten-gemeinsames-Programm-vor> (abgerufen am 26.5.2015).

³³ Vgl. ebenda.

³⁴ Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG. In: ADS, WASG – 131 e.

³⁵ Vgl. ebenda.

³⁶ Vgl. ebenda.

kutiert werden, um durch »die heilsame Wirkung des produktiven Streits« (Lothar Bisky) den Parteibildungsprozess inhaltlich voranzutreiben.³⁷

Die Erarbeitung der »Programmatischen Eckpunkte« für die Fusion sei im Detail nicht einfach gewesen, erinnerte sich Axel Troost später. »Der Begriff Sozialismus hat in der WASG keine Rolle gespielt, bei der PDS gehörte er zur Identität. Es gab eine Menge Punkte, wo wir lange um Formulierungen gerungen haben, aber am Ende ist es uns ganz gut gelungen. Es war auch so, dass damals in den Parteien einfach eine Stimmung da war, die die Fusion bejaht hat, und das hat auch die Programmarbeit erleichtert.« Es sei gelungen, die programmatischen Stärken der beiden Quellparteien in den »Eckpunkten« zu bündeln. Aus der WASG »kam eine Menge makroökonomische Kompetenz und die Orientierung auf Verteidigung und Ausbau des Sozialstaats. Aus der PDS kamen Schwerpunkte wie die strikte Achtung der Freiheitsrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Daraus ist dann eben wirklich ein brauchbarer Kompromiss geworden.«³⁸

In einem Offenen Brief an die WASG-Mitgliedschaft wandte sich Anfang März 2006 WASG-Vorstand Thomas Händel gegen Missverständnisse und Unterstellungen im Kontext des Parteibildungsprozesses und skizzierte den weiteren Weg des neuen Projekts. Er betonte: »Ein Parteibildungsprozess lebt von starken und aktiven Partnern und selbstbewussten Beteiligten.« Nach wie vor sei es deshalb notwendig, die WASG aufzubauen und zu stärken, die Mitgliederwerbung zu intensivieren, damit die materielle Lage der Partei zu verbessern und sie so für den Parteibildungsprozess zu stärken. Eine starke gesellschaftliche Opposition gegen den aggressiven neoliberalen Umbau der Gesellschaft sei nötiger denn je. »Um den parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand zu stärken wollen wir in den nächsten Monaten eine neue pluralistische Partei der Linken in Deutschland als gesellschaftliche Alternative entwickeln.« Händel appellierte: »Die Chance ist wirklich historisch und so gut wie nie – wir können sie nur selber verspielen.«³⁹

³⁷ Vgl. Neues Deutschland, 24.2.2006.

³⁸ »Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht«. Gespräch mit Axel Troost. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 131.

³⁹ Thomas Händel: Zu Geschichte und Entwicklung des Parteibildungsprozesses – Eine dringende Information an die Mitglieder der WASG (Fürth, 1.3.2006). In: WASG-Archiv Fürth.

In einer Urabstimmung vom 6. bis zum 30. März 2006 wurde den Mitgliedern der WASG folgender Beschlusstext vorgelegt: »Ich bin dafür, den Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen fortzusetzen. Am Ende dieses Prozesses soll eine neue linke gesamtdeutsche Partei stehen. Ich fordere den Bundesvorstand auf, bis Herbst 2006 den Mitgliedern Vorschläge für ein Programm, eine Satzung und den zeitlichen und organisatorischen Ablauf der Neubildung einer linken Partei zur Diskussion vorzulegen.« Die WASG-Mitglieder konnten sich zwischen der Formel »Ich unterstütze diese Forderung und spreche mich für ein Votum an den Landesparteitag aus« und »Ich stimme mit Nein« entscheiden.⁴⁰ 78,3% der WASG-Mitglieder votierten bei einer Wahlbeteiligung von rund 57% für den Parteibildungsprozess und dafür, dass es nur noch um das »Wie«, nicht mehr um das »Ob« gehe. Lediglich 19,4% der Mitglieder stimmten mit »Nein«.⁴¹

Innerparteiliche Opposition gegen eine Vereinigung mit der Linkspartei.PDS

Rund ein Fünftel der Mitglieder der WASG (darunter namentlich solche aus dem trotzkistischen Spektrum) war also nicht bereit, den Weg der Verschmelzung der WASG mit der LP.PDS zur Partei DIE LINKE mitzugehen. Besonders stark war der Widerstand in den WASG-Landesverbänden Berlin, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Schleswig-Holstein, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

In Sachsen-Anhalt stürzte der fusionskritische »Bernburger Kreis« auf dem Landesparteitag am 21. Januar 2006 in Magdeburg, der unter dem vielsagenden Motto »Wir sind noch nicht fertig« konferierte, nach neunstündiger Debatte den bisherigen Landesvorstand. Er warf dem alten Vorstand einen zu »kuscheligen« Kurs gegenüber der *Linkspartei.PDS* vor, die offen eine Regierungsbeteiligung im »Land der Frühaufsteher« anstrebte. Im neuen Geschäftsführenden Vorstand, der nach der Entlassung der bisherigen Führungsriege gewählt wurde, besetzte der »Bernburger Kreis« alle Positionen. In seinem Sinne verabschiedete der Landesparteitag eine

⁴⁰ Vgl. ADS, WASG – 118.

⁴¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen: Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Paderborn 2011, S. 99.

Entschließung, die vom WASG-Bundesvorstand verlangte, das Kooperationsabkommen III mit der LP.PDS aufzukündigen.⁴²

Der Landesparteitag der Berliner WASG beschloss am 25./26. Februar 2006 mit 91 gegen 39 Stimmen, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 17. September 2006 eigenständig als WASG anzutreten, und begründete dies damit, dass die WASG nicht mit einer Partei zusammengehen dürfe, die – wie die Berliner LP.PDS – eine »neoliberale Politik« betreibe. Bei der Urabstimmung über die Frage »Stimmen Sie dem Beschluss des WASG-Landesparteitags vom 25./26. Februar 2006 zu, bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 17. September 2006 als WASG eigenständig anzutreten?« stimmten 272 von 850 Urabstimmungsberechtigten mit »Ja«, 245 mit »Nein« und 10 mit »Enthaltung«.⁴³ Joachim Bischoff, Christine Buchholz, Murat Çakır, Thomas Händel, Björn Radke und Fritz Schmalzbauer werteten diese Entscheidung in einem Papier mit dem Titel »Perspektiven der Neuen Linken. Parteibildung und konkurrierender Wahlantritt«, der in der WASG-Zeitung »neue linke« veröffentlicht wurde, als Vorprogrammierung weiterer Belastungsproben für den Parteibildungsprozess einer neuen gesamtdeutschen Linken.⁴⁴

Bereits Ende 2005 hatten die Mitglieder des WASG-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern für einen eigenständigen Antritt bei der Landtagswahl 2006 votiert, sofern die LP.PDS ihren »neoliberalen Kurs« in der Landesregierung fortsetzt. Von den insgesamt 125 Mitgliedern beteiligten sich 59 an einer Urabstimmung. Dabei stimmten 45 Mitglieder für einen Antritt der WASG als eigenständige Partei.⁴⁵

Der anhaltende Widerstand in mehreren Landesverbänden der WASG gegen ein Zusammengehen mit der *Linkspartei.PDS* veranlasste den Bundesvorstand der Partei, sich insbesondere im Verlauf des Jahres 2006 mehrfach mit der Lage in der Gesamtpartei und mit der Situation in den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen. Am 13. Mai 2006 enthob er die Landesvorstände Berlin und Mecklenburg-Vor-

⁴² Vgl. DER SPIEGEL, 2006, Nr. 5 (vom 30.1.2006), S. 45; Neues Deutschland, 23.1.2006.

⁴³ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, März. In: ADS, WASG – 082 e; Neues Deutschland, 27.2.2006.

⁴⁴ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, März, a.a.O.

⁴⁵ Vgl. Neues Deutschland, 3./4.12.2005.

pommern ihres Amtes und ersetzte sie durch Beauftragte.⁴⁶ In einer Presseerklärung teilte der Bundesvorstand dazu mit: »Seit Monaten ist der Bundesvorstand der WASG im Dialog mit den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Er bedauert, dass das Anliegen der Gesamtpartei von den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht respektiert wurde. Nach Abwägung aller juristischen und politischen Risiken und Möglichkeiten beschloss der Bundesvorstand, die Vorstände beider Länder ihres Amtes zu entheben und durch Beauftragte zu ersetzen, die namens der Landesvorstände die bereits eingereichten Wahlbeteiligungsanzeigen zurückziehen. Für Berlin sind Hüseyin Aydin, stellvertretend Peter Vetter, für Mecklenburg-Vorpommern Volker Schneider, stellvertretend Werner Dreibus, eingesetzt. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses wird entsprechend des Bundesparteitagsbeschlusses in beiden Ländern eine Wahlbeteiligung unter dem Namen der WASG nicht stattfinden und werden gleichzeitig Parteiausschlüsse und eine Auflösung der Landesverbände in der WASG vermieden.«⁴⁷

Der Berliner Landesvorstand der WASG klagte allerdings erfolgreich gegen seine Absetzung und wurde per Gerichtsentscheid wieder eingesetzt. Das Landgericht Berlin räumte dem Landesvorstand Berlin der WASG im einstweiligen Anordnungsverfahren das Recht zur Teilnahme an der Abgeordnetenhauswahl im September 2006 ein.⁴⁸ Der Bundesvorstand beschloss, gegen die Entscheidung des Landgerichts Berlin Berufung einzulegen. Allerdings sah er durch den Beschluss des Landgerichts Berlin nunmehr den Weg versperrt, durch eine Amtsenthebung des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern den Wahlantritt des dortigen Landesverbandes zu verhindern.⁴⁹

Unterstützung erhielt die Berliner WASG im Streit mit dem Bundesvorstand von mehreren Gliederungen der Wahlalternative. Der Landesrat der WASG Nordrhein-Westfalen und der Landesrat Schleswig-Holstein forderten, »die demokratisch gefällten Entscheidungen der WASG Berlin zu respektieren«. Bis Ende März 2006 unterzeichneten zudem mehr als 60

⁴⁶ Vgl. ADS, WASG – 053 e, 055 e, 056 e, 057 e, 058 e und 064 e.

⁴⁷ Keine konkurrierenden Wahlantritte in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Anlage A8 [zum] Protokoll der PV-Sitzung vom 13./14. Mai [2006] in Fürth. In: ADS, WASG – 057 e.

⁴⁸ Vgl. Urteil des Landgerichts Berlin vom 31.5.2006. In: ADS, WASG – 066; Harald Bergsdorf: Die neue »Linke«. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, S. 65.

⁴⁹ Vgl. Sitzung des BV am 1./2.7.2006 – Protokoll. In: ADS, WASG – 058 e.

Mitglieder der WASG, darunter mehrere Landesvorstände, einen »Appell zur Unterstützung« des Berliner Landesverbandes.⁵⁰

Entgegen den Beschlüssen des Ludwigshafener WASG-Parteitags vom April 2006 gegen Konkurrenzkandidaturen von *Linkspartei.PDS* und WASG traten am 18. September 2006 bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die dortigen Landesverbände der WASG gegen die LP.PDS an. Sie – aber auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden der WASG – warfen den realpolitisch orientierten und auf Regierungsbeteiligung setzenden Landesverbänden der *Linkspartei.PDS* vor, eine »neoliberal weichgespülte Politik«⁵¹ zu betreiben. »Die Linkspartei.PDS beteiligt sich in Berlin an der Umverteilung von unten nach oben«,⁵² kritisierte die Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG. Lucy Redler, die medienkompatible Spitzenkandidatin der WASG zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin, spottete, montags habe die *Linkspartei.PDS* gegen Hartz IV demonstriert, dienstags dann bei der Umsetzung geholfen. Die Folge sei: »Berlin ist die Hauptstadt der Arbeitslosen und der Armen.«⁵³ Redler wandte sich gegen eine »Politik des kleineren Übels« und behauptete: »Die Politik der Linkspartei.PDS in den Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin [...] verschlechtert die Lage der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung.«⁵⁴ Die LP.PDS verlor bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin rund die Hälfte ihrer Stimmen und erreichte 13,4%. Die WASG kam auf 2,9%.⁵⁵ In Mecklenburg-Vorpommern erhielt die *Linkspartei.PDS* 16,8% und die WASG lediglich 0,5% der Wählerstimmen.⁵⁶

⁵⁰ Vgl. Neues Deutschland, 27.3.2006.

⁵¹ Egbert Scheunemann: Kurzbericht vom Programmkonvent in Hannover, 2.10.2006. <http://de.groups.yahoo.com/group/WASG-Infos/message/710?var=0> (abgerufen am 10.4.2012).

⁵² Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG: Bilanz einer Schieflage. Fehlentscheidungen des Berliner SPD-Linkspartei.PDS-Senats, Berlin 2006, S. 2.

⁵³ Zit. in: Frankfurter Rundschau, 8.9.2006.

⁵⁴ Lucy Redler: Keine Politik des kleineren Übels. In: Neues Deutschland, 5.5.2006.

⁵⁵ Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2008. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a.M. 2007, S. 131.

⁵⁶ Vgl. Der Landeswahlleiter des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006. Endgültiges Ergebnis. URL: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2006_land/wahl2006_anz.pl?Endgueltige_Ergebnisse_2006xxxL_WK99.htm (abgerufen am 10.5.2015).

Einige der Parteirebellen leiteten die Gründung neuer politischer Organisationen ein. In diesem Sinne agierten Vertreter des *Leverkusener Kreises* in Nordrhein-Westfalen. Matthias Fiege, einer der Sprecher des Kreises, kündigte im September 2005 an, eine neue Partei mit dem Namen *Frieden und soziale Gerechtigkeit*⁵⁷ aus der Taufe zu heben, weil sich die westdeutsche Linke mit der Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Listen der *Linkspartei.PDS* »an die ostdeutsche [Linke – J.W.] verkauft« habe.⁵⁸ In Berlin wurden im Mai 2006 die Vereinigung *Wahlalternative Soziales Berlin* (WAS-B) um Birger Scholz und die Wahlalternative für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit Berlin (Berlin WAS Geht) gegründet.⁵⁹ Fusionsgegner, die eine sozialistische Ausrichtung ablehnten, gründeten später die *Soziale Alternative für Gerechtigkeit* (SAG), die in den Bundesländern Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aktiv wurde.⁶⁰ Im Bundesland Brandenburg spaltete sich eine *Partei für soziale Gerechtigkeit & Arbeit in Deutschland* (PSGAD) mit rund 30 Mitgliedern von der dortigen WASG ab.⁶¹

Im Frühjahr 2007 sprach sich ein Landesparteitag der WASG mit 62 zu 44 Stimmen »für die Bildung einer Regionalorganisation in Berlin« aus. Er rief »die Mitglieder der WASG auf, bei der bundesweiten Urabstimmung gegen die Fusion zu stimmen«. ⁶² Am 1. Mai 2007 gründeten Fusionsgegner um das frühere Landesvorstandsmitglied Lucy Redler die auf Berlin beschränkte, politisch heterogene Vereinigung *Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr* (BASG), der rund 100 Mitglieder der WASG beitraten.⁶³

⁵⁷ Vgl. Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008, S. 59.

⁵⁸ Vgl. DER SPIEGEL Wahl 2005, 19.9.2005, S. 55.

⁵⁹ Vgl. E-Mail von Helge Meves an die Mitglieder des WASG-Bundesvorstandes vom 18.5.2006. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-9.

⁶⁰ Vgl. Pressemappe von: Partei Soziale Alternative für Gerechtigkeit. URL: www.presseanzeiger.de/pressemappe/122251-partei-soziale-alternative-fur-gerechtigkeit.php (abgerufen am 10.6.2015); SAG wählt ersten ordentlichen Bundesvorstand. URL: www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?r=329559&aktion=jour_pm (abgerufen am 10.6.2015).

⁶¹ Vgl. Neues Deutschland, 14.5.2007 und 24.5.2007.

⁶² Zit. in: neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrs.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 2. In: ADS, WASG – 082 e.

⁶³ Vgl. Lucy Redler: Das Verschwinden der WASG. Lehren aus drei Jahren WASG für die Zukunft der LINKEN, Berlin 2012, S. 45f.; Christian Schiffer: Die Partei Arbeit

Anderenorts verließen Gegner eines Zusammengehens der WASG mit der LP.PDS die Partei, nachdem sie sich – offensichtlich enttäuscht von der Entwicklung der Wahlalternative – bereits seit Längerem von der politischen Arbeit zurückgezogen und die Beitragszahlung eingestellt hatten. Nicht untypisch ist die Begründung, die Ursula Caberta, Spitzenkandidatin der Hamburger Partei bei der Bundestagswahl 2005, für ihren Austritt aus der WASG im Februar 2007 gab: »Die WASG von heute hat nichts mehr mit der Wahlalternative zu tun, in die ich vor drei Jahren eingetreten bin. Wir wollten eine soziale Alternative mit basisdemokratischen Strukturen und einer engen Anknüpfung an die sozialen Bewegungen aufbauen. Davon ist nichts geblieben. Heute haben wir eine zentralistische, nur noch auf Wahlen und die Fusion mit der PDS fixierte Organisation ohne Bodenhaftung. Das ist für mich die Beerdigung der WASG.«⁶⁴

Gemeinsame Wahlkämpfe und Aktionen gegen die Agenda-Politik

Trotz dieser innerparteilichen Widerstände und ungeklärter inhaltlicher Differenzen zwischen WASG und *Linkspartei.PDS* (vor allem die Frage der Regierungsbeteiligungen, die Frage der damit zusammenhängenden Kompromisse und die Frage des »demokratischen Sozialismus« als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen) waren bereits im Frühjahr 2006 die Weichen in Richtung einer gemeinsamen neuen Linkspartei in Deutschland gestellt. WASG und LP.PDS bestritten gemeinsam Wahlkämpfe in mehreren Bundesländern und Kommunen. Bei den Landtagswahlen am 26. März 2006 erreichte die WASG in Baden-Württemberg 3,1% der Wählerstimmen und in Rheinland-Pfalz 2,5% und die *Linkspartei.PDS* in Sachsen-Anhalt 24,1%.⁶⁵ Bei den Kommunalwahlen wurden von WASG und LP.PDS in Hessen rund 120 Mandate errungen.⁶⁶

und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken? Diplomarbeit, München 2007, S. 69.

⁶⁴ »Dafür gebe ich mich nicht mehr her«. Ursula Caberta erklärt im Interview, warum sie der WASG jetzt den Rücken kehrt. In: taz – die tageszeitung, 16.2.2007, Ausgabe taz Nord.

⁶⁵ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Thomas Falkner: Die Wahlergebnisse vom 26. März 2006 für die Linkspartei.PDS bzw. die WASG. Wahlnacht-Analyse, [Berlin] 2006, S. 4.

⁶⁶ Vgl. Neues Deutschland, 31.3.2006.

Die WASG erzielte an diesem Wahl-Sonntag in Rheinland-Pfalz in den Wahlkreisen Kusel (6,9%), Kaiserslautern I (5,1%) und Pirmasens (4,8%) gute Zweitstimmenergebnisse. In Baden-Württemberg konnte sie vor allem in Großstädten punkten, wo sie mit 4,6% deutlich über dem Landesdurchschnitt lag. Die Südwest-WASG übersprang in Mannheim I (6,9%), in Freiburg II (6,9%), in Pforzheim (5,5%) und in Aalen (5,1%) die Fünf-Prozent-Hürde. In Wahlbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit konnte sie ebenso wie in Regionen mit hohem Migrantenanteil überdurchschnittliche Ergebnisse verbuchen.⁶⁷

Am 9. Mai 2006 wurde (mit Unterstützung von WASG und LP.PDS) der erste Bürgermeister der WASG gewählt: Frank Fiebig erzielte bei den Bürgermeisterwahlen in Gräfenroda (Thüringen) die absolute Mehrheit.⁶⁸ Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 18. September 2006 erreichten beide Parteien zusammen über 100 Mandate.⁶⁹ Am 13. Mai 2007 kam DIE LINKE als Bündnis von WASG und LP.PDS bei der Bürgerschaftswahl in Bremen auf 8,4% der Stimmen und zog mit 7 Abgeordneten, darunter drei Vertreter der WASG, in die Bremer Bürgerschaft ein.⁷⁰ In den Innenstadtbezirken der Hansestadt erzielte sie laut Statistischem Landesamt 12,8% und in den Arbeitervierteln 9,5% der Stimmen.⁷¹ Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. analysierte, dass die Bremer LINKE vor allem bei Arbeitslosen (21%) und bei Arbeitern (12%) punkten konnte.⁷² Thomas Händel vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG erklärte, mit diesem Wahlergebnis habe die im Entstehen begriffene Partei DIE LINKE eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Alternativen zur herrschenden Politik auch auf Länderebene in politische Kraft umgesetzt werden könnten: »Soziale Ge-

⁶⁷ Vgl. ebenda, 28.3.2006.

⁶⁸ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 1. In: ADS, WASG – 082 e.

⁶⁹ Vgl. ebenda, 2006, Nr. 3. In: ADS, WASG – 082 e.

⁷⁰ Im Wahlkampf firmierten WASG und LP.PDS bereits unter dem für die neue gemeinsame Partei vorgesehenen Namen DIE LINKE, obwohl rechtlich gesehen die LP.PDS mit einer für WASG-Vertreter offenen Liste kandidierte. Vgl. Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 183.

⁷¹ Vgl. taz – die tageszeitung, 15.5.2007.

⁷² Vgl. Der Tagesspiegel, 14.5.2007.

rechtigkeit hat wieder eine Stimme in der Bremer Bürgerschaft.«⁷³ Händels Vorstandskollege Axel Troost kommentierte das Ergebnis mit den Worten: »Mit dem Einzug in die Bremische Bürgerschaft ist das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland grundlegend verändert worden. Das Wahlergebnis dokumentiert, dass die LINKE auch im Westen angenommen wird.«⁷⁴

WASG und LP.PDS beteiligten sich gemeinsam an der Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie,⁷⁵ gegen die Rente mit 67 Jahren, gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie unterstützten Streikaktionen von Beschäftigten wie den Warnstreik an der Berliner Charité im Dezember 2005 oder den Streik der Telekom-Mitarbeiter im Mai 2007 und übten Solidarität mit Belegschaften, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpften, wie mit denjenigen des Nürnberger AEG-Hausgerätekwerkes Ende 2005/Anfang 2006 oder mit denjenigen von BenQ im Oktober 2006.⁷⁶ Sie nahmen an der Vorbereitung globalisierungskritischer Proteste teil. Im Bündnis zur Vorbereitung der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 traten die Vertreter beider Parteien gemeinsam auf.⁷⁷

⁷³ Thomas Händel: WASG und Linkspartei in der Bremer Bürgerschaft: Sensationell gutes Ergebnis. In: WASG: Aktuelles, 13.5.2007. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m52836ec8411.html> (abgerufen am 20.10.2015).

⁷⁴ Zit. in: Bremer Erfolg guter Startschuss für das Projekt der Partei DIE LINKE (15.5.2007). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

⁷⁵ Als Bolkestein-Richtlinie wurde die von EU-Binnenmarkt-Kommissar Frits Bolkestein als Entwurf Anfang 2004 vorgelegte Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt bezeichnet, die auf die weitgehende Liberalisierung dieser Leistungen hinauslief und in der geplanten Form zu einer einschneidenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich Beschäftigten geführt hätte. Die heftigen europaweiten Proteste bewirkten eine deutliche Abmilderung der Richtlinie in ihrer Ende 2006 beschlossenen Fassung.

⁷⁶ Vgl. Unterstützung für den Warnstreik an der Charité (1.12.2005). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003; Länderrat der WASG solidarisch mit Charité Berlin (5.12.2005). In: Ebenda; Solidarität mit den streikenden Telekom-Mitarbeitern! (11.5.2007). In: Ebenda; Nürnberger AEG-Werk: Aus Ertragsgier geschlossen (18.12.2005). In: Ebenda; Rosen als Zeichen der Solidarität an die BenQ-Belegschaft verteilt (3.10.2006). In: ebenda.

⁷⁷ Vgl. Bericht zur Verschmelzung der Parteien »Die Linkspartei.PDS« und »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«, Berlin, 10. Dezember 2006, S. 4. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-10.

Die WASG rief mit Info-Material, Flugblättern und Plakaten zum Widerstand gegen die Bolkestein-Richtlinie auf. Axel Troost vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG klärte in einem Info-Brief darüber auf, dass nach der Bolkestein-Richtlinie künftig Dienstleistungen dem »Herkunftslandprinzip« unterliegen sollen. »Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, sollen nur den gesetzlichen Regelungen und Lohnbedingungen des jeweiligen Herkunftslandes unterliegen. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze könnten so massenhaft durch Billigjobs ersetzt werden«,⁷⁸ warnte Troost. Ein Motiv-/Text-Plakat der WASG trug die Aufschrift »Die Welt ist keine Ware! Stoppt Bolkestein. Wir fordern von CDU/CSU und SPD: Taten statt Worte. Ein klares ›Nein‹ zu Bolkestein«.⁷⁹ Fast 100.000 Menschen demonstrierten am 11. und am 14. Februar 2006 in Berlin und Strasbourg gegen die Bolkestein-Richtlinie. Die massenhaften Proteste bewirkten, dass die Richtlinie entschärft wurde.⁸⁰

Der WASG-Parteitag in Ludwigshafen am 29./30. April 2006 startete eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Vielerorts gingen am 1. Mai 2006 Mitglieder von WASG und LP.PDS gemeinsam auf die Straße, um die Mindestlohn-Kampagne bekannt zu machen. In Berlin trugen WASG-Mitglieder ein großes Transparent mit dem Logo der WASG und der Aufschrift »Zeit für Taten: 8 € Mindestlohn! Gesetzlich garantiert«.⁸¹ In der Folgezeit beteiligten sich viele hundert Mitglieder und Sympathisanten an der Kampagne. Sie organisierten Konferenzen und Veranstaltungen – so in Hessen und in Mecklenburg-Vorpommern. Sie mobilisierten an Info-Ständen und vor Betrieben, die Hungerlöhne zahlten. Sie veranstalteten Fahrradtouren – beispielsweise im Saarland und in Thüringen – für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8 € pro Stunde, denn Arbeit dürfe nicht arm machen.⁸² Für den 14. Oktober 2006 mobilisierte die WASG unter dem Motto »Auf die Straßen, auf die Plätze, vor die Betriebe« zu einem Aktionstag für den Mindestlohn. Gleichzeitig verteilten WASG und LP.PDS Postkarten mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, die an Bundesarbeitsminister Müntefering (SPD) gesendet werden sollten. Und

⁷⁸ Axel Troost: Info-Brief No 1. In: ADS, WASG – 080.

⁷⁹ Vgl. ADS, WASG – 088.

⁸⁰ Vgl. Herbert Schui: Newsletter No 3. In: ADS, WASG – 080.

⁸¹ Vgl. Axel Troost: Info-Brief No 7. In: ADS, WASG – 080.

⁸² Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 2/ Juli. In: ADS, WASG – 081.

vor dem Berliner Congress-Centrum, in dem der DGB eine Mobilisierungskonferenz abhielt, verteilten Aktivistinnen und Aktivisten von WASG und LP.PDS Äpfel, hart gekochte Bio-Eier und ein Flugblatt und machten mit dieser »Nicht für 'nen Appel und 'n Ei«-Aktion auf die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aufmerksam.⁸³ Auch Aktionen wie 1.500 Luftballons für 1.500 € oder der 8-€-Geldschein ließen die Mindestlohn-Frage plastisch werden.⁸⁴

Wie auch in anderen Bundesländern beteiligten sich in Brandenburg viele WASG-Mitglieder an den Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau, insbesondere gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung. Der Landessprecher der Partei, Steffen Hultsch, sprach im ersten Halbjahr 2006 in Potsdam, Wittstock, Belzig und der Stadt Brandenburg auf Kundgebungen der Montagsdemonstranten ebenso wie auf Mai-Kundgebungen in Potsdam und Teltow. Mit »WASG-Frühschoppen« erreichte die Landespartei mit ihren Themen Menschen in Falkensee, Luckenwalde, Kyritz und Pritzwalk. Im Kampf gegen Sozialabbau kooperierte die Brandenburger WASG mit der *Sozialen Bewegung Brandenburg*, mit dem Verein *Potsdamer gegen Hartz IV* und anderen Organisationen und beteiligte sich an der Landesarmutskonferenz.⁸⁵

Die WASG-Führung rief die Mitglieder der Partei auf, an der Demonstration von Sozialbündnissen gegen den Sozialabbau der Großen Koalition am 3. Juni 2006 in Berlin teilzunehmen. »Durch die aktuellen Angriffe auf ALG-II-Empfänger bekommt diese Demonstration eine besondere Bedeutung«,⁸⁶ hieß es in einem von Thomas Händel und Christine Buchholz gezeichneten Mitgliederinfo vom 1. Juni 2006. Die Protestaktion, zu der Erwerbsloseninitiativen, gewerkschaftliche und linke Gruppen aus ganz Deutschland, WASG und LP.PDS nach Veranstalterangaben rund 15.000 Teilnehmer auf die Straße bringen konnten, wandte sich unter dem Motto »Schluss mit den ›Reformen‹ gegen uns« gegen eine weitere Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen. Auf Schildern und Transparenten der Demonstranten stand unter anderem »Gegen die Ökonomisierung der Grundrechte«, »Hausarrest

⁸³ Vgl. ebenda, 2006, Nr. 3. In: ADS, WASG – 082 e.

⁸⁴ Vgl. ebenda, 2007, Nr. 1. In: ADS, WASG – 082 e.

⁸⁵ Vgl. Steffen Hultsch: Die WASG und Ostdeutschland. Ein kritischer Blick aus Brandenburg auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Berlin 2013, S. 59-61.

⁸⁶ Demo gegen Sozialabbau. WASG-Mitgliederinfo, Fürth, 1.6.2006. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-9.

für Merkel« und »Dieses Land braucht Widerspruch«. ⁸⁷ Auf der Abschlusskundgebung sprachen Vertreter von WASG und LP.PDS. ⁸⁸

WASG und LP.PDS mobilisierten unter der Losung »Not welcome, Mr. President!« gegen den Bush-Besuch am 13. Juli 2006 in Stralsund und unterstützten entsprechende Proteste. George W. Bush habe gelogen, um den Angriff auf den Irak zu rechtfertigen. Ihm sei es zuletzt nicht um Massenvernichtungswaffen, Demokratie und Menschenrechte gegangen, argumentierte die WASG-Zeitung »neue linke«. »Es ging um die Vormachtstellung der USA im Nahen Osten und um das Öl im Irak.« ⁸⁹ Da nun ein Angriff auf den Iran drohe, bedürfe es einer starken Antikriegsbewegung, die die Regierenden von ihrem Kriegskurs abbringen könne. »Deshalb sollten wir nach Stralsund fahren.« ⁹⁰

Die Bundesvorstände von WASG und LP.PDS forderten zur Teilnahme an der Berliner Demonstration am 12. August 2006 auf, dem internationalen Tag des Protestes und der Solidarität, auf der ein politisch breites Bündnis einen sofortigen Waffenstillstand im Libanon verlangte. ⁹¹ Die WASG Dresden rief zu einer »Friedensinitiative 1. September 2006« auf und erklärte in einem Flyer: »Die Herbeiführung und Bewahrung einer friedlichen Welt ist ohne Kampf nicht zu erreichen, den gemeinsamen beharrlichen und alles umfassenden Kampf aller friedliebenden Menschen, aller Friedensbewegungen und Friedensinitiativen, parteiunabhängig und parteiübergreifend.« ⁹² Die Dresdener WASG forderte: »Atomwaffen abrüsten – in

⁸⁷ Vgl. SPIEGEL ONLINE, 3.6.2006. URL: www.spiegel.de/wirtschaft/anti-hartziv-demo-rangeleien-zwischen-polizei-und-protestierern-a-419598.html (abgerufen am 1.6.2015).

⁸⁸ Vgl. 10.000 bei Demo in Berlin gegen Sozialabbau. URL: www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/536596984011df501.php (abgerufen am 1.6.2015).

⁸⁹ neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 2/Juli, a.a.O. – Vgl. auch Felicitas Weck: Info Bundesvorstandssitzung 1. und 2. Juli (3.7.2006). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

⁹⁰ neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 2/Juli, a.a.O.

⁹¹ Vgl. ebenda, 2006, Nr. 3, a.a.O.

⁹² Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit – was wir wollen: Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa (Flyer), Hrsg.: WASG Dresden, Dresden [2006], S. 2.

Deutschland anfangen!« und »Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus – Neonazis stoppen!«⁹³

Die WASG rief zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen gegen die unsoziale Politik der Großen Koalition am 21. Oktober 2006 und zur Unterstützung der Gewerkschaften bei anderen Aktionen im »heißen Herbst« 2006 auf.⁹⁴ Die mehr als 220.000 Demonstrantinnen und Demonstranten am 21. Oktober 2006 protestierten vor allem gegen die »Rente mit 67«.⁹⁵

Die WASG war eine der tragenden Säulen der Kampagnen gegen Wohnungsprivatisierungen und gegen Mietwucher. Der Regionalverband Dresden der WASG wandte sich im Bundestagswahlkampf 2005 mit einem Flyer gegen den damals geplanten Verkauf von 48.000 städtischen Wohnungen in Dresden und damit gegen die Umverteilung gesellschaftlichen Eigentums in private Taschen und forderte: »Keine Verscherbelung städtischen Eigentums! Sofortiger Stopp von Privatisierungen!«⁹⁶ Zur Kommunalwahl in Hessen am 26. März 2006 plakatierte die WASG »Wohnen in Frankfurt: Stoppt Mietwucher! Kein Verkauf städtischer Wohnungen! Am 26. März: Liste 11. Für Mieterschutz stimmen!«.⁹⁷

Der WASG-Bundesvorstand unterstützte auf seiner Sitzung am 8. und 9. September 2006 ausdrücklich die Proteste der WASG Freiburg, der dortigen Linkspartei und anderer Gruppen gegen die geplante Wohnungsprivatisierung und erklärte: »Öffentliche Güter dürfen nicht den Rendite-Interessen von Kapitalgesellschaften untergeordnet werden, sondern gehören unter öffentliche Kontrolle.«⁹⁸ Die Freiburger stoppten am 12. November 2006 mittels Bürgerentscheid den Verkauf von 8.000 städtischen Wohnungen, die von der CDU und den *Grünen* im dortigen Gemeinderat betrieben worden war.⁹⁹ Seit dem Herbst 2006 sammelte die WASG Nordrhein-Westfalen

⁹³ Ebenda, S. 3 und 5.

⁹⁴ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 3, a.a.O.

⁹⁵ Vgl. ebenda, 2007, Nr. 1, a.a.O.

⁹⁶ WASG-Regionalverband Dresden: Für ein lebenswertes Wohnen in Dresden! (Flyer), Dresden [2005], S. 1. In: ADS, WASG – 126.

⁹⁷ Vgl. ADS, WASG – 125.

⁹⁸ Protokoll zur Sitzung des PV am 8.-9.9.2006. In: ADS, WASG – 059 e.

⁹⁹ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 1, a.a.O.; Freiburger Erfolg gegen den Verkauf städtischer Wohnungen ist auch ein bundesweites Signal (13.11.2006). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

zusammen mit den Trägern und Bündnispartnern der Volksinitiative »Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze« Unterschriften gegen den von der Landesregierung geplanten Verkauf von fast 100.000 Wohnungen. Dabei ging es den Initiatoren auch darum, rund 1.000 Arbeitsplätze in den Wohnungsgesellschaften und den lokalen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen zu sichern.¹⁰⁰

Im Dezember 2006 konnte die von der WASG initiierte Unterschriftensammlung »Rettet den Bocholter«, bei der mehr als 10.000 Unterschriften gesammelt und dem Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke, überreicht wurden, einen Erfolg vermelden: Die Nahverkehrsstrecke Bocholt – Wesel blieb zunächst für 2007 erhalten.¹⁰¹

Die WASG mobilisierte zum Aktionstag des DGB am 26. Februar 2007 bundesweit gegen die Rente mit 67 Jahren. Auf der Kundgebung in Schweinfurt sprach der WASG-Vorstand Klaus Ernst zu den Demonstranten. In Berlin tritt die gemeinsame Bundestagsfraktion aus WASG und LP.PDS an der Seite der Kolleginnen und Kollegen gegen die »Rente mit 67« und für das Recht auf Generalstreik.¹⁰² Thomas Händel vom Geschäftsführenden Vorstand der WASG erklärte in einer Pressemitteilung vom 27. Februar 2007: »Die WASG bleibt dabei: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist in Wahrheit eine große Rentenkürzungsaktion. Deshalb lehnen wir die Rente mit 67 weiterhin ab. Die Rente mit 67 ist der Offenbarungseid und ein weiterer Wahlbetrug der SPD.«¹⁰³

Als im März 2007 die BHF-Bank in einer Analyse eine vierprozentige Lohnsteigerung in der Metallbranche für vertretbar hielt und selbst die Deutsche Bank und die Allianz einen gewachsenen Verteilungsspielraum in der Tarifrunde 2007 sahen, forderte WASG-Vorstand Thomas Händel die Belegschaften zu einer offensiven Beteiligung an dieser Tarifrunde auf: »Für Bescheidenheit gibt es längst keinen Anlass mehr. Während die Löhne

¹⁰⁰ Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 2, a.a.O.

¹⁰¹ Vgl. ebenda, 2007, Nr. 1, a.a.O.

¹⁰² Vgl. Protokoll der Länderratssitzung, 4. Februar 2007 in Kassel. In: ADS, WASG – 112 e; neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 2, a.a.O.

¹⁰³ Thomas Händel: Rente mit 67: SPD-Wahlbetrug. In: WASG: Aktuelles, 27.2.2007. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m5349f7c50b7.html> (abgerufen am 20.10.2015).

seit Jahren real sinken, steigen die Unternehmensgewinne in schwindelnde Höhen.«¹⁰⁴

Im April 2007 rief die WASG ihre Mitglieder auf, an den Ostermärschen teilzunehmen, um gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg der NATO in Afghanistan zu protestieren: »Wir brauchen keine neuen Waffen und zusätzliche Milliarden für Auslandseinsätze. Wir streiten für eine Politik, die Konfliktursachen beseitigt. Deswegen werben wir auf den Ostermärschen auch für eine Teilnahme an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007. Eine andere Welt ist möglich!«¹⁰⁵

10.000 Mitglieder von WASG und LP.PDS beteiligten sich an den Protesten der globalisierungskritischen und antikapitalistischen Bewegungen gegen das G8-Treffen im Juni 2007 in Heiligendamm.¹⁰⁶ Die Führungen von WASG und *Linkspartei.PDS* hatten zu den Protesten mobilisiert, bei denen Tausende Menschen gewaltfrei und erfolgreich die Zufahrtswege um Heiligendamm herum blockierten und 80.000, vor allem junge Menschen an der Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock teilnahmen.¹⁰⁷ Im Aufruf zu dieser internationalen Großdemonstration forderten die Initiatoren insbesondere die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine »faire Entschuldung« der Länder des globalen Südens, einen schnellen und radikalen Wechsel zu Erneuerbaren Energien, um dem gefährlichen Klimawandel Einhalt zu gebieten und weitere Kriege um Öl- und Gasreserven zu verhindern, den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und die vollständige weltweite atomare Abrüstung und ein Ende der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen

¹⁰⁴ Thomas Händel: WASG zur Tarifrunde 2007: »Keine falsche Bescheidenheit«. In: WASG: Aktuelles, 18.3.2007. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m5b39795166d.html> (abgerufen am 20.10.2015).

¹⁰⁵ Bundeswehr raus aus Afghanistan! – WASG ruft auf zu Ostermärschen (5.4.2007). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

¹⁰⁶ Vgl. G8-Demo großer Erfolg – Gewalt geht von G8 aus (3.6.2007). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

¹⁰⁷ Der Bundesvorstand der WASG hatte sich auf seinen Sitzungen am 20./21. Januar 2006, am 3./4. März 2006, am 13./14. Mai 2006, am 1./2. Juli 2006 und am 3. März 2007 mit dem Stand der Vorbereitungen der Kampagne befasst. Vgl. ADS, WASG – 050 e, 053 e, 057 e, 058 e und 065 e; Bericht vom WASG-BuVo von Lucy Redler (6.3.2007). In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-10.

durch die G8-Staaten. Nicht zuletzt wandten sie sich gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste.¹⁰⁸

Die Debatten auf dem WASG-Parteitag in Ludwigshafen im April 2006

Dem WASG-Parteitag in Ludwigshafen am 29. und 30. April 2006 gingen Unkenrufe voraus: »Seit Wochen blicken viele Funktionäre der Wahlalternative [Arbeit und] Soziale Gerechtigkeit mit Grausen dem Bundesparteitag in Ludwigshafen entgegen. Der Streit um die Kandidatur gegen die PDS bei der Wahl in Berlin droht die Partei zu sprengen«,¹⁰⁹ schrieb die Tageszeitung »taz«. Und dann heuerte – eine Katastrophenmeldung mehr – auch noch Andreas Wagner, Mitglied des Bundesvorstandes der WASG, wenige Tage vor dem Parteikonvent bei der sächsischen NPD an.¹¹⁰

In der Tat hatte die Entscheidung des Landesverbandes Berlin, zu den anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus eigenständig und gegen die *Linkspartei.PDS* anzutreten, innerhalb der WASG sowie in der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zu einer Verschärfung der Auseinandersetzungen geführt.¹¹¹ Der Bundesvorstand der WASG hatte am 23. April 2006 über die politische Situation nach dem Berliner Landesparteitag der WASG beraten und mit Mehrheit (acht gegen fünf Stimmen) entschieden, nicht juristisch gegen die Wahlbeteiligungsanzeige der Berliner WASG vorzugehen, aber zugleich den Konfrontationskurs der Mehrheit im Landesverband Berlin gegen die LP.PDS verurteilt.¹¹² Daraufhin übten das Geschäftsführende Bundesvorstandsmitglied Klaus Ernst und die Fraktionsspitzen Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer in öffentlichen Reaktionen heftige Kritik an der Mehrheit des Bundesvorstandes, die nicht bereit war, den politischen Konflikt mit formalen Maßnahmen oder Gerichtsprozessen zu

¹⁰⁸ Vgl. G8-Gipfel in Heiligendamm: Aufruf zur Internationalen Großdemonstration in Rostock am Samstag, 2.6.2007: Eine andere Welt ist möglich! In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-10.

¹⁰⁹ taz – die tageszeitung, 26.4.2006.

¹¹⁰ Vgl. ebenda.

¹¹¹ Vgl. junge Welt, 27.4.2006.

¹¹² Vgl. Medieninformation des Bundesvorstandes der WASG. In: junge Welt, Berlin, 26.4.2006. – Vgl. auch Protokoll Bundesvorstandssitzung vom 28.4.2006. In: ADS, WASG – 056 e.

lösen.¹¹³ Anlass für die WASG-Bundesvorstandsmitglieder Sabine Lösing, Rainer Spilker und Thies Gleiss sowie die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Inge Höger, in einer gemeinsamen Erklärung zu fragen: »Wer will die WASG spalten?« Sie betonten: »Die öffentliche und zum großen Teil diffamierende Herabsetzung eines demokratischen Mehrheitsbeschlusses des Bundesvorstandes durch einzelne Mitglieder und bekannte Persönlichkeiten der WASG ist unakzeptabel.«¹¹⁴ Auch verdiente Gründungsmitglieder der WASG und Fraktionsvorsitzende sollten von »billigen Verschwörungstheorien« und »Spaltungsszenarien« Abstand nehmen und zu einer realitätstüchtigen Politik zurückkehren.¹¹⁵

Kein Wunder also, dass der Ludwigshafener Parteitag durch hitzige Debatten gekennzeichnet war. Immer wieder gab es Pfiffe, Gejohle, Tumulte und wütende Proteste, gingen Reden in lauten Buhrufen unter.¹¹⁶ Eine erhebliche Minderheit der Delegierten sprach sich gegen das Kooperationsabkommen III zwischen WASG und *Linkspartei.PDS* aus. Es würde de facto eine Entscheidung, ob eine gemeinsame Formation von WASG und LP.PDS gebildet würde oder nicht, bereits vorwegnehmen. Das Abkommen nehme den Orts-, Kreis- und Landesverbänden der WASG faktisch das Recht, zukünftig selbst zu entscheiden, ob sie an Kommunal- oder Landtagswahlen teilnehmen oder nicht, und stelle eine Entmündigung der einfachen Mitglieder der WASG dar. Das Kooperationsabkommen III, so andere Antragsteller, stehe im Widerspruch zum Urabstimmungsbeschluss über die Bildung eines breiten demokratischen Linksbündnisses und entbehre jeglicher Angebote und Grundlagen einer gleichberechtigten, basisorientierten Ver-

¹¹³ Vgl. taz – die tageszeitung, 25.4.2006; junge Welt, 25.4.2006 und 27.4.2006. – WASG-Vorstandsmitglied Fritz Schmalzbauer erklärte, die Mehrheit des Bundesvorstandes habe sich handlungsunfähig gezeigt. Vgl. Neues Deutschland, 25.4.2006.

¹¹⁴ WASG-Bundesvorstandsmitglieder fragen: »Wer will die WASG spalten?«. In: junge Welt, Berlin, 27.4.2006.

¹¹⁵ Vgl. ebenda.

¹¹⁶ Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 2.5.2006. URL: www.berliner-zeitung.de/archiv/vereinigung---wasg-und-linkspartei-kommen-sich-naeher--kritiker-warnen-aber-weiter-vor-einer-fusion--und-in-der-hauptstadt-beharren-die-fundis-auf-einer-eigenen-wasg-liste-fuer-die-wahl-zum-abgeordnetenhaus--vereinigung-in-vielfalt,10810590,10383108.html (abgerufen am 6.5.2015).

handlungsbereitschaft. Es stelle ein Konstrukt dar, das nur ein »Aufgehen« der WASG in der LP.PDS zulasse.¹¹⁷

Dagegen verlangten andere Antragsteller im Ludwigshafener Pfalzbau, die Delegierten sollten das Kooperationsabkommen III inhaltlich bestätigen. Das Abkommen habe nach dem erfolgreichen Bundestagswahlkampf und der faktischen Kooperation zwischen WASG und LP.PDS in vielen Landesverbänden einen Rahmen geschaffen für die Zusammenarbeit in Wahlkämpfen und für die Debatte zwischen den beiden Parteien. Es basiere auf dem Ergebnis der Urabstimmung, bei der die überwältigende Mehrheit der WASG-Mitglieder dafür gestimmt habe, einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess einzuleiten mit dem Ziel, ein breites demokratisches Linksbündnis zu schaffen. Das Abkommen gebe ein klares Bekenntnis zur Neuformierung der politischen Linken und erleichtere die Kooperation vor Ort. Es gehe nun darum, das Abkommen über die Kooperation vor Ort und über die inhaltliche Auseinandersetzung über Kernthemen mit Leben zu füllen.¹¹⁸

So verlangte der Kreisverband Wetterau in seinem Antrag PB 05-031, den Fusionsprozess konsequent fortzuführen: »Der Bundesparteitag der WASG unterstreicht den Anspruch der WASG, die Gesellschaft solidarisch zu gestalten, und kämpft darum, soziale Ungerechtigkeit, Krieg, Raubbau an der Natur und Unterdrückung zu beenden. Die gegenwärtige politische Lage bietet uns eine einmalige Chance, diesen Anspruch mittelfristig auf breiter Basis in reale Politik umzusetzen.« Die Wahlergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der anschließenden Bundestagswahl hätten eindeutig gezeigt, dass die Umsetzung gerechter und solidarischer Politik nur dann gelingen könne, wenn die politische Linke in Deutschland gemeinsam als Bewegung an diesem Ziel arbeite. »Der von den Mitgliedern der WASG in einer Urabstimmung beschlossene und vom Bundesvorstand durchgeführte Prozeß einer Parteibildung mit der Linkspartei findet daher unsere volle Unterstützung.« Zur Fusion von WASG und Linkspartei gebe es keine akzeptable Alternative. Ein Scheitern des Fusionsprozesses würde bedeuten, die Linke in Deutschland und in Europa um Jahre zurückzuwerfen, und impliziere die Gefahr, »die WASG in die politische Bedeutungslosigkeit zu katapultieren«. Vom Scheitern würde allein der politische Gegner profi-

¹¹⁷ Vgl. WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 3: Parteibildungsprozess. In: ADS, WASG – 019.

¹¹⁸ Vgl. ebenda.

tieren. »Verlierer wären diejenigen, mit denen und für die wir für eine solidarische Gesellschaft kämpfen wollen. Dies gilt es zu verhindern!«¹¹⁹

Auch in der Frage der Wahlantritte von WASG-Landesverbänden in Konkurrenz zur LP.PDS schieden sich die Geister. Während eine starke Minderheit der Delegierten insbesondere mit Verweis auf die Regierungsbeteiligung der LP.PDS in Berlin und ihrer Beteiligung an der Umsetzung der unsozialen Hartz-IV-Reformen für eigenständige Antritte plädierte, verlangten andere, das Für und Wider von Regierungseteiligungen sorgfältig abzuwägen und den Parteibildungsprozess nicht durch getrennte Wahlantritte zu behindern.¹²⁰ So plädierte der Kreisverband Köln in seinem Antrag B 01-075 dafür, eine getrennte Kandidatur von WASG und LP.PDS in Berlin zu vermeiden, »denn sie würde das Projekt einer vereinten Linkspartei entscheidend zurückwerfen und in höchstem Maße gefährden«. Sie würde auch »dem Geiste des vorwärts weisenden Kooperationsabkommens III« zuwider laufen, in dem beide Parteien vereinbart hätten, auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten. Nach Auffassung des Kreisverbandes Köln könne die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung richtig oder falsch sei, nicht pauschal beantwortet werden, sondern müsse konkret und von Fall zu Fall entschieden werden: »Wer sich an der Regierung beteiligt, muss den Nachweis antreten, dass sich die Lebenslage gerade der sozial Schwächeren durch diese Politik nachhaltig besser entwickelt hat *und* ein größerer Beitrag zu einem grundlegenden Politikwechsel erbracht worden ist, als es ohne die Regierungsbeteiligung der Fall gewesen wäre.«¹²¹

Nicht wenigen Delegierten ging es nicht nur um inhaltliche Fragen, sondern auch um die Form der innerparteilichen Auseinandersetzungen. Sie wandten sich dagegen, inhaltliche Differenzen wie die Frage der zur LP.PDS konkurrierenden Wahlantritte durch formale Maßnahmen oder auf juristischem Wege auszuräumen. Sabine Lösing legte dar, dass sie die Solo-Kandidatur der hauptstädtischen WASG für falsch halte. Sie habe im Bundesvorstand jedoch gegen Restriktionen argumentiert, weil sich ein politisches Problem nicht mit administrativen Maßnahmen lösen lasse. Auch das Bundesvorstandsmitglied Rainer Spilker unterstrich, man brauche keine

¹¹⁹ Antrag PB 05-031. In: WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 3: Parteibildungsprozess, a.a.O.

¹²⁰ Vgl. WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 3: Parteibildungsprozess, a.a.O.

¹²¹ Antrag B 01-075. In: WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 3: Parteibildungsprozess, a.a.O.

»Basta-Partei«.¹²² Vor diesem Hintergrund scheiterte der bayerische Landesverband kläglich mit einem Antrag, der mit Blick auf die im Berliner Landesverband dominierenden Vertreter der trotzkistischen *Sozialistischen Alternative* (SAV) einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefordert hatte.¹²³

Oskar Lafontaine – obwohl nur Gast – sprach mehrfach zu den über 300 Delegierten. Zunächst brachte er die Basisvertreter mit Angriffen auf die neoliberale Politik der Bundesregierung und mit der Geißelung des »Raubtierkapitalismus« hinter sich. Dann begründete er vor den Delegierten den Initiativantrag zum Parteibildungsprozess und zu Konkurrenzkandidaturen IA 05-neu, in dem es hieß, der Bundesparteitag der WASG missbillige in Verantwortung vor dem Parteibildungsprozess den Beschluss der Berliner WASG, ohne Abstimmung mit der Bundespartei eigenständig und in Konkurrenz zur Linkspartei zur Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2006 anzutreten. Es werde keinerlei politische und finanzielle Unterstützung für einen eigenständigen Wahlantritt gewährt.¹²⁴ Lafontaine mahnte, »keine unnötigen Steine« in den Fusionsprozess mit der Linkspartei zu legen.¹²⁵ Der Fraktionschef warf sein ganzes Gewicht in die Waagschale und betonte: »Jetzt, wo die Linke nach langer Zeit mit dem Rücken zur Wand endlich wieder handlungsfähig wird, darf kein Landesverband die gemeinsame Linie verlassen.«¹²⁶ Er warnte, wenn dem Bundesvorstand keine Sanktionsmöglichkeiten in die Hand gegeben würden, »dann sind wir keine Partei, sondern nur ein lockerer Verbund von Landesverbänden«.¹²⁷ Und: »Wir dürfen die, die erwartungsvoll auf Deutschland schauen, nicht enttäuschen«, sagte er schließlich. »Das ist mein Appell.«¹²⁸

¹²² Vgl. Neues Deutschland, 2.5.2006.

¹²³ Vgl. Jörg Schindler: WASG-Parteitag: Möhrchen für die Linke. In: Frankfurter Rundschau online, 2.5.2006. URL: www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/hintergrund/?em_cnt=872801 (abgerufen am 2.5.2006).

¹²⁴ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Initiativantrag zum Parteibildungsprozess und zu Konkurrenzkandidaturen. Beschlossen am 29.4.2006 in Ludwigshafen. Antrag IA 05-neu. Pressemitteilung, Sonntag, 30. April 2006. In: ADS, WASG – 021 e.

¹²⁵ Vgl. SPIEGEL ONLINE, 29.4.2006. URL: www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-der-wahlalternative-wasg-uebt-die-selbstzerfleischung-a-413880.html (abgerufen am 6.5.2015).

¹²⁶ Zit. in: Neues Deutschland, 2.5.2006.

¹²⁷ Zit. in: Berliner Zeitung, 2.5.2006, a.a.O.

¹²⁸ Zit. in: Neues Deutschland, 2.5.2006.

Klaus Ernst räumte ein, die WASG sei in einer »schwierigen Lage«. Ihr derzeitiges Erscheinungsbild sei »nicht besonders publikumswirksam«. Das Geschäftsführende Bundesvorstandsmitglied appellierte an die Delegierten, gegen den Zustand der Zerrissenheit zu kämpfen.¹²⁹ Mit dem Blick auf die Berliner Abweichler rief er in der turbulenten Aussprache: »Wenn eine Partei sagt, sie ist eine Vegetarierpartei«, dann könnten einzelne Landesverbände sie nicht einfach »zur Schlachtschüssel einladen«.¹³⁰

Die Drohungen, Warnungen und Appelle wirkten. Der WASG-Parteitag nahm den Leitantrag »Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! – Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken« mit 186 Ja-Stimmen gegen 107 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen an.¹³¹ Viel wichtiger noch: Mit 163 zu 121 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) wurde der folgende Punkt 1 des Initiativantrags zum Parteibildungsprozess und zu Konkurrenz-kandidaturen verabschiedet:¹³² Der Bundesparteitag »erwartet von der Berliner Landesorganisation, die Wahlanzeige und die eingereichten Listen sofort zurückzuziehen«.¹³³ Mit 150 zu 110 Stimmen (bei 7 Enthaltungen)¹³⁴ wurde der Bundesvorstand für den Fall, dass die Wahlanzeige nicht zurückgezogen würde, von den Basisvertretern ermächtigt, »alle Maßnahme zu prüfen und ggf. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen«. Lediglich »Parteiausschlüsse und die Auflösung von Landesverbänden sollen vermieden werden«.¹³⁵ Schließlich wurden auch Versuche, das Kooperationsabkommen III zwischen WASG und *Linkspartei.PDS* durch den Parteitag missbilligen zu lassen, von den Delegierten mehrheitlich abgelehnt.¹³⁶

¹²⁹ Vgl. Berliner Zeitung, 2.5.2006, a.a.O.

¹³⁰ Zit. in: Jörg Schindler: WASG-Parteitag: Möhrchen für die Linke, a.a.O.

¹³¹ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006). In: ADS, WASG – 019.

¹³² Vgl. ebenda.

¹³³ WASG – Die Wahlalternative: Initiativantrag zum Parteibildungsprozeß und zu Konkurrenz-kandidaturen. Beschlossen am 29.4.2006 in Ludwigshafen. Antrag IA 05-neu, a.a.O.

¹³⁴ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006), a.a.O.

¹³⁵ WASG – Die Wahlalternative: Initiativantrag zum Parteibildungsprozeß und zu Konkurrenz-kandidaturen. Beschlossen am 29.4.2006 in Ludwigshafen. Antrag IA 05-neu, a.a.O.

¹³⁶ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006), a.a.O.

Doch die Art und Weise, wie die Fusionsstrategen Klaus Ernst und Oskar Lafontaine ihre Linie auf dem Parteitag durchdrückten, empörte nicht wenige WASG-Mitglieder. Sabine Lösing beschuldigte indirekt Parteichef Klaus Ernst und Linksfraktionschef Oskar Lafontaine, das Klima in der Partei vergiftet zu haben.¹³⁷ Joachim Bischoff, Mitglied des Bundesvorstandes, warf beiden Politikern »Stillosigkeit« vor und warnte: »Das darf nicht [die] politische Kultur unserer Partei werden.«¹³⁸ Auch Vorstand Björn Radke verlangte, es müssten neue politische Umgangsformen für die Linke entstehen. Aus Protest traten Lösing, Bischoff, Radke und Murat Çakır aus dem Bundesvorstand zurück.¹³⁹

Anstelle von Sabine Lösing wurde in Ludwigshafen Felicitas Weck in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Im Zuge der Nachwahlen zum Erweiterten Bundesvorstand zogen Jürgen Klute, Ralf Krämer, Roland Hamm, Franz Uphoff, Christel Rajda und Karl Stephan Schulte in dieses Gremium ein.¹⁴⁰ Sascha Stanicic, Bundessprecher der trotzkistischen SAV, fehlten bei diesen Wahlen lediglich neun Stimmen für den Einzug in den Bundesvorstand¹⁴¹ – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Gegner des angeblich »autoritären« Lafontaine-Kurses »nicht nur ein paar Spinner aus Berlin und der mecklenburgischen Provinz«¹⁴² waren. Auch die nahezu 40% Gegenstimmen und Enthaltungen zum Leitantrag konnte die WASG-Führung nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern waren als Bürde in den folgenden Wochen und Monaten abzuarbeiten.

Der Ludwigshafener Parteitag befasste sich nicht nur mit dem Fusionsprozess mit der LP.PDS, sondern auch mit aktuellen politischen Fragen. Er verabschiedete eine Resolution für eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn, mit der die WASG gemeinsam mit der LP.PDS für einen Lohn kämpfen wollte, der Arbeit ohne Armut ermöglichen sollte. Als Einstieg forderte sie mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. In dieser Kam-

¹³⁷ Vgl. Parteitagsvotum: WASG-Landesverbände bleiben stur. In: Frankfurter Rundschau online, 2.5.2006. URL: www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/nachrichten/aktuelle_meldungen/?em_cnt=872866 (abgerufen am 2.5.2006).

¹³⁸ Zit. in: taz – die tageszeitung, 2.5.2006.

¹³⁹ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006), a.a.O.; taz – die tageszeitung, 2.5.2006.

¹⁴⁰ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006), a.a.O.

¹⁴¹ Vgl. ebenda.

¹⁴² Astrid Geisler: Triumph im Narrenhaus. In: taz – die tageszeitung, 2.5.2006.

pagne wollte sie eng mit den Akteuren der gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagne und weiteren Partnern zusammenarbeiten.¹⁴³ »Jetzt müssen wir zusammen die Hartz-IV-Regierung unter Druck setzen und einen sozial gerechten Mindestlohn erkämpfen«,¹⁴⁴ betonte Bundesvorstandsmitglied Thomas Händel.

Insgesamt zog Thomas Händel ein positives Fazit des Ludwigshafener Parteitages der WASG. Mit diesem Parteitag gebe es die erforderliche Klarheit im Parteibildungsprozess und einen komplett besetzten und voll handlungsfähigen Bundesvorstand. »Wir haben in einer für alle sehr schwierigen Situation bewiesen, dass die WASG debattieren, aber auch Entscheidungen treffen kann, wenn es erforderlich ist. Die Beschlüsse für die neue Linke und gegen die Konkurrenz kandidaturen waren sicher für einige schmerzhaft, aber für die gesamte Partei eminent wichtig.«¹⁴⁵

Am 2. Juni 2006 stellten die Geschäftsführenden Bundesvorstände der WASG, Klaus Ernst und Felicitas Weck, der Vorsitzende der LP.PDS Lothar Bisky und seine Stellvertreterin Katja Kipping sowie die beiden Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi in Berlin einen »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken« vor.¹⁴⁶ Der Aufruf, der auch als »Gründungsmanifest« bezeichnet wurde,¹⁴⁷ konstatierte, dass gegen die Übermacht des Kapitals demokratischer Fortschritt und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine große Mehrheit nur in einem breiten Reformbündnis zu erreichen seien. In der ganzen Welt formiere sich Widerstand gegen den entfesselten, neoliberalen Kapitalismus. »Auch in Deutschland«, hieß es im Text, »sind alle, die ein friedlicheres, gerechteres, ökologischeres und sozialeres Zusammenleben der Menschen wollen, aufgerufen, bei der Gründung der neuen linken Partei mitzuarbeiten.«¹⁴⁸

¹⁴³ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Resolution der Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG (29./30.4.2006). In: ADS, WASG – 019.

¹⁴⁴ Zit. in: neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 2/Juli, a.a.O.

¹⁴⁵ »Heißer Herbst nach eiskaltem Frühjahr«, Interview mit Thomas Händel, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der WASG. In: Ebenda.

¹⁴⁶ Vgl. Neues Deutschland, 3./4.6.2006.

¹⁴⁷ Vgl. junge Welt, 28.6.2006.

¹⁴⁸ Aufruf zur Gründung einer neuen Linken. Vorgestellt von den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG Klaus Ernst und Felicitas Weck, sowie Lothar

Thomas Händel bewertete den Aufruf als »einen wichtigen Beitrag zur Programmdebatte der beiden Parteien«. Herausragend sei der profilierte Autorenkreis, der mit diesem Papier in hohem Maße dazu beitrage, die inhaltliche Debatte verstärkt wieder aufzunehmen. Händel unterstrich: »Wir wünschen uns mehr Debatte über die Inhalte der künftigen gemeinsamen Partei statt klein kariertes Gezänk im Stile der Vergangenheit. Schließlich wollen die Mitglieder am Ende des Prozesses überzeugende Alternativen zur neoliberalen Politik formuliert haben und eine starke und geeinte Linke sehen, die Politik dagegen entwickeln kann.«¹⁴⁹

Doch der Ablauf und die Art und Weise des Prozesses der Herstellung einer neuen linken Partei rief auch immer wieder Kritiker auf den Plan. Aktive des *Netzwerkes Linke Opposition* (NLO) in Nordrhein-Westfalen, die sich am 3. September 2006 in Düsseldorf getroffen hatten, betonten zwar einerseits, dass sie den von der WASG beschlossenen ergebnisoffenen Prozess zur Bildung einer vereinigten linken Partei für politisch sinnvoll hielten, kritisierten aber, dass der Parteibildungsprozess nicht dazu geführt habe, dass die LP.PDS ihre Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern verändert oder kritisch reflektiert hätte. Angesichts der ihrer Meinung nach mangelnden Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Parteibasis befürchteten sie, dass die politischen Ziele des Parteibildungsprozesses verfehlt werden. Sie betonten: »Die neue Partei entsteht durch eine Neugründung, nicht durch eine Fusion, in der die Mitgliederbestände automatisch übernommen werden, und schon gar nicht, indem die WASG-Mitglieder der Linkspartei.PDS beitreten. Jedes Mitglied soll sich durch Beitritt für die neue Partei entscheiden, alle Ämter sind neu zu wählen.«¹⁵⁰

Jedoch zeigten die Zeichen mit dem Gutachten von Prof. Dr. Martin Morlok bereits in eine andere Richtung: »Verschmelzung durch Aufnahme« durch die größere der beiden Parteien.¹⁵¹ Der Länderrat der WASG, der

Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, am 2. Juni 2006 in Berlin. In: ADS, WASG – 131 e.

¹⁴⁹ Zit. in: Aufruf zur Gründung einer neuen Linken vorgestellt (2.6.2006). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

¹⁵⁰ Netzwerk Linke Opposition: Für eine glaubwürdige neue linke Partei! Abschlusserklärung des Treffens von Aktiven des Netzwerkes Linke Opposition in NRW am 3. September 2006 in Düsseldorf. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-10.

¹⁵¹ Vgl. Martin Morlok: Gutachten zu Fragen einer Fusion zwischen WASG und Linkspartei, Düsseldorf, August 2006, S. 67. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-13. – In einem Anfang November 2006 veröffentlichten Interview begründete Mor-

am 9. September 2006 in Kassel tagte, nahm nach monatelangen Vorbereitungen einen konkreten Zeitplan für den Vereinigungsprozess von WASG und LP.PDS bis Mitte 2007 zustimmend zur Kenntnis.¹⁵²

Im Vorfeld des für Ende September 2006 geplanten Programm-Konvents von WASG und LP.PDS konnte Axel Troost als Mitglied der gemeinsamen Programmkommission beider Parteien in einem Debatten-Beitrag zunächst feststellen, dass diese Kommission sich in den meisten Punkten auf gemeinsame Standpunkte zu einigen vermochte. Auch in den strittigen Punkten seien die Diskussionslinien nicht nach dem Muster: hier WASG – dort *Linkspartei.PDS*, sondern quer zu den Parteien verlaufen. Die offenen programmatischen Fragen seien bereits in den »Eckpunkten« gesondert dargestellt worden, eine Vorgehensweise, die in Diskussionsveranstaltungen beider Parteien vielfach sehr positiv aufgenommen worden sei, hätte sie doch den offenen Charakter der Diskussion betont.¹⁵³

Troost umriss dann die strittigen Programm-Fragen und legte dar, wie aus seiner Sicht damit umzugehen sei. Der *erste Block* betreffe vor allem Fragen der Kommunal- und Landespolitik, konkret die Verschuldung von Kommunen und Bundesländern. Strittig sei, welche Stellung die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsräume in linker Politik haben sollte. Eng verbunden hiermit sei die Frage der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher/kommu-

lok noch einmal sein juristisches Plädoyer für einen Beitritt der WASG zur LP.PDS. Die Alternative dazu bestünde gedanklich darin, dass sich beide Parteien auflösen und eine gemeinsame neue Partei aufmachen würden. Eine solche Vorgehensweise berge aber das Risiko, dass die bisherigen Errungenschaften (insbesondere diejenigen der bereits länger existierenden LP.PDS) dann verloren wären. Morlok verwies darauf, dass die Parteien vom Staat Geld für die bisher bei den letzten Bundestags-, Landtags- und Europa-Wahlen erworbenen Wählerstimmen erhalten würden. »Wenn nun die völlige Neugründung einer Partei vorliegt, bekommt diese zunächst kein staatliches Geld, weil dann das sogenannte Wählerstimmenkonto bei Null beginnt. Es empfiehlt sich, so vorzugehen, dass auf alle Fälle die Errungenschaften erhalten bleiben. Auch der Aufbau einer neuen Parteistiftung würde Verluste bedeuten und viele Jahre dauern.« (Die WASG muss die Kröte schlucken [Interview mit Martin Morlok]. In: Freitag, 3.11.2006.)

¹⁵² Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2006, Nr. 3, a.a.O.

¹⁵³ Vgl. Axel Troost: Zum Umgang mit strittigen Programm- und Satzungsfragen (22.8.2006). URL: http://wasg.die-linke.de/uploads/media/20060822_troost.pdf (abgerufen am 11.10.2015).

naler Unternehmen. Ein *zweiter Block* betreffe die Frage des gesellschaftlichen Ziels und Schritte zu seiner Realisierung. Konkret gehe es um die Frage der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, um aktuelle Forderungen in diese Richtung und um das gesellschaftspolitische Ziel des »demokratischen Sozialismus«. Unstrittig sei, dass dieses Ziel im Gründungsprogramm genannt wird, strittig sei, in welcher Form und Konkretisierung. Der *dritte Block* betreffe vor allem die Frage, ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein könne. Hiermit verbunden sei der Streit: bedingungsloses individuelles Grundeinkommen versus bedarfsorientierte Grundsicherung.¹⁵⁴

Die Aufzählung der strittigen Punkte, so das WASG-Vorstandsmitglied, werfe nun die Frage auf, wie mit ihnen umzugehen sei, zumal in den nächsten Wochen nicht mehr »Programmatische Eckpunkte« diskutiert würden, sondern das Gründungsprogramm einer neuen Partei. Aber es sei eben ein Gründungsprogramm. Das Parteiprogramm solle erst von der neuen Partei nach einer längeren Diskussion an der Basis entwickelt werden. Deshalb müssten im Gründungsprogramm Formulierungen gefunden werden, mit denen alle leben könnten. Diese konsensuale Herangehensweise bedeute nicht Beliebigkeit, sondern das Bestreben, dass das Gründungsprogramm von möglichst vielen Mitgliedern der neuen linken Partei getragen werden könne.¹⁵⁵

Bei allem Verständnis für die Finanznöte ostdeutscher Kommunalpolitiker müsse das Gründungsprogramm deutlich machen, dass die neue Partei klar auf der Seite der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehe. »Es sollte deutlich machen, dass Privatisierung nicht die Auslieferung öffentlichen Eigentums an Hedge-Fonds bedeuten kann; die Rolle von Genossenschaften sollte genauer definiert werden.«¹⁵⁶ Nach Auffassung von Axel Troost sollte die Forderung eines »demokratischen Sozialismus« Bestandteil eines Gründungsprogramms sein: »Die Konkretisierung dieser Forderung sollte ebenso wie Diskussionen über Verstaatlichung/Vergesellschaftung etc. Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses nach der Parteigründung sein. Allerdings sollte auch deutlich gemacht werden, dass Menschen, die einen demokratischen Sozialismus nicht als ihr Ziel definie-

¹⁵⁴ Vgl. ebenda.

¹⁵⁵ Vgl. ebenda.

¹⁵⁶ Ebenda.

ren, einen gleichberechtigten Platz in der neuen linken Partei haben.«¹⁵⁷ Die Diskussion über bedarfsorientierte Grundsicherung versus bedingungsloses Grundeinkommen benötige ebenso weitere Zeit. Sie sollte in einem Gründungsprogramm nicht entschieden werden.¹⁵⁸

Eine Orientierung auf den Konsens, mit dem sowohl große Gruppen von Mitgliedern der WASG als auch der *Linkspartei.PDS* leben könnten, würde auch bedeuten, dass auf den WASG-Parteitag im November 2006 und März 2007 keine »Klärung« der strittigen Punkte erreicht werden könne. Die Diskussionen müssten weitergeführt werden. »Konsensuale Herangehensweise bedeutet aber natürlich auch«, betonte Axel Troost, »dass das Gründungsprogramm nicht gegen substantielle Vorstellungen der WASG verstoßen darf.«¹⁵⁹

Am 30. September 2006, einem spätsommerlichen Samstag, befasste sich dann der Programm-Konvent in Hannover mit dem Selbstverständnis der neuen Linkspartei, aber auch mit den Problemen der Fusion. »Wir müssen aufpassen, dass wir die ostdeutsche Seele nicht vergrätzen, und die westdeutsche gewinnen«, sagte Klaus Ernst. »Wenn die Partei im Westen wahrgenommen wird als Westausdehnung der PDS, dann ist das Projekt tot.«¹⁶⁰ Ebenso wenig dürfe bei ostdeutschen Linken der Eindruck einer Übernahme durch den Westen entstehen. Im Ricklinger Freizeitheim, einem Betonklotz mit dem Charme der 1970er Jahre, warnte Axel Troost vor dem Wunsch, das Ziel der gemeinsamen Reise zu stark festzulegen. Innerhalb von WASG und LP.PDS werde schon jetzt nicht mehr entlang der Parteilinie diskutiert, sondern offen.¹⁶¹

Troost unterstrich, dass sich das Gründungsprogramm der neuen Partei »an die interessierte politische Öffentlichkeit unseres Landes in seiner ganzen Breite« richte. Deshalb müssten seine Aussagen »einerseits ausreichend genau und andererseits ausreichend verständlich sein«. ¹⁶² Das Mitglied des Bundesvorstandes der WASG betonte, die neue Linkspartei solle eine »linke Sammlungspartei« werden, in der der Kommunist ebenso wie

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ Vgl. ebenda.

¹⁵⁹ Ebenda.

¹⁶⁰ Zit. in: Märkische Oderzeitung, Frankfurt/Oder, 2.10.2006.

¹⁶¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2006; Neues Deutschland, 2.10.2006.

¹⁶² Vgl. [Axel Troost: Redemanuskript zum Programm-Konvent am 30. September 2006 in Hannover], S. 3. In: WASG-Archiv Fürth.

der Vertreter der katholischen Soziallehre seinen Platz finden müsse.¹⁶³ Troost verdeutlichte, dass dies auch Probleme berge: Die Bürgermeisterin aus Mecklenburg-Vorpommern treffe auf den kampferprobten Betriebsratsvorsitzenden aus Hessen, »unterschiedliche ideologische Wurzeln und kulturelle Milieus treffen zusammen. Dies führt auch zu inhaltlichem Dissens.« So sei – wie Troost bereits in dem oben skizzierten Debatten-Beitrag dargestellt hatte – einer der umstrittenen Punkte die Benennung eines gesellschaftlichen Ziels in Gestalt des demokratischen Sozialismus. Ein gewisser Charme der ersten Eckpunkte habe darin bestanden, dass klar und deutlich im Text »benannt wurde, wo wir uns noch nicht einig sind. Dieser Dissens ist auch in der zweiten Version nicht aufgehoben, hier allerdings mehr in den Text integriert.«¹⁶⁴

Der vorgelegte zweite Entwurf der »Programmatischen Eckpunkte« trage die Handschrift beider Parteien. Dabei konstatierte der WASG-Mitbegründer zufrieden: »Wir glauben, dass wir als WASG unsere Kompetenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einbringen konnten.«¹⁶⁵ Aber auch der zweite Entwurf der Eckpunkte sei lediglich »der momentane Diskussionsstand der Kommission«. Axel Troost machte deutlich, dass die Eckpunkte am Anfang der gemeinsamen Partei stünden und nicht etwa das Ende der Programmarbeit bilden würden: »Ein Gründungsprogramm hat einen besonderen Charakter. Es soll bewusst nicht das neue Parteiprogramm sein, denn dies muss sich die neue Partei selbst erarbeiten, soll aber schon hinreichend deutlich machen, was die neue Partei inhaltlich ausmacht. Ein Gründungsprogramm kann sich aber noch Kompromisse erlauben, weil die Diskussion um das künftige Parteiprogramm mehr Zeit zur Klärung strittiger Fragen bieten wird.«¹⁶⁶

Auch der Vorsitzende der LP.PDS, Lothar Bisky, erklärte: »Ein analytisch gearbeitetes Programm kann sich erst die neue Partei geben. Wir sind hier bei den Vorarbeiten.«¹⁶⁷ Bisky konstatierte, dass in den Eckpunkten eine »Dominanz linkskeynesianischen Denkens« nicht zu übersehen sei. Das könne nicht falsch sein, ob ein ökonomistischer Ansatz aber ausreiche, um gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen, sei zu bezweifeln. Der Parteichef bedauerte, dass die Theorie der Freiheitsgüter, die das Chem-

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 3f.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 4.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 2.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 2.

¹⁶⁷ Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2006.

nitzer Parteiprogramm der PDS prägte, keinen Eingang in die »Programatischen Eckpunkte« gefunden habe. Das sei ein »Verzicht auf ein ganzes Theoriegebäude«. ¹⁶⁸

Zu Beginn der zweiten Tageshälfte teilte sich der Hannoveraner Programm-Konvent in Arbeitsgruppen auf. In ihnen wurde über Krieg und Frieden, über Wirtschaft und Arbeitsmarkt, über Geschlechterverhältnisse, über Kapitalismus und zeitgemäßes Sozialismus-Verständnis und nicht zuletzt darüber diskutiert, was für eine Partei die neue Linkspartei sein soll. In der Diskussion traten die politischen und kulturellen Unterschiede zwischen beiden bestehenden Parteien deutlich zutage. Teilnehmer aus Kreisen der LP.PDS, mehrheitlich Mandatsträger oder Mitarbeiter, bezogen sich zumeist präzise auf die unterbreiteten Papiere und regten die eine oder andere fachliche Veränderung an. Die bekennenden WASG-Mitglieder neigten dagegen dazu, ihre politischen Erfahrungen mit allgemeineren Erwägungen zu verknüpfen. Zum Teil war die Debatte von scharfen Untertönen und von Zwischenrufen begleitet. Vertreter vor allem der Berliner WASG ließen nichts Gutes an der Regierungsbeteiligung der Linkspartei, mahnten Prinzipienfestigkeit an und forderten, die »Handschrift« der Linken müsse erkennbar bleiben. Andere warfen den Kritikern eines allmächtigen (Sozial-)Staates vor, bei Milton Friedman, dem Theoretiker des Neoliberalismus, abgeschrieben zu haben. Auch die Privatisierungspolitik, die Forderung nach Vollbeschäftigung und die Besetzung der gemeinsamen Gremien in der künftigen Partei bildeten Konflikt-Themen. ¹⁶⁹

In einem Debatten-Beitrag im Herbst 2006 stellte WASG-Vorstand Axel Troost zur Programm-Debatte fest, dass sich WASG und *Linkspartei.PDS* in den allermeisten Punkten einig seien: in der Ablehnung des Neoliberalismus, in der Bildungspolitik, in der Antikriegspolitik, sodass eine breite Basis für gemeinsames Handeln vorhanden sei. »Dass sich jetzt verstärkt und parteiübergreifend politische Strömungen zu Wort melden, antikapitalistische Linke, emanzipatorische Linke und Linke, die eine Wiederkehr fürchten, ist zu begrüßen. Ein Parteibildungsprozess, der sich an politischen Inhalten orientiert, ist einem Prozess, der in Machtzirkeln und Küchenka-

¹⁶⁸ Vgl. ebenda; Neues Deutschland, 2.10.2006.

¹⁶⁹ Vgl. junge Welt, 2.10.2006; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2006; Neues Deutschland, 2.10.2006; Ablauf Konvent Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. ProgrammKonvent. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-3.

binetten entschieden wird, entschieden vorzuziehen.«¹⁷⁰ Generell sei festzuhalten, dass eine neue Linke nur in Pluralität erfolgreich sein könne. Zu ihr müssten alle gehören, die Antikapitalistin bzw. der Antikapitalist und die Reformerin bzw. der Reformier, die/der ehemalige LPG-Vorsitzende aus dem Osten und das enttäuschte CDA-Mitglied aus dem Westen.¹⁷¹

Auf einer gemeinsamen Tagung am 22. Oktober 2006 in Erfurt¹⁷² verabschiedeten die Vorstände von WASG und *Linkspartei.PDS* einen weiteren Entwurf der »Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« und andere »Gründungsdokumente« der geplanten Linkspartei, die den Namen DIE LINKE tragen sollte.¹⁷³ Ziel des Handelns – hieß es in dem Entwurf in Anlehnung an das »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1848 – sei eine Gesellschaft, »in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird«, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweise und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwinde. Die Alternative, die sich die neue Partei auf die Fahnen schreibe, sei eine soziale, demokratische und friedliche Transformation statt des entfesselten Kapitalismus.¹⁷⁴ Bei dieser Orientierung wolle man sich »von Werten leiten« lassen, »die den Schritten zu einer gerechten Gesellschaft Zusammenhang und Orientierung geben: Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt der Gerechtigkeit, die wir anstreben. Gleichheit ohne individuelle Freiheit verschwindet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen.«¹⁷⁵

Auf den Begriff des »demokratischen Sozialismus« wurde in diesem Kontext allerdings verzichtet, da er – so Klaus Ernst – »schwierig« sei, weil

¹⁷⁰ Axel Troost: Die Bildung der neuen linken Partei – Zwischenbilanz und Ausblick. URL: <http://wasg.die-linke.de/1311.html> (abgerufen am 29.9.2015).

¹⁷¹ Vgl. ebenda.

¹⁷² Für jede der beiden Parteien standen für diese geschlossene Sitzung 24 Plätze am Tagungstisch für den Vorstand und weitere vom Vorstand eingeladene Personen und acht Plätze für Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter zur Verfügung. Vgl. Gemeinsame PV-Sitzung von Linkspartei.PDS und WASG am Sonntag, dem 22. Oktober 2006, in Erfurt. In: ADS, WASG – 062.

¹⁷³ Vgl. Neues Deutschland, 23.10.2006.

¹⁷⁴ Vgl. Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt verabschiedeter Entwurf. In: Neues Deutschland, 28./29.10.2006, Beilage, S. 3/4.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 3.

sich viele WASG-Mitglieder nicht als Sozialisten fühlten.¹⁷⁶ Es hieß lediglich, Freiheit, Gleichheit, Solidarität seien mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden. »Viele von uns bezeichnen diesen Zusammenhang von Ziel, Weg und Wertesystem als demokratischen Sozialismus.«¹⁷⁷

Die vorgelegten Eckpunkte seien ein Programm des Richtungswechsels der Politik und der Erneuerung der Demokratie. Zu den in fünf Punkten zusammengefassten Zielen dieses Programms gehörten eine Demokratisierung der Gesellschaft (einschließlich des Kampfes gegen patriarchale Unterdrückung, gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus) und eine soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft, die jeder und jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an deren sozialer Gestaltung geben solle. Weitere Ziele waren eine Wirtschaftsdemokratie, die alle Formen des Eigentums sozialen Kriterien unterwerfen sollte, eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen, solidarischer Sicherungssysteme und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens in Sicherheit und eine internationale Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung sowie eine veränderte Europäische Union.¹⁷⁸

Am Ende des Entwurfs der »Programmatischen Eckpunkte« wurden elf Punkte als offene Fragen deklariert, bei denen bis dahin kein Kompromiss zwischen WASG und LP.PDS zustande gekommen war. Dazu gehörten das Verhältnis von Zivilgesellschaft, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen, die Frage bedarfsorientierte soziale Grundsicherung oder bedingungsloses individuelles Grundeinkommen, das Verhältnis von sozialen und individuellen Bürgerrechten und nicht zuletzt die Frage internationaler Militäreinsätze.¹⁷⁹ Diese Frage lautete: »Können internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr

¹⁷⁶ Vgl. Neues Deutschland, 24.10.2006.

¹⁷⁷ Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt verabschiedeter Entwurf, a.a.O., S. 3.

¹⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 4.

¹⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 8.

zu einer friedlichen Entwicklung beitragen? Wäre diese Frage zu bejahen: Unter welchen Bedingungen? Wie verhalten wir uns dann dazu?»¹⁸⁰

Es dauerte nur wenige Tage, dann lagen die ersten ablehnenden Stellungnahmen zu den »Gründungsdokumenten« vor. Die Kritiker schossen sich vor allem auf den Entwurf der »Programmatischen Eckpunkte« ein. Sie seien ein Rückschritt hinter das »Gründungsmanifest«, meinte die *Antikapitalistische Linke*. In einem Positionspapier, zu deren Autoren das frühere Bundesvorstandsmitglied der WASG, Sabine Lösing, gehörte, wurden die »unscharfe Kapitalismuskritik« und die »Abkehr vom Ziel des Sozialismus« kritisiert. Zudem sei die »Antikriegsposition aufgeweicht« worden.¹⁸¹ Das *Netzwerk Linke Opposition* aus Kritikern der WASG-Vorstandsmehrheit erblickte in den »Programmatischen Eckpunkten« gar den »vorläufigen Tiefpunkt auf dem Weg zu einer neuen Partei«.¹⁸² Ralf Krämer von der *Sozialistischen Linken* hielt das Dokument zwar für eine »brauchbare Grundlage«, kritisierte aber gleichwohl, dass viele Punkte »unbefriedigend, einige auch ärgerlich« seien. So würde beispielsweise die Position der Linken seiner Auffassung nach »zu sehr mit abstrakten Wertorientierungen« und »zu wenig klassenpolitisch« begründet.¹⁸³

Die Unzufriedenheit mit dem Entwurf der »Programmatischen Eckpunkte« bei einem Teil der WASG-Mitglieder schlug sich auch in entsprechenden Anträgen an den bevorstehenden Bundesparteitag in Geseke nieder. In diesen Anträgen wurde verlangt, die »Eckpunkte« zu überarbeiten, da sie in der vorliegenden Fassung nicht geeignet seien, als Grundlage einer starken linken Partei zu dienen. Änderungen seien insbesondere angesichts des bisher fehlenden gesellschaftspolitischen Ziels einer sozialistischen Gesellschaft, der »Uneindeutigkeit« bei friedenspolitischen Grundsätzen, dem zögerlichen Umgang bei der Eigentumsfrage und dem Verzicht auf Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligungen erforderlich. UN-mandatierte Kampfeinsätze unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta seien

¹⁸⁰ Ebenda.

¹⁸¹ Vgl. Sahra Wagenknecht/Nele Hirsch/Ulla Jelpke/Sabine Lösing: Kehrtwende nach rechts. In: *junge Welt*, 28.10.2006.

¹⁸² Vgl. *Neues Deutschland*, 17.11.2006. – Vgl. auch Günter Rexilius: Diesem Programmentwurf fehlt eine radikale Perspektive. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-3. – In seinem Text zitierte Günter Rexilius Edith Bartelmus-Scholich, die in einem Artikel schrieb, im Eckpunktepapier habe sich »das neoliberale Machtkartell der Reformlinken aus der Linkspartei.PDS« durchgesetzt.

¹⁸³ Vgl. Ralf Krämer: Programmatische Eckpunkte III – brauchbare Grundlage für die Parteibildung der Linken. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-3.

klar und deutlich abzulehnen. Schlüsselbereiche der Wirtschaft müssten in öffentliche Eigentumsformen überführt werden. An Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligungen sei festzulegen, dass Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht privatisiert werden dürfen, dass der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden generell gestoppt werden und ebenso die Kürzung sozialer Leistungen verhindert werden muss, dass für die Verteidigung von Freiheits-, Arbeits- und sozialen Rechten, für eine stärkere Belastung großer Einkommen und Unternehmen (Einführung einer Vermögensteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes) und für die Förderung von Konfliktprävention und für Konversionsprogramme eingetreten werden muss.¹⁸⁴

Mitte November 2006 konstatierte die WASG, dass nach den Erfolgen der Partei in der Anfangszeit »die letzten Monate oft von einer starken Innenwendung und schwierigen Diskussionen über die Entwicklung der Partei und die Formierung der neuen Linken geprägt« waren. Die Schwierigkeiten der Aushandlungsprozesse im Parteibildungsprozess, die beiden Seiten dabei abgeforderten Zumutungen und Kompromisse seien oft schwer zu verarbeiten und hätten viele potenzielle Mitglieder veranlasst, zu warten, bis die neue Linkspartei Realität sei.¹⁸⁵

Insgesamt war 2006 der Zustrom an neuen Mitgliedern im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer geworden. Der erhoffte Mitgliederstrom aus den Gewerkschaften und dem linken Flügel der SPD war ausgeblieben, und bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Ende März 2006 ließen sich die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 nicht halten – von einem Einzug in die beiden Landesparlamente ganz zu schweigen. Die (damaligen) Bundesvorstandsmitglieder Joachim Bischoff und Björn Radke analysierten bereits Ende April 2006 kurz vor dem Ludwigshafener Parteitag: »Seit längerem ist die Erweiterung der Mitgliederbasis der WASG und der Ausbau unseres politischen Einzugsfeldes faktisch gestoppt. Dies hat auch mit unseren eigenen programmatisch-organisatorischen Schwächen zu tun. Wir haben keineswegs mit den weiteren Schritten der ›großen Koalition‹ mithalten können. Unsere Gegenpositionen zum Umbau des Rentensystems, dem Systemwechsel in der gesetzlichen Krankenversicherung

¹⁸⁴ Vgl. Änderungsanträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes zum Parteitag der WASG am 18./19. November 2006. In: ADS, WASG – 023 e.

¹⁸⁵ Vgl. WASG-Parteitag, 18./19. November 2006. Antragsblock 3: Parteibildung: Beschluss [vorläufige Fassung vom 19.11.2006]. Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus. In: ADS, WASG – 024 e.

oder beim ALG II sind noch zu unscharf. Außerdem überschreiten sie selten die Ebene des Parlaments oder der innerparteilichen Debatte.«¹⁸⁶

Die Diskussionen auf dem WASG-Parteitag in Geseke im November 2006

»Es kracht zwischen den beiden Parteien, die eigentlich bald eine sein wollen: Linkspartei und WASG belauern sich gegenseitig«, vermeldete das *Zweite Deutsche Fernsehen* (ZDF) kurz vor dem Parteitag der WASG in Geseke bei Paderborn am 18. und 19. November 2006. »Die WASG befürchtet, von der Linkspartei geschluckt zu werden. Dagegen hat die Linkspartei Bedenken, dass die WASG aufgrund von Quotenregelungen überrepräsentiert sein wird.«¹⁸⁷ Aus Finanznot musste die WASG auf das abgelegene Tagungszentrum »Dicke Birken« ausweichen, und bezahlen mussten die Delegierten das meiste auch noch aus ihrer eigenen Tasche.¹⁸⁸ Keine besonders guten Voraussetzungen für einen Parteitag, der dicke Bretter zu bohren hatte: Debatte zum schwierigen Parteibildungsprozess, Umfirmierung der WASG in einen rechtsfähigen Verein, Neuwahlen zum Bundesvorstand, zur Schiedskommission und zur Revisionskommission, Abarbeiten zurückgestellter Anträge des vorangegangenen Parteitages.¹⁸⁹

In der Debatte über den Parteineubildungsprozess standen die Gründungsdokumente im Mittelpunkt. Zu Beginn präsentierte Klaus Ernst als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes den aktuellen Stand dieses Prozesses: Mit der LP.PDS strebe man für 2007 eine »politische Neubildung« an.¹⁹⁰ Ernst sparte dennoch nicht an klaren Worten in Richtung der Berliner Linkspartei: »Wenn man als rot-roter Senat als ersten Akt den

¹⁸⁶ Joachim Bischoff und Björn Radke: Kapitulation vor den Gegnern des Parteibildungsprozesses? (26.4.2006). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

¹⁸⁷ Die Linke sieht rot: Linkspartei und WASG haben Fusionsprobleme. In: ZDF.de, 16.11.2006. URL: www.zdf.de/ZDFde/inhalt/7/0,1872,4071431,00.html (abgerufen am 17.11.2006).

¹⁸⁸ Vgl. Tom Strohschneider: Vor dem Bundesparteitag der Wahlalternative: Leere Kasse, volles Programm. In: Neues Deutschland, 17.11.2006.

¹⁸⁹ Vgl. Tagesordnung [des WASG-Parteitages 2006 in Geseke]. In: ADS, WASG – 025.

¹⁹⁰ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: WASG-Bundesparteitag eröffnet. Erste Reden von Klaus Ernst, Thomas Händel, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Pressemitteilung, Sonnabend, 18. November 2006. In: ADS, WASG – 024 e.

Ladenschluss öffnet, schlimmer als in jedem Bundesland, dann hat man nicht alle Tassen im Schrank«,¹⁹¹ so der IG-Metall-Bevollmächtigte. Gleichwohl baute er emotional Druck für die geplante Fusion mit der LP.PDS auf: »Wenn wir jetzt das Projekt vergeigen, haben alle, die hier sitzen, versagt; dann ist Friedhofsruhe in Deutschland.«¹⁹²

Der Geschäftsführende Vorstand Thomas Händel referierte den Geschäftsbericht der WASG.¹⁹³ Im Angesicht der schwierigen Finanzsituation der WASG zitierte er Karl Marx: »Das Ökonomische ist letztendlich bestimmendes Element. Das gilt auch für Parteien.«¹⁹⁴

Oskar Lafontaine plädierte für die Fusion der WASG mit der *Linkspartei. PDS* und betonte: »Wir brauchen eine Linke, die die Rechte blockt. Das ist die historische Aufgabe der Linken.«¹⁹⁵ In diesem Kontext bezeichnete er die neue Linke als eine »demokratische Erneuerungsbewegung«. Zur Debatte um den Entwurf des rot-roten Koalitionsvertrages in Berlin erklärte der Co-Chef der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, es handele sich um eine »Fehlentwicklung«, die die Glaubwürdigkeit der Linken gefährde.¹⁹⁶ »Die Frage der Privatisierung der Sparkasse Berlin ist der Lackmustest für den Koalitionsvertrag.«¹⁹⁷ Die Linke müsse ihre Glaubwürdigkeit zurück erkämpfen, wozu auch die innerparteiliche Demokratie gehöre: »Die Mitgliederbefragung in Parteien ist die organische Fortsetzung von Volksbefragungen und politischem Streik.«¹⁹⁸ Mit dem Blick auf die Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen warb Lafontaine dafür, alle Kräfte auf Bremen zu konzentrieren, um nicht nur im Osten, sondern auch im Westen in einem Landtag vertreten zu sein. Wie auch der nach ihm redende Gregor Gysi forderte Lafontaine: »Hartz IV muss weg!«¹⁹⁹

¹⁹¹ Zit. in: Ebenda.

¹⁹² Zit. in: Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), a.a.O., S. 248.

¹⁹³ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: WASG-Bundesparteitag eröffnet, a.a.O.

¹⁹⁴ Zit. in: Ebenda.

¹⁹⁵ Zit. in: Frankfurter Rundschau. FR-online.de, 19.11.2006. URL: www.fr-aktuell/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1012664 (abgerufen am 20.11.2006).

¹⁹⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2006.

¹⁹⁷ Zit. in: WASG – Die Wahlalternative: WASG-Bundesparteitag eröffnet, a.a.O.

¹⁹⁸ Zit. in: Ebenda.

¹⁹⁹ Vgl. ebenda.

Thema Gysi war die Entstehung einer gesamtdeutschen Linken. Der Gastredner unterstützte den Fusionswillen, denn man dürfe von einer sozial gerechten Politik nicht nur träumen.²⁰⁰ Die SPD Gerhard Schröders habe »die paritätische Finanzierung des Sozialstaates abgeschafft, die Bismarck noch eingeführt hatte, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen«.²⁰¹ Links sein heiße im Kern – so Gysi – »die soziale Frage zu stellen«. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der deutschen Einheit 1990, die nie eine Vereinigung gewesen sei, plädierte der Co-Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag nachdrücklich für eine echte Vereinigung zwischen WASG und LP.PDS.²⁰²

In der Debatte blieben jene Delegierten in der Minderheit, denen die bisherigen Verhandlungsergebnisse der WASG-Führung um Klaus Ernst mit der LP.PDS nicht weit genug gingen und die durch Nachverhandlungen eine Schärfung des linken Profils forderten. Sie verlangten unter anderem, dass sich die neue Partei nicht an Regierungen beteiligen dürfe, die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisieren oder weitere Stellen im Öffentlichen Dienst abbauen würde. Diese Delegierten hatten erhebliche Probleme damit, dass die geplante neue vereinigte Linke nicht durch eine tatsächliche – auch juristische – Neugründung »auf Augenhöhe« realisiert werden sollte, sondern durch einen kollektiven Beitritt der WASG zur LP.PDS. Doch die Mehrheit der Delegierten sah in den Forderungen nach Nachverhandlungen lediglich den Versuch, das Projekt DIE LINKE doch noch durch die Hintertür zu verhindern. So war die Niederlage der auf fundamentalistischen Positionen stehenden Kräfte wie der um die Berliner Trotzkinistin Lucy Redler vorherbestimmt.²⁰³

Der Parteitag in Geseke wandelte die WASG in einen »eingetragenen Verein« um, um die juristischen Anforderungen an den Parteineubildungsprozess zu erfüllen,²⁰⁴ und nahm den Leitantrag »Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus« an. In ihm bekräftigten die Delegierten das Ziel, »gemeinsam mit der Linkspartei.PDS und unter Einbeziehung weiterer Kräfte der Linken, aus Gewerkschaften, sozialen Be-

²⁰⁰ Vgl. Frankfurter Rundschau. FR-online.de, 19.11.2006, a.a.O.

²⁰¹ Zit. in: WASG – Die Wahlalternative: WASG-Bundesparteitag eröffnet, a.a.O.

²⁰² Vgl. ebenda.

²⁰³ Vgl. taz – die tageszeitung, 20.11.2006; junge Welt, 22.11.2006.

²⁰⁴ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Wir sind Verein. WASG erhält Zusatz e.V. Pressemitteilung, Sonnabend, 18. November 2006. In: ADS, WASG – 024 e.

wegungen und der Wissenschaft, eine neue geeinte Partei der Linken in Deutschland zu schaffen«. Gemeinsam wolle man dem Klassenkampf von oben entschieden entgegentreten. Dies erfordere klare inhaltliche Positionen in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und den Angriffen des Kapitals. Die neoliberale Politik treffe nicht nur die auf Sozialleistungen angewiesenen Menschen, sondern auch die Beschäftigten: »Sie sollen durch den Abbau sozialer Rechte und die Schwächung der Gewerkschaften gefügig gemacht, die disziplinierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit damit verschärft werden.«²⁰⁵

Durch Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen und öffentlichen Eigentums würden demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten abgebaut und privaten Konzernen neue Verwertungsmöglichkeiten erschlossen. Die Herrschaft des Kapitals solle gestärkt und eine nachhaltige Steigerung der Profite auch bei schwachem Wachstum sichergestellt werden. Um diesem Klassenkampf von oben zu begegnen, bedürfe es außerparlamentarischer Mobilisierung und einer starken linken Partei, die auch in den Parlamenten vertreten sei. Die Aufgabe dieser linken Partei sei es, sich der Sorgen und Ängste der Menschen anzunehmen, der neoliberalen Politik soziale Alternativen entgegenzusetzen, die Forderungen der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften in die Parlamente zu tragen und für veränderte gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse und Mehrheiten zu ihrer Durchsetzung zu kämpfen. Insbesondere die Frage der Regierungsbeteiligung müsse im Einzelfall danach beurteilt werden, ob sie dazu beitrage, die Lebenslage der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten nachhaltig zu verbessern und die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. »Wir wollen einen politischen Richtungswechsel in Deutschland und Europa, für eine linke Alternative.«²⁰⁶

In dem Dokument wurde konstatiert, dass nicht alle Differenzen innerhalb der Linken vor der Bildung einer gemeinsamen Partei abschließend geklärt werden könnten. »Wir müssen die Partei ausgehend von den Kräften aufbauen, die in der Realität vorhanden und dazu bereit sind. Und wir müssen anerkennen, dass es unterschiedliche Erwartungen und keinen Königsweg für die Politik der Linken unter den gegebenen Bedingungen gibt.« Deshalb sei es falsch, die Bedingung zu stellen, dass die LP.PDS vor

²⁰⁵ WASG-Parteitag, 18./19. November 2006. Antragsblock 3: Parteibildung: Beschluss [vorläufige Fassung vom 19.11.2006]. Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus, a.a.O.

²⁰⁶ Ebenda.

einer Vereinigung mit der WASG aus Regierungen austreten müsse – ungeachtet dessen, wie man zur Regierungspolitik stehe. Damit sei aber die Debatte nicht beendet. Es werde notwendig sein, politische Konflikte auch zukünftig auszutragen, aber rational, solidarisch und konstruktiv im Rahmen einer gemeinsamen linken Partei.²⁰⁷

Mit sehr großer Mehrheit wurde ein vom Bundesvorstand den Delegierten zur Abstimmung vorgelegter Resolutionstext angenommen, in dem die WASG den Berliner Koalitionsvertrag als »keine tragfähige Basis für eine glaubwürdige linke Politik in der Regierung« bewertete. Der Koalitionsvertrag weise an vielen Stellen halbherzige Formulierungen auf und stelle wichtige Forderungen der Linken unter Finanzierungsvorbehalt. Die WASG kritisierte vor allem die Ausweitung des Ladenschlusses und die Erhöhung der Grundsteuer bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Sie forderte die Verhinderung des Verkaufs der Berliner Sparkasse an Privatbanken, den Ausschluss von Privatisierungen von Betrieben der Öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Rückkehr in den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Die im Rahmen der Einführung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) vorgesehenen 2.500 Stellen müssten sozialversicherungspflichtig und tarifvertraglich abgesichert geschaffen werden. Die WASG warnte, eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD werde Einfluss auf den Gründungsprozess der neuen bundesweiten Partei haben. Dies könne zu einer Belastung des Parteibildungsprozesses werden. »Wir als WASG könnten dem bisherigen Koalitionsvertrag so nicht zustimmen und erwarten von der Linkspartei in den von uns kritisierten Punkten eine Nachverhandlung.« Zugleich wies die Resolution Forderungen aus den Reihen der WASG zurück, die Parteibildung von einem Ausstieg der LP.PDS aus der Berliner Koalition abhängig zu machen.²⁰⁸

Der WASG-Parteitag in Geseke beschloss hinsichtlich der Berliner Parteirebellen um Lucy Redler, die Ordnungsmaßnahmen gegen den Landesverband Berlin gemäß des Beschlusses des Bundesvorstandes der WASG vom 13. Mai 2006, die das Landgericht Berlin außer Vollzug gesetzt hatte,

²⁰⁷ Vgl. ebenda.

²⁰⁸ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Beschluss des Bundesparteitages der WASG vom 18.11.2006; angenommen mit sehr großer Mehrheit: Koalitionsvertrag für Berlin – Keine Stärkung für die Linke. Pressemitteilung, Sonnabend, 18. November 2006. In: ADS, WASG – 024 e.

zu bestätigen.²⁰⁹ In einer Kampfabstimmung konnten sich die Befürworter einer Verlängerung der Übergangsregelungen für die Vereinbarkeit von Amt und Mandat knapp durchsetzen, sodass Parteivorstände bis zur Verschmelzung mit der LP.PDS Abgeordnetenmandate ausüben durften. Damit konnten sich die beiden Geschäftsführenden Vorstände Klaus Ernst und Axel Troost erneut zur Wahl für den Bundesvorstand stellen.²¹⁰

Der Bundesparteitag der WASG bestätigte in den Wahlen zum Bundesvorstand den bisherigen Geschäftsführenden Bundesvorstand, bestehend aus Thomas Händel, Klaus Ernst, Axel Troost und Felicitas Weck, im Amt. In den Erweiterten Bundesvorstand wurden im ersten Wahlgang Christine Buchholz, Ralf Krämer, Martina Sacher, Heidi Scharf, Michael Schlecht und Ulrike Zerhau direkt gewählt. Im Ergebnis des zweiten Wahlgangs kamen Thiess Gleis, Christel Rajda, Lucy Redler, Fritz Schmalzbauer und Thomas Waldheim in den Erweiterten Bundesvorstand. Mit Lucy Redler gelangte die trotzkistische Spitzenpolitikerin des rebellischen Berliner Landesverbandes in das Führungsgremium der WASG.²¹¹

Der Journalist Pascal Beucker kommentierte den WASG-Parteitag in Ge-seke mit den Worten: »Mit keiner großen, aber einer stabilen Mehrheit haben sich die ›Realos‹ in allen zentralen Fragen des ›Parteibildungsprozesses‹ durchgesetzt. Kritikern und Bremsern wurde eine klare Absage erteilt. Das ist besonders bemerkenswert, weil bei vielen an der Basis durchaus ein Murren deutlich vernehmbar ist.«²¹²

Kurz nach dem Parteitag der WASG hakte Oskar Lafontaine in Sachen Berliner Koalitionsvertrag nach. »Was die Regierungsbeteiligung angeht, so erinnere ich an den Satz, dass sich viele an der Macht glauben, aber nur an der Regierung sind«, sagte Lafontaine. Vor allem die Berliner PDS habe

²⁰⁹ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Beschluss des Bundesparteitages der WASG vom 19.11.2006; gemäß § 7, Abs. 3 der Satzung, angenommen mit deutlicher Mehrheit bei wenigen Enthaltungen: Bestätigung der Ordnungsmaßnahme gegen den Landesverband Berlin. Pressemitteilung, Sonnabend, 18. November 2006 [richtig müsste es heißen: Sonntag, 19. November 2006 – J.W.]. In: ADS, WASG – 024 e.

²¹⁰ Vgl. Frankfurter Rundschau. FR-online.de, 19.11.2006, a.a.O.

²¹¹ Vgl. WASG – Die Wahlalternative: Beschluss des Bundesparteitages der WASG vom 18.11.2006; Wahlergebnisse zum Bundesvorstand: Kontinuität in der politischen Führung der WASG – Kontinuität im Parteibildungsprozess. Pressemitteilung, Sonnabend, 18. November 2006. In: ADS, WASG – 024 e.

²¹² Pascal Beucker: Der traurige Zustand der WASG. In: taz – die tageszeitung, 20.11.2006.

ihre Seele an Klaus Wowereit, den Regierenden Bürgermeister von der SPD, verkauft. Nicht die sogenannten »Alt-Kader« der »SED-Nachfolgepartei« bereiteten Lafontaine Kopfzerbrechen, sondern die ehrgeizigen jüngeren Führungsleute der LP.PDS wie der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf. Die DDR-Nostalgiker würden im Westen völlig überschätzt. »Aber bei der Linkspartei.PDS machen manche unter dem Deckmantel des Pragmatismus eine Politik, die der neoliberalen Agenda der SPD sehr nahe kommt. So geht die Linie der linken Politik verloren. Das bereitet mir im Hinblick auf die Fusion von WASG und Linkspartei Sorgen«, ²¹³ betonte Lafontaine.

Am 10. Dezember 2006 beschloss eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von *Linkspartei.PDS* und WASG die Gründungsdokumente der geplanten Partei DIE LINKE als Anträge an die parallelen Bundesparteitage beider Parteien im März 2007 in Dortmund. Die LP.PDS kam der WASG insbesondere in zwei Punkten entgegen: in der starken Überrepräsentation der West-Delegierten auf den Parteitag der neuen Partei in den Jahren 2008 bis 2012 und in der Frage der Trennung von Amt und Mandat, sodass künftige Bundes- und Landesvorstände der neuen Partei maximal zur Hälfte mit Ministern oder Abgeordneten besetzt werden durften. ²¹⁴

Die Parteitage von WASG und *Linkspartei.PDS* in Dortmund im März 2007

In Dortmund kamen am 24. und 25. März 2007 die jeweils rund 400 Delegierten von *Linkspartei.PDS* und WASG zu getrennten Parteitag zusammen. Die Leitungen der beiden Parteitage saßen Rücken an Rücken – nur durch eine Mauer zwischen Saal 2 und Saal 3 der Westfalenhalle getrennt. Allen Unkenrufen zum Trotz, dass in den Debatten erneut viel von den altbekannten Vorbehalten hervorgekramt würde, übten sich nicht nur das Führungspersonal, sondern auch viele »einfache« Basisvertreter in überraschender Selbstdisziplin, um die als wichtigste Weichenstellung für die neue gesamtdeutsche Linke apostrophierte Veranstaltung nicht zu gefährden. Immer wieder liefen Mitglieder der Führungen beider Parteien wie Delegierte von einem Saal zum anderen, um sich über den jeweils neuesten Stand der Dinge zu informieren. ²¹⁵

²¹³ Zit. in: Rheinischer Merkur, 23.11.2006.

²¹⁴ Vgl. taz – die tageszeitung, 12.12.2006.

²¹⁵ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

Auf dem WASG-Parteitag attackierte Klaus Ernst die Große Koalition: »Die Mehrheit im Bundestag beschließt die Rente mit 67, die Gesundheitsreform und den Einsatz von Tornados in Afghanistan – obwohl die Bevölkerung dagegen ist. In Berlin wird gegen das Volk regiert, und das müssen wir ändern.«²¹⁶ Der Geschäftsführende Bundesvorstand versicherte den Delegierten, dass man zu Hoffnungsträgern bei all jenen geworden sei, die sich von der etablierten Politik getäuscht und verraten fühlen. Der Mehrheit der Bevölkerung eine starke Vertretung zu geben – das sei der Sinn der WASG. An die Adresse zahlreicher Bedenkenenträger in den eigenen Reihen gerichtet, erklärte Ernst, das künftige Zusammengehen mit der LP.PDS sei nicht das Ende der WASG, sondern das Aufgehen deren politischer Idee Arbeit und soziale Gerechtigkeit in einer starken Linken.²¹⁷ »Wir können uns nur noch selbst stoppen«, mahnte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, »die anderen können es jedenfalls nicht mehr.«²¹⁸

Auch Oskar Lafontaine hielt den Delegierten die »einmalige Situation« vor Augen: »Es geht um Millionen von Menschen, die auf eine neue politische Kraft warten. Lasst uns diese Kraft sein.«²¹⁹ Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag betonte in seiner Rede, nach dem Zusammengehen beider Parteien gebe es »nur eins: den Aufbau West«. Deutschland brauche eine demokratische Erneuerung, und die Linke verbinde als einzige Partei die Frage der Demokratie mit der sozialen Frage. Sie sei die einzige Partei, die die Systemfrage stelle. Die zu konstatierende Verfestigung der Armut bedeute im Kern massiven Demokratie-Abbau. In diesem Kontext warf der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag der SPD eine »perverse Arbeitsmarktpolitik« vor.²²⁰ Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD in Berlin ignoriere mit ihren Beschlüssen zur Gesundheitsreform, zur Rentenanpassung und zu den Kriegseinsätzen die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung, sagte Lafontaine und sprach sich für den politischen Massenstreik als Gegenmittel aus.²²¹

Thomas Händel erinnerte die Delegierten daran, dass es noch keine drei Jahre her sei, »dass wir als Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit am

²¹⁶ Zit. in: WASG-Bundesvorstand entlastet – O-Töne aus den Rechenschaftsberichten (24.3.2007). In: ADS, WASG – Alt-Sign. 2009-003.

²¹⁷ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²¹⁸ Zit. in: taz – die tageszeitung, 26.3.2007.

²¹⁹ Zit. in: Ebenda.

²²⁰ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²²¹ Vgl. FOCUS-Online, 25.3.2007. URL: www.focus.de/politik/deutschland/parteitagsvotum_aid_51663.html (abgerufen am 26.3.2007).

19. März 2004 auf einer Pressekonferenz den Grundstein für die Neuformierung der Linken, besonders in Westdeutschland, gelegt haben. Heute hat die WASG 11.606 Mitglieder in 280 Kreisverbänden und ist in 16 Bundesländern vertreten.« Der Bundesschatzmeister war sich sicher, dass der Kapitalismus nie seinen Frieden mit den Menschen machen werde. Deswegen »werden wir nie Frieden mit diesem Kapitalismus machen«. Händel rief die Basisvertreter auf: »Lasst uns das Stärkste sein, was die Schwachen haben.«²²²

Vor den Delegierten stapelten sich rund 250 Änderungsanträge und Initiativanträge, deren Anliegen die kontroversen, aber um gemeinsamen Erfolg bemühten Debatten bestimmten. Bemühungen, das Fusionsprojekt noch zu verhindern, gab es nur vereinzelt – so der Antrag PB 1-118 des Berliner Bezirksverbandes Steglitz-Zehlendorf, der »Bundesparteitag möge beschließen, die Fusion mit der Partei LP.PDS sofort zu stoppen«.²²³ Der größte Teil der Änderungsanträge bezog sich auf die »Programmatischen Eckpunkte«. Schwerpunkte waren dabei der Kampf gegen Hartz IV und Fragen einer Bedarfsorientierten Grundsicherung, die Bekämpfung von Neonazismus und Rechtsradikalismus, die Haltung zu UN-Kampfeinsätzen und in besonderem Maße die Bedingungen für Regierungsbeteiligungen.²²⁴

Lebhaft ging es bei der Diskussion zu UN-Kampfeinsätzen zu. Eine Delegierte verwies auf das Beispiel der *Grünen* und argumentierte, schon das Nachdenken darüber, unter welchen Umständen Militäreinsätzen zugestimmt werden könne, führe »auf die schiefe Ebene«. Es gebe »keinen neutralen Einsatz«, es stünden immer wirtschaftliche und politische Interessen dahinter. Ein Freiburger Delegierter vertrat die Position, die Linke müsse »klare Antikriegspartei« sein. Da dürfe es »keine Relativierungen« geben. Die UNO werde von den Großmächten dominiert. Sie habe unter deren Regie »dazu beigetragen, die Welt kriegsreicher zu machen«. Auch Sabine Lösung wollte »keine Hintertür offen« halten: Jede Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr würde die Linke diskreditieren. Demgegenüber schlug Bundesvorstandsmitglied Fritz Schmalzbauer einen an-

²²² Zit. in: WASG-Bundesvorstand entlastet – O-Töne aus den Rechenschaftsberichten (24.3.2007), a.a.O.

²²³ WASG-Parteitag, 24./25. März [2007], Dortmund. Antragsblock 7: Parteibildung, Antrag PB 1-118. In: ADS, WASG – 031 e.

²²⁴ Vgl. Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März [2007] in Dortmund. In: ADS, WASG – 026.

deren Ton an. Als Kriegsdienstverweigerer würde er den Thesen widersprechen, dass es »gerechte« Kriege oder Militäreinsätze gebe. Doch müsse darüber nachgedacht werden, wie man Menschen, die sich in Situationen befinden, in denen sie bedrängt, bedroht und getötet würden, mit UN-Mandatseinsätzen helfen könne.²²⁵

Die Frage der Regierungsbeteiligungen erregte erneut die Gemüter. Lucy Redler lief hier zu großer Form auf: »Mitmachen, das Schlimmste verhindern, als Feigenblatt der SPD das kleinere Übel spielen, den Kapitalismus letztendlich akzeptieren« – das sei die Logik der Linkspartei, wetterte sie. Vor diesem Hintergrund sei es »eine Zumutung, in die neue Linke einzutreten«.²²⁶ Man müsse gegen kapitalistische Sachzwänge kämpfen, statt sich ihnen zu beugen, verlangte Redler.²²⁷ Sie nannte die Zugeständnisse der LP.PDS rein verbal und beschwor die WASG-Basisvertreter, standhaft zu bleiben.²²⁸ »Wir wollen etwas grundsätzlich anderes sein als die SPD der 90er Jahre.«²²⁹ Auch andere Delegierte beklagten, dass die LP.PDS möglichst wenige Mindestbedingungen für das Mitregieren akzeptieren wolle. Wer etwa Sozialkürzungen »nach Kräften« verhindern wolle, begnüge sich mit wenig und versuche dann, »die Ornamente am Hungertuch als Erfolg zu verkaufen«.²³⁰

Vielen Delegierten reichte es keineswegs aus, dass in den »Programmatischen Eckpunkten« fixiert war, die Linke werde in Regierungen dafür eintreten, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Privatisierungen zu bewahren, öffentliche Dienstleistungen nicht zu verschlechtern und Sozialabbau zu verhindern. Sie forderten mit überwältigender Mehrheit, sich darüber hinaus für ein striktes Privatisierungsverbot öffentlichen Eigentums, für einen Stopp des Personalabbaus im Öffentlichen Dienst, für die stärkere Belastung großer Einkommen und von Unternehmen, für die sofortige Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene und gegen völkerrechtswidrige Militäreinsätze einzusetzen.²³¹

²²⁵ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²²⁶ Zit. in: Ebenda.

²²⁷ Vgl. ebenda.

²²⁸ Vgl. SPIEGEL ONLINE, 25.3.2007. URL: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,473753,00.html (abgerufen am 26.3.2007).

²²⁹ Zit. in: junge Welt, 26.3.2007.

²³⁰ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²³¹ Vgl. WASG-Parteitag, 24./25. März [2007], Dortmund. Antragsblock 2: Programmatische Eckpunkte, Antrag PE 113-018. In: ADS, WASG – 032 e. – Der Antrag PE 113-018 wurde »bei wenigen Gegen-Stimmen und Enthaltungen *angenom-*

Am Ende mussten jedoch Kompromisse mit den Basisvertretern der LP.PDS zu den Gründungsdokumenten der neuen Partei gefunden werden – ein schwieriger Prozess mit Missverständnissen auf beiden Seiten, Aufklärungsversuchen, Sitzungsunterbrechungen und labyrinthischen Abstimmungen. Im Zuge dieser »Bereinigungsarbeit« setzte sich bei der Frage der UN-Kampfeinsätze die von der *Linkspartei.PDS* beschlossene Fassung durch: »Aufgrund vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, zu verneinen.«²³² Die vordem im Text enthaltenen relativierenden Worte »im Wesentlichen« waren gestrichen. Hinsichtlich der Bedingungen für Regierungsbeteiligungen blieben nur ein Privatisierungsverbot für die öffentliche Daseinsvorsorge und das Bekenntnis, öffentliche Dienstleistungen nicht durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen im Sozialbereich »nach Kräften« zu verhindern,²³³ was der WASG-Konvent mit Pfiffen und Buhrufen quittierte.²³⁴

Schließlich fand auch der lange umstrittene Begriff des »demokratischen Sozialismus« Eingang in die Endfassung der »Programmatischen Eckpunkte«. Die Delegierten akzeptierten den Satz: »Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.«²³⁵

Die Delegierten der WASG beschlossen – ebenso wie diejenigen der LP.PDS – mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit die »Programmatischen Eckpunkte«, die Bundessatzung, die Finanz- und die Schiedsordnung. Für

men«. Vgl. Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März [2007] in Dortmund, a.a.O. – Vgl. auch Neues Deutschland, 26.3.2007.

²³² Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund. In: Neues Deutschland, 14./15.4.2007, Beilage, S. 8.

²³³ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²³⁴ Vgl. SPIEGEL ONLINE, 25.3.2007, a.a.O.

²³⁵ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, a.a.O., S. 3.

den Verschmelzungsvertrag von WASG und LP.PDS²³⁶ stimmten 96,9% der Basisvertreter der LP.PDS²³⁷ und 86,7% der WASG-Delegierten (314 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen).²³⁸ *Linkspartei.PDS* und WASG ebneten damit den Weg für die neue linke Partei.

Der Dortmunder Parteitag der WASG nahm zudem Initiativanträge für eine sofortige Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, gegen den Verkauf der Berliner Sparkasse, gegen Lohndumping in der Medienbranche und für den Einblick der Krankenkassen in Behandlungunterlagen sowie einen Antrag auf Mitgliedschaft in der *Europäischen Linken* an. Die Delegierten wählten an Stelle der im Januar 2007 zurückgetretenen Felicitas Weck das Mitglied der trotzkistischen Gruppierung *Links-ruck*, Christine Buchholz, in den Geschäftsführenden Bundesvorstand und die Studentin und *attac*-Aktivistin Sophie Dieckmann in den Erweiterten Bundesvorstand nach.²³⁹

Vor dem Hintergrund des klaren Abstimmungsergebnisses auf dem WASG-Parteitag in Dortmund warb der Geschäftsführende Bundesvorstand der WASG im Anschreiben an die WASG-Mitglieder zu der nun anstehenden Urabstimmung vom 30. März bis zum 18. Mai 2007 über die Gründung der neuen Partei um Zustimmung: »Der Parteibildungsprozess hat längst begonnen [...]. Die Parteien wachsen auf allen Ebenen zusammen. [...] Es geht voran! Deshalb werben wir – auf Basis des eindeutigen Auftrags unseres Bundesparteitages – für Deine Zustimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente. Deshalb bitten wir Dich, an dieser Urabstimmung teilzunehmen und mit JA zu stimmen.«²⁴⁰

²³⁶ Im Verschmelzungsvertrag firmiert die *Linkspartei.PDS* als »Die Linkspartei e.V.«. Vgl. Verschmelzungsvertrag. In: ADS, WASG – 039.

²³⁷ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.

²³⁸ Vgl. Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März [2007] in Dortmund, a.a.O.

²³⁹ Vgl. ebenda; Neues Deutschland, 27.3.2007. – Die trotzkistische Gruppierung Linksruck löste sich im Mai 2007 auf. Viele ihrer Mitglieder planten damals, in der neuen Partei DIE LINKE mitzuarbeiten. Vgl. taz – die tageszeitung, 30.5.2007. – Ehemalige Linksruck-Aktivisten arbeiten heute in der Partei DIE LINKE als Netzwerk marx21 zusammen. Vgl. Armin Pfahl-Traughber: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 116f.

²⁴⁰ Vgl. ADS, WASG – 120. – Ähnlich warb Schatzmeister Thomas Händel in einer Kolumne in der Mitgliederzeitung »neue linke« für ein JA bei der Urabstimmung. Vgl. neue linke. Zeitung der WASG – Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Dagegen forderte das *Netzwerk Linke Opposition*, das über Landesverbände in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Hamburg, Bremen und Brandenburg verfügte, dazu auf, mit »Nein« zu stimmen: »Wir rufen Euch auf: Sagt Nein zur Fusion, die bürokratisch von Oben durchgezogen wird. Sagt NEIN zur Schaffung einer neuen alten reformistischen Apparat- und Wahlmaschine!«²⁴¹ Ein Aufruf, der am Misstrauen und an Enttäuschungen nicht weniger WASG-Mitglieder über den Verlauf des Fusionsprozesses ansetzte und der nicht ohne Wirkung blieb.²⁴² An dieser dritten Urabstimmung in der kurzen Geschichte der WASG beteiligten sich dann lediglich 49,8% der Mitglieder. Aber eine deutliche Mehrheit von 83,9% der WASG-Mitglieder sprach sich für die Gründung der Partei DIE LINKE aus.²⁴³ Thomas Händel vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG erklärte dazu: »Das Ergebnis ist eine überzeugende Zustimmung zum Projekt Neue Linke.«²⁴⁴

Sowohl in der WASG als auch in der LP.PDS gab es unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Frage, ob die geplante Partei DIE LINKE mehr auf Sachpolitik oder mehr auf Protest setzen sollte.²⁴⁵ Die Differenzen hinsichtlich der politischen Ausrichtung der neuen Partei führten bereits im Vorfeld des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007

keit, Hrsg.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Fürth, 2007, Nr. 3, S. 2. In: WASG-Archiv Fürth.

²⁴¹ Zit. in: Steffen Hultsch: Die WASG und Ostdeutschland, a.a.O., S. 109.

²⁴² Vgl. ebenda, S. 109/110.

²⁴³ Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2008, a.a.O., S. 155.

²⁴⁴ Thomas Händel: WASG Urabstimmung: 84% der Mitglieder für DIE LINKE. In: WASG: Aktuelles, 19.5.2007. URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m56f1de8ae1b.html> (abgerufen am 20.10.2015).

²⁴⁵ WASG-Vorstand Murat Çakır sah in diesem Sinne hinter der Debatte um Regierungsbeteiligungen zwei unterschiedliche Politikkonzepte und Politikverständnisse. Auf der einen Seite stünden diejenigen, die linke Regierungsverantwortung prinzipiell ablehnen und die »Partei« nur »als ein Mittel zur Stärkung der außerparlamentarischen Opposition begreifen«. Die Vertreter der Gegenposition, zu denen sich Çakır rechnete, drängten hingegen darauf, »die bisherige Politik der Linken grundsätzlich zu überdenken und mit Selbstbewusstsein sowie im Wissen, dass die Ausgangslage und die Voraussetzungen nicht besser werden, politische Gestaltungsaufgaben zu übernehmen und die Verantwortung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene nicht den Neoliberalen zu überlassen«. Vgl. Murat Çakır: Zur Debatte um die Regierungsbeteiligung (Kassel, 14. Dezember 2005) (import_temp_9ob3ba). URL: <http://wasg.die-linke.de/1161.html> (abgerufen am 29.9.2015).

zur Konstituierung innerparteilicher pressure groups aus Mitgliedern sowohl der LP.PDS als auch der WASG. Dazu gehörten die *Antikapitalistische Linke* (AKL) um Sahra Wagenknecht, Ulla Jelpke, Cornelia Hirsch (alle drei LP.PDS), Thies Gleiss und Sabine Lösung (beide WASG), die sich im März 2006 formierte, und die *Sozialistische Linke* (SL) um Ralf Krämer, Christine Buchholz (beide WASG), Wolfgang Gehrcke und Ulla Lötzer (beide LP.PDS), die im August 2006 entstand. Die reformorientierten Kräfte in der PDS bzw. der LP.PDS um die Berliner »Regierungslinken« (Stefan Liebich, Harald Wolf, Klaus Lederer) hatten sich dagegen im *Forum Demokratischer Sozialismus* (FDS) zusammengeschlossen.²⁴⁶

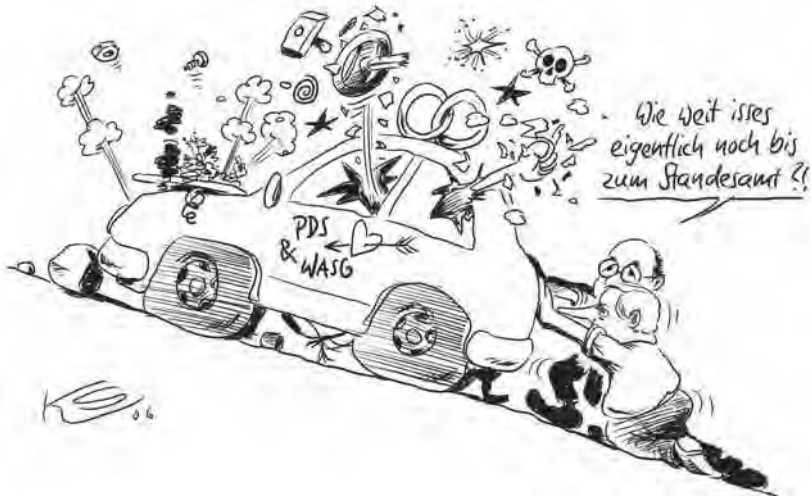
Der Außerordentliche Parteitag der WASG und der Vereinigungsparteitag mit der *Linkspartei.PDS* zur Partei DIE LINKE im Juni 2007

Ein Außerordentlicher Parteitag der WASG am 15. Juni 2007, der über das Personaltableau der WASG in der Führung der neuen Partei DIE LINKE abstimmt, machte schließlich endgültig den Weg frei für die Gründung der neuen Partei am 16. Juni 2007 in Berlin.²⁴⁷ Am 15. Juni 2007 tagten WASG und LP.PDS in getrennten Sälen im Kongresszentrum des Hotels Estrel in Berlin. Die Agenda des WASG-Parteitags sah die Befassung mit dem Stand des Parteibildungsprozesses, die Erstellung eines Personalvorschlags der WASG für den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten der WASG für die Bundesschiedskommission und für die Finanzrevisionskommission der Partei DIE LINKE und die Behandlung weiterer Anträge vor. Beim Personalvorschlag der WASG für den Parteivorstand der Partei DIE LINKE ging es um die Wahl von sechs Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführenden Parteivorstand (ein Parteivorsitzender bzw. eine Parteivorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende und drei weitere Geschäftsführende Vorstandsmitglieder) und um die Wahl von 16 weiteren Kandidatinnen und Kandidaten für den Erweiterten Parteivorstand.²⁴⁸

²⁴⁶ Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008, S. 101-105.

²⁴⁷ Rechtlich war die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS ein Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS.

²⁴⁸ Vgl. Einladung der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative [zum Parteitag der WASG am 15. Juni 2007 in Berlin]. In: ADS, WASG – 38.



Selbstbewusst erklärte Klaus Ernst im »Bericht des Bundesvorstands«, ohne uns – die WASG – »wäre die Linke eine Regionalpartei im Osten«, und es würde eine neue Linke heute nicht geben. Und er listete die Mitgift auf, die die WASG in den Vereinigungsprozess einbringe: »Wir bringen den Westen in die neue Partei ein, den Zugang zu den Gewerkschaften und die Akzeptanz der sozialen Bewegungen.«.²⁴⁹

Satzungsfragen sorgten sowohl auf dem letzten WASG-Parteitag selbst als auch hinter den Kulissen noch einmal für Wirbel. Die Verhandlungsgruppen von WASG und LP.PDS hatten für den Bundesvorstand der neuen Partei eine Mandatsträgerhöchstquote von 50% vereinbart. Zu hoch, wie eine Reihe Basisvertreter der WASG meinte. Sie hatten Anträge gestellt, die Quote für den Geschäftsführenden Vorstand noch herabzusetzen,²⁵⁰

²⁴⁹ Zit. in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007.

²⁵⁰ In getrennten Anträgen verlangten der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, der Landesvorstand Baden-Württemberg und der Landesvorstand Niedersachsen, bei den Wahlen sowohl für die Vorschläge der sechs Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführenden Parteivorstand als auch für diejenigen für den weiteren Parteivorstand jeweils einen Anteil von höchstens einem Drittel Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Sinne der Satzung der Partei DIE LINKE

schließlich war in WASG-Kreisen Ämterhäufung von Beginn an verpönt. Wären diese Anträge angenommen worden, hätten sie Klaus Ernst den Weg in die neue Parteispitze verbauen können.²⁵¹

Der Bayer verfiel auf ein taktisches Manöver und schrieb einen Brief an Lothar Bisky. In diesem Brief, der kurz darauf unter den WASG-Delegierten zirkulierte, beschwerte sich der IG-Metaller darüber, dass die LP.PDS seiner Meinung nach plane, die vereinbarte Mandatsträgerhöchstquote von 50% nicht einzuhalten, sondern sie bewusst zu überschreiten. Und in der Tat, auf der Vorschlagsliste der WASG für den neuen Parteivorstand standen sechs Mandatsträger, auf derjenigen der LP.PDS 16. Aber Mitglieder der Verhandlungsgruppen zeigten sich von Ernsts Vorstoß überrascht: Der Inhalt des Schreibens entspreche nicht dem Stand der Verhandlungen. Es sei immer klar gewesen, dass mehr als elf Mandatsträger von der LP.PDS kommen würden, hieß es aus diesen Kreisen.²⁵² Doch letzten Endes war das Manöver für Klaus Ernst erfolgreich: die besagten Anträge waren vom Tisch.

Am 16. Juni 2007 war die Trennwand vom Vortag zwischen den beiden Sälen geöffnet, die Delegierten der Gründungsparteien tagten gemeinsam. Für Gregor Gysi vollendete sich mit diesem Parteitag die deutsche Einheit. Auf Partienebene sei dies die erste Fusion auf gleicher Augenhöhe, unterstrich er. »Wir stellen die soziale Frage, stellen sie weltweit und in unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit, weil wir anders Hunger und Elend nicht überwinden können«, betonte Gysi. »Wir wollen die Einheit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, die Einheit von Freiheit und sozialer Sicherheit. Gerade das haben wir doch aus dem Niedergang des Staatssozialismus gelernt – ohne Freiheit geht es nicht! Aber ich sage den Kapitalismus-Anhängern auch: Ohne soziale Gerechtigkeit geht es auch nicht! Und deshalb wollen wir die Einheit.« Und dann äußerte Gysi eine große Bitte: »Wir brauchen 80% Politik und nur noch 20% Selbstbeschäftigung. Und nach einem Jahr bringen wir das Verhältnis auf 90% Politik und nur 10% Selbstbeschäftigung. Das muss zur Normalität werden!«²⁵³

sicherzustellen. Vgl. WASG-Parteitag, 15. Juni 2007. Anträge, Anträge 01 bis 03. In: ADS, WASG – 39.

²⁵¹ Vgl. Neues Deutschland, 16./17.6.2007.

²⁵² Vgl. ebenda.

²⁵³ Gregor Gysi: Wir sind jetzt Mitglieder der Partei DIE LINKE! Eröffnungsrede. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/re-den/gregor-gysi/ (abgerufen am 4.6.2015).

Lothar Bisky beschrieb die Vielgestaltigkeit der neuen Partei und hoffte, dass die neue LINKE »für andere Menschen nachvollziehbar den Lebensgenuss vor den Besserwisser-Frust« zu stellen lerne. Nach seiner Auffassung habe die deutsche Linke nur eine Chance, »wenn sie eine europäische Linke ist! Die europäische Integration – bei all ihren Problemen – ist immer noch eine Bedingung der strukturellen Kriegsunfähigkeit dieses Kontinents. Sie muss weiterhin ein positiver Bezugspunkt unserer Politik sein.« Der langjährige Parteivorsitzende der PDS betonte: »Wir gründen heute die neue LINKE. Das ist eine Herausforderung für uns, die wir aus der Linkspartei.PDS und aus der WASG kommen. Das ist eine Herausforderung für die Gesellschaft, denn wir wollen nicht mehr und nicht weniger als eine gerechtere Gesellschaft, und wir bestehen darauf, eine friedliche Gesellschaft!«²⁵⁴

Dem Vorgang sein eigenes geschichtliches Gewicht verleihend, berief sich Oskar Lafontaine »als ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« auf die Tradition der Arbeiterbewegung und benannte als historische Leitfiguren der neuen Partei sowohl Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als auch Willy Brandt, damit die SPD herausfordernd und deren unzufriedene Mitglieder zum Überlaufen auffordernd. Er lud »all diejenigen ein, die am Aufbau des demokratischen Sozialismus mitwirken wollen. Jawohl, es heißt nicht Freiheit statt Sozialismus, es heißt Freiheit und Sozialismus, besser noch: Freiheit durch Sozialismus! Das ist die Formel, hinter der wir uns versammeln!« DIE LINKE sei die Partei der ökologischen Erneuerung, führte Lafontaine aus, auch »wenn das den einen oder anderen Beobachter überraschen« würde. »Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt. Das wissen wir, DIE LINKE. Die anderen wissen es nicht.« Am Ende seines furiosen Auftritts forderte Lafontaine, Glaubwürdigkeit müsse »zum Markenzeichen der neuen Linken« werden.²⁵⁵

²⁵⁴ Lothar Bisky: Wir gründen heute die neue LINKE. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/lothar-bisky/ (abgerufen am 6.6.2015).

²⁵⁵ Oskar Lafontaine: Wir dürfen die Hoffnung von Millionen Wählerinnen und Wählern nicht enttäuschen. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/oskar-lafontaine/ (abgerufen am 11.5.2015). – Vgl. auch Neues Deutschland, 18.6.2007.

Die hohen Erwartungen der europäischen linken Kräfte an die neue Partei in Deutschland brachten insbesondere die Chefs der *Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke* (GUE/NGL), Francis Wurtz, und der *Partei der Europäischen Linken*, Fausto Bertinotti, zum Ausdruck. Bertinotti bezeichnete die Gründung einer gesamtdeutschen linken Partei als »großen Tag für Europa«. Er verwies auf die gefährlicher werdenden Rechtskräfte in den europäischen Ländern, die die Ängste der Völker vor dem Verlust von Sicherheit und Bürgerrechten für sich zu nutzen verstünden und die um die gesellschaftliche Hegemonie kämpften. »Ohne starke Linke«, mahnte Bertinotti, »riskiert die Welt, in eine Katastrophe zu geraten.« Francis Wurtz forderte, die mit der Gründung einer geeinten Linken angenommenen komplexen und ambitionierten Herausforderungen müssten rasch in praktische Politik und konkrete Projekte umgesetzt werden. Die geeinte linke Partei in Deutschland müsse und könne in den europäischen Gremien dazu beitragen, dass die existierende Große Koalition der freien Marktwirtschaft, die den politischen Fatalismus in Europa geradezu kultiviere, überwunden werde. »Bitte enttäuscht uns nicht.«²⁵⁶

Obwohl längst nicht alle inhaltlichen Fragen geklärt und keineswegs alle Differenzen ausgeräumt waren, beschlossen die fast 800 Delegierten schließlich am 16. Juni 2007 bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die Vereinigung beider Parteien.²⁵⁷ »Riesige rote Luftballons fallen über die rhythmisch klatschende Versammlung her, irrlichternde Lichtkegel, Musikstumpfen bringen noch nicht die Verhältnisse, aber die Leute [...] zum Tanzen. Die Partei ist gegründet«,²⁵⁸ beschrieb ein Reporter die euphorische Szenerie. Die Basisvertreter erkoren dann den bisherigen Chef der LP.PDS, Lothar Bisky, mit 83,6% der Stimmen und den ehemaligen Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, mit 87,9% der Stimmen zu Co-Vorsitzenden der neuen Partei DIE LINKE. Der Vereinigungsparteitag wählte einen 44-köpfigen Vorstand, der sich paritätisch aus Mitgliedern der bei-

²⁵⁶ Vgl. Neues Deutschland, 18.6.2007.

²⁵⁷ Vgl. ebenda. – Bis zum 31. Oktober 2007 waren entsprechend des vereinbarten Ablaufs der Parteineubildung auf Landes- und Kreisebene Landesparteitage zur Konstituierung der Landesverbände der Partei DIE LINKE durchzuführen und damit die bestehenden Strukturen von WASG und LP.PDS abzulösen. Vgl. Anlage Nummer 11 zum Verschmelzungsvertrag: Ablauf der Parteineubildung auf Landes- und Kreisebene der Linkspartei.PDS und der WASG. In: ADS, WASG – 122.

²⁵⁸ Uwe Kalbe: Tanzen auf dem Sonnendeck. Die neue Partei ist auf dem Weg, über den endgültigen Kurs wird später befunden. In: Neues Deutschland, 18.6.2007.

den Gründungsparteien zusammensetzte. Am gleichen Tage konstituierte sich auf der ersten Sitzung dieses Gremiums der zwölfköpfige Geschäftsführende Vorstand. Ihm gehörten neben den beiden Co-Vorsitzenden als Stellvertreter Katja Kipping, Katina Schubert (beide aus der LP.PDS), Ulrike Zerhau und Klaus Ernst (beide aus der WASG) an. Bundesgeschäftsführer wurde Dietmar Bartsch, Schatzmeister Karl Holluba (beide aus der LP.PDS). Als Finanzbeauftragte für den Westen zogen Christel Rajda und als Beauftragter für den Parteiaufbau in den alten Bundesländern Ulrich Maurer (beide aus der WASG) in das Gremium ein. Darüber hinaus gehörten Christine Buchholz (aus der WASG) und Angelika Gramkow (aus der LP.PDS) dem Geschäftsführenden Bundesvorstand an.²⁵⁹

In den Erweiterten Parteivorstand der LINKEN wurden folgende 16 Mitglieder aus den Reihen der WASG gewählt: Sophie Dieckmann, Peter Erlanson, Thies Gleiss, Anny Heike, Jürgen Klute, Ralf Krämer, Sabine Lösing, Marc Mulia, Brigitte Ostmeyer, Britta Pietsch, Heidi Scharf, Michael Schlecht, Fritz Schmalzbauer, Elke Theisinger-Hinkel, Axel Troost und Janine Wissler.²⁶⁰

In einem Beschluss »Wir sind gekommen, um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden« bekräftigte der Parteitag die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8 Euro, nach Abschaffung der Hartz-IV-Gesetzgebung, nach einer Rücknahme der Rente erst mit 67 Jahren und nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Basisvertreter verlangten eine bedarfsorientierte und repressionsfreie Grundsicherung, die Wiedereinführung des Zumutbarkeitsschutzes und tariflich bezahlte Arbeitsangebote, die die Qualifikation berücksichtigen. Sie wollten einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Platz in einer Kindertagesstätte für Kinder aller Altersgruppen. Sie geißelten den Privatisierungswahn und wandten sich gegen Börsengang und Privatisierung der Deutschen Bahn. Sie erklärten, für all diejenigen offen zu sein, »die mit uns für unsere Forderungen kämpfen wollen – gemeinsam gegen Sozialabbau, Lohndumping und Krieg, für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden!«²⁶¹

²⁵⁹ Vgl. Neues Deutschland, 18.6.2007.

²⁶⁰ Vgl. ebenda.

²⁶¹ Vgl. Wir sind gekommen, um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschluesse/wir-sind-gekommen-um-zu-bleiben-mit-der-linken-fuer-arbeit-soziale-gerechtigkeit-und-frieden/ (abgerufen am 13.5.2015).

In weiteren Beschlüssen wandte sich der Gründungsparteitag der LINKEN unter anderem gegen Studiengebühren und forderte die »Rückführung« der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.²⁶² In den Monaten nach dem Gründungsparteitag in Berlin vollzog sich dann auch die Fusion von WASG und LP.PDS auf Landes- und Kreisebene.

Die Geschichte der Transformation der PDS und der WASG in die neue Linkspartei kann nach Auffassung der Politikwissenschaftler Dan Hough, Michael Koß und Jonathan Olsen in drei Entwicklungsstufen unterteilt werden: »eine Initial-Periode des gegenseitigen Skeptizismus und einer Haltung des Abwartens auf Seiten der Mitglieder und Führer beider Parteien; eine spätere Periode der Euphorie und des guten Willens, als die neue Wahlallianz gestaltet wurde, um die Bundestagswahl 2005 zu bestreiten; und eine (noch unbeendete) Periode der nüchternen Auseinandersetzung mit Herausforderungen, der Konfrontation mit Enttäuschungen und des nachdrücklichen Arbeitens, um den Fusionsprozess zur Reife zu bringen«.²⁶³

Insgesamt war die Geschichte der WASG, die in die neue Partei DIE LINKE mündete, ein Erfolgsprojekt. Der zu den kritischen Beobachtern der WASG gehörende Politikwissenschaftler Andreas M. Vollmer konstatierte zu Recht: »Der Zusammenschluss beider Parteien ist als Erfolg eines professionellen Managements zweier Parteiführungen im Zusammenspiel mit wichtigen Akteuren der gemeinsamen Linksfraktion im Deutschen Bundestag zu sehen. Dieser konnte gelingen, weil sich in einer Ausnahmesituation links von der in Regierungsarbeit verschlissenen SPD ein Aktionsraum für eine weitere linke Kraft auftat, den die WASG wie die Linkspartei.PDS gemeinsam und richtig genutzt hatten.«²⁶⁴

²⁶² Vgl. Nein zu Studiengebühren – Solidarität mit den KommilitonInnen des Gebührenboykotts. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschluesse/nein-zu-studiengebuehren-solidaritaet-mit-den-kommilitoninnen-des-gebuehrenboykotts/ (abgerufen am 13.5.2015); Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007. URL: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschluesse/rueckfuehrung-der-energiekonzerne-in-oeffentliches-eigentum/ (abgerufen am 13.5.2015).

²⁶³ Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen: *The Left Party in Contemporary German Politics*, Hampshire 2007, S. 151f.

²⁶⁴ Andreas M. Vollmer: *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)*, a.a.O., S. 416.

Jochen Weichold

Zur Organisationsfrage, zur Mitgliederentwicklung und -struktur der WASG und zu ihrer Wählerstruktur

Zur Organisationsfrage als politisch-strategisches Konzept

Die Organisationsfrage ist eine doppelte Frage: nämlich *wer* soll *wie* organisiert werden? Offensichtlich gab es bei den WASG-Gründermüttern und -vätern hinsichtlich des *Wer* unterschiedliche parteipolitische Vorstellungen. Wie die Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, Jürgen P. Lang und andere Autoren herausarbeiten, soll die süddeutsche Gruppe um Klaus Ernst das Konzept einer »Sozialstaatspartei« bzw. »Gewerkschaftspartei« vertreten haben, die norddeutsche Gruppe um Joachim Bischoff das Konzept einer neuen (breiteren) linken Sammlungspartei, die auch die außerhalb des gewerkschaftlichen Milieus existierenden kapitalismuskritischen Strömungen einschließen sollte.¹

¹ Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 77/78. – Ähnlich Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken? Diplomarbeit, München 2007, S. 23 und 26. – Bei der Vorstellung der Kandidatur von Klaus Ernst zum Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG auf dem Gründungsparteitag Anfang Mai 2005 in Dortmund wurde hervorgehoben, dass Ernst besonderen Wert darauf lege, dass die WASG »als Sozialstaatspartei wahrgenommen wird«. Vgl. Newsletter [der WASG], Fürth, Sonderausgabe 1, 29.04.2005, S. 2. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Ablieferung Ralf Krämer (Krämer) – Alt-Sign. 2013-004-7. – Die Unterschiede im *Wer* in der Organisationsfrage waren offensichtlich mit den Unterschieden im Politikverständnis zwischen der eher gewerkschaftlich geprägten süddeutschen Initiative ASG und der eher strömungslinken Vernetzung um die Redaktion der Zeitschrift »Sozialismus« und ver.di-Kollegen in Norddeutschland verwoben. Der Journalist Tom Strohschneider erinnerte angesichts des Streits im Bundesvorstand der WASG unmittelbar vor dem Ludwigshafener Parteitag Ende April 2006 über die Frage, wie hinsichtlich des abtrünnigen Berliner Landesverbandes der WASG umzugehen sei, an die Ausgangssituation vor der Vereinigung der beiden Initiativen Anfang Juli 2004. In ihren politischen Zielen seien beide Initiativen kaum voneinander entfernt gewesen, auch wenn zur WASG-Vereinsgründung noch zwei konkurrierende Programm-Papiere vorlagen. »Viel stärkere

In der Tat gab es hier deutlich unterschiedliche Akzentsetzungen, jedoch keineswegs eine tiefe Kluft.² Der zur norddeutschen Gruppe gehörende Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär bei *ver.di* in Berlin und einer der strategischen Vordenker der WASG, schrieb in seinem internen Strategie-Papier mit dem Titel »Für eine wahlpolitische Alternative 2006« Anfang Februar 2004, es gehe »um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von Kommunisten über Sozialisten bis zu Sozialstaatskonservativen (SoVD, VDK) und sozial orientierten Christen und ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.«³

Die soziale Alternative müsse – so die Idee von Ralf Krämer – vor allem neue Aktive und Menschen aus Bewegungen gewinnen und dürfe nicht »Sammelbecken der Übriggebliebenen altbekannter linker Kleinorganisationen sein«.⁴ Die Wahlalternative sollte keine Partei im traditionellen und exklusiven Sinne, sondern offen sein auch für die Mitarbeit und Un-

Unterschiede existierten im Politikverständnis, was sich erst nach der Euphorie der ersten Monate zeigen sollte.« Am deutlichsten komme dies im Konflikt um den Alleingang der Berliner WASG zum Ausdruck: »Auf der einen Seite stehen im Vorstand jene, die die Einheit der WASG nicht kurz vor einem wichtigen Parteitag durch Strafen gegen die Hauptstädter gefährden wollen. [...] Auf der anderen Seite die, die dies als Führungsschwäche kritisieren und aus parteipolitischer Ratio sogar die Spaltung für einen zwar schlechten, aber gangbaren Weg halten.« (Tom Strohschneider: Zum möglichen Ende auf Anfang zurück. Der Streit im WASG-Bundsvorstand spiegelt auch die Gründungssituation der Wahlalternative wider. In: Neues Deutschland, 29./30.4.2006).

² Christine Buchholz erklärte dazu 2012 rückblickend, »die Positionen lagen nicht so weit auseinander, wie es in der Gegenüberstellung klingt«. »Gesplante Linke hatten wir schon genug«. Gespräch mit Christine Buchholz. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 37.

³ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006 (Erweiterter Entwurf, Stand vom 5.2.2004). In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 194/195.

⁴ Ebenda, S. 199.

terstützung von Menschen, die zu dieser Zeit in verschiedenen anderen Parteien Mitglied waren.⁵

Für die süddeutsche Gruppe betonte Gerd Lobodda, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg und Mitbegründer der Initiative *Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (ASG), in einem Interview Mitte Juni 2004: »Unser Wille ist es, jenen enttäuschten Wählern eine Wahlalternative anzubieten, die das Sozialstaatsprinzip vertreten. Ob man dies nun ›links‹ nennt, ist eine Interpretationsfrage. [...] Ein Sozialstaat braucht einen ökonomisch vernünftigen Unterbau, und unser Prinzip ist es, die Gemeinwohlverpflichtung wieder in den Mittelpunkt der Politik [zu] stellen.«⁶ Auf die Nachfrage, ob die ASG auch für Bestrebungen offen stehe, die auf einen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf mit der Perspektive einer sozialistischen und später kommunistischen Gesellschaft orientieren, antwortete Lobodda: »Das ist nicht unsere Absicht. Wir wollen beispielsweise nichts mit der PDS zu tun haben. Wir wollen genau die Wähler gewinnen, die das Sozialstaatsprinzip vertreten. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als stünden wir auch für linkssektiererische Kreise offen.«⁷ Befragt nach dem Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen wie *attac*, betonte er allerdings, grundsätzlich gelte, dass eine Parteigründung langfristig nur Chancen habe, wenn sie aus einer gesellschaftlichen Bewegung entstünde.⁸

Hinsichtlich des *Wie* waren sich die Nord- und die Süddeutschen für die Startphase des Projekts ziemlich einig. Der Ansatz für die Bildung der dann WASG genannten sozialen Alternative sollte von der Bundesebene ausgehen und war (in der ersten Etappe) als Top-Down-Projekt konzipiert,

⁵ Vgl. ebenda, S. 197.

⁶ Gerd Lobodda. Aufstand gegen Schröders Sozialdemokratie: Wie »links« soll mögliche »Linkspartei« sein? (Interview mit Gerd Lobodda). In: *junge Welt*, 12./13.6.2004. – Ähnlich argumentierte ASG-Mitbegründer Thomas Händel in einem Interview im Januar 2005 auf die Frage »Was heißt links für Sie?«: »Eine Gesellschaft zu schaffen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, die seine freie Entfaltung fördert, die wirkliche Chancengleichheit herstellt, in der die Würde aller Menschen geachtet wird. Wenn heute derjenige, der für den Erhalt des Sozialstaates eintritt, schon als Betonkopf bezeichnet wird und der Sozialstaat etwas ganz Linkes und Verwerfliches ist, dann sind wir ein linkes Projekt.« (Hilfsbremsen sind wir nicht [Interview mit Thomas Händel]. In: *Freitag*, 21.1.2005.)

⁷ Gerd Lobodda. Aufstand gegen Schröders Sozialdemokratie, a.a.O.

⁸ Vgl. ebenda.

bis eine »kritische Masse« an relevanten Personen und Gruppierungen»⁹ gesammelt sei. Ralf Krämer notierte in diesem Sinne: »Die Organisation muss ausgehend von einem Zentrum stufenweise sich erweiternd erfolgen, indem Leute gezielt angesprochen werden und diese dann ebenso gezielt weitere ansprechen. So ist auch auf Länder- und regionaler Ebene zu verfahren.«¹⁰

Äußerungen von Klaus Ernst werden in der politikwissenschaftlichen Literatur vorwiegend so interpretiert, dass es ihm darum gegangen sei, »die WASG als Gewerkschaftspartei zu etablieren«¹¹ bzw. »eine straff geführte Sozialstaatspartei aufzubauen«.¹² In einem Interview sagte Klaus Ernst 2012 rückblickend dazu, dass er zunächst »einen Organisationskern aus aktiven Gewerkschaftern« aufbauen wollte: »Meine Idee war einfach. Die Gewerkschaften hatten eine flächendeckende Organisation: In jeder Region und in jeder Stadt gibt es damit mindestens ein, zwei vernünftige Leute, die dem [Anliegen der Initiative ASG – J.W.] aufgeschlossen gegenüberstehen sollten. Wenn man die zum Mitmachen überzeugt, dann hat

⁹ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, a.a.O., S. 200. – Auch Axel Troost erklärte rückblickend die WASG-Gründung zur »reinen Kopfgeburt«, zu einer »Gründung von oben«: »Die WASG war eine Kopfgründung.« (»Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht.« Gespräch mit Axel Troost. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann [Hrsg.]: Was war? A.a.O., S. 123 und 125).

¹⁰ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, a.a.O., S. 204.

¹¹ Marian Künzle: Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs?, Berlin 2012, S. 52. – Vgl. auch Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. In: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 169 und 177.

¹² Marian Künzle: Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs? A.a.O., S. 64/65. – Mitte Juli 2004 verkündete in diesem Geiste Klaus Ernst den Initiatoren der Berliner Wahlalternative, dass ein Landesverband erst gegründet werden dürfe, wenn es 1.000 bis 2.000 Mitglieder in Berlin gebe. Bis dahin werde die Berliner Wahlalternative von einem vom Bundesvorstand der WASG eingesetzten Landeskoordinator geleitet. Vgl. junge Welt, Berlin, 26.7.2004. – In einer Erklärung forderten Berliner WASG-Mitglieder darauf hin, mehr Demokratie zu wagen, und schrieben: »Mit der Ernennung eines Landesleiters orientiert sich der Bundesvorstand der Wahlalternative ohne Not an den autoritären Anteilen der deutschen Gewerkschaftstradition.« (Mehr Demokratie wagen! Erklärung zur Einsetzung eines Berliner Landeskoordinators durch den Bundesvorstand der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit [WASG]. In: ADS, Krämer – Alt-Sign. 2013-004-5).

man auf einen Schlag eine bundesweite Organisation. So war die Idee. Mit dem Aufruf wollten wir an die rankommen und erst dann, mit einer gewissen Schlagkraft, nach außen gehen.«¹³ Die süddeutsche Gruppe wollte also ihr gewerkschaftliches Netzwerk nutzen, um die neue Organisation flächendeckend zu etablieren.¹⁴

In der Praxis waren in der Anfangsphase des Aufbaus der neuen Organisation Gewerkschaftsfunktionäre, die vielfach als Regionalkoordinatoren tätig waren, die tragende Stütze.¹⁵ Gerd Lobodda berichtete ganz in diesem Sinne in dem schon erwähnten Interview, dass die ASG-Gründer dabei seien, ihre Initiative »auf stabile Beine« zu stellen: »Wir haben flächendeckend in allen Bundesländern Regionalgruppen gegründet und Sprecherkreise gewählt.«¹⁶ Der nächste Schritt würde am 3. Juli 2004 die Gründung eines Vereins sein, in dem sich die ASG und die *Wahlalternative* zusammenschließen.¹⁷

Nach den Vorstellungen von Ralf Krämer musste das oben skizzierte breite Bündnis ein Zentrum haben, das die grundlegenden Positionen und Herangehensweisen in besonderer Weise tragen und dafür sorgen sollte, dass sie sich durchsetzen. »Dieses Zentrum kann nur eine nichtsektierische (überwiegend in der alten BRD geprägte) Linke mit starker gewerkschaftlicher Verankerung und starken Verbindungen in linke Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszenen bilden, die nicht primär auf bestimmte politische Gruppen oder Parteien orientiert ist und die in den letzten Jahren und Jahrzehnten genügend gemeinsame Erfahrungen gemacht und bündnisfähige Positionen und Praxis entwickelt und alte Spaltungen hinreichend überwunden hat, um diese Rolle wahrzunehmen. Mit anderen Worten, im weiteren Sinne ›wir‹.«¹⁸

Krämer sah gute Gründe und Vorteile, die für einen von der Bundesebene ausgehenden organisatorischen Ansatz sprachen. Zum einen wür-

¹³ »Es gibt kein Zurück«. Gespräch mit Klaus Ernst. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 50 und 51.

¹⁴ Vgl. Rudolf Speth: Navigieren ohne Kompass. Strategiebildung in Parteien und NGOs, Düsseldorf 2006, S. 65.

¹⁵ Vgl. Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues, a.a.O., S. 176; Jonas Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009, Stuttgart 2013, S. 63; Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 84.

¹⁶ Gerd Lobodda. Aufstand gegen Schröders Sozialdemokratie, a.a.O.

¹⁷ Vgl. ebenda.

¹⁸ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, a.a.O., S. 195.

den die Politikfelder, an denen sich die Opposition kristallisiere, und vor allem die Kompetenzen, die für die Durchsetzung der Alternativkonzeptionen und Forderungen notwendig wären, ganz überwiegend auf der bundespolitischen Ebene, zum Teil auf europäischer und internationaler Ebene, liegen, auf die auch im Wesentlichen über die Bundesebene einzuwirken sei.¹⁹ Zum anderen bot nach seiner Auffassung der Top-Down-Prozess am ehesten die Gewähr dafür, eine »Chaotisierung oder Usurpation durch destruktive Kräfte« auszuschließen, die das Projekt »durch Abschreckung vieler Vernünftiger« ruinieren würden.²⁰ Es galt in diesem Prozess dafür zu sorgen, »dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden werden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszuzugrenzen«²¹.

Für die künftige organisationspolitische Ausrichtung konstatierte der Insider Helge Meves allerdings unterschiedliche Auffassungen: »Diese bewegen sich zwischen zentralistisch-personalisierten Konzepten der Politikvermittlung, die sich eher an tradierten Vorstellungen in der SPD und einem Teil der Gewerkschaften orientieren, und offen-beweglicheren Ansätzen.«²² Im Sinne letzterer sollte es nach den Auffassungen von Ralf Krämer bei der Wahlalternative nicht darum gehen, ein traditionelles »Parteilieben« mit regelmäßigen Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen usw. zu betreiben, »sondern zu bestimmten Zwecken und Aktivitäten die Leute und die der Wahlalternative assoziierten Organisationen mobilisieren zu können und sie ansonsten locker zusammenzuhalten«.²³ Dazu seien sie in Dateien zu erfassen und zu informieren. Es müsste ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich elektronisch oder persönlich auszutauschen. Die Wahlalternative müsste die dazu notwendige Infrastruktur organisieren und aktuell halten. Wie eine Organisationsstruktur gestaltet sein müsste, die das effektiv und demokratisch realisieren könnte, müsste unter Beachtung der Vorgaben des Parteiengesetzes und der Wahlgesetze noch diskutiert werden.²⁴

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 200.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 204.

²¹ Vgl. ebenda.

²² Helge Meves: Die Wahlalternative – Eine andere Politik ist möglich. In: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 29.

²³ Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, a.a.O., S. 203.

²⁴ Vgl. ebenda.

In eine derartige Richtung dachte auch Axel Troost. In einem Interview im Mai 2004 betonte er: »Wir wollen als Wahlalternative keine Partei alten Typs sein. Es wird vielmehr um eine Verbindung von sozialer Bewegung, außerparlamentarischer Opposition sowie Vertreterinnen und Vertretern in den Parlamenten angestrebt.«²⁵

Offensichtlich konnten sich in den Diskussionsprozessen, die der Gründung der WASG vorausgingen, und in der politischen Praxis jene Positionen durchsetzen, die auf eine breite (linke) Sammlungspartei orientierten.²⁶ In einer Antwort auf einen Offenen Brief von Klaus Ernst vom 16. Februar 2005, in dem der IG-Metall-Funktionär für den Aufbau einer »Sozialstaatspartei« warb,²⁷ schrieben die WASG-Gründungsmitglieder Hüseyin Aydin, Joachim Bischoff, Murat Çakır, Werner Dreibus, Thomas Händel, Sabine Lösing, Björn Radke und Axel Troost am 18. Februar 2005: »Den Gegensatz zwischen ›Sozialstaatspartei‹ und ›linker Sammlungsbewegung‹ gibt es in der politischen Realität nicht. Der Sozialstaat ist ein Projekt der Zivilisierung des Kapitalismus. Den Sozialstaat zu verteidigen, zu erneuern und auszubauen heißt eindeutig, Partei zu ergreifen gegen die ›Ökonomisierung‹ aller gesellschaftlichen Lebensbereiche. Welche Meinungsumfragen auch immer herangezogen werden: Dieser Sozialstaat wird von der Mehrheit der Bevölkerung als ›linkes Projekt‹ wahrgenommen und als solches positiv bewertet. Eine politische Sammlungsbewegung zu schaffen, die sich die Bewahrung der historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zum Ziel setzt, ist die Aufgabe aller in der ASG.«²⁸

²⁵ »Wir wollen keine Partei alten Typs sein.« Axel Troost über das Projekt Wahlalternative, den DGB, schlechte Erfahrungen mit den Grünen und die Systemfrage. In: neues-deutschland.de, 1.5.2004. URL: www.neues-deutschland.de/artikel/52448.wir-wollen-keine-partei-alten-typs-sein.html (abgerufen am 10.2.2016).

²⁶ Vgl. Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues, a.a.O., S. 177.

²⁷ Klaus Ernst warnte in diesem Brief zum künftigen Profil der ASG davor, die Organisation zu einem »Zusammenschluss von marginalisierten linken Splittergruppen« zu machen und schrieb, dass »die Einbeziehung des äußerst linken Spektrums« notwendige Mitglieder und Wähler verprelle und Aktive zum Rückzug veranlasse. Das Ende der Sammlungsbewegung sei nahe, »wenn ihr viele, und besonders viele Gewerkschafter, nicht beitreten wollen, weil sie sehen, dass sich bei der ASG Splitter- und politische Randgruppen breit machen«. Ernst drohte mit seinem Rückzug, wenn sich die WASG nicht von »Sektenkriegern« verabschieden sollte. Denn dann würde für ihn »der alte Indianerspruch« gelten: »Wenn du auf einem toten Pferd reitest, steig ab.« ([Offener Brief von Klaus Ernst an den Vorstand der ASG, Schweinfurt, 16.2.2005]. In: WASG-Archiv Fürth.)

²⁸ Zit. in: Helge Meves: Die Wahlalternative, a.a.O., S. 29/30.

Zur Organisationsfrage als Satzungsfrage

In der Praxis sollte sich zeigen, dass die Gründung der Organisation als Top-Down-Projekt, bei dem die Initiatoren aus den oben genannten guten Gründen alle Fäden in der Hand behalten wollten, ziemlich schnell in ein starkes Spannungsverhältnis zur Entwicklung der innerorganisatorischen Demokratie und einer sehr selbstbewussten Parteibasis geriet. Mit der Wahl von Vorständen in den Ländern entwickelten die Landesorganisationen rasch eine eigene Autonomie,²⁹ und die Mitglieder meldeten verstärkt Partizipationsansprüche an.³⁰ Das neue Projekt entfaltete ein Eigenleben, das in besonderem Maße in den Debatten zu Satzungsfragen sowohl des WASG-Vereins als auch der WASG-Partei deutlich wurde.

(1) *Zur Entwicklung der Satzung des Vereins WASG:* Die auf der Gründungsversammlung des WASG-Vereins am 3. Juli 2004 in Berlin beschlossene Satzung, die dann auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der WASG am 20./21. November 2004 in Nürnberg mit deutlicher Mehrheit bestätigt wurde, definierte in Paragraph 6 als Organe des Vereins den Bundesvorstand, den Länderrat, die Landesmitgliederversammlungen, die Landesvorstände und die Bundesdelegiertenkonferenz. Der Bundesvorstand bestand nach Paragraph 7 aus vier Geschäftsführenden und zehn weiteren Vorstandsmitgliedern, der Geschäftsführende Vorstand aus vier gleichberechtigten Sprecher*innen. Durch jeweils zwei Geschäftsführende Vorstandsmitglieder gemeinsam wurde der Verein im Sinne des Paragraphen 26 BGB nach innen und nach außen vertreten. Dem Vorstand oblag die Leitung des Vereins und die Führung seiner Geschäfte sowie nach Paragraph 3 die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder. Nach Paragraph 9 setzte der Bundesvorstand (bis zur Wahl durch Landesmitgliederversammlungen) kommissarisch die Landesleitungen ein.³¹

Auf der BDK 2004 in Nürnberg wurde auf Antrag des Bundesvorstandes der bisherige Paragraph 8, der Zusammensetzung und Befugnisse des Länderrates regelte, gestrichen und durch eine Neuformulierung ersetzt, die den Länderrat aufwertete.³² Danach war der Länderrat das oberste be-

²⁹ Vgl. Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues, a.a.O., S. 177.

³⁰ Vgl. Rudolf Speth: Navigieren ohne Kompass, a.a.O., S. 74.

³¹ Vgl. Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit: Satzung. In: ADS, Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 003.

³² Der Länderrat bestand nach der im Juli 2004 beschlossenen Fassung aus dem Bundesvorstand sowie mindestens weiteren 16 Personen. Im Länderrat sollte je-

schlussfassende Gremium zwischen den Bundesdelegiertenkonferenzen, das die Richtlinien der Politik zwischen den BDKs beschloss und sich mit allen Angelegenheiten befasste, die die BDK an ihn delegierte. Dem Länderrat gehörten die Mitglieder des Bundesvorstandes, je zwei Delegierte pro Landesverband (davon ein Mitglied des Landesvorstandes) und weitere Delegierte aus den Landesverbänden nach einem Mitgliederschlüssel an. Der Länderrat sollte in der Regel zweimal jährlich tagen. Seine Amtszeit betrug ein Jahr.³³

Die Rechte der Bundesdelegiertenkonferenz wurden erst im Paragraphen 10 und damit nachrangig behandelt. Die BDK, die mindestens einmal jährlich stattfinden sollte, wählte den Bundesvorstand für die Dauer von einem Jahr.³⁴ Sie hatte den Jahresbericht des Vorstandes entgegenzunehmen, die Revisoren zu benennen und über die Entlastung des Vorstandes zu entscheiden. Sie konnte Richtlinien zur weiteren Tätigkeit des Vereins beschließen und Beschlüsse über die Satzung und über die Auflösung des Vereins fassen.³⁵

Nach Paragraph 12 konnten Bundes- und Landesvorstände Gruppen- und themenbezogene Arbeitsgemeinschaften bzw. Beiräte bilden. Vereinsmitglieder konnten nach Paragraph 11 hingegen lediglich lokale und regionale Gruppen bilden, die sich an den Grenzen der Gebietskörperschaften orientierten und der Zustimmung des jeweiligen Landesvorstandes bedurften. Paragraph 15 regelte die Parteigründung: Nach entsprechender Beschlussfassung durch die BDK war in einer Urabstimmung unter den Mitgliedern darüber zu entscheiden, ob die angestrebte Parteigründung vollzogen wurde oder nicht. Für die Parteigründung war die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zum entsprechenden Antrag erforderlich.³⁶

des Bundesland mit mindestens einem Mitglied vertreten sein. Der Länderrat konnte – mit einfacher Mehrheit – zu allen Fragen der Vereinsführung Beschlüsse fassen, die im Binnenverhältnis für den Vorstand bindend waren, sofern sie nicht gegen Gesetz oder Satzung verstießen.

³³ Vgl. Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz am 20./21. November 2004 in Nürnberg. Bereich VI – Vereinssatzung. In: ADS, WASG – 003.

³⁴ Der erste Bundesvorstand der WASG wurde durch die Gründungsversammlung für ein halbes Jahr gewählt. Seine Amtszeit endete mit der ersten BDK.

³⁵ Vgl. Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit: Satzung, a.a.O.

³⁶ Vgl. ebenda.

Der Politikwissenschaftler Marian Künzel schreibt, dass die Vereinssatzung durch Regelungen zur Einsetzung von zunächst nicht gewählten regionalen Koordinatoren (kommissarischen Landesleitungen) und mittels der Steuerung durch den Länderrat »die hierarchischen Vorstellungen der Gewerkschafter« belege: »Die beschlossenen Satzungsrichtlinien erscheinen für die Einbindung von Aktivisten sozialer Bewegungen nicht geeignet.«³⁷ Gleichwohl kam es nach der Gründung des WASG-Vereins zur Integration von Mitgliedern anderer linker Organisationen.³⁸

Gegen die von den Gründungsvätern und -müttern favorisierte Vorgehensweise regte sich bald Widerstand. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der WASG am 20./21. November 2004 in Nürnberg brachte der Landesverband Nordrhein-Westfalen einen Antrag »Willensbildung von unten nach oben« ein, in dem gefordert wurde, baldmöglichst in der Bundessatzung explizit zu erwähnen, »dass innerhalb des Vereins die Willensbildung von unten nach oben verläuft«.³⁹ In diesem Sinne seien die Regionalgruppen die erste Ebene der Willensbildung.⁴⁰

Andere Änderungsanträge zielten sowohl auf eine Öffnung des WASG-Vereins für Aktivisten sozialer Bewegungen als auch auf die Verlagerung von Entscheidungen von der Bundes- auf die Landes- oder Regional-Ebene und auf eine Stärkung der Basisdemokratie. In einem alternativen Satzungsentwurf des Regionalverbandes Main/Rhön, der sich auf der BDK in Nürnberg 2004 nicht durchsetzen konnte, hieß es: »Der Verein wird sich um Zusammenarbeit mit anderen Vereinen, Verbänden, Initiativen, Bewegungen und Projekten bemühen, soweit dies dem vorgenannten Vereinszweck entspricht. Diese Zusammenarbeit soll auch Mitwirkungsrechte beinhalten. Über den Umfang der Mitwirkungsrechte entscheiden die Landesmitgliederversammlungen.«⁴¹ Die Antragsteller wollten zudem den Bundesvorstand explizit an die Beschlüsse der BDK binden und – wie die Autoren weiterer Anträge – die Entscheidung über die Aufnahme eines neuen Mit-

³⁷ Marian Künzel: Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs? A.a.O., S. 80/81.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 80.

³⁹ Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz am 20./21. November 2004 in Nürnberg. Bereich VI – Vereins-satzung. In: ADS, WASG – 003.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Vgl. ebenda.

glieds nicht dem Bundesvorstand überlassen, sondern in die Hand des Vorstands der jeweiligen regionalen Untergliederung legen.⁴²

Und in der Begründung eines Antrags der Landesmitgliederversammlung Hessen wurde gefordert, dass sich der allseits beteuerte Wille, keine Partei »alten Stils« sein zu wollen, in den satzungsmäßig festgelegten Strukturen von Anfang an klar ausdrücken müsse. Die Vorstände aller Ebenen müssten sich an die Rolle ausführender Organe gewöhnen. Kritisiert wurde, dass die im Juli 2004 beschlossene Satzung den Vorständen das Privileg der vorgefertigten programmatischen Initiative gebe. Die grundlegende »Gesetzgebung«, das Programm und die Erteilung strategischer Aufträge müsse jedoch der Mitgliedschaft insgesamt und ihren direkt gewählten Delegierten obliegen.⁴³

(2) *Zur Entwicklung der Satzung der Partei WASG:* Auf der BDK der WASG im November 2004 in Nürnberg ging es nicht nur um die Satzung des WASG-Vereins, sondern auch bereits um die Satzung der WASG-Partei. Auch hier wurden von einer Minderheit der Delegierten stärkere basisdemokratische Elemente eingefordert. Während der Antrag des Bundesvorstandes vorsah, dass der Bundesvorstand auf der Grundlage der bisher aus den Landesverbänden vorliegenden Gestaltungsvorschläge und Anträge zur BDK einen ersten Entwurf für eine Parteisatzung erarbeiten sollte, verlangten andere Anträge die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die mit jeweils einer Person von Bundesvorstand und jedem Bundesland paritätisch zu besetzen sei. Das Protokoll der BDK im November 2004 in Nürnberg vermerkt allerdings, dass der Antrag des Bundesvorstandes zur Erarbeitung der Parteisatzung »bei wenigen Gegenstimmen mit deutlicher Mehrheit angenommen« wurde.⁴⁴

In verschiedenen Anträgen zu diesem Tagesordnungspunkt ging es zudem nicht mehr nur um die Frage, wie die Parteisatzung zu erarbeiten sei, sondern bereits um konkrete Inhalte. Die Regionalgruppe Heidelberg verlangte beispielsweise: »Es soll von Anfang an in der zu gründenden Partei an basisdemokratischen Instrumenten und Strukturen gearbeitet werden, die Transparenz und die Rückbindung der Delegierten an die innerparteiliche Basis in den Orts- und Regionalgruppen gewährleisten. Die den Mitgliedern der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit aus ande-

⁴² Vgl. ebenda.

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Vgl. 1. Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg, 20. und 21. November 2004. Protokoll des Präsidiums. In: ADS, WASG – 003.

ren Parteien und Organisationen bekannten Strukturen sollen nicht vorbehalt- und kritiklos auf die neue Partei übertragen werden, sondern im gemeinsamen Diskurs frei verhandelt werden.«⁴⁵ Die Regionalgruppe Ennepe-Ruhr/Witten warnte: »Die WASG wird ihre Basis genauso schnell verlieren, wie sie sie gewonnen hat, wenn sie sich nicht hinsichtlich der inneren Demokratie deutlich und wohltuend von den etablierten Parteien und Gewerkschaften unterscheidet.«⁴⁶

Die Gründungsversammlung der Partei WASG am 22. Januar 2005 in Göttingen beschloss mit 48 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen die Satzung der Partei und mit 51 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung eine Übergangsregelung zu dieser Satzung.⁴⁷ Nach Paragraph 3 der Übergangsregelung konnte der Gründungsvorstand der WASG kommissarische Landesvorstände der Partei ernennen. Nach Paragraph 6 hatte er unter Beteiligung der zuständigen Landesvorstände bis zum 1. Parteitag die Aufnahme von Mitgliedern vorzunehmen. Die Übergangsregelung bestimmte zudem in Paragraph 9, dass die Regelungen der Parteisatzung zur Ämterhäufung und zur Trennung von Amt und Mandat erst ab dem ordentlichen Parteitag im Jahre 2007 gelten sollten.⁴⁸

Dem Bundesparteitag der WASG im Mai 2005 in Dortmund lagen über 600 Anträge zur Satzung vor. Da absehbar war, dass diese nicht alle auf dem Parteikonvent behandelt werden konnten, entschloss sich die Antragskommission, zunächst diejenigen Anträge zur Abstimmung zu stellen, die sich auf die Wahlen, auf rechtlich notwendige Satzungsänderungen und auf einige zentrale Themenbereiche bezogen. Der Parteitag beschloss, eine Satzungskommission zu bilden. Ihr wurden alle nicht behandelten Satzungsan-

⁴⁵ Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz am 20./21. November 2004 in Nürnberg. Bereich II – Parteisatzung. In: ADS, WASG – 003.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) am 22. Januar 2005 in Göttingen. In: ADS, WASG – 006, Bl. 002.

⁴⁸ Vgl. Übergangsregelung zur Satzung der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative. In: ADS, WASG – 006, Bl. 013.

träge (außer Beitrags- und Finanzordnung)⁴⁹ zur Behandlung überwiesen.⁵⁰ Zu den Satzungsänderungen, die die Delegierten in Dortmund beschlossen, gehörte eine Regelung, die eine Doppelmitgliedschaft in der WASG und anderen politischen Parteien (mit Ausnahme rechtsradikaler Parteien) für eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2005 möglich machte.⁵¹ Diese Regelung sollte jenen, die noch zögern, ihre alte Organisation zu verlassen, den Weg in die WASG ebnen.⁵²

Die in Göttingen beschlossene WASG-Satzung sah nach Paragraph 3 vor, dass derjenige, der einer Organisation angehört, deren Ziele im Widerspruch zu den Zielen der WASG stehen, nicht Mitglied der Partei werden könne: »Die Feststellung der Unvereinbarkeit«, legte die Satzung fest, »trifft der Bundesvorstand im Einvernehmen mit dem Länderrat.«⁵³ In Dortmund schleiften die Delegierten im Sinne der Basisdemokratie diese Befugnis des Bundesvorstandes und beschlossen: »Die Feststellung der Unvereinbarkeit trifft der Parteitag. Wenn der Parteitag nicht in angemessener Frist entscheiden kann, trifft diese Feststellung der Bundesvorstand im Einvernehmen mit dem Länderrat. Eine solche Feststellung ist dann auf dem nächsten Parteitag zur Abstimmung vorzulegen.«⁵⁴

⁴⁹ Alle Anträge zur Beitrags- und Finanzordnung wurden an den Bundesfinanzrat zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Vgl. [WASG-]Bundesparteitag vom 6. bis 8. Mai 2005 in Dortmund. Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge. In: ADS, WASG – 007 e.

⁵⁰ Vgl. ebenda.

⁵¹ Vgl. ebenda. – Auf dem WASG-Parteitag im April 2006 in Ludwigshafen wurde diese Übergangsfrist auf Antrag des Bundesvorstandes, der damit vielen entsprechenden Anträgen aus der Parteibasis entgegenkam, bis zum 31. Dezember 2007 verlängert. Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006); WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 2: Satzung, Antrag S 01-282. In: ADS, WASG – 019.

⁵² So sinngemäß die Begründung des Antrags der Bezirksgruppe Berlin-Neukölln der WASG zur Zulassung von Doppelmitgliedschaften. Vgl. Anträge zum Bundesparteitag [der WASG] vom 6. bis 8. Mai [2005] in Dortmund. Block II – Anträge zur Satzung (S), Anträge zur Beitrags- und Kassenordnung (SB), Anträge zur Übergangsregelung (SÜ), Antrag zur Wahlordnung, [Antrag] Nr.: S 03 – 244. In: ADS, WASG – 008.

⁵³ Satzung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) [beschlossen am 22. Januar 2005 in Göttingen]. In: ADS, WASG – 006, Bl. 006.

⁵⁴ [WASG-]Bundesparteitag vom 6. bis 8. Mai 2005 in Dortmund. Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge, a.a.O.

Auf dem Parteitag der WASG im April 2006 in Ludwigshafen wurden erneut Satzungsfragen behandelt. Es ging wiederum um die Frage der Doppelmitgliedschaften, um die Trennung von Amt und Mandat, um die Vermeidung der Ämterhäufung, um Minderheitenrechte und um die Zusammensetzung und die Befugnisse des Länderrates.⁵⁵ Im Länderrat behielt nur der Geschäftsführende Bundesvorstand sein Stimmrecht. Die anderen Mitglieder des Bundesvorstandes verloren ihr Stimmrecht. Durch die Herabsetzung der erforderlichen Mitgliederzahl für die über die Grundmandate hinausgehenden Sitze im Länderrat von 1.000 auf 250 Mitglieder waren vor allem die mitgliederstarken Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen in diesem Gremium stärker vertreten als bisher. Im Ergebnis wurde damit die Stellung des Bundesvorstandes im Länderrat geschwächt und die Stellung der Vertreter aus den Ländern gestärkt. Insgesamt liefen also die innerparteilichen Debatten den Bestrebungen der Gründerväter und -mütter der WASG, durch eine straffe Organisation und durch die Konzentration möglichst vieler Befugnisse beim Bundesvorstand das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, schrittweise entgegen und auf eine Stärkung der Eigenständigkeit der Landes-, Regional- und Ortsorganisationen im Sinne der Basisdemokratie hinaus.

Aufbau und Struktur der Partei WASG wiesen kaum signifikante Unterschiede zu den etablierten bundesrepublikanischen Parteien auf. Die WASG, die im gesamten Bundesgebiet aktiv war, gliederte sich in Landesverbände und diese in Kreis- und Ortsverbände. Höchstes Beschlussfassendes Gremium der Partei war laut Satzung der Bundesparteitag, dem die Wahl des Geschäftsführenden und des Erweiterten Bundesvorstandes und die Wahl der Mitglieder des Bundesschiedsgerichts oblag. Der Bundesparteitag konnte auch über die Auflösung der WASG oder über die Verschmelzung der WASG mit einer anderen Partei entscheiden.⁵⁶

Im Unterschied zu den Bundestagsparteien bestand die Führungsspitze der WASG nicht aus einem oder aus zwei (gleichberechtigten) Vorsitzenden, sondern aus vier Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, zu denen auch der Schatzmeister bzw. die Schatzmeisterin der Partei gehörte.

⁵⁵ Vgl. Protokoll BPT Ludwigshafen, 29./30. April 2006 (überarbeitete Fassung, 17. Mai 2006); WASG-Parteitag, 29./30. April 2006. Antragsblock 2: Satzung. In: ADS, WASG – 019.

⁵⁶ Vgl. Satzung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) [beschlossen am 22. Januar 2005 in Göttingen], a.a.O., Bl. 006 und 007.

Insgesamt setzte sich der Bundesvorstand aus 16 Mitgliedern zusammen. Zu seinen Aufgaben gehörten insbesondere die laufende Geschäftsführung der Partei und ihre Darstellung in der Öffentlichkeit, die Vorbereitung und Einberufung von Parteitag, die Koordinierung der politischen Ausrichtung, der Programmarbeit bzw. der politischen Sacharbeit und die Vorbereitung von Wahlen.⁵⁷

Als oberstes Beschluss fassendes Gremium der WASG zwischen den Parteitagen fungierte der Länderrat, der über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagen zu beschließen hatte.⁵⁸ Dem Länderrat gehörten (nach der geänderten Satzung vom 30. April 2006) erstens die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes (mit Stimmrecht) und zweitens je zwei Delegierte pro Landesverband (als Grundmandate) sowie weitere Delegierte der Landesverbände in Abhängigkeit von deren jeweiliger Mitgliederzahl an. Der Länderrat sollte zwischen den Parteitagen in der Regel halbjährlich tagen. An seinen Sitzungen nahmen die Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes mit beratender Stimme teil. Die Amtszeit der Mitglieder des Länderrates betrug maximal zwei Jahre.⁵⁹

Weitere Gremien der WASG auf Bundesebene waren das Bundesschiedsgericht und der Bundesfinanzrat. Der Bundesfinanzrat setzte sich aus dem Bundesschatzmeister und den Landesschatzmeistern zusammen und sollte die Partei in allen Finanzfragen beraten. Er trat in der Regel halbjährlich zusammen.⁶⁰ Das fünfköpfige Bundesschiedsgericht hatte auf Antrag vor allem über Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, über Auseinandersetzungen zwischen der Bundesparteebene und Gebietsverbänden, über Auseinandersetzungen zwischen Landesverbän-

⁵⁷ Vgl. ebenda, Bl. 007.

⁵⁸ Vgl. ebenda, Bl. 008.

⁵⁹ Vgl. Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Satzung [in der Fassung vom 30. April 2006]. In: ADS, WASG – 069 e. – Nach der auf der Gründungsversammlung der WASG am 22. Januar 2005 in Göttingen beschlossenen Fassung der Satzung gehörten dem Länderrat erstens die Mitglieder des Bundesvorstandes und zweitens je zwei Delegierte pro Landesverband (als Grundmandate) an. Je 1.000 Mitglieder stand einem Landesverband ein weiteres Mandat im Länderrat zu. Der Länderrat sollte zwischen den Parteitagen in der Regel dreimal jährlich tagen. Seine Amtszeit betrug zwei Jahre. Vgl. Satzung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) [beschlossen am 22. Januar 2005 in Göttingen], a.a.O., Bl. 008.

⁶⁰ Vgl. Satzung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) [beschlossen am 22. Januar 2005 in Göttingen], a.a.O., Bl. 008.

den, über die Anfechtung von Wahlen und Entscheidungen der Bundesorgane, über Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder aus unterschiedlichen Landesverbänden, über Ordnungsmaßnahmen gegen Organe auf Bundesebene sowie über die Auflösung von Landesverbänden zu entscheiden. Das Bundesschiedsgericht hatte zudem bei Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der Satzung und von nachrangigen Ordnungen wie Wahlordnungen, Finanzordnungen und Geschäftsordnungen zu urteilen, die Wahlen, Organisations- und Verfahrensfragen betrafen.⁶¹

Zentraler organisatorischer Knotenpunkt der WASG war die Bundesgeschäftsstelle in Fürth, die im April 2004 zunächst als Organisationsraum der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit eröffnet wurde. Von hier wurden Parteitage und Gremiensitzungen organisiert und Hotelzimmer gebucht. Hier wurden die Buchhaltung der Parteigliederungen zusammengeführt und die Finanzen der Gesamtorganisation verwaltet, Publikationen gestaltet und technisch abgewickelt und der Datenaustausch zwischen der Bundes- und der Länderebene organisiert.⁶² Hier wurden per Datenbank die Mitgliederkarteien geführt und die Parteibeiträge registriert. Die unterschiedliche Zahlungsmoral der Mitglieder erforderte zudem den Aufbau eines Mahnwesens. Als die erste Abkürzung »ASG« aus urheberrechtlichen Gründen in »WASG« geändert werden musste, bedurfte es eines neuen Logos und neuen Briefpapiers mit dem geänderten Kopf usw. Im Rennen der Parteigründung waren praktisch die Pferde zu wechseln – eine Meisterleistung der Bundesgeschäftsstelle.

Spätestens nachdem das private Fax-Gerät als erste Anlaufadresse wegen Überlastung qualmend seinen Geist aufgegeben hatte, war den Gründern der neuen Organisation klar geworden, dass es einer professionell geführten Geschäftsstelle bedurfte, um die überhandnehmenden organisatorisch-technischen Aufgaben zu bewältigen. »Am Anfang hatten wir gar keine Struktur«, erinnerte sich Anny Heike, die einzige Frau unter den ASG-Gründern, »da hieß es Mitglieder eintippen, dann mussten wir als ASG einen Verein gründen, um Geld, das uns per Briefumschlag zugeschickt wurde, zu verwalten. Es mussten Telefonate geführt werden, Sitzungen

⁶¹ Vgl. Schiedsordnung [der WASG, beschlossen als Bestandteil der Satzung der WASG auf der Gründungsversammlung der Partei am 22. Januar 2005 in Göttingen]. In: ADS, WASG – 006, Bl. 010.

⁶² Vgl. Bundesgeschäftsstelle der WASG. In: WASG-Archiv Fürth.

einberufen werden. Das alles am Laufen zu halten, war im Prinzip meine Aufgabe.«⁶³

Die Organisationserfahrung einer gestandenen Gewerkschaftsfunktionärin war dabei das Plus von Anny Heike, die sich zunächst bei verschiedenen Frauenprojekten in Fürth engagierte, lange Sprecherin des Fürther Friedenskomitees war und für die damalige ÖTV ehrenamtlich Gewerkschaftsarbeit machte, ehe sie hauptamtlich zur IG Metall Fürth ging. Und trotzdem war viel Improvisation erforderlich, um die neue Organisation zu managen. Nach der üblichen Arbeitszeit waren Sitzungen vorzubereiten, Telefonkonferenzen durchzuführen und Interviews zu planen. Ein Kollege übernahm ehrenamtlich die Pressearbeit, »sonst hätten allein die Anfragen die Arbeit in unserem Büro lahmgelegt«.⁶⁴ Ohne Gisela Kessler, der ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der IG Druck und Papier, die sich mit ihrer überragenden Organisationserfahrung schon in den ersten Monaten für die Leitung der Geschäftsstelle zur Verfügung stellte, wäre der stürmische Prozess aber nicht zu bewältigen gewesen.

Eine besondere logistische Herausforderung stellten die Vorbereitung und Durchführung der Parteitage und insbesondere der Bundesdelegiertenkonferenz der WASG im November 2004 in Nürnberg dar. Es musste an so viel gedacht werden, sagte Anny Heike rückblickend in einem Interview: »Vom Raum bis zur Lautsprecheranlage, die musste so gut sein, dass Frauen nicht hysterisch rüberkamen, wenn sie mal lauter redeten. Du brauchst ein Präsidium, du brauchst Leute, die vor Ort helfen. Antragskommission, Mandatsprüfung, Stimmkarten, alles musste geklärt werden. Dann musste es auch was zu Essen und zu Trinken geben, viele von denen, die kamen, hatten ja nicht viel Geld.«⁶⁵ Die Nürnberger und die Fürther Kollegen und Freunde hätten sich um das Essen gekümmert. Sie brachten Suppe und Kuchen. Das habe es dann für 50 Cents gegeben. »Es gab Spenden von Bäckereien, Privatpersonen und Freunden.«⁶⁶ Getränke mussten herbeigeschafft, Übernachtungen geklärt, mit Hotels Preisverhandlungen geführt, Privatübernachtungen organisiert, Fahrkostenabrechnungen erstellt werden. Es galt nicht zuletzt eine Parteifarbe zu finden, die politisch noch nicht

⁶³ »Es war eine Familie, weil wir alle dasselbe wollten«. Gespräch mit Anny Heike. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 111.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda, S. 111f.

⁶⁶ Ebenda, S. 112.

besetzt war und mit der die neue Organisation über die Medien identifiziert werden konnte. Man habe sich für Orange, eine sehr beruhigende und warme Farbe, entschieden, das zum damaligen Zeitpunkt noch niemand hatte. Der Mann einer Freundin, ein Messebauer, erstellte eine entsprechende Bühnen-Dekoration, die sowohl auf der BDK in Nürnberg, als auch vom ersten bis zum letzten Parteitag der WASG benutzt wurde.⁶⁷

Schon diese erste Tagung in Nürnberg sei eine denkwürdige Veranstaltung gewesen. »Es gab kein Buch, in dem wir das nachlesen konnten. Später habe ich dann eine Checkliste gehabt, am Anfang natürlich nicht. Und ohne die Erfahrung aus der Gewerkschaftsarbeit hätte ich das nie machen können. Die erste Tagung habe ich auch noch fast allein organisiert, dann hatten wir ein Team.«⁶⁸ Während sich die Männer in den Medien vorge-drängt hätten, habe sie sich an die Organisation gemacht. »Und«, so Anny Heike, »ich habe so viel Selbstbewusstsein, zu sagen, ohne die Organisation hätte es die Partei nicht gegeben.«⁶⁹

Ende 2005 wurde das Berliner Büro der WASG eröffnet, um nach der erfolgreichen Bundestagswahl die Partei auch in der Hauptstadt handlungsfähiger zu machen und den Austausch zwischen Partei und Bundestagsfraktion vor Ort zu unterstützen. In diesem Büro wurde die tägliche Presseschau der WASG erstellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin unterstützten die Arbeit des Bundesvorstandes und des Bundesschiedsgerichts und standen bei allen Fragen rund um die Koordination der Bundes- und Länderebene helfend zur Seite. Anfragen und E-Mails an die Bundes-WASG wurden von hier aus beantwortet bzw. weitergeleitet. Auch das Sekretariat des Bundesschiedsgerichts befand sich am Berliner Standort.⁷⁰

Die Mitgliederentwicklung der WASG

Im ersten halben Jahr nach der Parteigründung in der zweiten Januar-Hälfte 2005 stieg die Mitgliederzahl der WASG stark an. Doch schon im Spätsommer des Jahres war die Entwicklungsdynamik der WASG als Mitgliederpartei aufgebraucht. Von der Zeit nach der Bundestagswahl 2005 bis zum Frühjahr 2007 stagnierten die Werte zwischen 11.000 und 12.000 Mitglie-

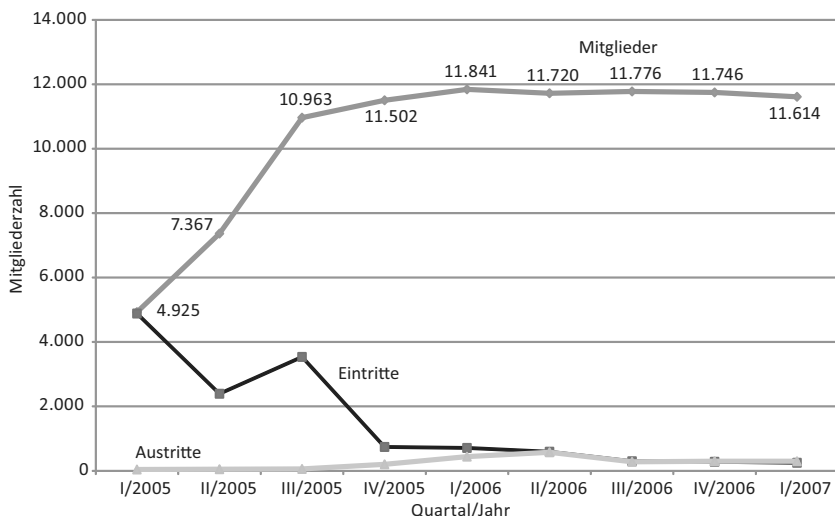
⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 112f.

⁶⁸ Ebenda, S. 112.

⁶⁹ Ebenda, S. 114.

⁷⁰ Vgl. Bundesgeschäftsstelle der WASG. In: WASG-Archiv Fürth.

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der WASG im Bundesgebiet



Stand: 20.3.2007. Quelle: ADS, WASG – 071 e. – Die von der WASG für Ende 2006 mit 11.746 angegebene Mitgliederzahl der Partei musste nachträglich im September 2007 auf 8.944 Mitglieder nach unten korrigiert werden. Vgl. www.die-linke.de/index.php?id=55&no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=9&tx_ttnews%5Btt_news%5D=629 (abgerufen am 1.5.2015). Das legt den Schluss nahe, dass wahrscheinlich auch die anderen in der Grafik enthaltenen Mitgliederzahlen, die von der WASG angegeben worden waren, überhöht sind. Schlussendlich wäre die Mitgliederzahl der WASG im Zeitraum von Herbst 2005 bis Frühjahr 2007 auf Werte zwischen 8.000 und 10.000 Mitglieder anzusetzen.

dern, und Eintritte und Austritte hielten sich auf relativ niedrigem Niveau die Waage (siehe Abbildung 1).

Die mitgliederstärksten Landesverbände waren diejenigen in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und in Bayern. Die WASG hatte 86% ihrer Mitglieder in Westdeutschland und nur 14% in Ostdeutschland (einschließlich Berlin). Betrachtet man wegen der Spezifik Berlins als West-Ost-Stadt bzw. -Land nur die fünf ostdeutschen Flächenländer, dann fällt der Unterschied zu den alten Bundesländern noch gravierender aus: In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen waren lediglich gut 7% der WASG-Mitglieder beheimatet (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung der WASG nach Bundesländern¹

Bundesland	Anzahl der Mitglieder		
	per 31.12.2005	per 9.11.2006	per 20.3.2007
Baden-Württemberg	1.246	1.330	1.314
Bayern	1.220	1.172	1.146
Berlin	803	849	840
Brandenburg	186	199	195
Bremen	178	216	212
Hamburg	424	421	407
Hessen	1.053	1.190	1.037
Mecklenburg-Vorpommern	127	125	107
Niedersachsen	1.239	1.190	1.150
Nordrhein-Westfalen	3.031	3.009	2.916
Rheinland-Pfalz	690	771	749
Saarland	541	616	644
Sachsen	266	257	267
Sachsen-Anhalt	150	141	127
Schleswig-Holstein	360	368	344
Thüringen	133	145	142
bundesunmittelbar u.ä.	–	–	17
gesamt	11.647	11.999	11.614
davon West	9.982	10.283	9.919
bzw. Ost	1.665	1.716	1.678
West (in %)	86	86	86
Ost (in %)	14	14	14

¹ Vgl. ADS, WASG – 035 e und 071 e. – Die Gesamt-Mitgliederzahl, die von der Bundesgeschäftsstelle der WASG für die Zusammensetzung nach Bundesländern zum 20. März 2007 ermittelt worden war, differiert zur Gesamt-Mitgliederzahl, die sie für die Zusammensetzung der WASG nach Altersgruppen zum gleichen Zeitpunkt ausgewiesen hatte.

Aufgrund ihrer geringen zahlenmäßigen Stärke spielten die WASG-Landesverbände in Ostdeutschland im WASG-Gesamtverband nur eine untergeordnete Rolle, wurde ihnen »keine besondere Bedeutung« eingeräumt, wie Steffen Hultsch, der Sprecher des Brandenburgischen WASG-Landesverbandes, in seinen Erinnerungen beklagt. Auf zentraler Ebene sei »kaum zur Kenntnis genommen« worden, dass es »auch im Osten eine WASG gab«. Das »Übersehen« der Ost-Landesverbände war »aus unserer Sicht äußerst

kontraproduktiv«, da es gerade in den ostdeutschen Flächenländern »einer besonderen Betonung der eigenen Zielvorstellungen gegenüber der PDS« bedurft hätte. Unterstützung und Anleitung durch den Bundesvorstand hätten diese Landesverbände »kaum erfahren«, moniert Hultsch.⁷¹ Auch aus diesem Blickwinkel war die WASG eher ein West-Projekt als ein gesamtdeutsches Ereignis.

Während die Mitgliederentwicklung der WASG seit dem Herbst 2005 stagnierte, strahlte im Unterschied dazu die Perspektive einer neuen gesamtdeutschen linken Partei auf die Wählerinnen und Wähler großen Charme aus. Das äußerte sich in guten Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005 und zumeist bei jenen nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, bei denen beide politische Formationen gemeinsam antraten. Als der Verschmelzungsprozess von WASG und LP.PDS zur Partei DIE LINKE im Juni 2007 vollzogen worden war, konnte sich die neue Partei auch über einen Zustrom neuer Mitglieder freuen. Allein in den ersten drei Tagen nach der Gründung am 16. Juni 2007 gingen rund 1.500 Anträge auf Mitgliedschaft ein, darunter 800 in der Berliner Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus.⁷²

Zur Mitgliederstruktur der WASG

Soziologisch gesehen war die WASG das Projekt einer Generation. Das typische WASG-Mitglied war männlich, hatte einen linkssozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Hintergrund, war in den westdeutschen Bundesländern beheimatet und zwischen 41 und 60 Jahre alt. Starkes Indiz dafür war die Zusammensetzung des im Mai 2005 gewählten ersten Erweiterten Bundesvorstandes der WASG, von dessen 16 Mitgliedern zehn haupt- oder ehrenamtlich für die Gewerkschaften aktiv waren.⁷³ In einem Interview erklärte Ralf Krämer rückblickend, dass die Gewerkschaften für die WASG real eine

⁷¹ Vgl. Steffen Hultsch: Die WASG und Ostdeutschland. Ein kritischer Blick aus Brandenburg auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Berlin 2013, S. 46 und 82. – Eine Reaktion auf das »Übersehen« der ostdeutschen Landesverbände der WASG durch die Bundesspitze war die Gründung des *Ostforums der WASG* im Sommer 2006. Vgl. ebenda, S. 84.

⁷² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.6.2007.

⁷³ Vgl. Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), a.a.O., S. 54. – Von den Erstunterzeichnern des Aufrufs »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« kamen – bis auf Herbert Schui – alle aus der bayerischen IG Metall. Vgl. »Es gibt kein Zurück.« Gespräch mit Klaus Ernst, a.a.O., S. 49.

Abbildung 3: Altersstruktur der Mitglieder der WASG im Bundesgebiet¹

Altersgruppe	Mitglieder insgesamt	Männliche Mitglieder	Weibliche Mitglieder
unbekannt	314	242	72
bis 20 Jahre	279	178	101
21 bis 30 Jahre	1.134	872	262
31 bis 40 Jahre	1.757	1.374	383
41 bis 50 Jahre	3.297	2.428	869
51 bis 60 Jahre	3.327	2.614	713
61 bis 66 Jahre	830	696	134
über 66 Jahre	531	405	126
insgesamt	11.469	8.809	2.660

¹ Stand: 20.3.2007. Vgl. ADS, WASG – 071 e.

wichtige Rolle gespielt und viele Gewerkschafter durch ihr Engagement für das neue Projekt einen großen Einfluss ausgeübt hätten. »Das betraf in allen Gewerkschaften eher die untere und mittlere Ebene. Die Organisationen als solche haben den Aufbau der WASG nicht unterstützt, aber eben auch nicht versucht, zu verhindern. Das war wichtig.«⁷⁴ Und Christine Buchholz betonte: »Die tiefe Verankerung in den Gewerkschaften war eine Besonderheit und eine Leistung der WASG.«⁷⁵ Der Politikwissenschaftler Herbert Hönigsberger kam 2008 sogar zu dem Schluss, dass keine Partei »von den Daten, der Entstehungsgeschichte und dem Selbstverständnis her in einem so eigentlichen Sinn ›Gewerkschaftspartei‹ [ist] wie die WASG«.⁷⁶

Jeweils 29% der Mitglieder der WASG entfielen auf die Alterskohorten 41 bis 50 Jahre und 51 bis 60 Jahre. Lediglich 15% der Mitglieder waren 31 bis 40 Jahre alt, 10% waren der Alterskohorte 21 bis 30 Jahre zuzurechnen, und alle anderen Altersgruppen umfassten weit weniger als 10% der Mit-

⁷⁴ »... die soziale Frage von links und populär wieder ins Spiel bringen«. Gespräch mit Ralf Krämer. In: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? A.a.O., S. 71.

⁷⁵ »Gesplante Linke hatten wir schon genug«. Gespräch mit Christine Buchholz, a.a.O., S. 37.

⁷⁶ Herbert Hönigsberger: Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 95), Berlin 2008, S. 61.

glieder. Mehr als drei Viertel der WASG-Mitglieder waren männlich. Frauen waren also unter den WASG-Mitgliedern deutlich in der Minderheit.

Die Unterrepräsentation von Frauen in der Mitgliedschaft der Wahlalternative wurde in der Führungsetage der Partei offensichtlich durchaus kritisch reflektiert. Anny Heike und Heidi Scharf versuchten deshalb deutlich zu machen, dass sich die WASG für die Rechte der Frauen engagiert: »WASG-Frauen fordern weiterhin mehr Gleichstellung in Betrieb und Gesellschaft, bessere familiengerechte Arbeitszeiten, Gleichstellung in der Sozialversicherung, der Steuerpolitik und vor allen Dingen in der Arbeitswelt. Auch eine kostenlose, qualifizierte und flächendeckende Ganztages-Kinderbetreuung ist endlich einzuführen.« Frauen seien nicht nur Mütter, sondern eigenständige Individuen. Deshalb sei die Gleichstellung von Männern und Frauen nicht nur Familienpolitik. »Frauen lassen sich nicht mehr auf Kinder und Küche reduzieren. Frauen wollen gut ausgebildet einen Beruf ausüben, Karriere machen, ihr eigenes Geld verdienen. Frauen sind die Hälfte der Menschheit und wollen zur Hälfte auch am Wohlstand der Gesellschaft beteiligt werden.«⁷⁷

Zu dem oben skizzierten vorherrschenden Typ der Mitgliedschaft kamen Aktivisten sozialer Bewegungen wie Attac, kritische Wissenschaftler, linke Publizisten, Anhänger der christlichen Soziallehre und unterschiedliche Personen, die in der aufstrebenden neuen Partei die Chance sahen, für ihre politischen Vorstellungen einen neuen Resonanz-Boden zu finden. Namentlich trotzkistische Kräfte aus der SAV, der *internationalen sozialistischen linken* (isl) und dem *Linksruck*, aber auch von der PDS abgestoßene Linksradikale oder von dieser Partei enttäuschte Mitglieder traten der WASG bei und strebten in Führungspositionen.⁷⁸ Die Politikwissenschaftler Franz Walter und Tim Spier hatten frühzeitig auf die aus dieser Heterogenität resultierenden Probleme hingewiesen: »Es bleibt schwer vorstellbar, wie langbärtige kommunistische Altkader, linkskeynesianische Wirtschaftsprofessoren, junge Attac-Aktivisten, traditionsorientierte Ge-

⁷⁷ Anny Heike und Heidi Scharf: Eine Bundeskanzlerin macht noch keine Gleichstellung (Pressemitteilung, 7.3.2006). URL: <http://wasg.die-linke.de/28+m51e10b22fe1.html> (abgerufen am 14.10.2015).

⁷⁸ Christine Buchholz, Mitglied der »Linksruck«-Bundesleitung, ließ sich im Mai 2005 in den Erweiterten Bundesvorstand der WASG wählen. Im März 2007 schaffte sie den Sprung in den Geschäftsführenden Bundesvorstand. In Berlin wurde die SAV um Lucy Redler entristisch in der WASG aktiv, und es gelang ihr, den Landesverband der WASG zu dominieren. Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, a.a.O., S. 80.

werkschaftsfunktionäre, sozial engagierte, aber doch zutiefst bürgerliche Kirchenlaien, arbeitslose Metallarbeiter und unqualifizierte Jungarbeiter auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen.«⁷⁹

Auch Ulrich Maurer konstatierte verschiedene Kulturen in der WASG: »Südlich der Main-Linie findet sich eine gewerkschaftlich geprägte WASG, diszipliniert, pragmatisch, erfolgsorientiert. Nördlich davon ist es ganz bunt, sehr spontihaft, viele waren hier auch schon in anderen Parteien. Die westdeutsche Linke besteht aus Strömungen – irgendwie unter einem Dach, locker und lose, und dann strömt es so dahin.« Maurer kritisierte, es sei »kein Ausdruck von Basisdemokratie, wenn jeder Landesverband macht, was er will«.⁸⁰

Aus dieser Heterogenität resultierten nicht wenige Konflikte, die die Existenz der WASG begleiteten und namentlich das Bundesschiedsgericht der Partei beschäftigten.⁸¹ Das betraf unterschiedliche Organisationsvorstellungen (basisdemokratisches versus vertikal ausgerichtetes Organisationsverständnis) ebenso wie die Kooperation bzw. den Verschmelzungsprozess mit der PDS bzw. LP.PDS – vielfach kulminierend im Für und Wider zu Regierungsbeteiligungen. Damit verbunden waren unterschiedliche Antworten auf die Frage, ob die neue Partei mehr auf Sachpolitik oder mehr auf Protest setzen sollte.

Zur Wählerstruktur der WASG

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die *Linkspartei. PDS* – wie bereits im zweiten Kapitel ausgeführt – 8,7% der Wählerstimmen und 54 Mandate. Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die LP.PDS mit 16% der Stimmen bei den Arbeitern und mit 19% der Stimmen bei den Arbeitslosen.⁸² Auch das Wahlergebnis bei den Gewerkschaftsmitgliedern lag mit 14% deutlich über dem Gesamtergebnis für die LP.PDS.

⁷⁹ Franz Walter/Tim Spier: Viel Lärm um nichts? Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Berlin/Düsseldorf/Wiesbaden, 2004, Heft 6, S. 336.

⁸⁰ Ulrich Maurer in: Die Schwierigkeiten kommen erst noch (Doppelinterview mit Ulrich Maurer und Dietmar Bartsch). In: Neues Deutschland, 29./30.4.2006.

⁸¹ Vgl. ADS, WASG – 113 bis 116.

⁸² Diese Werte ermittelten Infratest dimap und Forsa übereinstimmend. Vgl. Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht,

Während die PDS über mehrere Bundestagswahlen hinweg bevorzugt von Menschen mit hoher formaler Bildung, Beamten, Angestellten und Arbeitslosen gewählt worden war, stimmten 2005 Menschen mit formal niedriger Bildung, Arbeiter und – noch stärker als früher – Arbeitslose überdurchschnittlich häufig für die Linkspartei. Durch das Zusammengehen von LP.PDS und WASG gelang es somit, verstärkt in soziale Gruppen vorzudringen, die der PDS vorher eher fern gestanden hatten.⁸³ Die Politikwissenschaftler Harald Schoen und Klaus W. Falter konstatierten in diesem Kontext: »Gemessen an ihrer Attraktivität in verschiedenen sozialen Gruppen, hat sie (die Linkspartei – J. W.) sich – überspitzt formuliert – von einer Elitenpartei in Richtung einer Unterschichtpartei entwickelt.«⁸⁴ Auch der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer kam zu einem ähnlichen Schluss: »Durch die Veränderungen in Ostdeutschland und vor allem durch das Vordringen in eine neue Wählerschicht im Westen hat sich das gesamtdeutsche Sozialprofil in Richtung einer Partei der sozial Schwachen und Modernisierungsverlierer verschoben.«⁸⁵ (Siehe Abbildung 4) Man kann also davon ausgehen, dass das Image der WASG als den Protest gegen Hartz IV bündelnde »Sozialstaatspartei« für den Wahlerfolg im klassischen Arbeitermilieu ursächlich war.

Indirekt bestätigte das Ralf Krämer in einem Interview, in dem er konstatierte, dass der gewerkschaftliche oder klassenorientierte Ansatz in der PDS keine große Rolle gespielt habe: »Das starke soziale und arbeitnehmerorientierte Profil und die starke gewerkschaftliche Verankerung der LINKEN ist vor allem ein Erbe der WASG.«⁸⁶ Die WASG habe sich gegenüber

Saarbrücken 2008, S. 28; DER SPIEGEL Wahl 2005, 19.9.2005, S. 62. – Stark abweichende Ergebnisse, die allerdings ebenfalls deutlich über dem Durchschnittsergebnis der LP.PDS lagen, ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen: 12% bei Arbeitern und 25% bei Arbeitslosen. Vgl. Viola Neu: Analyse der Bundestagswahl 2005 (Arbeitspapier Nr. 157/2006), herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, März 2006, S. 29.

⁸³ Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 2005, Nr. 51-52, S. 37/38.

⁸⁴ Ebenda, S. 38. – Vgl. auch Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, a.a.O., S. 27-29.

⁸⁵ Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 528.

⁸⁶ »... die soziale Frage von links und populär wieder ins Spiel bringen«. Gespräch mit Ralf Krämer, a.a.O., S.72.

Abbildung 4: Modernisierungsverlierer unter den Parteiwählerschaften 2005 (Angaben in %)

	gesamt	Ostdeutschland	Westdeutschland
Alle	10	16	8
CDU	6	10	5
CSU	3*	–	2*
SPD	10	12	9
FDP	4	10*	3*
Linkspartei	21	19	23
Grüne	7	5*	7
NPD	31	41	23*

* = geringe Fallzahlen (N < 5)

Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 527. – Die Daten für diese Tabelle stammen aus dem von Oskar Niedermayer zusammen mit Bettina Westle und Steffen Kühnel geleiteten DFG-Projekt »Bürger und Parteien«, in dessen Rahmen vom 23. September bis zum 13. Oktober 2005 eine Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2005 unter der wahlberechtigten Bevölkerung durchgeführt wurde (Datenerhebungsinstitut: Infratest dimap, N = 2.540). Vgl. ebenda.

der PDS durch eine erheblich stärkere und kämpferischere Bewegungsorientierung ausgezeichnet und sei im Kern für Arbeitnehmerinteressen und Verteilungsgerechtigkeit eingetreten.⁸⁷ Dies korrespondiert mit den Themen, die für die Wählerinnen und Wähler des Bündnisses aus WASG und LP.PDS wahlentscheidend waren: Die Themen »Soziale Gerechtigkeit« und »Arbeitsmarktpolitik« rangierten nach der Wahltagbefragung von Infratest dimap mit 60 bzw. 42% deutlich vor den nachfolgenden Themen »Wirtschaftspolitik« und »Steuerpolitik« mit 23 bzw. 17%. Dagegen ließen sich für die Wählerinnen und Wähler der LP.PDS hinsichtlich der Themen »Sicherheitspolitik« oder »Umweltpolitik« keine Werte ermitteln.⁸⁸ Der Soziologe Christoph Kowalski kam in seiner Analyse des Elektorats der LP.PDS zu dem Ergebnis, dass die Ablehnung der sogenannten Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung »die Wahlentscheidung für die Linkspartei maßgeblich mitbestimmt« habe. Er charakterisiert dies als »rationales Protestverhalten«. Es handele sich bei den Linkspartei-Wählern »nicht zuletzt um

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 73f.

⁸⁸ Vgl. DER SPIEGEL Wahl 2005, a.a.O., S. 62.

Sozialreform- oder Liberalisierungsverlierer«. ⁸⁹ Der Parteienforscher Oskar Niedermayer fasst unter dem Begriff der »Modernisierungsverlierer« Arbeitslose, Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte im einfachen Dienst, deren Netto-Haushaltseinkommen im unteren Drittel der gesamtdeutschen Einkommenspyramide liegt und damit 2005 unter 1.500 Euro pro Monat betrug. Bei der wahlberechtigten Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik traf dies zum Zeitpunkt der hier untersuchten Bundestagswahl auf jeden Zehnten zu, wobei der Anteil in Ostdeutschland mit 16% doppelt so hoch war wie in Westdeutschland mit 8% (siehe Abbildung 5). ⁹⁰

Bei der Bundestagswahl 2005 gab es unter der gesamtdeutschen Wählerschaft der Linkspartei mehr als doppelt so viele Modernisierungsverlierer wie in der Bevölkerung insgesamt. Während diese Gruppe in Ostdeutschland gegenüber dem Bevölkerungsanteil nur leicht überrepräsentiert war, existierten unter der westdeutschen Wählerschaft der LP.PDS fast dreimal so viele Modernisierungsverlierer wie in der wahlberechtigten Bevölkerung.

»Das Gewicht der westdeutschen Wählerschaft der Linkspartei.PDS gegenüber der Wählerschaft der früheren PDS wird deutlich«, schrieb Niedermayer, »wenn man statt der Prozentanteile in beiden Landesteilen die absoluten Wählerzahlen miteinander vergleicht: Betrug das Ost/West-Verhältnis in der PDS-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2002 noch 3,3 zu 1, so liegt es 2005 nur noch bei 1,2 zu 1, das heißt von den absoluten Zahlen ihrer Wählerschaft her ist die Linkspartei.PDS keine ostdeutsche Regionalpartei, sondern eine gesamtdeutsche Partei.« ⁹¹

Bemerkenswert sind noch zwei andere Daten aus der Wahlanalyse. *Ers- tens*: Während das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen PDS-Wählern 2002 mit 4% ausgewogen war, verschob es sich 2005 nach der Wahltagbefragung von Infratest dimap deutlich zu den männlichen Wählern (Männer: 9%; Frauen: 7%). ⁹² *Zweitens*: Während das Wahlergebnis der PDS 2002 in allen Alterskohorten ab 35 Jahren bei jeweils 4% lag, verschob es sich nun zugunsten der Alterskohorte 45 bis 59 Jahre (10% nach

⁸⁹ Vgl. Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, a.a.O., S. 62.

⁹⁰ Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, a.a.O., S. 527.

⁹¹ Ebenda.

⁹² Vgl. DER SPIEGEL Wahl 2005, a.a.O., S. 62.

Abbildung 5: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen für die *Linkspartei.PDS* bei der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zur PDS bei der Bundestagswahl 2002

(a) Nach Beruf und Gewerkschaftszugehörigkeit¹

	Bundes- tagswahl 2002	Bundestagswahl 2005		
		BRD gesamt	alte Bun- desländer	neue Bun- desländer
Beruf				
Arbeiter	4	16	12	30
Angestellte	4	10	5	26
Beamte	3	7	7	-
Selbständige, Freiberufler	3	8	4	21
Arbeitslose	10	19	7	41
Rentner	5	7	3	23
Gewerkschaft				
Mitglied	5	14	11	29
Nicht-Mitglied	4	8	3	25
Gesamt (Wahlergeb- nis, Zweitstimmen)	4,0	8,7	4,9	25,3

Anmerkung: Die in der Tabelle verwendeten Daten zur Bundestagswahl 2002 wurden von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. erhoben, diejenigen zur Bundestagswahl 2005 von Forsa.

¹ Vgl. www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/01/01_11/01_11_01.html (abgerufen am 26.4.2012); Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, a.a.O., S. 3 und 28.

Ermittlungen von Infratest dimap und 11% nach denen der Forschungsgruppe Wahlen).⁹³

Beide Momente im Wahlverhalten verfestigten sich in den nachfolgenden Jahren. Eine Sekundäranalyse von Daten, die TNS Emnid im Juni 2007 (also zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses von WASG und LP.PDS zur Partei DIE LINKE) erhoben hatte, erbrachte hinsichtlich der Sonntagsfrage, dass die Wählerschaft der LINKEN zu 58% Männer und nur zu 42% Frauen umfasste.⁹⁴ Bei dieser Untersuchung machten die Alterskohorte

⁹³ Vgl. ebenda; Viola Neu: Analyse der Bundestagswahl 2005, a.a.O., S. 27.

⁹⁴ Vgl. Dietmar Wittich: Wählerinnen und Wähler. In: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die

(b) Nach Alter und Bildung¹

	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005	Differenz
Alter			
18 bis 24	4	8	+ 4
25 bis 34	3	8	+ 5
35 bis 44	4	9	+ 5
45 bis 59	4	11	+ 7
60 und älter	4	7	+ 3
Bildung			
hoch	6	9	+ 3
mittel	4	10	+ 6
niedrig	3	8	+ 5
Gesamt (Wahlergebnis, Zweitstimmen)	4,0	8,7	+ 4,7

Anmerkung zu Bildung: hoch: Abitur/Hochschule/Universität; mittel: Mittel-/Realschule; niedrig: kein Abschluss/Volks-/Hauptschule

¹ Vgl. Viola Neu: Die Wahl extremistischer Parteien. In: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich (Politische Studien, Themenheft 1/2007), München 2007, S. 78/79.

41 bis 55 Jahre mit 24% und die Alterskohorte 56 bis 70 Jahre mit 28% der Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE die stärksten Wählergruppen aus. Dagegen entfielen auf die Alterskohorte bis 25 Jahre lediglich 15%, auf die Alterskohorte 26 bis 40 Jahre 18% und auf die Alterskohorte über 70 Jahre 15% des Elektorats der LINKEN.⁹⁵ Die ermittelten Daten legen mithin eine hohe Übereinstimmung der WASG-Wählerschaft mit den typischen WASG-Mitgliedern nahe.

Republik?, Berlin 2007, S. 222.

⁹⁵ Vgl. ebenda.

Paul Lucardie

Die WASG im europäischen Kontext: die vierte Generation der sozialistischen Parteienfamilie?

Die WASG stand nicht allein in Europa. Sie gehörte zur vierten Generation der sozialistischen Parteienfamilie, so könnte man behaupten. Die erste Generation entstand im späten 19. Jahrhundert, als die Vorläufer der heutigen sozialistischen Massenparteien – wie die SPD – gegründet wurden. Die Russische Revolution und die teilweise von ihr inspirierten Revolutionsversuche in Deutschland, Italien und Ungarn zeitigten eine zweite Generation: Die sozialistischen Massenparteien spalteten sich in kommunistische Parteien, die diese Revolution unterstützten, und sozialdemokratische Parteien, die die »bürgerliche Demokratie« gegenüber dem Sowjetsystem bevorzugten. Diese Spaltung wurde im Kalten Krieg gefestigt und intensiviert, führte aber auch zur Genese der Neuen Linken, die sich gegen den Kalten Krieg wehrte. Die Neue Linke versuchte darüber hinaus, den Sozialismus zu erneuern und mit neuen Themen wie Ökologie und Emanzipation zu bereichern; deswegen könnte man sie als dritte Generation betrachten. Der Zusammenbruch des Sowjetsystems und die neoliberale Politik der sozialdemokratischen Parteien im Kontext der Globalisierung und europäischen Integration schufen wiederum die Bedingungen für eine neue, also vierte Generation der sozialistischen Familie.

Zur vierten Generation gehören wohl nicht nur linke Abspaltungen von den sozialdemokratischen Parteien wie die WASG in Deutschland und die *Parti de Gauche* in Frankreich, sondern auch Neugründungen wie *Podemos* in Spanien und SYRIZA in Griechenland. Wahrscheinlich sollte man dazu auch etwas ältere Parteien wie die dänische Einheitsliste und die niederländische Sozialistische Partei rechnen, weil sie ihre Ideologie wesentlich geändert haben und mit den neuen Parteien oft eng zusammenarbeiten, etwa in der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament oder in der Partei der Europäischen Linken. Dieser Partei und dieser Fraktion sind auch kommunistische und post-kommunistische Parteien aus Frankreich, Italien, Schweden und der Tschechischen Republik beigetreten, die eigentlich zur zweiten Generation der sozialistischen Parteienfamilie gehören, aber sich den neuen Bedingungen angepasst haben dürften.

Aus praktischen Gründen werde ich mich im Folgenden auf fünf Parteien beschränken: die dänische Rot-Grüne Einheitsliste (*Enhedslisten – De Rød-Grønne*), die französische Linkspartei (*Parti de Gauche*), die spanische Po-

demos, die niederländische Sozialistische Partei (*Socialistische Partij*, SP) und die griechische SYRIZA. In den folgenden vier Abschnitten werden die Entstehungsgeschichten, die Programmatik, die Wahlergebnisse und die Positionen im Parteiensystem dieser Parteien miteinander verglichen.

Entstehungsgeschichte von fünf Schwesterparteien der WASG

Die Genese einer Partei wirkt weitgehend auf ihren Charakter und ihre Entwicklung ein, wie der italienische Politologe Angelo Panebianco gezeigt hat.¹ Die Entstehungsgeschichten der fünf Schwesterparteien der WASG werden hier kurz rekonstruiert.

- Die *Enhedsliste* entstand 1989 zuerst als Wahlbündnis der Dänischen Kommunistischen Partei, der Linksozialisten und einer trotzkistischen Partei.² Die Grünen nahmen an den Verhandlungen teil, zogen sich aber später zurück, weil die Zusammenarbeit mit den drei sozialistischen Parteien allzu großen Widerstand in ihrer Partei erregte. Das Wahlbündnis gewann 1990 keine Mandate, aber wuchs innerhalb von zwei Jahren dennoch zur Partei zusammen. Bei der nächsten Wahl, im Jahr 1994, trat die *Enhedslisten – De Rød-Grønne* mit sechs Mandaten ins Parlament ein.³
- Die französische Linkspartei (*Parti de Gauche*, PG) entstand 2009, als der von Jean-Luc Mélenchon und Marc Dolez geführte linke Flügel der Sozialistischen Partei (*Parti Socialiste*, PS) sich nach einer schweren Nie-

¹ Angelo Panebianco, *Modelli di partito. Organizzazione e potere nei partiti politici*, Bologna: Il Mulino, 1982, S. 103-134.

² Inger V. Johansen, Denmark – The Social and Political Left, in: Cornelia Hildebrandt/Birgit Daiber (Hrsg.), *The Left in Europe. Political Parties and Party Alliances between Norway and Turkey*, Brüssel: Rosa Luxemburg Stiftung, 2009, 49-59; Svante Ersson, Kommunismus und linke Strömungen in Skandinavien nach 1989: Niedergang, Wiederbelebung oder Schwankungen ohne zugrundeliegende Tendenz?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa: Niedergang oder Mutation?* Landsberg am Lech: Olzog, 1998, 423-452; Thomas Clausen, *Enhedslistens historie. Fonyelse af venstrefløjen*, <https://enhedslisten.dk/parti/historie> (16.10.2015).

³ Ersson, S. 427, 436; Johansen, S. 51; ein Teil der Kommunisten machte nicht mit und gründete 1990 eine neue Kommunistische Partei (Ersson, S. 436).

derlage auf dem Parteitag im November 2008 abspaltete.⁴ Der Senator Mélenchon hatte schon im Jahr 2005 gegen die Mehrheit der PS den Vertrag über eine Verfassung für Europa abgelehnt. Er meinte, dass die PS wie die deutsche SPD und die britische *Labour Party* nicht länger zur sozialdemokratischen Parteienfamilie gehörten, weil sie den von den Sozialdemokraten aufgebauten Sozialstaat nunmehr abzubauen versuchten.⁵ Inspiriert durch das Vorbild der deutschen Partei DIE LINKE, bildete die PG zusammen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs und vier kleineren linken Gruppen die Linksfront (*Front de Gauche*), die mit einer gemeinsamen Kandidatenliste und einem gemeinsamen Programm an den Parlamentswahlen 2012 und auch mit einem gemeinsamen Kandidaten – Mélenchon – an den Präsidentschaftswahlen im gleichen Jahr teilnahm.⁶ Mélenchon hätte das Wahlbündnis gerne zu einer Partei verschmelzen lassen, wie die Einheitsliste in Dänemark oder SYRIZA in Griechenland, aber die Kommunisten ließen sich dazu nicht überreden.⁷

- *Podemos* (»wir können« auf Spanisch) entstand aus der Protestbewegung der *Indignados* (»Empörten«), die erstmals am 15. Mai 2011 in Madrid und vielen anderen spanischen Städten Kundgebungen für direkte Demokratie und gegen die finanzielle und politische Elite, die Banken und die Parteienherrschaft von Sozialdemokraten und Konservativen organisierten. Dazu kamen Proteste zur Verteidigung des Gesundheits- und Bildungswesens und gegen Zwangsräumungen in der Wirtschaftskrise. Die Gründer der Partei hatten vorher in einem Debattenkreis von Politikwissenschaftlern der Universität Complutense in Madrid, im alternativen Fernsehsender La Tuerka, in der Bewegung »Antikapitalistische Linke« und in der Vereinigten Linken (*Izquierda Unida*) Erfahrungen gesammelt.⁸ Die Vereinigte Linke hatte in ihren Augen aber versagt, indem

⁴ Cornelia Hildebrandt, *Protests in the Streets of France*, in: Hildebrandt/Daiber, *The Left in Europe*, a.a.O., S. 16-27.

⁵ Jean-Luc Mélenchon, *La fin de la social-démocratie*, www.jean-luc-melenchon.fr/brochures/la-fin-de-la-social-democratie.pdf (18.10.2015), ursprünglich erschienen in der Zeitschrift *Regards*, 2013.

⁶ Kate Hudson, *The New European Left. A Socialism for the Twenty-First century?* London: Palgrave Macmillan, 2012, S. 127-130.

⁷ Luke March, *Radical Left Parties in Europe*, London: Routledge, 2011, S. 67-69.

⁸ Raul Zelik, »Das Verrückte an Podemos war, dass es von der Bevölkerung sofort überrannt wurde«. Miguel Urbán über massenhafte Selbstorganisation in der

sie sich nicht den Protestbewegungen anschloss und (eher) eine klein-karierte staatstragende Partei geworden war. Der erste Kongress von Podemos fand im Januar 2014 statt, formal wurde die Partei aber erst im November 2014 gegründet, nachdem sie erfolgreich an den Europawahlen teilgenommen hatte.⁹

- Die Sozialistische Partei (*Socialistische Partij*, SP) wurde 1971 gegründet als Kommunistische Partei der Niederlande (Marxistisch-Leninistisch), änderte aber schon nach einem Jahr ihren Namen.¹⁰ Ihre Mitglieder waren zum Teil radikalisierte Studenten und zum Teil ältere Kommunisten aus der Kommunistischen Partei der Niederlande, die in deren Augen reformistisch und revisionistisch geworden war. Ende der 70er Jahre begann die SP sich vom Maoismus zu lösen, zehn Jahre später schüttelte sie auch den Leninismus ab und 1999 verschwand sogar der Marxismus praktisch aus ihrem Grundsatzprogramm.¹¹ Allerdings blieb die SP dabei, die »neoliberale« Politik der niederländischen Sozialdemokratie (*Partij van de Arbeid*, PvdA) zu bekämpfen.
- Die Allianz der Radikalen Linken (*Synaspismos Rizospastikis Aristeras*, SYRIZA) wurde erst 2012/2013 als Partei gegründet, trat aber seit 2004 als Wahlbündnis von mehreren linken Organisationen an.¹² Die bei weitem größte Organisation war die Allianz der Linken und des Fortschritts (*Sy-*

Mediendemokratie, die Debatten der spanischen Linken und die SYRIZA-geführte Regierung in Griechenland«, Neues Deutschland, 20.6.2015, S. 18; Raul Zelik, Thesen zu Podemos und der »demokratischen Revolution« in Spanien, Luxemburg online Dezember 2014, www.raulzelik.net, (30.10.2015).

⁹ Pablo Iglesias, Understanding Podemos, *New Left Review*, 93 (Mai/Juni 2015), S. 7-22.

¹⁰ Gerrit Voerman, Das Gespenst des Kommunismus – eine verblassende Erscheinung. Gegenwart und Vergangenheit des Kommunismus in den Niederlanden«, in: Moreau/Lazar/Hirscher (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa*, a.a.O., S. 498-523; dazu auch: Gerrit Voerman, De »Rode Jehova's«. Een geschiedenis van de Socialistische Partij, in: Ruud A. Koole (Hrsg.), *Jaarboek 1986 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen: Universiteitsdrukkerij, 1987, S. 124-150.

¹¹ Gerrit Voerman, Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische Socialistische Partij (SP) und die deutsche Linke, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster: Waxmann, 2011, S. 179-204, hier S. 184-186.

¹² Harris Mylonas, Greece, *European Journal of Political Research*, 52: 1 (2014), S. 140-147, hier S. 141; Michalis Spourdalakis, The Miraculous Rise of the »Phenomenon SYRIZA«, *International Critical Thought*, 4: 3 (2014), S. 354-366.

naspismos tis Aristeras kai tis Proodou), die eigentlich den gleichen Weg wie SYRIZA verfolgt hatte: 1989 als Wahlbündnis von mehreren sozialistischen und kommunistischen Parteien entstanden, transformierte sie sich 1992 zur gemeinsamen Partei – nachdem allerdings die orthodox-kommunistische Partei Griechenlands (*Kommounistiko Komma Elladas*, KKE) sich von dem Wahlbündnis gelöst hatte.¹³ Den Kern dieser Allianz bildeten die sogenannten Eurokommunisten, die sich 1968 von der KKE getrennt hatten.¹⁴ Als die SYRIZA radikaler wurde und viele neue Mitglieder aus den neuen Protestbewegungen rekrutierte, zog sich eine größere Gruppe dieser Eurokommunisten zurück und gründete im Jahr 2010 die Demokratische Linke (*Dimokratiki Aristera*, DIMAR).¹⁵

Die WASG und ihre Schwesterparteien zeigen also verschiedene Entstehungsgeschichten auf: Die PG hat sich wie die WASG von einer sozialdemokratischen Massenpartei abgespalten, die dänische Einheitsliste und SYRIZA entstanden aus Verschmelzungen von mehreren kommunistischen und sozialistischen Gruppen, die SP transformierte sich von einer maoistischen Splittergruppe (zum Teil abgespalten von der KP der Niederlande) zur linkssozialistischen Partei, und Podemos entstand aus der neueren spanischen Protestbewegung.

Programmatistischer Vergleich

Ein programmatistischer Vergleich der fünf linkssozialistischen Parteien wird einigermaßen erschwert durch die Verschiedenartigkeit ihrer Programme. Während die WASG, die *Enhedsliste* und die SP mehr oder wenig kohärente Grundsatzprogramme verabschiedet haben, veröffentlichten Podemos und SYRIZA bis jetzt nur Wahlprogramme unterschiedlicher Länge. Und die PG

¹³ Die Allianz änderte ihren Namen später in Allianz der Linken, der Ökologie und der Sozialen Bewegungen; Heinz A. Richter, Die Entwicklung der griechischen Linken 1918-1996, in: Moreau/Lazar/Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa, a.a.O., S. 131-166; dazu auch: Spourdalakis, S. 355-360; Giorgos Katzambekis, The Rise of the Greek Radical Left to Power. Notes on Syriza's Discourse and Strategy, *Linea Sur*, 9 (2015) S. 152-161.

¹⁴ Richter, S. 156-159.

¹⁵ Spourdalakis, S. 354, 356.

hat kein eigenes Programm hervorgebracht, sondern lediglich das gemeinsame Wahlprogramm der Linksfrent unterschrieben.¹⁶

Das Grundsatzprogramm der *Enhedsliste* enthält eine knappe marxistische Analyse der dänischen Gesellschaft: Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse stehen einander gegenüber, obwohl beide relativ divers sind.¹⁷ Der Sozialstaat ist durch Klassenkampf erkämpft worden und kann nur durch Klassenkampf erhalten bleiben. Das Endziel der Partei ist eine sozialistische Demokratie, demokratische Planung der Wirtschaft und direkte Demokratie in Betrieben, Körperschaften und Wohnvierteln. Statt Wirtschaftswachstum und Profit sollte man die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und ein ökologisches Gleichgewicht (»sustainability«) anstreben. In der Europäischen Union sei das unmöglich, Dänemark sollte also schnellstens austreten. Kurzfristig will die Partei den Sozialstaat gegen Abbau und Privatisierung verteidigen, Arbeit besser verteilen, die Einkommensungleichheit verringern, die Vermögensteuer erhöhen und die Einwanderung liberalisieren.¹⁸

Die französische Linksfrent bietet kaum eine Gesellschaftsanalyse, setzt aber voraus, dass es einen Konflikt zwischen einer finanziellen Oligarchie und dem Volk oder den »Volksklassen« (*classes populaires*) gibt.¹⁹ Die Linksfrent will den Volksklassen ihre Macht zurückgeben mittels einer Verfassungsänderung: Das präsidentielle Regime der Fünften Republik soll abgelöst werden durch eine Sechste Republik, in der das Parlament und das Volk die Macht ausüben – durch Proporzwahlrecht, Volksinitiativen und Bürgerhaushalte. Die Linksfrent möchte außerdem die Wirtschaft demokratisieren, »relokalisieren« und ökologisch planen, und konkret die Privatisierung der öffentlichen Betriebe und Dienstleistungen zurückdrehen, die Arbeitszeit verkürzen, die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen

¹⁶ Die dänische Einheitsliste, Podemos und SYRIZA stellten eine englische Übersetzung ihres Grundsatzprogramms bzw. ihrer Wahlprogramme zur Verfügung; von Linksfrent, Podemos und SP wird der französische, bzw. spanische bzw. niederländische Originaltext benutzt. Die WASG gründete sich zunächst als Verein mit einem Grundsatzprogramm.

¹⁷ Programme of the Red-Green Alliance« (2014), <https://enhedslisten.dk/english/programme-red-green-alliance> (13.10.2015).

¹⁸ Solidarity Works, <https://enhedslisten.dk/english/solidarity-works> (10.11.2015).

¹⁹ »L'humain d'abord.« Le programme du Front de Gauche et de son candidat commun Jean-Luc Mélenchon, www.lepartidegauche.fr/system/documents/docs-pg-humain_dabord.pdf (13.10.2015).

reduzieren und Einwanderung erleichtern. Frankreich sollte aus der NATO, aber nicht aus der EU austreten. Das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank sollten mehr Befugnisse bekommen, damit sie eine demokratische und soziale statt eine neoliberale Politik betreiben können. Mélenchon, Präsidentschaftskandidat und Parteioberhaupt der PG, bezieht sich zum Teil auf Marx, aber auch auf den Ökosozialismus, und argumentiert populistisch.²⁰

Podemos hat im Jahr 2015 für die Regionalwahlen und die Nationalwahlen Wahlprogramme veröffentlicht. Beide Programme enthalten viele konkrete Maßnahmen, aber kaum Grundsätze oder Gesellschaftsanalyse. Das Hauptziel sei die Wiederherstellung der Demokratie und Volkssouveränität.²¹ Dazu möchte die Partei Bürgerbeteiligung in der Gesetzgebung (durch Volksinitiativen und Volksbegehren und Absetzbarkeit der Volksvertreter) und Verwaltung (Bürgerräte und Beobachter), aber auch in der Justiz (Wahl eines Aufsichtsrates), in Schulen und Universitäten, in der Kulturpolitik, beim Umweltschutz und in der Außenpolitik einführen.²² Auch bei der Bekämpfung von Korruption und Betrug – ein zweites Hauptziel der Partei – sollten Bürger sich beteiligen können, etwa mittels eines »Büros für Bürgerkontrolle« (*Oficina Ciudadana de Control*).²³ Podemos will auch die Gesellschaft demokratisieren und weiter säkularisieren (keine Privilegien für die katholische Kirche), die Ungleichheit reduzieren, u.a. durch öffentliche Kontrolle der Banken, progressive Vermögensteuer und Einkommensteuer, Arbeitszeitverkürzung und Zurücknahme der Privatisierungen im Gesundheitswesen und bei sonstigen Dienstleistungen durchsetzen. Letztendlich strebt die Partei ein »neues Produktionsmodell« an, u.a. durch Ökosteuer,

²⁰ Mélenchon, *La fin de la social-démocratie*, S. 5; Ders., *Nous sommes la force nouvelle, la nouvelle gauche*, Rue89 (28.11.2012), www.jean-luc-melenchon.fr/2012/12/06/nous-sommes-la-force-nouvelle-la-nouvelle-gauche.pdf (18.10.2015); Pierre Birnbaum, *La parabole de M. Mélenchon*, *Critique*, 776/777 (2012), S. 110-118.

²¹ Auf spanisch: »recuperar la democracia, la soberanía y el sentido último de la democracia«; Podemos, »El programa del cambio. 215 medidas para un proyecto de país«, S. 13. http://podemos.info/wp-content/uploads/2015/05/programa_marco_podemos.pdf (23.11.2015).

²² Podemos, *Queremos, sabemos, podemos. Un programa para cambiar nuestro país*, <http://unpaiscontigo.es/wp-content/plugins/programa/data/programa-es.pdf> (15.12.2015).

²³ Ebenda, S. 109-110, 170; *El programa del cambio*, S. 63-70.

Förderung von Genossenschaften und von öffentlichen Verkehrsmitteln.²⁴ Die Partei verwendet oft einen populistischen Stil, spricht aber in ihrem Programm nicht vom »Volk« (*pueblo*), sondern von den »Bürgern« (*ciudadanos*) oder »den Leuten« (*la gente*). Sie äußert sich weder nationalistisch noch euroskeptisch, fordert aber mehr Demokratie auf europäischer Ebene und mehr Autonomie für die Mitglieder der NATO.²⁵

Die niederländische SP hat 1999 ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Sozialismus wird jetzt in abstrakten, moralischen Begriffen gefasst: Menschenwürde, Gleichwertigkeit, Solidarität.²⁶ Kapitalismus und Neoliberalismus sind noch immer die Hauptfeinde, sollten aber nicht durch Sozialisierung der Produktionsmittel radikal abgeschafft, sondern durch Regulierung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gezähmt und gebändigt werden. Mittels Volksinitiativen und Referenden soll auch der Staat demokratisiert werden. Im Wahlprogramm 2012 ruft die Partei auf zur Verteidigung des Sozialstaates gegen Privatisierung und Kürzungen, sie fordert progressivere Einkommen- und Vermögensteuern und eine etwas liberalere Einwanderungspolitik.²⁷ Die EU soll sozialer werden, aber keine neuen Befugnisse bekommen. Im Grundsatzprogramm verlangte die SP, dass die Niederlande aus der NATO austreten sollen, während dies im Wahlprogramm kein Thema ist. Der Historiker Gerrit Voerman betrachtet die SP heute als (radikale) sozialdemokratische Partei mit populistischen Zügen.²⁸

Das Wahlprogramm, das SYRIZA 2014 in Thessaloniki beschlossen hat, ist relativ kurz und konkret. Das Hauptziel sei die Wiederherstellung des

²⁴ El programa del cambio, S. 23-42; dazu auch: Raul Zelik, Thesen zu Podemos und der »demokratischen Revolution« in Spanien.

²⁵ Queremos, sabemos, podemos, S. 59-60, 223-224.

²⁶ Socialistische Partij, Heel de mens. Kernvisie van de SP, Rotterdam: Socialistische Partij, 2000, S. 7.

²⁷ Socialistische Partij, »Nieuw vertrouwen. Verkiezingsprogramma SP 2013-2017«, in: Huib Pellikaan/Joop van Holsteyn/Rozemarijn Lubbe/Gerrit Voerman (Hrsg.), Verkiezing van de Tweede Kamer 12 september 2012, Amsterdam: Rozenberg, 2012, S. 175-212.

²⁸ Voerman, Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische Socialistische Partij (SP) und die deutsche Linke, S. 195-201; dazu auch: Dan Keith, Ready to Get Their hands Dirty: The Socialist Party and GroenLinks in the Netherlands, in: Jonathan Olsen/Michael Koß/Dan Hough (Hrsg.), Left Parties in National Governments, Houndmills: Palgrave Macmillan, 2010, S. 155-172.

Sozialstaates und des Rechtsstaates.²⁹ Die Partei will durch eine keynesianische Wirtschaftspolitik die Nachfrage fördern und durch eine progressive Steuerpolitik die Ungleichheit verringern. Die Bürger sollen mittels Volksbegehren und Volksinitiativen mehr Macht erwerben. In ihren Wahlplakaten und Wahllosungen identifizierte sich die Partei mit dem Volk im Kampf gegen die Oligarchie, »wir« gegen »sie«, in einem klassischen populistischen Stil.³⁰

Auf den ersten Blick sind die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien ziemlich groß. Vergleicht man aber die konkreten Maßnahmen, dann fallen vielmehr die Gemeinsamkeiten auf: Alle bekämpfen Privatisierung und sonstige neoliberale Reformen, alle möchten die Ungleichheit verringern und die Demokratie ausbauen. Das traf auch auf die WASG zu.³¹ Wie seinerzeit die WASG stehen alle ihre fünf Schwesterparteien der EU kritisch gegenüber, möchten aber nicht austreten – ausgenommen die dänische *Enhedslisten*. Die dänische Partei unterscheidet sich von den anderen Parteien (wenigstens in ihrem Grundsatzprogramm) auch durch ihre klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse und ihr Beharren auf Sozialisierung und Planwirtschaft.

Wahlergebnisse

Die Elektorate der fünf Parteien weisen sehr verschiedene Entwicklungsmuster auf (Tabelle 1). Die Wählerschaft der dänischen Einheitsliste und der niederländischen SP ist langsam gewachsen, von 1,7% bzw. 0,3% beim ersten Versuch (1990 bzw. 1977) auf 7,8% bzw. 9,7% bei der letzten Wahl (2015 bzw. 2012). SYRIZA fing mit 3,3% im Jahr 2004 auch bescheiden an, wuchs nach 2009 aber explosiv und wurde 2015 sogar die größte Partei im griechischen Parlament. Die französische *Parti de Gauche* hat nur im Wahlbündnis Mandate erringen können. Podemos gewann bei der Wahl

²⁹ SYRIZA, »The Thessaloniki Programme«, www.syriza.gr/article/id/59907/SYRIZA-THE-THESSALONIKI-PROGRAMME.html (13.10.2015).

³⁰ Yannis Stavrakakis/Giorgos Katzambekis, Left-wing populism in the European periphery: the case of SYRIZA, *Journal of Political Ideologies*, 19: 2, 2014, S. 119-142.

³¹ »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Programm für eine bessere Zukunft«, Fürth: WASG, 2005.

des spanischen Parlaments im Dezember 2015 auf Anhieb fast 21% der Wählerstimmen.³²

Eine Erklärung dieser Unterschiede kann hier nur ansatzweise geboten werden. Aus einer vergleichenden Analyse von Wahlergebnissen in 34 europäischen Staaten ergibt sich, dass linkssozialistische Parteien besser abschneiden, wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist, wenn Euroskeptizismus sich in der öffentlichen Meinung verbreitet hat und wenn es schon eine ausgeprägte linkssozialistische Tradition in den jeweiligen Ländern gibt.³³ Außerdem wirken auch das Wahlsystem und der Wettbewerb mit grünen und nationalpopulistischen Parteien auf die Wahlergebnisse dieser Parteien ein. Die Forscher Luke March und Charlotte Rommelskirchen bezogen die Positionen der sozialdemokratischen Parteien nicht in ihre Analyse ein. Andrea Volkens hat allerdings gezeigt, dass linkssozialistische Parteien in Dänemark, Deutschland, Frankreich und Griechenland in den 1990er Jahren zugelegt haben, wenn die sozialdemokratischen Parteien sich programmatisch nach rechts bewegten.³⁴ In anderen Ländern wie in den Niederlanden und in Spanien traf diese sogenannte Vakuum-These damals allerdings nicht zu.

Positionen im Parteiensystem

Die Schwesterparteien der WASG haben verschiedenartige Positionen in ihrem Parteiensystem inne.

Das dänische Parteiensystem ist ziemlich fragmentiert, ideologisch gemäßigt polarisiert und in zwei Blöcke gespalten. Die Regierung wird entweder vom bürgerlichen oder vom sozialistischen Block gebildet, obwohl die Blockgrenzen in den 1990er Jahren ab und zu durchbrochen wurden.³⁵ Im-

³² www.resultados.elpais.com/elecciones/generales.html (21.12.2015).

³³ Luke March/Charlotte Rommelskirchen, Out of left field? Explaining the variable electoral success of European radical left parties, *Party Politics*, 21: 1 (2015), S. 40-53.

³⁴ Andrea Volkens, Dritte Wege in Europa – Chancen für linkssozialistische Parteien?, in: Michael Brie/Rudolf Woderich (Hrsg.), *Die PDS im Parteiensystem*, Berlin: Dietz, 2000, S. 119-137.

³⁵ Christian Steffen, Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 67-108.

merhin gewährt die Regierung der Opposition vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme, etwa in den parlamentarischen Ausschüssen.³⁶ Wenngleich die Einheitsliste als eine Art Linksaußen im dänischen Parteiensystem betrachtet werden könnte, ist sie also nicht völlig wirkungslos. Außerdem wird sie bisweilen zur Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung gebraucht, wie etwa 2011-2015, obwohl diese Regierung zudem öfter mit den bürgerlichen Parteien (also mit Liberalen und Konservativen) verhandelte, wenn sie sich nicht mit der Einheitsliste einigen konnte.³⁷

Das französische Parteiensystem war seit Anfang der Fünften Republik (vor allem seit 1962) bipolar: Die Gaullisten und ihre Bündnispartner standen den Sozialisten und Kommunisten gegenüber.³⁸ Obwohl das absolute Mehrheitswahlsystem und der Präzidentialismus die Polarisierung und Konzentration des Parteiensystems förderten, nahm allmählich doch die Fragmentierung zu. Im 2012 gewählten Parlament gab es mehr als elf Parteien (zum Teil miteinander in Wahlallianzen verbunden).³⁹ Linke und rechte Regierungen wechselten einander ab. Die *Parti de Gauche* und ihre Verbündeten in der Linksfrente blieben 2012 außerhalb der von Sozialdemokraten, Grünen und Radikalen (d.h. Linksliberalen) gebildeten Regierung.⁴⁰ Als (relativ kleine) Oppositionspartei wird sie im französischen System wenig Einfluss ausüben können – es sei denn, sie würde in Zukunft eine aktivere Rolle in der außerparlamentarischen Opposition spielen.

Das spanische Parteiensystem war (bis 2015) auch bipolar strukturiert, obwohl eine Vielzahl von regionalistischen Parteien die ideologische Konfliktlinie zwischen Sozialdemokraten und Konservativen durchkreuzte.⁴¹

³⁶ Ebenda, S. 70.

³⁷ Lars Bille, Denmark, *European Journal for Political Research*, 51: 1 (2012), S. 82-89, besonders S. 89; ebenso Lars Bille, Denmark, *European Journal for Political Research*, 52: 1 (2013), S. 56-60, und Lars Bille, Denmark, *European Journal for Political Research*, 53: 1 (2014), S. 104-110.

³⁸ Roland Höhne, Das Parteiensystem Frankreichs, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 161-187.

³⁹ Résultats des élections législatives 2012, [www.interieur.gouv.fr/Elections/les-resultats/legislatives/elecresult_LG2012/\(path\)/LG2012/FE.html](http://www.interieur.gouv.fr/Elections/les-resultats/legislatives/elecresult_LG2012/(path)/LG2012/FE.html), abgerufen 6.10.2015.

⁴⁰ Nick Startin, France, *European Journal for Political Research*, 52: 1 (2013), S. 70-82.

⁴¹ Melanie Haas, Das Parteiensystem Spaniens, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 421-452.

Der ideologische Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) und der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*, PP) war übrigens relativ klein geworden, nachdem die PSOE die kapitalistischen Verhältnisse und später sogar den Neoliberalismus akzeptiert hatte.⁴² PSOE und PP wechselten einander an der Regierung ab. Der Durchbruch von Podemos (und *Ciudadanos*, Die Bürger: die andere neue Partei) im Jahr 2015 wird dieses Muster wahrscheinlich ändern. Podemos möchte die PSOE als dominante Partei auf der linken Seite ersetzen.⁴³

Das niederländische Parteiensystem ist stark fragmentiert, aber weniger polarisiert als die sonstigen hier untersuchten Systeme. Mit einiger Schwierigkeit könnte man zwar auch hier einen linken und einen rechten Block unterscheiden, aber die Blockgrenzen werden oft durchbrochen, wenn Regierungskoalitionen gebildet werden.⁴⁴ Die Parteien der Linken haben noch nie eine Mehrheit im Parlament erringen können. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (*Partij van de Arbeid*, PvdA) regiert oft mit den Christdemokraten und seit 2012 sogar mit der konservativ-liberalen Volkspartei (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD). Die SP hat noch nie an einer Regierung teilnehmen können.

Das griechische Parteiensystem hat sich in der Krise – die nicht nur Wirtschaftskrise, sondern auch eine soziale und politische Krise ist – maßgeblich verändert. Zwischen dem Ende der Militärdiktatur (1974) und 2012 wurde es von zwei Parteien dominiert, der konservativen Partei Neue Demokratie (*Néa Dimokratia*, ND) und der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (*Panellinio Sosialistikó Kinima*, PASOK), die abwechselnd das Land regierten.⁴⁵ Die von der Familie Papandreou geführte PASOK entwickelte sich allmählich von einer marxistisch-sozialistischen und euroskeptischen Partei der Neuen Linken zur »modernen«, allerdings auch klientelistischen sozialdemokratischen Partei: Es entwickelte sich eine »zunehmende programmatische Konvergenz zwischen beiden Volksparteien auf Kosten der rhetorischen Polarisierungs-

⁴² Haas, ebd., S. 437; dazu auch David Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London/New York: I.B. Tauris, 1996, S. 747-748.

⁴³ Iglesias, *Understanding Podemos*, S. 21.

⁴⁴ Paul Lucardie, *Das Parteiensystem der Niederlande*, in: Niedermayer/Stöss/ Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, a.a.O., S. 332-350.

⁴⁵ Peter Zervakis, *Das Parteiensystem Griechenlands*, in: Niedermayer/Stöss/ Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, a.a.O., S. 189-211.

strategie«, wie Peter Zervakis bemerkt.⁴⁶ In der Parlamentswahl im Mai 2012 stürzte PASOK von 44% auf 13% ab, wohingegen ihr konservativer Gegenspieler ND von 33% auf 19% abrutschte. Seitdem hat die ND sich nur leicht erholen können, während PASOK weitere Verluste einstecken musste. Die linke Seite des Parteienspektrums wird jetzt von SYRIZA dominiert, die 2015 auch eine Regierungskoalition bilden konnte (zusammen mit der kleineren, nationalistischen Partei der Unabhängigen Griechen). Laut Eftichia Teperoglou und Emmanouil Tstatsanis gibt es im neuen Parteiensystem drei Blöcke: die euroskeptische radikale Linke (SYRIZA und KKE), das pro-europäische Zentrum (PASOK und ND) und die (relativ kleinere) anti-europäische und xenophobe extreme Rechte.⁴⁷ Allerdings wird sich SYRIZA als Regierungspartei möglicherweise auch »sozialdemokratisieren«, ähnlich wie es bei PASOK in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zu beobachten war.

Auf der einen Seite sieht man also eine dominante Regierungspartei, SYRIZA, auf der anderen Seite permanente Oppositionsparteien wie die SP und die Einheitsliste (schon etwas einflussreicher, wenn es eine linke Minderheitsregierung gibt); die Rolle der neueren Parteien, Podemos und *Parti de Gauche*, ist zur Zeit noch ziemlich unklar.

Fazit

Gehörte die WASG und gehören ihre Schwesterparteien zur vierten Generation der sozialistischen Familie? Es ist noch etwas zu früh, um die Frage ohne Vorbehalt bejahen zu können, aber es gibt schon klare Ansätze dazu, wie programmatische Konvergenz, elektoraler Aufstieg und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

⁴⁶ Ebenda, S. 209. Dazu auch Sassoon, S. 631-642.

⁴⁷ Eftichia Teperoglou/Emmanouil Tstatsanis, Dealignment, De-legitimation and the Implosion of the Two-Party System in Greece: The Earthquake Election of 6 May 2012, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 24: 2 (2014), S. 222-242; dazu auch: Katzambekis, *The Rise of the Greek Radical Left to Power*.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der PDS/DIE LINKE, Einheitsliste, PG/Front de Gauche, Podemos, SP und SYRIZA (Parlamentswahlen 1989-2015, Angaben in %)

Wahljahr	PDS/DIE LINKE	Einheitsliste	PG/Front de Gauche	Podemos	SP	SYRIZA
1989					0,4	
1990	2,4	1,7				
1991						
1992						
1993						
1994	4,4	3,1			1,3	
1995						
1996						
1997						
1998	5,1	2,7			3,5	
1999						
2000						
2001		2,4				
2002	4,0				5,9	
2003					6,3	
2004						3,3
2005	8,7	3,4				
2006					16,6	
2007		2,2				
2008						
2009	11,9					4,6
2010					9,8	
2011		6,7				
2012			6,9 ¹		9,7	16,8 26,9
2013	8,6					
2014						
2015		7,8		20,7		36,3 35,5

¹ Im ersten Wahlgang; im zweiten nur 1,1%.Quellen: www.bundeswahlleiter.de; www.dst.dk/valg; www.interieur.gouv.fr/Elections/les_resultats; www.resultados.elpais.com/elecciones/generales.html; www.verkiezing-suitslagen.nl; www.hellenicparliament.gr/en.

Anhang

1. Zeittafel zur Geschichte der WASG¹

2004	
2. März	Erste Vorabberichte in der Presse über die geheimen Gründungsaktivitäten der Initiativen.
5. März	Erstes Treffen der Initiative »Wahlalternative« in Berlin.
10. März	Bayerische IG-Metall-Funktionäre um Klaus Ernst und Thomas Händel starten eine Internet-Initiative für »Arbeit & soziale Gerechtigkeit« (ASG).
15. März	Veröffentlichung des Aufrufes »Für eine wahlpolitische Alternative«.
19. März	Erste Pressekonferenz und Vorstellung der Initiative »Arbeit & soziale Gerechtigkeit« in Fürth.
3. April	Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau mit bundesweit etwa 500.000 Teilnehmern.
8./9. Mai	Erstes gemeinsames Treffen von Initiatoren und Regionalkoordinatoren beider Initiativen mit der Vereinbarung, die künftigen Strukturen gemeinsam aufzubauen.
15. Juni	Klaus Ernst und Thomas Händel werden aus der SPD ausgeschlossen.
20. Juni	Konferenz »Für eine wahlpolitische Alternative« in der Humboldt-Universität zu Berlin mit ca. 700 Teilnehmern.
3./4. Juli	Vereinigung beider Initiativen in dem Verein »Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit«.
11. Juli	Bei einer Umfrage von TNS Emnid kommt die WASG auf 11%.
2. Oktober	Bundesweite Montags-Demonstration in Berlin.
20./21. November	Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg; Beschlüsse über die Einleitung der Urabstimmung zur Parteigründung und den Antritt der WASG zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005.
19. Dezember	In einer Urabstimmung entscheiden sich die WASG-Mitglieder mit 96,07% für die Parteigründung; Berliner Erklärung der WASG.

¹ Die Zeittafel stellt eine Erweiterung und Ergänzung der von Ruben Lehnert erarbeiteten Chronologie dar. Vgl. Ruben Lehnert: Chronologie einer erfolgreichen Parteigründung. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 129e. – Erweiterungen und Ergänzungen basieren vor allem auf: ADS, WASG – 067 und 078; Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken? Diplomarbeit, München 2007; Helge Meves: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS. In: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 31-32; Chronologie. In: Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl, Saarbrücken 2008, S. 107-109.

2005	
22. Januar	Gründung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« in Göttingen.
23. Januar	Gründung des Landesverbandes NRW der WASG.
12. April	Saarbrücker Resolution.
6.-8. Mai	Gründungsparteitag der WASG in Dortmund.
22. Mai	Die WASG erreicht bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2,2%, die PDS 0,9% der Stimmen. Die SPD erleidet eine deutliche Wahlniederlage (minus 5,7% der Stimmen; Verlust der Regierung). Bundeskanzler Schröder verkündet vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag.
24. Mai	Austritt von Oskar Lafontaine aus der SPD und Angebot einer Kandidatur für ein Linksbündnis bei der nächsten Bundestagswahl.
30. Mai	Brandbrief von Ulrich Maurer: »Wenn die SPD überleben will, muss sie umkehren.«
30. Mai	Erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und WASG.
10. Juni	»Leverkusener Erklärung« von 40 WASG-Mitgliedern aus 15 nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisverbänden sowie aus dem Kreisverband Aurich-Emden, in der erhebliche Bedenken gegen ein Zusammengehen der WASG mit der PDS artikuliert werden.
11. Juni	Der Bundesvorstand der PDS bestätigt das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen, die Absicht einer Umbenennung der PDS und die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf Landeslisten der PDS.
12. Juni	Der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG bestätigen das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen.
17. Juni	Klaus Ernst und Lothar Bisky unterzeichnen das Kooperationsabkommen I zwischen WASG und PDS, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wird.
Juni/Juli	Die Linkspartei erreicht in mehreren Umfragen erstmalig mehr als 10%.
3. Juli	Parteitag der WASG in Kassel. Beschlossen wird eine Urabstimmung über Kandidaturen der WASG auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses.
15. Juli	Abschluss der WASG-Urabstimmung: 81,8% der WASG-Mitglieder stimmen für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei, 85,3% für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses (Wahlbeteiligung: 70%).

17. Juli	Ein Parteitag der PDS beschließt mit 74,6% der Delegiertenstimmen die Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS.
4. August	Abschluss des Kooperationsabkommens II zwischen WASG und Linkspartei.PDS.
18. September	Bei der Bundestagswahl erreicht die Linkspartei.PDS 8,7% der Wählerstimmen; 12 Mitglieder der WASG ziehen auf ihren Listen in den Bundestag ein.
3./4. Dezember	Die Vorstände beider Parteien beschließen im »Kooperationsabkommen III«, bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei zu erreichen.
2006	
	WASG und Linkspartei.PDS bestreiten gemeinsam Wahlkämpfe in mehreren Bundesländern und Kommunen und beteiligen sich gemeinsam an der Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie, gegen die Rente mit 67, gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan, für einen gesetzlichen Mindestlohn u.v.m.
23. Februar	Gemeinsame Vorstellung der Eckpunkte für das zukünftige Programm der Partei DIE LINKE.
März	Abschluss der WASG-Urabstimmung: 78,3% der WASG-Mitglieder stimmen für den Parteibildungsprozess und dafür, dass es nur noch um das »Wie«, nicht mehr um das »Ob« geht (Wahlbeteiligung: 57%).
26. März	Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erreichen WASG und Linkspartei.PDS 3,1% der Wählerstimmen, in Rheinland-Pfalz 2,5% und in Sachsen-Anhalt die Linkspartei.PDS 24,1%. Bei den Kommunalwahlen werden in Hessen über 100 Mandate errungen.
29./30. April	Der WASG-Parteitag in Ludwigshafen startet eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Annahme des Leitantrags »Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! – Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken« und Beschlüsse gegen Konkurrenzmandaturen von Linkspartei.PDS und WASG (Ratifizierung des Kooperationsabkommens III zwischen WASG und Linkspartei.PDS).
9. Mai	Erster Bürgermeister der WASG gewählt: Frank Fiebig erzielt bei den Bürgermeisterwahlen in Gräfenroda (Thüringen) die absolute Mehrheit.
18. September	Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern tritt die WASG gegen die Linkspartei.PDS an. Die Linkspartei.PDS verliert in Berlin die Hälfte ihrer Stimmen und erreicht 13,4%. Die WASG kommt auf 2,9%. In Mecklenburg-Vorpommern erreicht die Linkspartei.PDS 16,8 und die WASG 0,5% der Wählerstimmen. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen erreichen beide Parteien zusammen über 100 Mandate.

30. September	Programm-Konvent von WASG und Linkspartei.PDS in Hannover.
22. Oktober	Gemeinsame Tagung der Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS in Erfurt.
November	Freiburg stoppt mittels Bürgerentscheid den Verkauf von 8.000 städtischen Wohnungen. Die WASG ist eine der tragenden Säulen dieser Kampagne.
18./19. November	WASG-Parteitag in Geseke mit Neuwahlen zum Bundesvorstand und Umwandlung zum e.V., um die juristischen Anforderungen an den Parteineubildungsprozess zu erfüllen. Annahme des Leitantrags »Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus.«
Dezember	Die von der WASG initiierte Unterschriftensammlung »Rettet den Bocholter« hat Erfolg: Die Nahverkehrsstrecke in Nordrhein-Westfalen bleibt erhalten.
10. Dezember	Eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG beschließt die Gründungsdokumente als Anträge an die parallelen Bundesparteitage im März 2007 in Dortmund.
2007	
Februar	Die WASG mobilisiert bundesweit gegen die Rente mit 67 Jahren.
24./25. März	Auf getrennten Parteitagen machen Linkspartei.PDS und WASG in Dortmund den Weg frei für die neue linke Partei. Die Delegierten der WASG beschließen die Programmatischen Eckpunkte, die Bundessatzung und weitere Gründungsdokumente für die zukünftige Partei DIE LINKE. Dem Verschmelzungsvertrag stimmen die WASG-Delegierten mit 86,7% der Stimmen zu.
30. März bis 18. Mai	Urabstimmung über die Gründung der Partei DIE LINKE: 83,9% der WASG-Mitglieder votieren für die Fusion mit der Linkspartei (Wahlbeteiligung: 49,8%).
15. Juni	Ein außerordentlicher Parteitag der WASG in Berlin stimmt über das Personaltableau der WASG in der Führung der neuen Partei DIE LINKE ab.
16. Juni	Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE in Berlin.

2. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) des Vereins Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)

- BDK am 20./21. November 2004 in Nürnberg

3. Parteitage der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)

- 1. Parteitag vom 6. bis 8. Mai 2005 in Dortmund (Gründungsparteitag)
- 2. Parteitag am 3. Juli 2005 in Kassel (Sonderparteitag)
- 3. Parteitag am 29./30. April 2006 in Ludwigshafen²
- 4. Parteitag am 18./19. November 2006 in Geseke
- 5. Parteitag am 24./25. März 2007 in Dortmund
- 6. Parteitag am 15. Juni 2007 in Berlin (Außerordentlicher Parteitag)

4. Zusammensetzung des Bundesvorstandes des Vereins WASG

4.1 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf der Vereinigungsversammlung der Initiative ASG und der *Wahlalternative 2006* in Berlin im Juli 2004³

- Aydin, Hüseyin (Duisburg)
- Bischoff, Joachim (Hamburg)
- Çakır, Murat (Kassel)
- Dreibus, Werner (Offenbach)
- Ernst, Klaus (Schweinfurt)
- Händel, Thomas (Fürth)
- Hensberg, Petra (Wuppertal)
- Lösing, Sabine (Göttingen)
- Meves, Helge (Berlin)
- Radke, Björn (Bahrenhof)
- Scharf, Heidi (Schwäbisch Hall)
- Schmalzbauer, Fritz (München)
- Troost, Axel (Bremen)
- Vetter, Peter (Frankfurt)

Sprecherkreis: Sabine Lösing (Göttingen), Thomas Händel (Fürth), Axel Troost (Bremen), Klaus Ernst (Schweinfurt)

² Dieser Parteitag war zunächst für den 3. und 4. März 2006 in Frankenthal geplant. Die Anträge an den Ludwigshafener Parteitag tragen daher zumeist im Kopf die Bezeichnung »Antrag zum Sonderparteitag der Partei ›Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative‹ in Frankenthal vom 3. bis 4. März«.

³ Vgl. Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit: Bundesvorstand[,] gewählt am 03. Juli 2004. In: WASG-Archiv Fürth.

4.2 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg im November 2004⁴

- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Vorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Vorstand)
- Lösing, Sabine (Geschäftsführender Vorstand)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Vorstand)
- Aydin, Hüseyin
- Bischoff, Joachim
- Buchholz, Christine
- Çakır, Murat
- Dreibus, Werner
- Halbgebauer, Brigitte
- Radke, Björn
- Scharf, Heidi
- Schmalzbauer, Fritz
- Ulrich, Alexander

5. Zusammensetzung des Bundesvorstandes der Partei WASG

5.1 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf der Gründungsversammlung in Göttingen im Januar 2005⁵

- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Lösing, Sabine (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Aydin, Hüseyin
- Bischoff, Joachim
- Buchholz, Christine
- Çakır, Murat
- Halbgebauer, Brigitte
- Radke, Björn
- Scharf, Heidi
- Schmalzbauer, Fritz
- Ulrich, Alexander
- Wagner, Andreas

⁴ Vgl. Wahlergebnisse und Protokoll [der Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg, 20./21. November 2004]. URL: <http://web.archive.org/web/0212154028/http://www.wahlalternative-asg.de/393.0.html> (abgerufen am 5.2.2016).

⁵ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (ASG) am 22. Januar in Göttingen. In: ADS, WASG – 006, Bl. 3 und 4.

5.2 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf dem Parteitag in Dortmund im Mai 2005⁶

- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Bundesvorstand, Schatzmeister)
- Lösing, Sabine (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Bischoff, Joachim
- Buchholz, Christine
- Çakır, Murat
- Gleiss, Thies
- Hagen, Henning
- Müller-Bozkurt, Askim
- Radke, Björn
- Scharf, Heidi
- Schmalzbauer, Fritz
- Spilker, Rainer
- Wagner, Andreas
- Zerhau, Ulrike

5.3 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf dem Parteitag in Ludwighafen im April 2006⁷

- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Bundesvorstand, Schatzmeister)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Weck, Felicitas (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Buchholz, Christine
- Gleiss, Thies
- Hamm, Roland
- Klute, Jürgen
- Krämer, Ralf
- Rajda, Christel
- Scharf, Heidi
- Schmalzbauer, Fritz
- Schulte, Karl Stephan
- Spilker, Rainer
- Uphoff, Franz
- Zerhau, Ulrike

⁶ Vgl. ADS, WASG – 007e.

⁷ Vgl. ADS, WASG – 021e.

5.4 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Wahl auf dem Parteitag in Geseke im November 2006⁸

- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Bundesvorstand, Schatzmeister)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Weck, Felicitas (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Buchholz, Christine
- Gleiss, Thies
- Klute, Jürgen
- Krämer, Ralf
- Rajda, Christel
- Redler, Lucy
- Sacher, Martina
- Scharf, Heidi
- Schlecht, Michael
- Schmalzbauer, Fritz
- Waldheim, Thomas
- Zerhau, Ulrike

5.5 Zusammensetzung des Bundesvorstandes im Ergebnis der Nachwahlen auf dem Parteitag in Dortmund im März 2007⁹

- Buchholz, Christine (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Ernst, Klaus (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Händel, Thomas (Geschäftsführender Bundesvorstand, Schatzmeister)
- Troost, Axel (Geschäftsführender Bundesvorstand)
- Dieckmann, Sophie
- Gleiss, Thies
- Klute, Jürgen
- Krämer, Ralf
- Rajda, Christel
- Redler, Lucy
- Sacher, Martina
- Scharf, Heidi
- Schlecht, Michael
- Schmalzbauer, Fritz
- Waldheim, Thomas
- Zerhau, Ulrike

⁸ Vgl. ADS, WASG – 023e.

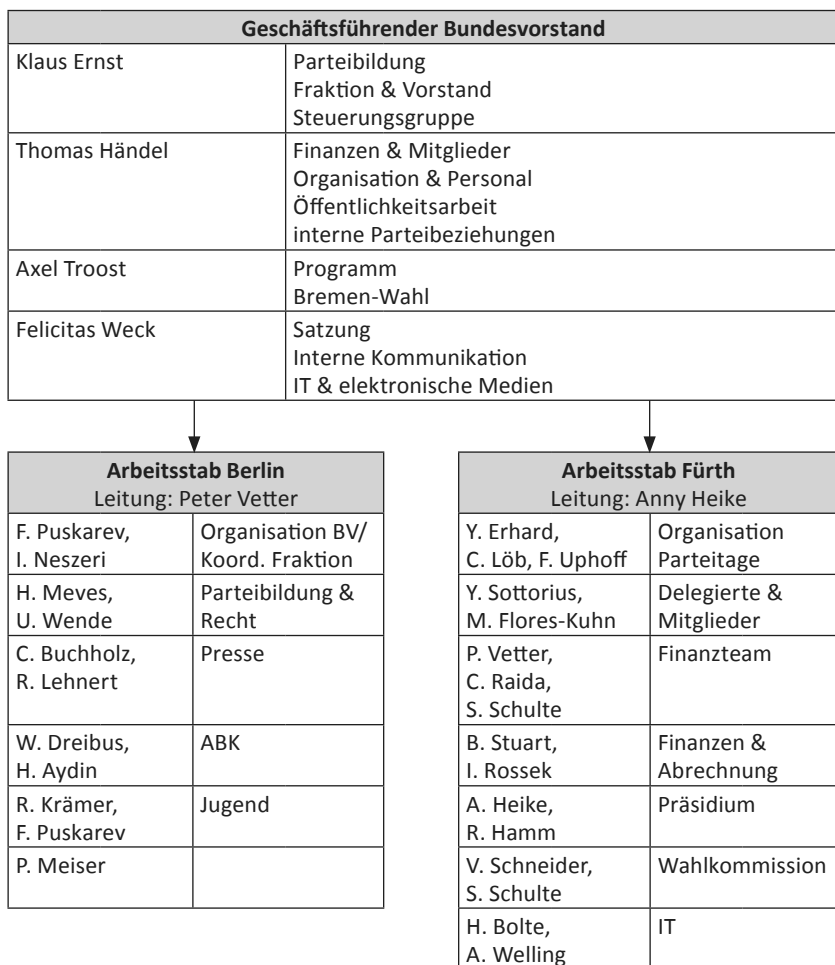
⁹ Vgl. ADS, WASG – 026.

**6. WASG-Mitglieder unter den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag, 16. Wahlperiode¹⁰**

- Aydin, Hüseyin (Nordrhein-Westfalen)
- Binder, Karin (Baden-Württemberg)
- Dreibus, Werner (Hessen)
- Ernst, Klaus (Bayern)
- Höger-Neuling, Inge (Nordrhein-Westfalen)
- Lafontaine, Oskar (Nordrhein-Westfalen)
- Maurer, Ulrich (Baden-Württemberg)
- Reinke, Elke (Sachsen-Anhalt)
- Schneider, Volker (Saarland)
- Schui, Herbert (Niedersachsen)
- Troost, Axel (Sachsen)
- Ulrich, Alexander (Rheinland-Pfalz)

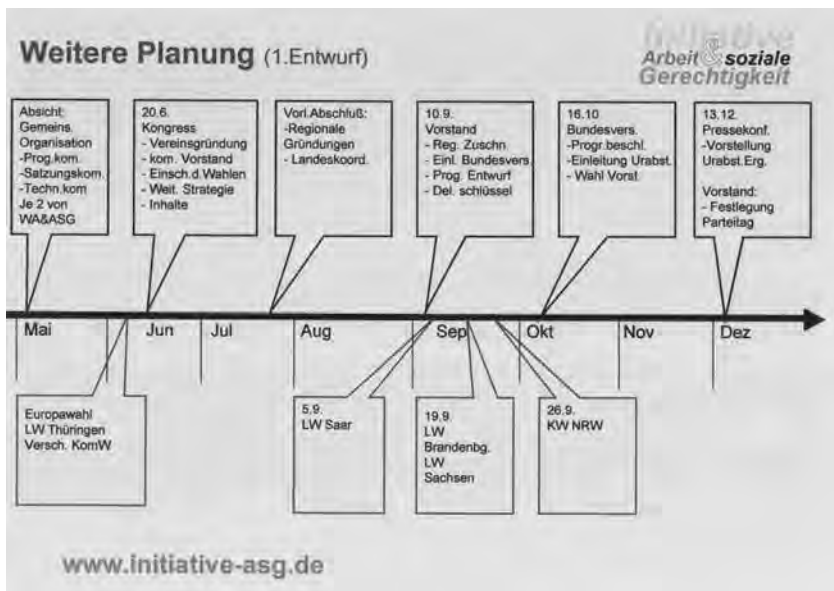
¹⁰ Zusammengestellt nach Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013, S. 159.

7. Organigramm des Geschäftsführenden Bundesvorstands der WASG (Stand Ende November 2006)¹¹



¹¹ Nach: Organigramm des Geschäftsführenden Bundesvorstands, 26.11.2006. In: WASG-Archiv Fürth.

8. Zeitliche Planung der Entwicklung der WASG für das Jahr 2004



Quelle: WASG-Archiv Fürth

Dokumente zur Geschichte der WASG

Abkürzungen

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
ADS	Archiv Demokratischer Sozialismus
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AfD	Alternative für Deutschland
AG	Arbeitsgruppe
AKL	Antikapitalistische Linke
ALG	Arbeitslosengeld
ASG	[Initiative] Arbeit & soziale Gerechtigkeit
ASG	Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative
attac/ ATTAC	association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens; seit 2009: association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne / dt.: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen
BASG	Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr
BDK	Bundesdelegiertenkonferenz
BenQ	Bringing Enjoyment and Quality to Life [Unternehmensmotto des ursprünglich unter dem Namen Acer Peripherals firmierenden Unternehmens]
Berlin WAS Geht	Wahlalternative für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit Berlin
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHF-Bank	Berliner Handels- und Frankfurter Bank AG
BPT	Bundesparteitag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BuVo, BV	Bundesvorstand
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDB	Doyle Dane Bernbach [Kreativ-Agentur, benannt nach ihren Gründern]
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
dimap	Das Institut für Markt- und Politikforschung
DIMAR	Demokratiki Aristera
DVU	Deutsche Volksunion
EDV	Elektronische Datenverarbeitung

Emnid	Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen
entspr.	entsprechend
EU	Europäische Union
FBSG	Freie Bürger für Soziale Gerechtigkeit
FDP	Freie Demokratische Partei
FDS	Forum Demokratischer Sozialismus
Forsa	Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH
FSG	Partei Frieden und Soziale Gerechtigkeit
G8	Gruppe der Acht [größten Industrienationen der Welt]
GSW	Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft
GUE/NGL	Konföderale Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
IA	Initiativantrag
IG	Industriegewerkschaft
Infratest dimap	Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH
isl	internationale sozialistische linke
IT	Informationstechnik
KKE	Kommounistiko Komma Elladas
KP	Kommunistische Partei
KPD/AO	Kommunistische Partei Deutschlands (Aufbauorganisation)
LK, LVK	Leverkusener Kreis
L.PDS, LP.PDS	Linkspartei.PDS
LR	Länderrat
Mitgl.	Mitglieder
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Néa Dimokratia
NGO	Non-Governmental Organization / dt.: Nichtregierungsorganisation
NLO	Netzwerk Linke Opposition
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSB	Neue Soziale Bewegungen
ÖBS	Öffentlicher Beschäftigungssektor
PASOK	Panellinio Sosialistikó Kinima
PB	Parteibildung
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus

PG	Parti de Gauche
PP	Partido Popular
PS	Parti Socialiste
PSGAD	Partei für soziale Gerechtigkeit & Arbeit in Deutschland
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PV	Parteivorstand
PvdA	Partij van de Arbeid
rd.	rund
RWE AG	(bis 1990) Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
SAG	Soziale Alternative für Gerechtigkeit
SAV	Sozialistische Alternative [ursprünglich: Sozialistische Alternative Voran]
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SL	Sozialistische Linke
SoVD	Sozialverband Deutschland e.V.
SP	Socialistische Partij (Nederland)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SYRIZA	Synaspismos Rizospastikis Aristeras
TNS	Taylor Nelson Sofres
UN, UNO	United Nations, United Nations Organization
VDK	Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (seit 1994 <i>Sozialverband VdK Deutschland</i>)
VEBA AG	(ursprünglich) Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
v. i. S. d. P.	verantwortlich im Sinne des Presserechts
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
vs.	versus
WAS-B	Wahlalternative Soziales Berlin
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
WK	Wahlkampf
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (1. Aufruf)

Die letzten Jahre, insbesondere aber die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in den letzten Monaten haben gezeigt:

Die SPD hat sich von ihren Grundsätzen verabschiedet. Entgegen ihrer Wahlversprechen von 1998 und 2002, die sie als eine Alternative zur neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen erscheinen ließen, hat sie sich zur Hauptakteurin des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entwickelt. Niemand von uns hatte erwartet, dass eine Partei mit so großer sozialer Tradition in so kurzer Zeit zum Kanzlerwahlverein mutiert, dessen aktuelle Politikziele nahezu alles negieren, wofür diese Partei in über hundert Jahren stand. Die Grundlage für ihre reformpolitische Aktivität und beschäftigungspolitische Inaktivität ist nun ihr geradezu missionarisches Verständnis von gesellschaftlicher »Modernisierung« als Staatsaufgabe.

Der Blick der Parteigranden auf die Gesellschaft deckt sich mit dem »regierungsamtlichen« Blick: Verkrustungen, Reformstaus, regulative Entwicklungsbarrieren und gesellschaftliche Dinosaurier, soweit das Auge reicht. Aus dieser neoliberalen Sicht stagniert die Beschäftigung, weil die Arbeitslosen durch zu hohe soziale Unterstützung zu unflexibel geworden seien, Arbeit auch unter schlechten Bedingungen anzunehmen. Zu hohe Gewinnsteuern würden den Unternehmen das Investieren verleiden. Die paritätische Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente schließlich zwingt die Unternehmen in ein »lähmendes Korsett gesellschaftlicher Solidarität«, hielte die Beitragszahler von der Dynamik der Finanzmärkte fern und verschließe den Finanzkonzernen lukrative Geschäftsfelder.

»Zukunftsfähig« ist eine Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung und der schärferen internationalen Konkurrenz nach dieser Logik nur, wenn sie diese »Entwicklungsblockaden« überwindet und »Reformstaus« auflöst. Diese Auffassung hat sich die übergroße Mehrheit der Partei offensichtlich zu eigen gemacht.

Die Regierungspolitik der SPD der letzten Monate ist gekennzeichnet durch:

- eine Arbeitsmarktpolitik, die nahezu ausschließlich den Druck auf Arbeitslose erhöht und die Ausweitung eines Billiglohnssektors ohne soziale Qualität forciert *statt* durch massive Investitionsprogramme und die Umverteilung von Arbeit in Normalarbeitsverhältnisse eine dauerhafte aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben,
- eine Steuerpolitik mit eindeutiger sozialer Schieflage und massiver Umverteilung von unten nach oben, *statt* auch die Wohlhabenden und Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens angemessen zu beteiligen und für eine hinreichende Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften zu sorgen,
- eine Rentenreform mit der bislang massivsten Beschädigung des bisher weitgehend paritätisch finanzierten Systems der sozialen Sicherung in Deutschland, *statt* einen sozial gerechten Umbau unserer Sozialsysteme einzufordern,
- eine Gesundheitspolitik zulasten der Patienten und sozial Schwachen, *statt* die Spitzenverdiener unseres Gesundheitssystems zu belasten und die bewährte paritätische Finanzierung auf solide neue, breitere Grundlagen zu stellen,

- eine Bildungspolitik der Eliteförderung bei gleichzeitiger Verarmung der meisten Universitäten, *statt* durch eine bessere finanzielle Ausstattung aller unserer Bildungseinrichtungen Chancengleichheit und verbesserte Bildungsmöglichkeiten zu schaffen,
- das lediglich »taktische« Bekenntnis zur Tarifautonomie und der Druck auf die Gewerkschaften, ihre tarifpolitischen Errungenschaften selbst zu demontieren, *statt* das Streikrecht – wie 1998 angekündigt – zu sichern und sich zur Koalitionsfreiheit zu bekennen.

Und der Weg ist – so befürchten wir – noch nicht zu Ende.

Trotz des nun geplanten Wechsels im Parteivorsitz werden die Bekenntnisse der letzten Monate vollmundig bekräftigt – kleinere »Korrekturen« und ein langsames Tempo nur aus wahltaktischen Überlegungen angekündigt.

Wir gehen diesen Weg nicht mehr mit.

Die vielen Austritte aus der SPD und die vielen Nichtwähler der vergangenen Wahlen aus dem sozialdemokratischen Spektrum zeigen: Viele Bürgerinnen und Bürger kehren der Politik den Rücken, fühlen sich von der SPD getäuscht aber auch von keiner anderen Partei vertreten. Wir sehen darin eine Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie.

Nichtwählen und Rückzug in die innere Immigration ist nicht die Lösung.

Gerade weil es durch den Kurswechsel der SPD keine relevante organisierte politische Gruppierung gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft darstellt, wollen wir uns politisch engagieren und für die Verteidigung dieses Sozialstaats arbeiten.

Wir treten für [ein] Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen ein, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen.

Aus diesem Bündnis könnte eine bei der nächsten Bundestagswahl wählbare soziale Alternative entstehen. Diese mögliche Entwicklung schließen wir ausdrücklich ein. Deshalb gründen wir die »Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, ein offenes Bündnis zur Verteidigung unseres Sozialstaats und gerechten Gestaltung unserer Sozialsysteme.

Wir rufen auf mitzuarbeiten!

Unsere Initiative ist für alle offen, für Mitglieder etablierter Parteien genauso wie für Menschen, die sich von ihren Parteien nicht mehr vertreten fühlen und ihren Austritt erklären wollen. [...]

Für eine wahlpolitische Alternative 2006 (1. Aufruf)¹

Zusammenfassung:

Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinenz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften.

Politische Resignation und Passivität bringen uns dem unverzichtbaren politischen Kurswechsel nicht näher. Nur wenn die sozialen Interessen und solidarisch-emanzipatorische Werthaltungen auch parlamentarisch-politisch zur Geltung gebracht werden, kann ein weiterer neoliberal bestimmter Umbau der Gesellschaft verhindert und eine andere Politik durchgesetzt werden.

Wir wollen ergänzend zum wachsenden außerparlamentarischen Protest – Europäischer Aktionstag am 3.4.2004 – die Entwicklung eines breiten politisch-sozialen Bündnisses vorantreiben, in dem eine inhaltliche Verständigung über einen Politikwechsel und die Perspektive einer Wahlalternative im Zentrum steht.

(Wir verwenden »...Innen« zur Bezeichnung der sowohl männlichen wie weiblichen Form.)

1. Oppositionsbewegung in Deutschland

In den letzten Jahren ist die von SPD und Grünen getragene Bundesregierung und mit ihr das gesamte parlamentarisch-politische Spektrum weiter nach rechts gerückt. Die Politik für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft ist radikalisiert, ideologisch befestigt und gesetzgeberisch umgesetzt worden. Das Stichwort des Jahres 2003 dafür ist die »Agenda 2010«. In Massenmedien, Wissenschaften und vielen anderen zivilgesellschaftlichen »Schützengraben« konnten die Kräfte des Neoliberalismus und des Kapitals weitere Geländegewinne erzielen.

Gleichzeitig hat sich eine wachsende Opposition gegen neoliberale Globalisierung und gegen den Abbau sozialer Rechte entwickelt. Eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und ein Ende der Politik der Sozialkürzungen zeichnet sich nicht ab. Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten ArbeitnehmerInnen, aber auch der Jugend und der RentnerInnen, macht sich politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit. Auf der anderen Seite steht verbreitete Desorientierung und politische Resignation.

Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2004 zunächst fortsetzen, wenn die Menschen die realen Auswirkungen der »Reformen« zu spüren bekommen und im Frühjahr die Mobilisierung der sozialen Opposition und fortschrittlicher Gewerkschaften

¹ Der Aufruf »Für eine wahlpolitische Alternative 2006« basiert auf dem gleichnamigen Strategiepapier von Ralf Krämer. Der erweiterte Entwurf dieses Strategiepapiers vom 5. Februar 2004 wurde bereits 2012 in folgendem VSA: Band abgedruckt: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 184-206.

einen neuen Höhepunkt erreicht. Die weitere Perspektive ist offen und hängt wesentlich an zwei – miteinander zusammenhängenden – Problemfeldern:

1. Die soziale Opposition ist sich einig in der Ablehnung des Sozialabbaus, jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung und in der abstrakten Behauptung, eine politische Alternative sei möglich. Sie ist schwach und uneinig in der Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könne, die nicht nur gerechter ist, sondern auch die Probleme besser bewältigt. Wollen wir in die Offensive kommen und die Tendenz zur politischen Resignation beenden, müssen sowohl das bürgerliche Lager als auch die rot-grüne Koalition auf dem zentralen Feld ihres Diskurses attackiert werden. Die Probleme müssen als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Politik und von Krisenprozessen und Widersprüchen aufgezeigt werden, die die kapitalistische Ökonomie aus sich heraus hervorbringt. In der öffentlichen Debatte sind der Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive und als Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung die Schwäche der Binnennachfrage hervorzuheben.

Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde.

Vor allem brauchen wir mehr und sinnvolle Beschäftigung zu sozialen Bedingungen und die Entwicklung sozial und ökologisch nützlicher Wachstumsfelder. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird. Sowohl Defaitismus (»eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist sowieso aussichtslos«) wie abstrakter Linksradikalismus (»nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist eine Perspektive«) wirken desorientierend. Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen.

2. Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft – Beschäftigten und Erwerbslosen, RentnerInnen und Kranken, Studierenden, Alleinerziehenden und vielen anderen – und ihrer sozialen Unzufriedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften. De facto sind wir heute ein Land ohne wirkliche und wirksame parlamentarische Opposition, denn CDU/CSU/FDP vertreten nur eine noch radikalere Variante des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Im ersten Schritt entwickelt sich die Gegenbewegung gerade in Abgrenzung und zur Artikulation von Protest gegenüber der herrschenden Politik und allen etablierten Parteien. Aber in dem Maße,

wie sie an gesellschaftlicher Breite und politischer Bedeutung gewinnt, stellt sich zunehmend die Frage nach ihrem Bezug zur politisch-parlamentarischen Ebene und nach ihrer Durchsetzungsperspektive. Diese Frage stellt sich sowohl vielen Individuen als auch den aktiven und organisierenden Kernen der Bewegung, die für die weitere Mobilisierung darauf Antworten geben müssen.

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische »Klima« so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evtl. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben.

Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind.

Traditionell diente dazu insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen unterworfenen Politik, die sie in der Substanz nur geringfügig gegenüber den Forderungen des neoliberal dominierten Mainstream modifizieren. Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angreifen.

Was sind die realen Alternativen für die politische Perspektive der Bewegung? Ist es realistisch anzunehmen, ohne parlamentarischen Partner und damit ohne Alternative im parlamentarisch-politischen Raum und damit Druckpotenzial auf die etablierten Parteien hinreichende Kraft für reale Erfolge zu entwickeln? Es geht heute nicht um »Reform oder Revolution«, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

2. Brauchen wir eine wahlpolitische Alternative?

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt. Demonstrationen und auch politische Streikaktionen haben letztlich den Zweck, Druck auf die Parlamente auszuüben – so wie es Unternehmen, Arbeitgeberverbände oder andere finanzkräftige Lobbygruppen alltäglich und mit weit geringerer demokratischer Legitimation tun, bis hin zu regelrechten Erpressungsversuchen, wenn es um Investitionen oder angedrohte Verlagerungen von Arbeitsplätzen geht.

Es geht um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung – die selbstverständlich die primäre

Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat – in staatliches Handeln umgesetzt werden können.

Daher geht es ganz konkret um die Bundestagswahl 2006 und davon ausgehend um die zukünftige politische Landschaft in Deutschland und Europa. Denn es besteht auch das Risiko, dass die soziale Oppositionsbewegung in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des weiteren neoliberal dominierten Umbaus der Gesellschaft frustriert abflaut. Trotz aller Propaganda ist es der Bundesregierung nicht gelungen, ihre »Reformpolitik« ihren bisherigen WählerInnen zu vermitteln – kein Wunder, ist sie doch gegen deren Interessen gerichtet. Die Aktivitäten der Protestbewegung und der Gewerkschaften sind erfolgreich dabei gewesen, die Legitimation dieser Politik infrage zu stellen.

Doch was folgt daraus bei den nächsten Wahlen? Zunächst mal folgt daraus »naturwüchsig«, also wenn es keine klaren anders orientierenden Einwirkungen gibt, vor allem ein Zuwachs der NichtwählerInnen, ganz überwiegend zulasten der SPD. Die unmittelbare Folge eines solchen Protestverhaltens bzw. einer solchen Verweigerung der Zustimmung wäre ein relativer Zuwachs und damit eine starke parlamentarische Mehrheit der anderen erst recht neoliberal orientierten Parteien, vornehmlich der CDU/CSU. Diese gewinnen auch direkt, weil sie vielen Enttäuschten als die real wählbare Alternative zur Abstrafung der bisherigen Regierung erscheinen. Für die soziale Opposition und die Gewerkschaften würden sich die politischen Bedingungen dadurch unmittelbar weiter verschlechtern. Zusätzlich droht die Gefahr, dass rechtspopulistische Parteien einen Teil des Potentials für sich nutzen können.

Welche Optionen gibt es, diesem Szenario entgegen zu wirken? Die erste Alternative wäre, dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das »kleinere Übel« zurückkehren. Selbst wenn eine Wahlunterstützung für Rot-Grün wie vor den vorangegangenen Wahlen nicht mehr möglich sein dürfte, würde das die Gewerkschaften, ihre politische Glaubwürdigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit und ihre mühsam aufgebauten Verbindungen in neuen sozialen Umfeldern massiv schädigen. Es bedeutete eine Kapitulation vor der angeblichen »neuen Mitte«, die Aufgabe mühsam erarbeiteter Alternativkompetenzen, und die Unterordnung unter neoliberal bestimmte Entwicklungsmodelle auch in der Tarifpolitik. Am unmittelbaren Wahlergebnis würde es voraussichtlich wenig ändern. Dass es zu einer erneuten grundlegenden Umorientierung der SPD oder Grünen im Sinne einer sozial orientierten Politik gegen den Neoliberalismus kommen kann, ist unrealistisch. Ebenso wie bei der ersten Option – gar nichts tun – wäre eine weitere Zementierung der politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Großkapitals die Konsequenz.

Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System trans-

formiert. Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen.

Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. **Die PDS ist nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage.** In den letzten Jahren hat sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet.

Bleibt die Alternative, eine neue, eigenständige politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit Aussicht auf Erfolg anzutreten in der Lage ist.

3. Perspektive 2006

Es geht darum, den sozialen Bewegungen bzw. ihren Positionen eine parlamentarisch-politische Artikulationsmöglichkeit zu bieten, die dann auch in den öffentlichen Debatten mit klaren Positionen präsent ist und wirken kann. Dies gilt zunächst für die Situation des Wahlkampfes selbst: Diese Phase einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit kann mit allgemeinen »Wahlprüfsteinen« für die Aufklärung und Mobilisierung der Unzufriedenen kaum genutzt werden. Ein aktives Einmischen erfordert vielmehr die Präsenz als eigenständiger politischer Akteur und erkennbare Alternative.

Mit Blick auf einen erfolgreichen Wahlausgang geht es parlamentarisch ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist. Erfolgsmaßstab ist die Ausschöpfung des Potentials in der Wahlbevölkerung, das aus Positionen sozialer Gerechtigkeit oder anderen von links anzurufenden Motiven oppositionell oder zumindest unzufrieden mit der herrschenden Politik ist. **Ein Einzug ins Parlament hat dann die Aufgabe, die sich daraus ergebenden Ressourcen und Strukturen für eine weitere Aufklärung der Bevölkerung und für die Inszenierung breiter gesellschaftlicher Debatten zu nutzen und so Kräfteverhältnisse weiter zu verbessern.**

Es gibt ein Potential, das deutlich über das bisherige links von SPD und Grünen hinausgeht und in erheblichen Teilen auch gar kein im Selbstverständnis linkes

Potential ist – auch das konnte die PDS im Westen nie annähernd erreichen. Es sind sehr viele Menschen empört und für Proteste ansprechbar, die das bisher noch nie waren, und noch mehr, die auch für ein anderes Wahlverhalten mobilisierbar wären. Im Verlauf des letzten Jahres ist eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.

Nur wenn diese Menschen ihre Interessen auch parlamentarisch-politisch wieder zur Geltung bringen, indem sie eine soziale Wahlalternative in den Bundestag bringen, kann die Mehrheit von CDU/CSU/FDP, die ansonsten schon sicher scheint, vielleicht doch noch verhindert werden. Nur so bestünde die Chance, weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaßnahmen (v. a. im Tarifrecht und im Kündigungsschutz) zu verhindern. Nur so gäbe es eine Gegenreaktion auf die aktuellen Bemühungen des Kapitals, die Gewerkschaften mit Hilfe politischer Methoden zu zersetzen. Je katastrophaler der Wahlausgang für SPD (und vielleicht auch Grüne) wird, desto größer werden dort innerparteilich die Chancen sein, die den kapitalorientierten Kurs der letzten Zeit bestimmenden Kräfte etwas zurückzudrängen und gegenüber CDU/CSU/FDP soziale Positionen wieder stärker zu betonen. Der von einer im Bundestag vertretenen sozialen Opposition ausgehende Druck wird das verstärken.

Die Anlage eines Projekts »Wahlalternative 2006« müsste so sein, dass diese Ziele erreicht werden können. Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden. Im Kern sind das die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Wahlwerbung und Darstellung der Inhalte müssen populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Provoziert werden sollten unsere Gegner, nicht unsere potenziellen WählerInnen. Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: sozial, Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit, offener Bildungszugang, Alternative, aber auch Fortschritt und Zukunft für alle (in was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben: sozial und kinderfreundlich und ökologisch oder ...), Wir sind das Volk (Frauen und Männer, Kinder und Alte, deutscher und ausländischer Herkunft). Im Vergleich zur PDS im Osten muss das Projekt zugleich linker und »mittiger« im Sinne von auf die breiten ArbeitnehmerInnenschichten und gewerkschaftlich orientiert sein. Die Slogans, Plakate usw. dürfen aber nicht inhaltsleer oder dröge langweilig sein, sondern müssen eine klare gegen den neoliberalen Mainstream bzw. für unsere Alternativen gerichtete Botschaft haben, aufklärerisch, zugespitzt und pffiffig sein und den eigenen Aktiven gefallen mit klarer Orientierung, damit sie sie selber gerne nutzen und gerne verbreiten. Es kann da auf vieles zurück gegriffen werden (in leichter Abwandlung ggf.), was Bewegungen und linke KünstlerInnen und Gruppen in der Vergangenheit produziert haben und was an Kreativität sich in der aktuellen Bewegung, bei Demonstrationen usw. immer wieder neu zeigt.

Programmatisch müssen die Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben im Mittelpunkt stehen. Aber auch die anderen zentralen Anliegen der demokratischen Bewegungen müssen aufgegriffen werden (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, offener Bildungszugang, Wissenschaftskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw. Hier sind bei allen Differenzen im Einzelnen und v. a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten vorhanden. Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Eine solche Herangehensweise muss die grundlegende Strategie der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein. Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.

4. Organisation, Arbeitsweise und Perspektiven

Einige Vorstellungen über die Charakteristika und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation: Die Arbeitsweise der sozialen Alternative muss den veränderten Ansprüchen und politischen Kulturen der Menschen entsprechen, die sich in Bewegungen und Initiativen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen, im kulturellen Bereich oder in informellen Gemeinschaften engagieren und zunehmend das Internet zur Kommunikation nutzen.

Weiter muss die soziale Alternative bzw. ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich als anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den »Eliten« aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot oder selbstbemitleidend, sondern selbstbewusst und kämpferisch in der Auseinandersetzung. Ziel muss es sein, erarbeitete Alternativkonzepte in die Diskussion zu bringen und dabei gleichzeitig Raum für neue Konzeptionen zu lassen.

Die soziale Alternative muss in der öffentlichen Auseinandersetzung konsequent und glaubwürdig eine positive, fortschrittliche gesellschaftspolitische Alternative vertreten. Die Formulierung und Verankerung von programmatischen Botschaften und von linken Deutungsmustern im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Hauptaufgabe. Es geht primär darum, die Auseinandersetzung um die Hegemonie zu führen und neoliberale und andere rechte Auffassungen zurückzudrängen. Politische Kompetenz zu entwickeln heißt zunächst, die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken, nicht etwa »regierungsfähig« zu werden. **Es geht um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit und um das Eingreifen in wissenschaftliche Diskurse.**

In den für die konkreten politischen Auseinandersetzungen relevanteren Fragen ist durch die Verankerung und den engen Bezug auf die Diskussionen in den Bewegungen, Gewerkschaften und linken Netzwerken sowie durch eine dominierende Orientierung auf die gemeinsamen Ziele und Gegner dafür zu sorgen, dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszugrenzen. Das Referenzmodell ist dabei, wie in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen Kompromisse gefunden werden.

Wichtig ist die stetige Verbreiterung und Vertiefung der Verankerung in den Gewerkschaften, Bewegungen, Organisationen und Szenen auch in den Ländern und Kommunen sowie der Ausbau der Infrastruktur und Medien sowie der europäischen und internationalen Zusammenarbeit, um die politische Formierung und den Kampf um Hegemonie weiter voranzutreiben. Die Sozialdemokratie hat sich als politische Organisation und Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden und der sozial Schwachen verabschiedet. Es bedarf eines neuen Anlaufs der politischen Artikulation und Formierung eines alternativen gesellschaftlichen Blocks von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus, um solidarische gesellschaftliche Gestaltung und eine progressive europäische und internationale Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu bringen und zu erkämpfen. Dies kann nur gelingen, wenn dabei auch eine neue Generation gewonnen wird, und das wiederum kann nur mit einer neuen Formation gelingen.

Viele halten eine Wahlalternative und neue politische Formation für nötig, sind aber skeptisch, ob ein solches Projekt realisierbar ist. Das entscheidet die Praxis, es passiert nicht einfach so oder anders, sondern es muss getan werden. Es erscheint nicht unmöglich, also müssen wir es zumindest versuchen. Wenn sich herausstellen sollte, dass es doch (noch) nicht zu schaffen sei, kann die erreichte Formierung dennoch wichtig sein für Zwischenschritte und für die Zukunft. **Die Chance für eine neue soziale Kraft besteht. Wir wollen versuchen, sie zu nutzen.**

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Programm für eine bessere Zukunft Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG

1. Ein besseres Leben ist möglich, eine andere Politik ist nötig
2. Gesicherte Arbeit und gerechte Einkommen für alle, Arbeitszeit verkürzen und sozial gestalten
3. Investieren für eine bessere Zukunft, gerechte Steuern
4. Sichere Renten und soziale Krankenversicherung, Armut und Ausgrenzung verhindern, Sozialstaat stärken
5. Bildung, Ausbildung, Kultur und Wissen für alle
6. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren, eine gerechte Weltwirtschaft, Europa demokratisch und sozial gestalten, Frieden und Abrüstung
7. Gleiche Chancen und Rechte für alle, mehr Demokratie, gegen Nazis, für eine soziale Alternative: WASG

Immer mehr Menschen in diesem Land haben Angst.

Angst um ihren Arbeitsplatz. Angst vor Armut oder Verlust ihres erreichten Wohlstands. Millionen Menschen haben keine Arbeit. Nach einem Jahr stürzen sie auf Sozialhilfeniveau: Arbeitslosengeld II. Tagtäglich erzwingen Arbeitgeber mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes längere Arbeitszeiten für gleiches Geld. Die Löhne werden gedrückt. Reguläre Arbeitsplätze werden ersetzt durch Scheinselbstständigkeit oder Minijobs. Die Politik tut nichts dagegen. Im Gegenteil.

Die Politikerinnen und Politiker machen sich zu Helfershelfern der Mächtigen in der Wirtschaft. Statt die Menschen zu schützen und zu vertreten, von denen sie gewählt wurden.

Sie kürzen Renten, Arbeitslosenunterstützung und Krankenkassenleistungen. Öffentliche Dienstleistungen werden verschlechtert oder privatisiert. Private Unternehmen verdienen daran. Den Konzernen und Reichen werden die Steuern gesenkt.

Geht es nach Schröder und Clement, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle, war die »Agenda 2010« erst der Anfang. Die immer wiederkehrende Behauptung lautet: Die Globalisierung, die »Demografie« – mehr ältere Menschen – und die Staatsverschuldung zwingen zu Einschnitten in das soziale Netz und zu niedrigeren Löhnen. Doch das ist Unfug, Vorwand.

Die herrschende Politik löst die Probleme nicht, sondern macht sie nur noch schlimmer.

Nicht trotz, sondern wegen Sozialabbau und Lohndrückerei kommt die Wirtschaft nicht vom Fleck. Die Arbeitslosigkeit wird immer drückender. Die »Agenda 2010« ist nicht nur unsozial, sondern auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch schädlich.

Deutschland hat die wettbewerbsstärkste Wirtschaft der Welt, die weitaus höchsten Außenhandelsüberschüsse, ist Exportweltmeister. Das beweist: Die Löhne und Sozialkosten sind nicht zu hoch. Sie sind weniger gestiegen als in allen Nachbarländern.

Eine gerechtere Verteilung schafft zugleich mehr Beschäftigung.

Vier Fünftel der Beschäftigten arbeiten nicht für den Export, sondern für den inländischen Bedarf. Hier fehlt es an Kaufkraft und Aufträgen.

Löhne sind nicht nur Kosten, sondern bilden zugleich den größten Teil der Nachfrage. Sie müssen gestärkt werden. Die Unternehmen investieren ihre Gewinne nur dann in neue Arbeitsplätze, wenn sie zusätzliche Produkte auch verkaufen können.

Ein besseres Leben ist möglich!

Jahr für Jahr produzieren die Menschen mehr und bessere Produkte in der gleichen Zeit. Diese wachsende Produktivität bedeutet: Die Löhne können steigen. Die Arbeitszeit kann verkürzt werden. Der Sozialstaat kann ausgebaut werden. Doch tatsächlich scheffelt nur eine Minderheit immer größere Reichtümer.

Deutschland lebt nicht über, sondern unter seinen Möglichkeiten. Es gibt moderne Produktionsanlagen, Infrastruktur und unbeschäftigte qualifizierte Arbeitskräfte. Sie werden nicht eingesetzt, weil ihre Produkte keine Käufer finden. Weil es den Menschen an Geld fehlt und der Staat immer weiter kürzt.

Eine andere Politik ist nötig und möglich! Für eine bessere Zukunft.

Wir wollen:

- qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeitsplätze,
- sozialen Schutz und Sicherheit,
- bessere öffentliche Leistungen, für Bildung, Gesundheit, Kultur,
- Beruf und Familie vereinbaren können,
- für das Leben arbeiten und nicht für die Arbeit leben,
- gleiche Rechte und Chancen für alle und mehr Demokratie,
- die Natur bewahren, eine gerechtere und friedliche Welt.

Unser ausführliches Programm: www.wahlalternative-asg.de

Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Die Einkommen müssen zumindest im Gleichschritt mit den Preisen und den wachsenden Produktionsmöglichkeiten steigen. Das heißt: Jahr für Jahr mindestens drei Prozent mehr je Stunde. Nur dann entsteht genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze.

Wir wollen besseren Schutz für die Beschäftigten.

Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen.

Arbeit muss sich lohnen – für alle! Deshalb fordern wir einen Mindestlohn von 1.500 € im Monat, neun Euro die Stunde.

Einzeln sind die Beschäftigten der Übermacht der Arbeitgeber ausgeliefert. Sie werden gegeneinander ausgespielt. Dagegen helfen nur Tarifverträge, die sie gemeinsam, organisiert in Gewerkschaften, durchsetzen. Doch immer mehr Arbeitgeber halten sich nicht daran.

Tarifverträge schützen. Sie müssen gestärkt werden!

Gesetze und Tarifverträge müssen auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ein Entsendegesetz muss für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten. Immer mehr Unternehmen versuchen, längere Arbeitszeit bei gleichem Lohn durchzusetzen. Das ist Lohnsenkung. Die Konkurrenz versucht dann das Gleiche. Im Endeffekt gewinnt niemand. Aber alle Beschäftigten verlieren und es gibt noch mehr Arbeitslose.

Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir kräftige Arbeitszeitverkürzungen, in Richtung 30-Stunden-Woche.

Mit mehr Wachstum allein wird die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen sein. Das wäre auch ökologisch kaum verkraftbar. Für die gleiche Produktion wird immer weniger Arbeit benötigt. Die Arbeitszeit kann daher verkürzt werden, ohne dass die Löhne sinken.

Wir wollen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit.

Die Menschen brauchen mehr freie Zeit, um sich zu erholen, für die Familie, Freundinnen und Freunde oder Hobbys. Wir haben ein Recht auf Feierabend und auf gemeinsame Freizeit am Wochenende.

Wir wollen eine Reform des Arbeitszeitgesetzes.

- Die regelmäßige Wochenarbeitszeit darf höchstens 40 Std. betragen.
- Überstunden müssen stärker begrenzt werden.
- Arbeitszeitkonten müssen geregelt und abgesichert werden.
- Eltern brauchen ein Recht auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.
- Der Ladenschluss muss bundeseinheitlich erhalten bleiben.

Mehr Infos: www.igmetall.de , www.verdi.de

Arbeit ist genug da. Für eine bessere Zukunft.

Schulen und Hochschulen müssen erneuert und ausgebaut werden. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir viel mehr Tageseinrichtungen für Kinder und Ganztagschulen. Alten- und Pflegeheime brauchen mehr Personal. Freizeit-, Kultur- und Sportangebote müssen verbessert werden, insbesondere für Jugendliche.

Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut, Straßen und Kanalisation müssen erneuert werden. Gebäude brauchen eine bessere Wärmedämmung. Die Energieversorgung muss auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. In die Forschung muss mehr investiert werden.

Wir fordern ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen.

Damit schaffen wir mehr als eine Millionen zusätzliche Arbeitsplätze – zu tariflichen Bedingungen und mit voller sozialer Absicherung. Im öffentlichen Dienst, in unabhängigen gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen, und in allen Bereichen der Wirtschaft. Denn mehr öffentliche Investitionen bedeuten Aufträge für die Unternehmen und Einkommen für Millionen.

So schaffen wir sozial und ökologisch sinnvolles, qualitatives Wachstum. Auch in Ostdeutschland!

Nur im Zusammenwirken eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit gezielter Förderung kann es in Ostdeutschland wieder einen Aufschwung geben. Lohndumping und die Unterbietung von Sozial- und Umweltstandards lehnen wir ab. Damit würde der Osten zu einer Armutsregion ohne Zukunft.

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Die Finanzkrise des Staates liegt nicht an übermäßig gestiegenen Ausgaben. Der Anteil der öffentlichen und sozialen Ausgaben am Nationaleinkommen ist nicht höher als vor 30 Jahren. Trotz der hohen Kosten durch die gestiegene Arbeitslosigkeit und die deutsche Vereinigung.

Große Unternehmen und Reiche müssen wieder mehr Steuern zahlen.

Für mehr Arbeitsplätze und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Durch mehr Wachstum und Beschäftigung in Folge unseres Zukunftsprogramms erzielen wir höhere Einnahmen. Nur durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden. Sozialkürzungen und die Verscherbung öffentlichen Eigentums lehnen wir ab. Lügen die Steuereinnahmen noch so hoch wie im Jahr 2000, hätte der Staat über 60 Milliarden € jährlich mehr zur Verfügung. Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen hat sich in den letzten 25 Jahren halbiert. Immer mehr finanzieren die abhängig Beschäftigten den Staat. Mit gerechten Steuern können wir unser Programm finanzieren.

Wir wollen gerechte Steuern.

- Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen.
- Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssen geschlossen werden. Spekulationsgewinne müssen versteuert und Steuerhinterziehung muss wirksamer bekämpft werden.
- Der Spitzensteuersatz muss auf mindestens 47 Prozent angehoben werden, Gering- und Normalverdienende dagegen müssen entlastet werden.
- Eine Vermögensteuer und höhere Erbschaftsteuern für Reiche.

Mehr Infos: www.memo.uni-bremen.de , www.wipo.verdi.de

Die herrschende Politik bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen.

Die »Hartz-Gesetze« zwingen Arbeitslose, fast jeden Job anzunehmen. Auch wenn er noch so weit weg oder schlecht bezahlt ist. Nach einem Jahr sinkt die Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfeniveau. Viele bekommen gar nichts mehr. Dadurch werden auch die Beschäftigten noch erpressbarer.

Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Die Verschlechterungen durch die »Hartz-Gesetze« müssen zurückgenommen werden.

Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, muss länger als ein Jahr Arbeitslosengeld bekommen. Danach muss wieder Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Jobangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Wir wollen Qualifizierung und öffentlich finanzierte Beschäftigung auf tarifvertraglicher Basis. Keine Ein- oder Zwei-Euro-Jobs, durch die zudem reguläre Stellen verdrängt werden.

Wir wollen sichere und auskömmliche Renten. Keine Rentenkürzungen.

Wer jahrzehntelang in die Rentenkassen eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten, die den Lebensstandard erhält. Die Renten müssen wieder im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht werden. Zukünftige Belastungen müssen solidarisch von allen bewältigt werden, nicht einseitig durch Rentenkürzungen.

Wir wollen, dass die Menschen auch künftig spätestens mit 65 Jahren in Rente gehen können.

Millionen Ältere sind arbeitslos oder gesundheitlich am Ende. Eine Erhöhung der Altersgrenze bedeutet noch mehr Arbeitslose sowie Rentenkürzung für diejenigen, die nicht solange durchhalten können.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter.

Sie muss deutlich höher als die heutige Sozialhilfe sein. Niemand darf in die Armut fallen. Auch nicht Frauen oder Männer, die Kinder erzogen haben, längere

Zeit erwerbslos waren oder nur niedrige Löhne hatten und die deshalb nur geringe Beiträge gezahlt haben.

Wir wollen ein hochwertiges und soziales Gesundheitswesen und eine menschenwürdige Pflege.

Eintrittsgeld beim Arzt, immer mehr Medizin muss selbst bezahlt werden. Zahnersatz und Krankengeld müssen auf eigene Kosten versichert werden. Viele Kranke, Alte und Menschen mit geringem Einkommen können sich das kaum leisten. Wer arm ist oder hart arbeiten muss, stirbt früher.

Wir wollen, dass alle medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenversicherung bezahlt werden. Die Lage behinderter Menschen wollen wir verbessern. Wir bekämpfen Verschwendung und überhöhte Profite der Pharmakonzerne. Die Zusammenarbeit zwischen den Ärzten und Krankenhäusern muss verbessert werden.

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung. Für alle.

Alle Menschen, auch Beamte, Selbstständige und Besserverdienende sollen sozial versichert sein. Wer mehr Einkommen hat, muss höhere Beiträge zahlen. Niemand kann sich herausstehlen, wenn er viel verdient. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beiträge zahlen.

Wir wollen den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren.

Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind Folge der hohen Arbeitslosigkeit, der geringen Lohn- und damit Beitragszuwächse sowie der Zunahme unversicherter Arbeit. Die herrschende Politik vergrößert diese Probleme. Sie entlastet die Arbeitgeber und wälzt die Kosten auf die Einzelnen ab. Wir brauchen eine andere Politik. Dann ist der Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar.

Mehr Infos: www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik, www.sozialpolitik-aktuell.de, www.erwerbslos.de

Wir wollen eine gute Bildung und Ausbildung für alle Kinder.

Doch PISA hat gezeigt: die Leistungen unserer Schulen sind mäßig, die soziale Auslese ist extrem. Wir wollen gemeinsame Förderung statt Auslese, ein Bildungswesen ohne Sackgassen und soziale Schranken. Wir brauchen mehr Personal und eine bessere Ausstattung für Kitas, Schulen und Hochschulen.

Wir wollen bedarfsdeckend Ganztagschulen und Tageseinrichtungen für Kinder mit kleineren Klassen und Gruppen.

So können Frauen und Männer Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Wir wollen volle Lernmittelfreiheit. Bildung soll umfassende Kompetenzen und Demokratie vermitteln und die Persönlichkeitsbildung fördern.

Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Viele ausbildungsfähige Betriebe bilden nicht aus. Jahr für Jahr gehen zigtausende Jugendliche leer aus oder werden in Warteschleifen abgeschoben – auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb brauchen wir eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung. Für ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und für eine gerechte Verteilung von Ausbildungskosten.

Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und keine Studiengebühren.

Die Hochschulen in Deutschland brauchen mehr Geld und Personal. Sie sind völlig überlastet. Trotzdem studieren im internationalen Vergleich zu wenige. Kinder einkommensschwacher Eltern haben kaum eine Chance. Die meisten Studierenden müssen nebenbei jobben. Wir fordern eine ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung. Diejenigen, die später viel verdienen, sollen ordentlich Steuern zahlen und so ihren Beitrag zur Finanzierung leisten.

Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung.

Immer mehr sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Geldgebern aus der Wirtschaft abhängig. Wer zahlt, bestimmt. Kritische Inhalte und selbstbestimmtes Lernen bleiben auf der Strecke. Wir wollen Wissenschaft für die ganze Gesellschaft, nicht nur für die Unternehmen.

Wir wollen freien Zugang zu Informationen und die Beschränkung privater Medienmacht.

Wir wollen, dass Daten und Texte für Bildung und Wissenschaft, für politische und gemeinnützige Tätigkeiten allgemein, frei und unentgeltlich zugänglich sind. Die Einzelnen haben ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten, die über sie erhoben wurden.

Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Menschen und anderen Lebewesen. Wir setzen uns für die Förderung freier Software ein und gegen Patente auf Software. Wir wollen die Stellung der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Medienunternehmen stärken.

Mehr Infos: www.gew.de, www.jugend.igmetall.de, www.verdijugend.de, www.studis.de, www.attac.de/wissensallmende

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Wir wollen, dass auch unsere Kindeskinder noch eine gesunde natürliche Umwelt vorfinden. Doch die kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur den Menschen, sondern auch der Natur gegenüber rücksichtslos. Besonders drastisch zeigt sich das in den ärmeren Ländern der Erde.

Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahrzehnten drastisch vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Atomenergie ist unverantwortlich.

Wir wollen mit öffentlichen und privaten Investitionen den ökologischen Umbau voranbringen. Mit ökologischen Steuern wollen wir Anreize setzen.

Damit schaffen wir zugleich mehr Beschäftigung. Wir wollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen und den öffentlichen Personenverkehr stärken – nicht nur auf Hauptstrecken, sondern auch in der Fläche.

Wir wollen den Verbraucherschutz und die ökologische Landwirtschaft sowie den Tierschutz stärken.

Genmanipulierte Lebensmittel lehnen wir ab. Der Hunger in der Welt ist kein Problem zu geringer Möglichkeiten der Nahrungsproduktion, sondern eines der Verteilung.

Die Konzerne missbrauchen die Globalisierung und die billigeren Arbeitskräfte in ärmeren Ländern als Druckmittel, um weltweit Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dagegen wehren wir uns.

Wir wollen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Weltweit müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Die Weltwirtschaft und besonders die Finanzmärkte müssen sozial geregelt werden. Wir setzen uns für eine Steuer auf Devisenspekulation (Tobin-Steuer) und für den Kampf gegen Steueroasen ein. Arme Länder müssen entschuldet und die Entwicklungshilfe muss gemäß den Verpflichtungen der Vereinten Nationen erhöht werden. Der Welthandel muss so reguliert werden, dass er den Menschen zugute kommt und nicht nur den internationalen Konzernen und dem Finanzkapital. Wir lehnen die geplante Liberalisierung des Dienstleistungshandels durch das GATS-Abkommen und die EU-Dienstleistungsrichtlinie ab. Wir wollen Mitbestimmung der Beschäftigten auch in internationalen Konzernen.

Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa. Ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte!

Unter dem Mantel des Wettbewerbs und der Stabilität werden in der EU Privatisierung und eine Politik zugunsten des Kapitals vorangetrieben. Das muss sich ändern. Vollbeschäftigung und soziale Rechte müssen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen bekommen. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt.

Der Europäische Verfassungsentwurf schreibt eine kapitalorientierte, neoliberale Wirtschaftspolitik sowie weitere Aufrüstung fest. Wir lehnen ihn deswegen ab und fordern eine Volksabstimmung. Die EU muss grundlegend demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden.

Wir wollen Frieden und Abrüstung!

Wir wollen, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist. Wir lehnen die Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt werden. Wir wenden uns gegen jegliche Unterstützung von Kriegeinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und setzen uns für internationale Abkommen zur Abrüstung ein. Wir fordern ein weltweites Verbot des Einsatzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen sowie der militärischen Nutzung des Weltraums.

Mehr Infos: www.attac.de , www.friedenskooperative.de , www.friedensrat-schlag.de

Wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer.

Frauen und Männer brauchen vollwertige Erwerbsarbeitsplätze und ein eigenständiges Einkommen. Wir treten für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und für ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft ein. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Wir wollen die Grundrechte sichern und Diskriminierung bekämpfen.

Wir verteidigen die demokratischen Freiheitsrechte und wenden uns gegen einen Überwachungsstaat. Den Abbau von Grundrechten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung lehnen wir entschieden ab. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

Wir wollen Flüchtlinge schützen und Eingewanderte integrieren.

Wir sind gegen Sondergesetze, Abschiebehaft und Schikane. Alle längerfristig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir wollen unentgeltliche Sprachkurse für alle Eingewanderten.

Wir wollen mehr Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft.

In allen Lebensbereichen, Schulen und Hochschulen, Pflege- oder Freizeiteinrichtungen, müssen die Beteiligten demokratisch mitbestimmen können. Wir wollen das Recht auf politischen Streik und Generalstreik, wie in den meisten Ländern Europas üblich.

In der Politik wollen wir größere Möglichkeiten für direkte demokratische Einflussnahme, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen schaffen. Die politische Elite hat sich weit von der Bevölkerung entfernt. Wir sind dagegen, dass Trägerinnen und Träger politischer Ämter oder Mandate bezahlte Nebentätigkeiten ausüben.

Wir fordern die Demokratisierung der Wirtschaft. Privatisierung lehnen wir ab.

Wir setzen uns für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen ein. Auch bei der Wirtschaftspolitik müssen die Gewerkschaften ebenso wie die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitbestimmen.

Wir wollen den öffentlichen Sektor sowie genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Betriebe stärken. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnen wir ab. Dadurch werden demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten privater Profite aufgegeben.

Wir ergreifen Partei für die Arbeitenden und die Benachteiligten.

Wir wollen den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind – eine andere Politik ist möglich und machbar.

Wir streiten gegen Nazis und lehnen jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Gruppierungen entschieden ab.

Wir machen Druck für eine soziale Alternative.

Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital. [...]

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Thomas Händel

Rede auf dem Gründungsparteitag der WASG Anfang Mai 2005 in Dortmund

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Leut,

wir haben uns im letzten Jahr zusammengetan, um ein breites Bündnis gegen den neoliberalen Mainstream zu bilden. Zwei Initiativen, die voneinander nichts wussten, haben sich im März und April des letzten Jahres öffentlich gezeigt. Im Juni des vergangenen Jahres haben wir uns aus der Erkenntnis, dass der Weg nur gemeinsam gegangen werden kann, zusammengetan.

Auf unserer ersten Bundesdelegiertenkonferenz haben wir uns entschieden, die bis dahin versammelten Vereinsmitglieder zu befragen, ob der Verein nun eine Partei werden soll. Über 75 Prozent von allen haben diese Frage mit einem klaren Ja beantwortet. Im Januar haben wir nach entsprechenden Vorarbeiten – der Erarbeitung einer Satzung und der Ausformulierung eines Programms – die Partei gegründet.

Gerade mal drei Monate gibt es uns jetzt, und wir haben trotz aller Bedenken Ernst gemacht: Wir wollen eine wahlfähige Alternative auf die Stimmzettel bringen – damit machen wir Ernst, und zwar jetzt in NRW.

Ein Geschäftsbericht ist dazu da, über das zu berichten, was wir geschafft haben, wo wir stehen – ohne allerdings die politischen Fragen auszuklammern, die wir auf diesem Parteitag zu entscheiden haben. Wir sind angetreten, so unsere Kernsätze aus unseren Gründungstagen, um für ein »Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen einzutreten, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen. Unsere Initiative ist für alle offen, für Mitglieder etablierter Parteien genauso wie für Menschen, die sich von ihren Parteien nicht mehr vertreten fühlen und ihren Austritt erklären wollen.«

Wir wollen ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen. Wir sind überzeugt: bei aller Vielfalt muss sich ein solches Bündnis auf grundlegende Positionen und Herangehensweisen verständigen. Deshalb steht jetzt die Formierung einer Haltelinie gegen den Neoliberalismus oben auf der Tagesordnung und nicht [die] Debatte systemüberwindender Perspektiven. Wir brauchen eine starke gewerkschaftliche Verankerung und starke Verbindungen in die linke Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszene. Für uns ist entscheidend, ob wir bündnisfähige Positionen und eine Praxis entwickeln, alte Spaltungen zu überwinden, um diese Rolle wahrzunehmen.

Gerade diese unbestrittenen Grundsätze gilt es zu Beginn unseres Parteitags noch einmal in Erinnerung zu rufen. Nicht jede Auseinandersetzung in der Herausbildung der Landes- und Kreisverbände hat diese Verantwortung und diese Prin-

zipien berücksichtigt. Solidarität und Toleranz, der Versuch voneinander zu lernen und die unterschiedlichen sozialen und politischen Zugänge zu unserer Partei zu verstehen, war bei so manchen Streitigkeiten der letzten Wochen in so mancher Untergliederung nicht zu beobachten – politische Sachauseinandersetzung übrigens erst recht nicht. Deshalb gilt jetzt – nicht nur weil wir im Wahlkampf stehen – das alte Prinzip neu formuliert wieder: Einigkeit bei aller Vielfalt macht stark.

Die Menschen, die uns wählen sollen und die wir als Mitglied bei uns begrüßen wollen, möchten wissen, was sie von uns haben, was wir besser machen wollen – sie wollen kein Parteiengezänk, das sie aus ihren jeweiligen politischen Vorleben bis zur Neige kennen. Sie wollen wissen, was wir einer Politik entgegensetzen, die den Menschen zum Objekt der Ökonomie degradiert. Sie wollen wissen, was wir einer Politik entgegensetzen, die einig über Rot/Schwarz/Gelb/Grün beschlossen hat, diese Gesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu organisieren. Sie wollen wissen, was wir gegen eine Politik tun, der es nur noch darum geht, den ökonomisch nicht mehr benötigten Teil der Bevölkerung so kostengünstig wie möglich zu alimentieren. Gegen diese Politik wollen wir gesellschaftlichen Widerstand organisieren und in die Parlamente bringen!

Aber nun wird alles anders! Franz Müntefering hat den Kapitalismus wiederentdeckt – gerade noch rechtzeitig vor der Landtagswahl in NRW! Verflucht knapp. Die international wachsende Macht des Kapitals gefährde die Demokratie, sagt er. Wo er Recht hat, hat er Recht. Und Heuschreckenschwärme fielen über die Unternehmen her, um sie auszuplündern. Wie neu!

Wichtig ist weniger, was er gesagt, sondern, was er nicht gesagt hat. Er hat die Agenda-Politik verteidigt. Eine aktivere Rolle des Staates in der Steuer- und Finanzpolitik? Fehlanzeige! Ein Verzicht auf die erneute Senkung der Unternehmenssteuern? Auch nix! Eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens? Nun wollen wir aber nicht zu viel verlangen! Die Stärkung der Massenkaukraft für die Ankurbelung der Binnennachfrage! Kein Ton! Seine Rede, stellt Franz Müntefering nun klar, bedeute »überhaupt nicht das Ende, sondern die Verlängerung unserer bisherigen Politik. – Es geht weiter!« Von »Linksruck« in der SPD also keine Spur!

Erschrocken über die Reaktion der Öffentlichkeit, bastelt man nun eifertig ein Vier-Punkte-Programm um die sogenannte Kapitalismuskritik herum:

- die Veröffentlichung von Managergehältern,
- die Öffnung des Entsendegesetzes für alle Branchen,
- die Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen mit zinsgünstigen Krediten
- sowie die Schaffung von einheitlichen Steuersätzen in Europa.

Wohin das führen soll, zeigt die praktische Politik der Erbschaft- und der Körperschaftsteuersenkung. Oder anders: die SPD betreibt so eine elegante »antikapitalistische« Politik, dass der selbst es noch gar nicht gemerkt hat!

Die politische Logik dieser »modernen« Sozialdemokraten basiert darauf, dass im Zeitalter der Globalisierung soziale Gerechtigkeit angeblich nicht mehr verwirklicht werden kann. Also muss man soziale Gerechtigkeit umdefinieren: »Eigenver-

antwortung« und »Bedürftigkeit« als neue Grundprinzipien dieser Gesellschaft bedeuten die Abkehr vom Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes.

Wenigen ist bewusst, dass wir dabei eine historische Auseinandersetzung führen, die mindestens so alt ist, wie die Geschichte dieser Republik. Der Staatsrechtler Forsthoff mit einschlägiger Karriere im Faschismus hatte schon in den 1950er Jahren mit mächtiger Unterstützung der Wirtschaft versucht, den entstandenen Sozialstaat auf eine pure »Daseinsvorsorge« zu reduzieren. Schon damals war das Gerede vom angeblich »übermächtigen Staat« eine Hilfskrücke zur Durchsetzung von Umverteilung, zur Schwächung des Sozialstaats.

Unserem großen Staatsrechtler und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth blieb es vorbehalten, die klare Gegenposition zu formulieren. Unter dem Sozialstaatsgedanken unseres Grundgesetzes dürfe man ausdrücklich keinen Staat verstehen, »der aus Gründen der Beseitigung der Gefahr, dass in Abhängigkeit gehaltene Unterklassen« sich auflehnen, »ein Lebenshaltungsminimum gewährleistet und Almosen austeilt«. Genau um diese Auseinandersetzung geht es. Die führen wir aktiv – um Gleichheitsgrundsatz, Menschenwürde und Demokratisierung der Wirtschaft. Und zwar nicht mit Wahlkampfsprüchen, sondern mit seriösen, machbaren politischen Alternativen. Wir sagen: Eine andere Politik ist nicht nur möglich – sie ist nötig!

In den ersten drei Monaten unseres Bestehens haben wir nun rund 5.500 Mitglieder gewinnen können. Nach wie vor gehören rund 3.000 Mitglieder noch und ausschließlich unserer Vorläuferorganisation, dem Verein WASG, an und sind bisher nicht übergetreten.

Das Beitragsaufkommen der Partei zeigt: viele Mitglieder sind ohne Arbeit oder Einkommen. Ein Drittel der Mitglieder zahlt nur 1 bis 2 €. Dies lässt uns derzeit nicht über einen durchschnittlichen Beitrag von 7,75 € hinauskommen. 3.000 Mitglieder liegen mit ihrem Beitrag unter dem Durchschnitt. Das macht unsere Kassenlage recht bescheiden (bisher Budgetzahlen; noch keine Echtzahlen):

Seit Februar hat die Partei 113.218 € an Beiträgen zu erwarten.

Für Personal wurde aufgewendet	8.120 €
Für Verwaltung, Investitionen und IT brauchen wir	13.700 €
Für Publikationen, Reisekosten und Tagungen	16.000 €
Für den Wahlkampf in NRW haben wir	20.000 €
Für die Länder- und Regionalbudgets stehen zur Verfügung.	23.184 €

Zurückstellen konnten wir damit lediglich 32.214 €, die allerdings längst nicht ausreichen, um künftige Parteitage und Wahlkämpfe zu bestreiten. Alleine dieser Parteitag kostet rund 100.000 €. Auch eine Wahlkampfkostenrückerstattung sollte uns trotz allem berechtigtem Optimismus nicht beruhigen: Eine Rückerstattung können wir erst im Frühjahr des nächsten Jahres erwarten, sie wird erheblich dazu dienen, die Darlehen für den Wahlkampf in NRW zurückzuzahlen, der uns zwischen 160.000 € und 180.000 € kosten wird.

Vor diesem Parteitag hat der noch kommissarische Finanzrat der Partei bereits das erste Mal getagt. Wir haben uns über die finanzielle Situation und die Notwendigkeiten der verschiedenen Ebenen fair und offen ausgetauscht. Wir haben auch eine gemeinsame Linie für einen Finanzplan für das Jahr bis zum nächsten regelmäßigen Parteitag gesucht, die sich nach meiner Überzeugung in folgende acht Eckpunkte fassen lässt:

1. Die finanziellen Handlungsspielräume der Länder und Regionen müssen verbessert werden. Deshalb sollen ab diesem Parteitag die Länder- und Regionalbudgets von bisher 20 Prozent auf monatlich ein Drittel der jeweiligen Beitragseinnahmen angehoben werden. Auf die Länder werden damit in der Budgetplanung ca. 169.000 € in diesem Jahr entfallen.

2. Die Verteilung der Mittel auf der Länderebene soll durch die Bundesebene nicht vorgegeben werden. Sie soll – aufgrund der unterschiedlichen Mitgliederzahlen und Ländergrößen – künftig durch die Länder selbst geregelt werden.

3. Die Bundesebene braucht in dieser Aufbausituation bis auf weiteres rund 28 Prozent der Beitragseinnahmen. Dies ist auch durch den vom Bundesvorstand schon ins Auge gefassten Aufbau eines Büros in Berlin im Sommer dieses Jahres bedingt. Auch die wachsenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle machen einen weiteren Personalaufbau nötig.

4. Rund ein Drittel der Beitragseinnahmen soll in einen Bund/Ländertopf fließen, aus dem Parteitagungen, Parteitage, Reisekosten und zentrale Publikationen finanziert werden. Dies ist sozusagen ein Länderfinanzausgleich, der die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Landesverbänden etwas ausgleichen soll.

5. Rund 14 Prozent sollen nach unserer Budgetplanung für das erste Jahr in die Wahlkampfprücklage fließen. Das reicht allerdings auch mit Blick auf 2006 nicht aus, um einen gut ausgestatteten Bundestagswahlkampf – geschweige denn weitere Landtagswahlkämpfe zu finanzieren.

6. Ich bin überzeugt: Wir werden die Beitragseinnahmen nicht durch Anhebung der Mindestbeiträge verbessern. Auch der Bruttolohnbezug ist nach meiner Auffassung dazu wenig geeignet. Wir verbessern unsere Finanzsituation nur durch eine bessere Beitragsehrlichkeit der Berufstätigen und vor allem durch eine offensive Mitgliederwerbung. Darum möchte ich euch herzlich bitten.

7. Der Beitrag soll auch künftig vom Bundesvorstand eingezogen werden. Alles andere würde – gerade bei unserer derzeitigen Größe – den x-fachen Aufwand und damit den Verbrauch weiterer Geldmittel für die Verwaltung und eben nicht für politische Arbeit bedeuten.

8. Wir sind in unserer Diskussion auch zu der Auffassung gelangt, dass eine statische Verteilung der Mittel zwischen den Parteiebenen durch Festschreibung in der Satzung im Moment nicht weiterhilft. Dies würde den Notwendigkeiten des momentanen Aufbaustadiums der Partei nicht entsprechen. Deshalb plädieren wir für eine Finanzordnung, die vorläufig bis zum nächste Parteitag gelten soll. Danach berät der Bundesfinanzrat mindestens halbjährlich das Verfahren der Bei-

tragsverteilung zwischen den Gliederungen. Die Höhe der jeweiligen Anteile wird – auf Vorschlag des Bundesfinanzrates – vom Bundesvorstand vorläufig, vom Länderrat abschließend beschlossen. Die Landesverbände beschließen weitere Regelungen zur Finanzverteilung auf die jeweiligen Regionalverbände.

Zum momentanen Stand der Dinge erschien uns das die vernünftigste aller denkbaren Varianten. Ich bitte euch, das zu bedenken. Entscheiden müsst das ihr als Souverän der Partei.

Wir wissen auch: Die Regionalgruppen brauchen dringend Geld, um die wachsenden Anforderungen hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. Das kann auf Dauer nicht so bleiben, wie es ist. Viele von uns haben schon viel privates Geld in unsere Partei hineingesteckt. Das werden wir wohl nie ganz vermeiden können – aber wir wollen mit vereinten Kräften etwas dagegen tun: Was wir nicht in der Kasse haben, müssen wir durch Engagement ausgleichen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei unseren Kolleginnen im Bundesbüro bedanken, ohne deren massiven Einsatz wir heute nicht dort stünden, wo wir sind. Auch dieser Parteitag wäre ohne sie und das Organisationsteam nicht mal denkbar. Und ich sage das an dieser Stelle ganz leise: Manchmal hätten die Kolleginnen ein klein wenig mehr Solidarität und Freundlichkeit von euch verdient.

Angesichts unseres schmalen Budgets haben wir in den vergangenen Wochen einiges getan, um die Informationspolitik in der Partei und nach außen zu verbessern:

- Das IT-Team leistet mit der Homepage eine anerkannt gute Arbeit.
- Die Pressearbeit haben wir deutlich verbessert.
- Den Newsletter als wöchentliche Postille nicht nur an Mitglieder von Partei und Verein, sondern auch an Interessentinnen und Interessenten zu senden, scheint ganz hilfreich zu sein.
- Die politischen Infos zum Runterladen – eine Neuerung der letzten Ausgaben – werden offensichtlich gut angenommen. Wir nehmen damit Stellung zu wesentlichen Themen unserer Politik – und zwar fundiert, argumentativ und ergänzend zu den Themen unseres Programms. Den ersten Infos zum sogenannten Jobgipfel, zur Arbeitszeitdebatte und zum Mindestlohn werden weitere folgen.

Was wir nun in Angriff nehmen werden, ist ein Bildungsprogramm für unsere Mitglieder und Aktiven. Wir wollen noch vor der Sommerpause starten:

- Im Vordergrund steht natürlich die Qualifizierung zu unseren programmatischen Aussagen. Nicht jeder hat tagtäglich mit den Themen Bürgerversicherung und solidarische Einfachsteuer oder mit wirtschaftspolitischen Konzeptionen zu tun. Dort brauchen wir Seminare, die unsere Aktiven fit machen, die Diskussionen nicht nur an Infoständen gut zu bestreiten.
- Wir wollen die Schatzmeister auf regionaler und Landesebene fit machen für die Buchführung einer Partei, die allerdings wesentlich mehr Ansprüche stellt, als die relativ einfache Vereinsbuchführung. Ein gemeinsamer Buchungsrahmen ist bereits in Arbeit.

- Konzipiert ist die Qualifizierung unserer dezentralen IT-Bearbeiter, die künftig in die Lage versetzt werden sollen, die regionalen Internetseiten selbst landesaktuell zu gestalten – auf der Plattform unserer Bundesseite und mit der entsprechenden Unterstützung von Hanno Bolte, dem an dieser Stelle für seinen unermüdlichen Einsatz gedankt sein muss.
- Ein Themenbereich wird die Organisation und Kampagnen-Planung sein. Dabei geht es nicht nur um formale und rechtliche Fragen – es geht darum, Wahlkämpfe und Kampagnen mit Pfiff und ohne die Materialschlachten der Parteien mit der dicken Kohle zu gestalten. Dass das geht, zeigen die ersten vier Seminare, von denen wir drei speziell für unsere MitstreiterInnen in NRW veranstaltet haben. Das ist ausbaufähig.

Unser derzeitiges Problem sind aber nicht nur die Finanzen und die Mühen der Ebenen im Aufbau einer leistungsfähigen Parteiorganisation. Unser Hauptthema ist – trotz allem Totschweigen durch manche Medien – bekannt zu werden. Daran arbeiten wir derzeit in NRW.

Ich bin davon überzeugt: Wir werden mit dem engagierten Einsatz unserer Freundinnen und Freunde in NRW einen respektablen Erfolg erzielen – vielleicht werden wir nicht bei den absoluten Traumergebnissen landen, aber wir werden nach dieser NRW-Wahl mit Sicherheit eines sein: Ein nicht mehr wegzudenkender politischer Faktor für die Bundestagswahl 2006.

Das gilt es für alle in der Partei zu unterstützen. Dazu muss man nicht nach NRW fahren; man könnte zum Beispiel spenden. Oder man könnte einem Vorschlag folgen, der gleichzeitig in den Regionalgruppen Augsburg und Nürnberg/Fürth entstanden ist: Nutzen wir außerhalb NRWs die beiden letzten Wochenenden. Gehen wir an die Autobahnraststätten an den Autobahnen Richtung NRW. Und verteilen an die aus Urlauben und Kurzausflügen Zurückkommenden – die Gunst der ersten Stunde nutzend – Wahlkampfflyer aus NRW. Das wird nicht nur den Wahlkampf unterstützen – es wird unseren Bekanntheitsgrad mächtig steigern – und die Solidarität in der Partei stärken.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland

Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG

Joachim Bischoff (WASG), Michael Brie (Linkspartei), Wolfgang Gehrcke (Linkspartei), Bernd Ihme (Linkspartei), Dieter Klein (Linkspartei), Ralf Krämer (WASG), Konstanze Kriesche (Linkspartei), Julia Müller (WASG), Katina Schubert (Linkspartei), Axel Troost (WASG), Harald Werner (Linkspartei), Janine Wissler (WASG)

Februar 2006

I. Präambel

Mit den Eckpunkten wollen wir die Verständigung über das Programm einer gemeinsamen linken Partei in Deutschland fördern. Frei und selbstbestimmt vereinigen sich in dieser Partei Personen und politische Strömungen der Linken mit unterschiedlicher Geschichte und Herkunft aus Ost und West. Auch nach ihrer Vereinigung wird die notwendige Debatte um Selbstverständnis, programmatische Leitvorstellungen, Reformprojekte und politische Strategie fortgesetzt. Eine gemeinsame Partei braucht die Verständigung über eine programmatische Grundlage. Mit den folgenden Darlegungen soll der Anstoß für eine programmatische Debatte in der Linkspartei.PDS, in der WASG und für alle am Parteibildungsprozess interessierten Linken gegeben werden.

Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftliche und kulturelle Spaltung der Gesellschaft, Entdemokratisierung, Abbau sozialer Rechte, Ausgrenzung und Angst vor sozialem Abstieg und vor Armut prägen zunehmend unsere Gesellschaft. Die Zerstörung der Natur nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik der Bundesrepublik geworden. Mit gewerkschaftlichen, kirchlichen, intellektuellen, ökologischen und anderen kapitalismuskritischen Kräften, mit Gruppen der Frauen- und Friedensbewegungen, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern setzen wir uns gemeinsam für einen Richtungswechsel der Politik ein. Deshalb wollen wir eine starke gemeinsame Partei der Linken schaffen.

Uns eint der Kampf für eine friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt und in Würde leben kann. Heute fehlen Vielen die notwendigen Bedingungen eines solchen Lebens. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Welt ohne Kriege, ohne Armut und Hunger möglich wird, in der jeder und jede Zugang zu Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur, zu sozialer Sicherheit und sinnvoller Arbeit hat. Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse. Viele unter uns sehen in einer solchen Welt eine solidarische, gerechte Gesellschaft, viele von uns verstehen darunter den demokratischen Sozialismus.

Um dieses Ziel zu erreichen, orientieren wir unser gemeinsames Handeln vor allem

- auf die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische Zielsetzungen einer gerechten Politik, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und auf die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse;
- auf die Demokratisierung der Gesellschaft, die allen hier lebenden Menschen gleiche Teilhabemöglichkeiten garantiert. Dazu gehört der Kampf gegen jede Form gesellschaftlicher Unterdrückung, gegen patriarchale und kapitalistische Machtstrukturen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus;
- auf die Erneuerung und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und solidarischer Sicherungssysteme und
- auf die Schaffung einer internationalen Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung, für die die Europäische Union ein Vorbild werden soll.

In den Konflikten der Gegenwart setzen wir uns auf friedliche und demokratische Art und Weise für die Realisierung unserer Ziele ein: im Alltag der Menschen, bei Streiks und Protestaktionen, in den Medien, in Wissenschaft und Kultur, in den Kommunen und Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament, in allen politischen Bereichen und Funktionen, die diesen Zwecken dienen.

Die Grundlagen für alte Spaltungen innerhalb der Linken sind entfallen, selbst wenn dies noch nicht überall akzeptiert ist. Die Linke des 21. Jahrhunderts baut auf den Zielen und Traditionen der bisherigen linken, demokratischen und sozialistischen Bewegungen auf. Dies verlangt von uns, sich kritisch und solidarisch mit der Geschichte der Linken in der DDR und der BRD auseinander zu setzen. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauen, der kolonial und rassistisch unterdrückten Völker. Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor Andersdenkenden ist die Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus.

Wir wollen Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Erkenntnisse aus gewerkschaftlichen und von Erwerbslosen getragenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus, der Einsatz für die Stärkung regionaler Entwicklung und die Auseinandersetzung mit der »neuen Sozialdemokratie« und mit sektiererischen Strömungen in der alten Bundesrepublik. Die neuen sozialen Bewegungen gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung sind ein wichtiger Bezugspunkt unserer Erneuerung.

Gemeinsam wollen wir eine linke Partei bilden, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht gegeben hat – Linke einigend, für Freiheit und Gleichheit stehend,

konsequent für Frieden kämpfend, demokratisch und sozial, offen und plural, Streitbar und tolerant. Wir streben eine politische Partei an, die offen alle gesellschaftlichen Herausforderungen debattiert und einen Richtungswechsel in der Gesellschaft durchsetzen will. Wir sind Teil der europäischen Linken und ihrer Partei. Wir sind Teil der Bewegungen überall auf der Erde, die dafür kämpfen: Eine andere Welt ist möglich.

II. Widersprüche in der gegenwärtigen Gesellschaft

Die gegenwärtige Gesellschaft ist geprägt durch den Widerspruch zwischen einem enormen Potenzial materiellen und kulturellen Reichtums einerseits und der Unfähigkeit andererseits, dieses Potenzial so zu erschließen, dass alle Menschen eigenständig ihre Existenz sichern und in Würde leben können. Diese Unfähigkeit nimmt immer bedrohlichere Züge an. Die Gesellschaften der reifen kapitalistischen Länder haben Möglichkeiten hervorgebracht, um gemeinsam Armut, soziale Ungerechtigkeit und Entwürdigung von Menschen zu überwinden. Es ist möglich, mit deutlich weniger Arbeitszeit die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und die Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse einzulösen. Ebenso ist die Chance gegeben, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen und damit zu deren Gleichheit beizutragen. Zunehmende Unsicherheit, Ungleichheit und Aggressivität sind wesentliche Merkmale der neoliberalen Entwicklung des Kapitalismus geworden. Diese Verhältnisse sind veränderbar. Sie sind das Ergebnis kapitalistischer Krisenprozesse, wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsstrategien des großen Kapitals und der Politik der es stützenden Regierungen. Es sind Herausforderungen entstanden, die neue Antworten verlangen.

Massenarbeitslosigkeit und Gestaltung der Arbeitswelt: In Deutschland gibt es fünf Millionen Arbeitslose, und doch kämpfen Staat und Unternehmerverbände für die Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Anstatt mehr Menschen in Bildung, Gesundheitswesen und anderen humanorientierten Dienstleistungen zu beschäftigen, werden sie arbeitslos oder müssen zu unsicheren Bedingungen und niedrigen Löhnen arbeiten.

Geschlechtergerechtigkeit: Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in den letzten Jahrzehnten auf vielen Gebieten voran gekommen, dennoch werden Frauen am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Politik noch immer diskriminiert. Heute werden vor allem Frauen in unteren Einkommensgruppen durch Arbeitslosigkeit und Hartz-Reformen zunehmend zu Verliererinnen in der Gesellschaft.

Soziale Ungleichheit: Noch niemals waren die Möglichkeiten für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben von Menschen unabhängig von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft und sexuellen Orientierungen so groß wie heute, und doch nimmt die Ungleichheit erneut zu. Die Kluft zwischen Reichen, normal Verdienenden und Armen wird größer. Es wird wieder offensichtlicher, dass wir in einer Klassengesellschaft leben.

Erneuerung sozialer Sicherungssysteme und Überwindung übermäßiger öffentlicher Verschuldung: Seit der deutschen Vereinigung wuchsen die realen Nettogewinne und Vermögenseinkommen um mehr als ein Drittel, während die Realinkommen der Beschäftigten stagnieren. Der gesellschaftliche Reichtum wächst ständig weiter, aber er wird immer einseitiger verteilt. Mit unzureichenden Einnahmen der staatlichen Haushalte wird Sozial- und Stellenabbau begründet. Zugleich werden Steuern auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen ständig weiter gesenkt. Die Privatisierung von sozialer Sicherung, öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur erschließen dem Kapital neue Felder der Kapitalverwertung und zerstören deren solidarischen Charakter.

Bildung und Wissenschaft: Um in einer fortwährend arbeitsteiliger organisierten Gesellschaft bestehen zu können und sich in einer sich rasant verändernden Welt behaupten zu können, werden Bildung und Wissenschaft immer bedeutungsvoller. Aber in den letzten drei Jahrzehnten sank der entsprechende Anteil der Ausgaben in Deutschland. Das Bildungswesen ist auf soziale Auslese orientiert, statt auf Förderung aller Kinder und Jugendlichen und Entfaltung ihrer Persönlichkeiten. Das vielgliedrige Schulsystem erweist sich als überholt und wird den Anforderungen der Zeit nicht gerecht.

Regionale Unterentwicklung: Seit Jahren nimmt die regionale Ungleichheit auch in Deutschland wieder zu. Die Fehler beim Beitritt der DDR zur BRD waren Teil einer grundlegenden Unfähigkeit, gleichwertige Bedingungen ökonomischer und sozialer Entwicklung zu sichern. Viele Regionen in Deutschland sind durch extrem hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung junger qualifizierter Menschen gekennzeichnet. Diese Prozesse sind Teil der wachsenden regionalen Ungleichheit in Europa und weltweit.

Umweltkrise: Eine Effizienzrevolution bei der Verwendung natürlicher Rohstoffe ist schon lange möglich, doch der CO₂-Ausstoß beträgt in Deutschland jedes Jahr weiter mehr als 900 Mio. Tonnen. Umbrüche in Produktions- und Lebensweisen stehen auf der globalen Agenda, aber die notwendigen, grundlegenden Reformen werden immer weiter verschoben.

Globalisierung: Die Kluft zwischen dem Einkommen des untersten und des obersten Fünftels der Weltbevölkerung hat sich von 1960 bis heute von einem Verhältnis 1:30 auf 1:75 verschlechtert. Die Rüstungsausgaben wurden seit 1999 weltweit von 687 Mrd. Dollar auf heute rund 1.000 Mrd. Dollar erhöht. Zwei Fünftel dieser Ausgaben tätigen die USA. Die weltweite Entwicklungshilfe beträgt dagegen nur etwa 55 Mrd. Dollar. Die Globalisierung verlangt solidarische Antworten auf Niedrigstlohnkonkurrenz und Migration, Umweltzerstörung und die Überwindung der schreienden Ungleichheit.

Demografischer Wandel: Die zunehmende Lebenserwartung in der Gesellschaft wird verbreitet für Rentenkürzungen und zur Privatisierung der Altersvorsorge instrumentalisiert. Eine neue Art der Vollbeschäftigung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine gerechte Verteilung, eine kinderfreundliche Politik und

weitsichtige Einwanderungspolitik können solche sozialen Verschlechterungen abwenden. Doch der demografische Wandel ist mit grundlegenden Herausforderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt von älteren Menschen, an Städteplanung und Architektur, Infrastruktur, Dienstleistungen und lebenslanges Lernen verbunden.

Entdemokratisierung: Die zunehmende Komplexität staatlichen Handelns verlangt wachsende Transparenz und eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft. Denn die in den Händen der großen internationalen Finanzfonds und transnationalen Konzerne, in den – demokratischer Kontrolle entzogenen – Institutionen des globalen Kapitalismus (WTO, IWF, Weltbank usw.) und supranationalen Organisationen konzentrierte ungeheure gesellschaftliche Machtfülle führt dazu, dass die Substanz der Demokratie zunehmend ausgehöhlt wird. Die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen und Leistungen entzieht der Demokratie ihre Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere auch in den Kommunen. Mit dem so genannten »Krieg gegen den Terror« werden nicht nur völkerrechtswidrige Militäreinsätze gerechtfertigt, sondern auch Grund- und Freiheitsrechte in den parlamentarischen Demokratien des Westens massiv eingeschränkt. Selbst elementare Rechte wie das Recht auf Schutz vor Folter, Entführung und unbefristeter Inhaftierung wurden bereits verletzt. Imperiale Tendenzen verstärken sich zusehends.

Der Neoliberalismus führt die Wachstumsschwäche und die Notwendigkeit einer einseitigen Verteilung auf die langjährige Einschränkung der privaten Eigentumsrechte und der Marktkräfte durch Staat und Gewerkschaften zurück. Doch das Gegenteil ist der Fall: Der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss ist von den ökonomisch und politisch Herrschenden aufgekündigt worden. In den Betrieben und in der Gesellschaft wird ein Klassenkampf von oben geführt, um Lohn- und Sozialkosten zu senken und höhere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der Beschäftigten zu erzwingen.

Versuche der Sozialdemokratie, die Kluft zwischen Innovationspotenzialen und mangelnder sozialer Gerechtigkeit durch soziale Abfederung zu überbrücken, ohne die Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt und die Kapitalverwertung zu beenden, sind unzureichend und werden auf Dauer scheitern.

Seit mehr als zehn Jahren formiert sich eine Bewegung gegen die erneute Entfesselung des Kapitalismus. Mit unseren Vorstellungen für eine grundsätzlich andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft wollen wir dazu beitragen, dass diese Bewegung die Vorherrschaft des Neoliberalismus überwindet und eine Transformation einleitet, die zu einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft führt.

III. Politische Alternativen

Im heutigen Kapitalismus sind Entwicklungsmöglichkeiten hervorgebracht worden, die eine andere Welt möglich machen; die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, der Zuwachs an Wissen, Individualität und Autonomie für Millionen Menschen in Beruf und privatem Leben sowie die Internationalisierung der Wirt-

schaft bergen emanzipatorische Chancen. Zugleich ist diese Entwicklung mit gravierenden Fehlentwicklungen und sozialen Gegensätzen verknüpft.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, die gleiche Teilhabe für jede und jeden an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit, Würde und in Solidarität mit anderen gewährleistet. Um das zu erreichen, wollen wir eine Veränderung der Macht- und Verhältnissen in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Notwendig ist die Überwindung aller der Profitdominanz zu Grunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx). Demokratischer Sozialismus in diesem Sinne ist ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist.

Davon geleitet wollen wir den *Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg*. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht dem Markt überlassen werden, sondern es ist notwendig, sie demokratisch zu steuern. Wir wollen eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die *Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums* sozialen Kriterien zu unterwerfen. Im öffentlichen Eigentum sehen wir eine unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Wir wollen den öffentlichen Sektor stärken.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Wir setzen uns für mehr Partizipation und Gestaltungskraft der Bürgerinnen und Bürger – für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ein.

Alternative Entwicklung heißt auch ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, Verknüpfung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Zur Demokratisierung aller hierarchischen Verhältnisse gehört, die Dominanz von Männern über Frauen in der Gesellschaft zu überwinden und für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu streiten.

Alternative Reformpolitik ist auf allen Politikfeldern der Überwindung auch jeder anderen Art von Diskriminierung verpflichtet: der Diskriminierung von Menschen aus nationalen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen, der Benachteiligung auf Grund sozialer Herkunft, von Behinderungen oder aus Altersgründen.

1. Arbeit – sinnvoll, sozial gestaltet und selbstbestimmt

Die verschiedenen Formen der Arbeit – Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, ehrenamtliche Arbeit und Arbeit in der Freizeit – bilden die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums, der persönlichen Entwicklung und des solidarischen Miteinanders in der Gesellschaft. Zur Demokratie gehört, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit wie über die gerechte Verteilung des erarbeiteten Wohlstands verständigen und darüber gemeinsam entscheiden.

Kapitalistisch organisierte Erwerbsarbeit steht heute mehr denn je in einem Spannungsverhältnis zwischen individueller Sinnstiftung und Selbstverwirklichung auf der einen sowie Ausbeutung und Unsicherheit auf der anderen Seite. Ein Teil der Lohnarbeitsverhältnisse sind heute bestimmt durch wachsende Autonomie in der Arbeit, größere Handlungsspielräume und flachere Hierarchien. Doch andererseits sind Überbelastung, der Verlust an sozialer Sicherheit und an Planbarkeit des eigenen Entwicklungsweges zunehmend der zu zahlende Preis für mehr Selbstbestimmtheit in der Arbeit. Der Alltag ist geprägt durch Zerstörung regulierter Arbeitsverhältnisse, Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, diskontinuierliche Erwerbsbiografien und fehlende Möglichkeiten zur Planung des eigenen Erwerbslebens.

An diesen realen Widersprüchen und dem Wunsch nach existenzsichernder, auskömmlicher Arbeit, nach Autonomie und sozialer Sicherheit setzt unsere Politik an. Ein zentraler Punkt dabei ist die Gestaltung der Erwerbsarbeit als Grundlage für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum, für die aktive Gestaltung der individuellen Lebensverhältnisse wie der demokratischen Gestaltung der Wirtschaft sowie als Bedingung von freier Entfaltung außerhalb der Erwerbsarbeit. Wir treten ein für die Humanisierung der Arbeitsverhältnisse, für entsprechende Ausbildungs- und Fortbildungsverhältnisse, für auf der Erwerbsarbeit aufbauende solidarische Verteilungsverhältnisse und soziale Sicherungssysteme. Eine soziale Grundsicherung für alle hier lebenden bedürftigen Menschen erachten wir als unverzichtbar, um ökonomische Unabhängigkeit für alle zu garantieren.

Wir setzen uns gegen Arbeitszeitverlängerung zur Wehr und fordern kräftige Arbeitszeitverkürzungen ein. Wir wollen, dass die Arbeit gerechter auf alle verteilt wird, und wir wollen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit. Die Menschen brauchen mehr freie Zeit für Bildung, Qualifikation, Kultur, Sport, Erholung, Familie, Freunde und kreative individuelle Beschäftigung. Wir fordern eine Reform des Arbeitszeitgesetzes. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit darf höchstens 40 Stunden betragen. Überstunden müssen stärker begrenzt werden, Arbeitszeitkonten geregelt und abgesichert werden. Eltern und Pflegende brauchen ein Recht auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.

Arbeit muss sich lohnen – für alle! Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der bei einer regulären Vollzeitbeschäftigung eine Existenzsicherung oberhalb des Armutsniveaus gewährleistet. Die Einkommen sollen Jahr für Jahr zumindest in dem Maße steigen, wie der Verteilungsspielraum aus steigender Produktivität und Inflationsausgleich nicht für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verwendet wurde. Nur dann entsteht auch genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf für Lohnerhöhungen.

Wir wollen besseren sozialen Schutz für die Beschäftigten. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit dürfen nur die Ausnahme sein und nicht zur Regel werden. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern statt ihn immer weiter abzubauen.

Die Rechte der Gewerkschaften im Betrieb und die Rechte der Betriebsräte wollen wir stärken. Wir wirken eng mit Initiativen der Arbeitslosen zusammen und bekämpfen die Politik einer Spaltung zwischen Kernbelegschaften, Erwerbstätigen in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Erwerbslosen.

Die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch Tarifverträge wollen wir stärken. Wir wollen erreichen, dass sie leichter als bisher für allgemein verbindlich erklärt werden können. Gesetze und Tarifverträge müssen auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ein Entsendegesetz muss deshalb für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Wir wollen Geschlechterdemokratie auch im Erwerbsleben und fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Deswegen wollen wir, dass in vielen Bereichen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, deutlich höhere Einkommen durchgesetzt werden. Ein wirksames Gesetz muss die Diskriminierung auch in der Privatwirtschaft unterbinden. Die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen entschieden verbessert werden. Das erfordert den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder jeden Alters sowie von hochwertigen Angeboten für pflegebedürftige Menschen.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei sind öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, die zusammen mit dem öffentlichen Sektor vor allem die soziale Infrastruktur des Gemeinwesens sichern. Sie sind zugleich Gestaltungsfeld für erweiterte Formen betrieblicher Mitbestimmung. Durch diese öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren können soziale, kulturelle und ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt oder der öffentliche Dienst nicht abdecken. Sie sollen vorrangig über gemeinnützige Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verwirklicht werden.

Neue Arbeitsplätze können in großem Umfang durch ökologischen Umbau, durch vor allem darauf gerichtete Technologien und durch den Ausbau bedarfsgerechter öffentlicher Dienstleistungen geschaffen werden.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich auf Gruppen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.

Unter Linken wie in der Gesellschaft ist umstritten, ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein kann.

2. Wirtschaft, Finanzen, Umwelt – nachhaltig verbunden

Um sinnvolle und sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, einen ökologischen Umbau einzuleiten und solidarische Entwicklung global zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unumgänglich. Ohne einen massiven Zuwachs an regulären Arbeitsplätzen kann auch eine sozialere Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik nur den Mangel besser verwalten, aber keinen Ausweg daraus bieten. Nur wenn die Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird, sind aktive Arbeitsmarktpolitik und ein hohes Niveau sozialer Sicherung dauerhaft finanzierbar, ohne die Beschäftigten immer höher zu belasten. Eine aktive, Beschäftigung schaffende Wirtschaftspolitik verbessert zudem entscheidend die Bedingungen für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen.

Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge. Sie misst längerfristiger Struktur-, Wissenschafts- und Technologiepolitik erhebliches Gewicht bei. Sie betrachtet gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch sie strebt eine neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen. Durch das Steuer- und Abgabensystem soll umweltfreundliches Handeln finanziell belohnt und Handeln, das ökologische Schäden verursacht, belastet werden.

Die Linke vertritt keinen blinden Wachstumsfetischismus, aber auch nicht die Ablehnung jedes Wachstums als ökologisch schädlich. Wir wollen, dass Wachstum vor allem durch zusätzliche Arbeit in den Bereichen entsteht, die den ökologischen Umbau voranbringen und wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen: Bildung und Erziehung, Pflege, soziale Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, öffentlicher Personenverkehr, Wärmedämmung und ökologischer Umbau der Energieversorgung, Sanierung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur usw.

Öffentliche Investitionen und Haushaltspolitik

Ein *zentrales wirtschaftspolitisches Projekt* der neuen linken Partei ist ein groß angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm. Die öffentlichen Investitionen müssen mindestens auf das westeuropäische Durchschnittsniveau, also um jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro angehoben werden. Die öffentliche Beschäftigung und öffentlich finanzierte Beschäftigung in den genannten Bereichen muss erheblich ausgeweitet werden.

Für mehr Investitionen und Arbeitsplätze und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden.

Ein weiteres *zentrales Projekt* ist eine gerechte Steuerpolitik. Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener sind konsequent zu schließen und Wirtschaftskriminalität ist entschiedener zu bekämpfen. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Den Spitzensteuersatz wollen wir auf mindestens 50 Prozent anheben.

Strittig unter Linken ist, welche Stellung die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsräume in linker Politik haben sollte. Dazu gehören auch Fragen danach, in welchem Umfang angesichts der Finanzprobleme öffentlicher Haushalte eine Ausweitung von öffentlichen Investitionen, Kreditfinanzierungen und von Beschäftigung im öffentlichen Dienst finanzierbar und vertretbar ist.

Europäische Abstimmung und Regionalisierung

Alternative Wirtschaftspolitik muss in der Europäischen Union und international mit Kämpfen um soziale und ökologische Veränderungen und um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden werden. Notwendig sind europäische Vereinbarungen über soziale und ökologische Mindeststandards und die Unterstützung von Bewegungen, die sich weltweit dafür engagieren – bei Ausgleich von Nachteilen für arme Länder. Unerlässlich ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte: Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulation, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen, EU-weit abgestimmte Schritte zur Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen.

Alternative Wirtschaftspolitik schließt – besonders dringlich für Ostdeutschland und wirtschaftsschwache westdeutsche Gebiete – die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung von Handwerksbetrieben, kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften ein.

Nachhaltigkeit als zentrale Aufgabe

Für einen Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg haben der Erhalt und die Wiedergewinnung gesunder Umwelt erstrangige Bedeutung. Wir setzen uns für eine Politik ein, die die Begrenztheit ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen sozial beherrschten ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zielt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung in den Industrieländern darf nicht länger vier Fünftel der weltweiten Ressourcen verbrauchen. Sozialer und ökologischer Umbau, Wandel der Produktions- und der Lebensweisen gehören zusammen. Dies ist die notwendige Grundorientierung für Wirtschafts-, Innovations- und Technologiepolitik.

Zentrale Handlungsfelder sind daher die Nutzung erneuerbarer Energien, die Verringerung des Energieeinsatzes und erhöhte Energieeffizienz, um aus der Sack-

gasse atomar-fossiler Energiewirtschaft herauszukommen und einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe zu leisten. Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der stofflichen und energetischen Verwertung sowie vor der Entsorgung. Dringlich ist eine ökologische Wende in der Verkehrsentwicklung.

Wir wollen für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte in ökologischen Fragen.

Die Ausrichtung der Technologie- und Innovationspolitik auf die Förderung risikoarmer und umweltschonender Technologien schließt eine starke Entwicklung von weltmarktfähigen Hochtechnologien ein. Wir stehen weder für technikpessimistische Verbote noch für bedingungslose Technologieförderung. Moderne Gesellschaften brauchen eine möglichst große Vielfalt technologischer und sozialer Entwicklungsoptionen.

3. Soziale Sicherheit – Sicherheit für alle

Die solidarischen Sicherungssysteme und der Sozialstaat sind eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Nur auf Rechtsansprüche gegründete soziale Sicherheit ermöglicht Freiheit für alle, nicht allein für die Vermögenden. Wir wollen den Sozialstaat sichern, stärken und grundlegend erneuern. Veränderte Arbeitsverhältnisse und Wirtschaftsstrukturen, Familien- und Bevölkerungsstrukturen und eine gleichberechtigte Stellung der Frauen erfordern grundlegende Reformen. Wir haben den Anspruch, einen umfassenden Schutz aller Mitglieder der Gesellschaft vor den großen sozialen Risiken, eine Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit zu gewährleisten und Armut zu verhindern.

Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Die Privatisierung öffentlicher Güter in diesen und anderen Lebensbereichen beeinträchtigt die Lebenssicherheit aller. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein.

Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind Folge der hohen Arbeitslosigkeit, der geringen Lohn- und damit Beitragszuwächse sowie der Zunahme unversicherter Beschäftigung. Die herrschende Politik vergrößert diese Probleme. Sie entlastet die Arbeitgeber und wälzt die Kosten auf die Einzelnen ab. Wir brauchen einen Politikwechsel. Dann ist ein erweiterter Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar.

Im Gesundheitswesen wollen wir eine solidarische BürgerInnen- oder Volksversicherung einführen. Alle, auch Beamte, Selbständige und Besserverdienende, sollen sozial pflichtversichert sein. Wer mehr Einkommen hat, der hat auch höhere Beiträge zu zahlen. Niemand soll sich dem entziehen können, wenn er viel verdient. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beiträge zahlen.

Im Gesundheitswesen sind Strukturreformen überfällig, um hochwertige medizinische Versorgung für alle ohne Klassenunterschiede in den Leistungen zu gewährleisten: Zentral sind hier vor allem eine bessere Kooperation (integrierte Versorgung) zwischen Krankenhäusern, Rehaeinrichtungen, Fachärzten, Hausärzten, Pflegediensten und anderen Leistungserbringern, Förderung von Gesundheitszentren, eine effektive Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in allen Bereichen, die Einführung einer Positivliste, ein größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge, Verbesserungen von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei ist die Einführung einer individuellen bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung: Wer wegen Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen, mangelhafter Ausbildung oder aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben.

Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, dem steht länger als ein Jahr Arbeitslosengeld zu. Arbeitsangebote sollen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt werden. Die Verschlechterungen durch die »Hartz- Gesetze« müssen zurückgenommen werden.

Wir wollen sichere und auskömmliche Renten. Rentenkürzungen lehnen wir ab. Wer jahrzehntelang in die Rentenkassen eingezahlt hat, dem steht auch in Zukunft eine Rente zu, die den Lebensstandard erhalten lässt. Die Renten sollen wieder im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht werden. Zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung soll diese in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die in einem längeren Prozess Angehörige aller Berufsgruppen, FreiberuflerInnen, Selbständige, Abgeordnete und auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll angehoben werden. Menschen mit höherem Einkommen wollen wir in höherem Maße für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen sehen, ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen. Wir fordern, immer noch vorhandene Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen und erworbene Rentenansprüche vollständig anzuerkennen. Die geplante Anhebung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. Sie bedeutet für Millionen zukünftiger Rentnerinnen und Rentner faktisch eine massive Rentenkürzung. Zukünftige Belastungen durch einen höheren Anteil älterer Menschen ab etwa dem Jahr 2020 müssen solidarisch von allen bewältigt werden, nicht durch Rentenkürzungen.

Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sind eine Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und Menschenwürde. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen verhindern und bezahlbare Wohnungen für Familien und ältere Menschen erhalten und fördern. Wir wollen die Stadtumbauprogramme in dieser Hinsicht konsequent fortführen und mit regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

verbinden, um das soziale, wirtschaftliche und urbane Leben in den Kommunen zu stabilisieren.

Umstritten im Spektrum alternativer Debatten ist die Frage, ob eher einem bedingungslosen individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundversicherung für Menschen in sozialer Not. Da wir Zwang zur Arbeit ablehnen, stellt sich das Problem: Wie können zumutbare Arbeit und Bedürftigkeit bestimmt werden?

Eine weitere Frage ist, wie stark und an welchen Stellen statt des Versicherungsprinzips staatliche Verantwortung unter Einsatz von Steuermitteln zum Tragen kommen soll? Schließlich wird kontrovers debattiert, welche Reformen der demografische Wandel insgesamt erfordert.

4. Erneuerung der Demokratie

In immer mehr Bereichen der Gesellschaft registrieren wir eine Einschränkung demokratischer Rechte. Diese Tendenz wollen wir umkehren. Über die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ordnung muss auf der Basis der Sicherung und des Ausbaus der Grundrechte demokratisch entschieden werden.

Eine demokratische Gesellschaft lebt von einer aktiven Zivilgesellschaft als kollektivem Gestalter des Alltagslebens. Wir wollen die parlamentarische mit direkter Demokratie verbinden, die den Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel über Volksbegehren und -entscheide sowie über Bürgerhaushalte mehr Einfluss und Mitbestimmung ermöglicht. Es geht uns weiter um Stärkung der individuellen Rechte, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtswegegarantie, unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den staatlichen Sicherheitsorganen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Bundeswehr sowie von Polizei und Geheimdiensten fest. Das Recht, selbst über die eigenen Daten und ihre Verwendung zu bestimmen, ist für uns ein unveräußerliches Recht.

Wirtschaftsdemokratie

Dem breiten Angriff neoliberaler Politik auf die Rechte von Beschäftigten im Betrieb und auf ihre soziale Sicherung wollen wir durch eine Stärkung der Interessenvertretungen und Gewerkschaften der ArbeitnehmerInnen entgegenwirken. Über die notwendigen Abwehrkämpfe hinaus wollen wir mit den Betroffenen Alternativen zur Vorherrschaft der Interessen des Kapitals entwickeln.

Wirtschaftsdemokratie zielt darauf, die Alleinvertretungsmacht des Kapitals über die Ziele und Entwicklungsrichtungen der gesellschaftlichen Ökonomie aufzuheben, die abhängig Beschäftigten vor den Risiken des Marktes und der Willkür der Arbeitgeber zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen. Der Interessengegensatz zwischen den Bezieherinnen und Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen und den abhängig Beschäftigten wird durch die Wirtschaftsdemokratie nicht aufgehoben. Die Macht des großen Kapi-

tals kann deshalb nur begrenzt werden, wenn die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften gestärkt wird und auch die Interessenvertretungen der Nichterwerbstätigen neue Rechte erhalten. Wirtschaftsdemokratie ist gleichzeitig die entscheidende Voraussetzung für den sozialen und ökologischen Umbau der Produktionsweise, die Humanisierung der Arbeitswelt und eine sowohl leistungsgerechte als auch solidarische Verteilung des durch die gesamte Gesellschaft geschaffenen Reichtums. Wirtschaftsdemokratie setzt neue Antworten auf die sich zuspitzende Eigentumsfrage voraus. Wir wollen zu einer breiten Debatte darüber einladen, wie das öffentliche Eigentum gesichert, erweitert und sowohl sozial als auch effizient genutzt werden kann. Wir wollen darüber diskutieren, wie das Produktivvermögen breiter gestreut und die Verfügungsgewalt demokratisch reguliert werden kann und in welchen Bereichen es in gesellschaftliches Eigentum überführt werden sollte.

Geschlechterdemokratie

Der Alltag von Frauen in der Bundesrepublik ist bestimmt durch eine Vielzahl differenzierter Lebenslagen. Alter, Qualifikation, Beruf, sexuelle Orientierung, familiäre Situation u.a. prägen maßgeblich Handlungsspielräume und weibliche Selbstbeschreibung in der Gesellschaft.

Dank Frauenbewegung und Eröffnung breiter Zugänge zu Bildung, Qualifikation und Erwerbsarbeit sind Frauen längst nicht mehr auf den privaten Bereich beschränkt. Dennoch bestehen viele Schranken geschlechtlicher Diskriminierung weiter oder werden durch eine Politik des Rollback neu belebt.

Gut qualifizierte Frauen haben heute die Chance auf eine adäquate Berufskarriere, die Anforderungen kommunikativer Kompetenzen am Arbeitsplatz erfüllen sie meist besser als ihre männlichen Kollegen, ihre Entlohnung ist dennoch im Schnitt um ein Drittel geringer und die Führungsetagen bleiben ihnen in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihrer Breite versperrt. Die Entscheidung für Kinder ist für Frauen noch immer die für eine »Doppelbelastung«: Kinderbetreuung, Erziehung und gemeinsamer Haushalt bleiben bei zu geringer gesellschaftlicher Hilfestellung dem privaten Arrangement überlassen.

Frauen mit niedrigerer Qualifikation oder langen Familienzeiten außerhalb des Erwerbssystems sind die gesellschaftlichen »Verliererinnen« der Sozialreformen der letzten Jahre. Geringere Renten- und Sozialversicherungsansprüche, finanzielle Abhängigkeit vom Partner, »Risikogruppe« am Arbeitsmarkt; vor allem in Ostdeutschland sind es die Frauen, die von der herrschenden Politik diskriminiert werden.

Gegen diese Diskriminierungen setzen wir eine Politik der konsequenten gleichen Beteiligung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft. Für uns sind gesetzlich verankerte Frauenförderinstrumente, wie Quotierung oder Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Gleichstellung von Frauen in den Systemen sozialer Sicherung und Gesundheit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bei Aufwertung »weiblicher« Tätigkeiten, bedarfsdeckender Ausbau

von ganztägigen Einrichtungen zur Kinderbetreuung sowie ein v.a. für untere Einkommensschichten auskömmliches Elterngeld (mit einer positiven Diskriminierung betreuender Väter) zentrale Forderungen auf diesem Weg.

Die Überwindung »typisch weiblicher« und »typisch männlicher« Geschlechterrollen durch eine bewusste Gestaltung in Bildung, Erziehung, Ökonomie, Medien etc. ist für uns Grundlage für eine freie Entfaltung der Menschen nach ihren Fähigkeiten und gesellschaftliche Bereicherung. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, dazu gehört auch das Recht, darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen. Deswegen fordern wir weiter die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir, indem wir die Rechte der Opfer stärken, eine umfassende Infrastruktur von Beratungs- und Schutzeinrichtungen fördern und die Selbstorganisation von Frauen unterstützen.

Integration und Migration gestalten –

Rechtsextremismus und Antisemitismus bekämpfen

Wir setzen uns für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, die allen in Deutschland und in den Ländern der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen gleiche BürgerInnen- und Menschenrechte unter angeglichenen materiellen und sozialen Bedingungen einräumt. Menschenrechte sind nicht teilbar und sie gelten für alle. Deswegen treten wir jeder Form von Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen.

Offene Grenzen in Deutschland und der Europäischen Union für Menschen in Not – daran halten wir fest. Deswegen setzen wir uns für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl ein und werben für die Harmonisierung des Asylrechts in Europa auf hohem menschen- und völkerrechtlichen Niveau.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Das hat zu einer Vielfalt von Kulturen und Lebensweisen in Deutschland geführt, die diese Gesellschaft bereichern. Doch die Integration von Eingewanderten und bereits hier Lebenden bedarf der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung.

Rechtsextremismus und Neonazismus sind eine Gefahr für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Deswegen und in Verantwortung für die deutsche Geschichte bekennen wir uns zum Antifaschismus und bekämpfen jede Form von Rechtsextremismus und Neonazismus. Dazu gehört, dass wir den öffentlichen Raum verteidigen und zivilgesellschaftliche Strukturen und die Bildungsarbeit stärken.

Eines der strittigen Themen in der gesellschaftlichen Debatte ist, ob das Verbot neonazistischer und rechtsextremer Organisationen und Parteien im Kampf gegen Rechtsextremismus sinnvoll ist.

5. Wissenschaft und Innovation für sozial-ökologische Alternativen

Eine zentrale wissenschaftspolitische Aufgabe ist darauf hinzuwirken, dass wissenschaftliche Arbeit weit stärker auf die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert wird. Das verbietet zunehmende Unterwerfung der Wissenschaft unter betriebswirtschaftliche Kriterien und Verengung der Wissenschaftspolitik auf die Förderung von Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und Forschungsinstitute brauchen ausreichende öffentliche Finanzmittel und dürfen nicht von Drittmitteln finanzkräftiger Auftraggeber abhängig sein. Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Lebewesen oder Teile von Lebewesen, insbesondere von Menschen.

Wir treten ein für die Stärkung der Grundlagenforschung an Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, für ein ausgewogenes Verhältnis von theoretischer und anwendungsorientierter Forschung und Lehre sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen und für eine produktive Einheit von Forschung und Lehre, für den Abbau hierarchischer Strukturen im Hochschulbereich und größere Selbständigkeit des wissenschaftlichen Mittelbaus.

6. Bildung, Kultur und Medien

Grundsätzlich ist Bildung – egal auf welcher Stufe – für uns ein öffentliches Gut, das wegen seiner Bedeutung kostenfrei zugänglich sein sollte. Auf die Dauer müssen deshalb alle Nutzungsgebühren in diesem Sektor abgeschafft werden.

Wir setzen uns für ein wohnortnahes und qualifiziertes staatliches Bildungssystem ein. Bildung und Erziehung fangen in der Kindertagesstätte an. In Zukunft soll für alle Kinder das Angebot einer ganztägigen Betreuung gewährleistet sein. Außerdem streben wir die Aufwertung der vorschulischen Bildung an. Vorschulische Sprachförderangebote sollen ausgeweitet und umgesetzt werden. Sie sollen insbesondere – aber nicht nur – Kindern dienen, die einen Migrationshintergrund haben. Ziel ist eine ganztägige Schule für alle Kinder von der ersten bis zur neunten Klasse, die Schluss macht mit der bewusst in Kauf genommenen sozialen Selektion und die Kinder und Jugendliche bei Lernschwächen und in ihren Begabungen und Stärken fördert, die Bildung als emanzipatorischen Prozess begreift und die den jungen Menschen das Rüstzeug für ein selbstbestimmtes Leben gibt. Wir wollen das duale Berufsschulsystem bewahren und beruflich wie allgemein bildende Formen lebenslangen Lernens ausbauen.

Die profitorientierte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Universitäten und Hochschulen soll zurückgenommen werden. Wir streben an den Hochschulen eine drittelparitätische Selbstverwaltung an. Der Zugang zu den einzelnen Studienabschlüssen soll frei bleiben; wir wenden uns strikt gegen die Quotierung des Zuganges zu Magister-/Masterabschlüssen. Studiengebühren werden von uns abgelehnt. Außerschulische Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Musikschulen – aber auch regionale Sportstätten, sollen gewährleistet und hinreichend finanziell ausgestattet werden.

Die Freiheit kultureller Leistungen durch die Förderung ihrer kommunikativen und gesellschaftskritischen Kompetenz in den Künsten, den Wissenschaften, in medialen Öffentlichkeiten, in soziokulturellen Räumen und in alternativen Lebensformen ist ein zentrales Anliegen für uns. Kultur- und Medienpolitik sollte der Trägervielfalt kultureller Produktion gerecht werden und die Förderung öffentlicher und gemeinnütziger Institutionen genauso im Blick behalten wie die Unterstützung privatwirtschaftlicher Verlage, Studios, Agenturen und künstlerischer Produktionsfirmen.

Ein kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Dimension sichert die internationale Ausstrahlung insbesondere durch den Kulturaustausch auf der Landes- und Bundesebene. Er hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die finanziell und koordinierend in der Lage sind, Öffentlichkeiten für das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu gewährleisten.

Demokratische Kontrolle des kulturwirtschaftlichen Sektors, sensible Förderung von Film, Musik, Literatur und Theater, Bildender Kunst und modernen experimentellen Kunstäußerungen gehören zum Grundverständnis des kultur- und medienpolitischen Wirkens der Linken. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern und die Pressefreiheit auch in den Redaktionen der Massenmedien stärken.

Informations- und Meinungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger betrachten wir als Grundelement kultureller Entwicklung. Im Urheberrecht wollen wir die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen stärken und die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig beschränken. Das Internet ist heute eine der wichtigsten Informationsquellen im Alltag. Einer Spaltung in Nutzerinnen und Nutzer und Ausgeschlossene wollen wir entgegenwirken. Wir fördern freie Software (open source) und lehnen die Patentierung von Software ab.

7. Neuansatz für Ostdeutschland und strukturschwache westdeutsche Regionen

Ostdeutschland braucht eine zweite Wende – im Interesse der ganzen Bundesrepublik. Ein Neuansatz für Ostdeutschland und für strukturschwache westdeutsche Regionen ist überfällig. Erstens gewinnt gestaltende Politik angesichts von Großproblemen, die durch Marktmechanismen nicht erfasst werden, erstrangige Bedeutung. Sie kann jedoch nicht auf Ostdeutschland allein beschränkt werden. Strategische politische Gestaltungskraft auf Bundesebene ist eine entscheidende Bedingung für die Umkehr negativer Entwicklungstrends in vielen Teilen Deutschlands.

Zweitens brauchen die Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit. Voraussetzungen dafür sind das gewachsene Selbstbewusstsein vieler Menschen in den neuen Bundesländern, ihre im Vergleich zur Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ausgeprägtere kapitalismuskritische Einstellung und das größere Ver-

langen nach sozialer Gleichheit. Ihre besonderen Erfahrungen dürfen nicht länger in den Wind geschlagen werden. Noch immer vorhandene Diskriminierungen, z.B. im Rentenrecht, gehören endlich abgeschafft.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei ist ihr Wirken für die Bildung und für lebenswerte Rahmenbedingungen junger Menschen in Ostdeutschland und in allen strukturschwachen Regionen, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dort, so dass sich das Bleiben lohnt. Im Bundesmaßstab müssen öffentliche Wissenschaftsinvestitionen stärker nach Ostdeutschland gelenkt werden. Die Förderung innovativer Unternehmen soll zum Angebot attraktiver Arbeitsaufgaben für gut ausgebildete Kräfte beitragen.

Wir plädieren für eine neue Art der Industrie- und Strukturpolitik. Das heißt unter anderem: Zukunftsbranchen und -unternehmen voranbringen und im Verbund mit Wissenschaftseinrichtungen zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Wirtschaftsentwicklung machen; ausreichende Kreditvergabe durch Landesbanken und Sparkassen an die oft eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen; Planungssicherheit für die Verfügung über Mittel aus der EU, dem Bundeshaushalt und dem Solidarpakt herstellen. Länder mit besonders großen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen statt der Hälfte nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Hochverschuldeten Kommunen soll ihr Finanzierungsanteil von den Ländern erstattet werden. Auf ein Leitbild bezogene Regionalplanung soll zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstärken in Problemregionen Ost- und Westdeutschlands beitragen.

Zu den offenen Problemen gehört: Wie kann vermieden werden, dass eine Konzentration auf Wachstumskerne und Schwerpunktbereichen periphere Regionen nicht noch weiter abhängt?

8. Frieden und internationale Politik

Außen- und Friedenspolitik von Linken hat ihre Grundlage im Recht, insbesondere dem Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt die weltweite Ächtung von Massenvernichtungswaffen und konsequente Abrüstung und tritt für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen ein. Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Menschenrechte müssen universell gelten, Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten.

Die Linke ist Teil der Friedensbewegung, der weltweiten Bewegungen der Globalisierungskritik, der Sozialforen, der Gewerkschaften, der internationalen Hilfe und Selbsthilfe. Als Teil der Partei der Europäischen Linken wollen wir eine enge Zusammenarbeit mit linken Parteien und Bewegungen in aller Welt entwickeln.

Deutsche Politik muss Friedenspolitik werden. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen eingesetzt werden. Militärbündnisse wie die NATO

wollen wir überwinden und eine Militarisierung der EU stoppen. Deutschland soll auf die Entwicklung und die Produktion neuer Angriffswaffen verzichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Abrüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige einseitige Schritte.

Friedens- und Entwicklungspolitik in Zeiten der Globalisierung

Der gesellschaftliche Reichtum könnte heute und in der Zukunft allen Menschen in aller Welt ein Leben in Würde, frei von Hunger und Armut, in kultureller Vielfalt und mit hoher Bildung ermöglichen. Die Naturressourcen wie Öl, Gas, Wasser und Boden müssen dafür gerecht verteilt und gemeinsam genutzt werden. Die Menschheit verfügt über das Wissen und die Instrumente, Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung zu bringen, die Klimakatastrophe zu stoppen. Die Geißel des Krieges und der Gewalt würde im 21. Jahrhundert zur Vergangenheit, Abrüstung und Frieden hingegen zur Realität. Die globalen Herausforderungen der Menschheit sind lösbar.

Die neoliberale Globalisierung jedoch hat eine Spur der Zerstörung durch alle Teile der Welt gezogen. Mit dem Argument der Globalisierungszwänge wurden soziale und ökologische Standards zerschlagen, Beschränkungen der Finanzmärkte eingerissen, Produktionsstätten vernichtet und nationale Ökonomien untergraben. Die Radikalität der Märkte hat zur weltweiten unkontrollierten Herrschaft transnationaler Konzerne geführt. Aber: Vor den tatsächlichen globalen Herausforderungen haben neoliberale Konzepte und Ideologien versagt.

Das 21. Jahrhundert hat begonnen, wie das zwanzigste endete: mit Kriegen. Zahlreiche Kriege in aller Welt haben Hunderttausenden Menschen das Leben geraubt. Regionale und lokale Konflikte, der Kampf um Naturressourcen und Märkte bergen die Gefahr eines weltweiten Flächenbrandes in sich. Erstmals verschlingen die Rüstungsausgaben der Staaten über eine Billion US-Dollar jährlich. Rüstung tötet bereits im Frieden.

Hunger, Armut, Massenerkrankheiten, ein ungleicher Zugang zu sauberem Wasser, Energie, Wissen, die Patentierung von Saatgut und heimischen Pflanzen durch internationale Konzerne bringen die Welt immer weiter aus der Balance. Die Klimakatastrophe hat bereits begonnen.

Ungelöste Konflikte und tiefe Ungerechtigkeiten, besonders im Nahen und Mittleren Osten, haben Terrorismus als globale Gefahr genährt. Der »Krieg gegen den Terror« hat die Bedrohung verschärft und zur Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen geführt; gewaltige finanzielle Mittel werden zur Vernichtung und nicht zur Entwicklung investiert. Weltweite Wanderungsbewegungen, Massenflucht und Vertreibung sind Folgen einer Politik, die Millionen Menschen von einem Leben in Würde abschneidet.

Als Linke in Deutschland wollen wir zu einer weltweiten Unidad Popular linker Parteien und Bewegungen beitragen und sind Teil der Friedensbewegung,

der Globalisierungskritik, der Sozialforen, der Gewerkschaften, der internationalen Hilfe und Selbsthilfe. Wir wollen eine andere, die Völker verbindende Internationalisierung der gleichberechtigten Kooperation und der Unterstützung der ärmeren Länder durch die OECD-Staaten – ohne Kriege und militärische Gewaltandrohung, gerichtet auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards im Einklang mit den nationalen Möglichkeiten und auf die Verwirklichung der Menschenrechte rund um die Erde.

Die Linke in Deutschland engagiert sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung; für Schritte zur Kontrolle und Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Sie leistet Widerstand gegen die weitere Verwandlung öffentlicher Güter in Marktobjekte. Notwendig ist eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, eine Demokratisierung von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank.

Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Weltweite Abrüstung und eine umfassende Ächtung aller A-, B- und C-Waffen gehören auf die internationale Tagesordnung.

Die Europäische Union – sozial, zivil und demokratisch

Die Linke tritt dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Dies würde Stabilität und Sicherheit befördern und die Lebensverhältnisse in Europa angleichen.

Die Europäische Union hat den Nationalstaat nicht überflüssig gemacht. Der Nationalstaat soll wieder zu einem rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Faktor werden, in dem sich soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzen können. Nationalstaaten und Europäische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen. Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nationalstaaten und der EU.

Die Europäische Union darf ihre Grenzen nicht weiter gegenüber der Welt, gegenüber Menschen in Not abschotten. Europäische Initiativen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Nationalismus fördern in der Zivilgesellschaft demokratische Entwicklungen und können die Politik der Staaten verändern. Das europäische Asyl- und Zuwanderungsrecht muss verbessert werden.

Die Partei der Europäischen Linken, deren Mitglied wir sind, ist ein neuer Faktor im politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt zu mehr Gemeinsamkeit der Linken und bietet die Möglichkeit, zusammen mit sozialen und kulturellen Bewegungen das Kräfteverhältnis in Europa nach links zu verschieben. Gemeinsame Projekte wie Mindestlöhne und soziale und ökologische Mindeststandards, die Verhinderung der Umgestaltung Europas zu einer Militär- und Rüstungsmacht und Initiativen zur Demokratisierung der EU können

erfolgreich sein. Der bisherige Widerstand gegen den EU-Verfassungsvertrag und die Bolkestein-Richtlinie macht uns Mut: Ein anderes Europa möglich zu machen, ist ein Beitrag der Linken in Europa im Kampf um eine andere, bessere Welt.

Zu den wichtigen Fragen, die sowohl unter Linken als auch in der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden sollten, gehören:

Unter welchen Bedingungen können und sollen internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr der friedlichen Entwicklung beitragen?

Welcher Zusammenhang, welche Widersprüche bestehen zwischen Gerechtigkeit und Menschenrechten?

Wie soll sich die Linke zur weiteren Erweiterung der EU, zur Aufnahme der Türkei, zur Niederlassungsfreiheit positionieren?

IV. Strategische Ansätze

Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht in der Veränderung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse, um eine linke, demokratisch und sozial ausgerichtete Politik und eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft durchsetzen zu können. Dies ist ein längerer Prozess. Wir streben eine Transformation der Machtverhältnisse an.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich, wenn starke alternative gesellschaftliche Kräfte der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur und die parteipolitische Linke sich gemeinsam gegen die herrschenden wirtschaftlichen, politischen und medialen Kräfte des Neoliberalismus stellen. Wir wollen zu einem Bündnis der abhängig Arbeitenden in europäischem und internationalem Maßstab beitragen, das zugleich die hochqualifizierten Beschäftigten und die Kernbelegschaften wie auch die in unsicheren befristeten und in Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätigen sowie die Erwerbslosen umfasst. Wir wollen ein Bündnis mit Intellektuellen aus Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ihrer politischen Herkunft und Weltanschauung.

Ein solches neues Bündnis braucht partnerschaftliche Beziehungen, die die Verschiedenheit auf der Basis der gemeinsamen Ziele anerkennt und ausbaut. Als Partei wollen wir unsere eigenen Funktionen produktiv wahrnehmen und zugleich unsere Mitglieder bestärken, in Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen, Vereinen und alternativen Projekten sowie globalisierungskritischen Initiativen mitzuwirken. Dabei wollen wir durch unser Wirken in den Kommunen, Landtagen, auf Bundes- und europäischer Ebene die Fähigkeit entwickeln, sowohl für die Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten einzutreten, als auch ein soziales und demokratisches Gemeinwohlinteresse gegen herrschende und privilegierte Gruppen durchzusetzen, linke Politik unter den realen Wider-

sprüchen konfliktfähig zu gestalten und auch durch Aushandlungen in durchsetzungsfähige Politik zu überführen.

Wir wollen der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Entwicklungsweges entgegensetzen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte hebt die Linke den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive hervor. Es geht um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit, um Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen.

Als linke Partei wollen wir gesellschaftlichen Protest, die Entwicklung von Alternativen im Gegebenen und deren Öffnung für Entwicklungswege, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projekten arbeiten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte, die den Interessen vieler Menschen entsprechen und von vielen gemeinsam verwirklicht werden können, werden nicht in Parteizentralen erfunden. Sie erwachsen aus den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentlichen Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte herausgefunden werden. Wichtige Bezugspunkte für uns sind dabei Positionen, die Gewerkschaften und andere soziale und demokratische Organisationen und Bewegungen entwickeln. Und wir wollen mit eigenen Vorstellungen daran teilhaben. Das betrachtet die neue linke Partei als ein wichtiges Element ihrer Strategie.

Wahlkämpfe dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu vertreten und um gesellschaftliche und politische Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu streiten. Dabei setzen wir uns offensiv mit der Politik und Ideologie der Herrschenden auseinander. Die parlamentarische Arbeit wollen wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht und der Schaffung neuer Mehrheiten dient.

Als linke politische Partei sehen wir die Beteiligung in Regierungen als Mittel gesellschaftlicher Umgestaltung an, wenn die dafür notwendigen Bedingungen gegeben sind. Dazu bedarf es breiter gesellschaftlicher Unterstützung und stabiler parlamentarischer Bündnisse mit anderen politischen Kräften. Linke Politik braucht die Unterstützung und auch die weiter treibende Kritik durch öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. In einem offenen und transparenten Prozess wollen wir die Maßstäbe von Regierungsbeteiligung diskutieren und unter

den konkreten Bedingungen abwägen, um Entscheidungen zu treffen. Maßstäbe sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Durchsetzung wichtiger Reformvorhaben der Linken, der Stopp der neoliberalen Offensive, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Einleitung eines Politikwechsels. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die wesentlichen Weichenstellungen.

Wir werden intensiv die bisherigen Erfahrungen in Deutschland, Europa und international auswerten. Den unterschiedlichen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene werden wir Rechnung tragen.

Es ist unser Anspruch, unsere Politik gemeinsam mit allen Parteimitgliedern, den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften und demokratischen und sozialen Bewegungen zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit Problemen, Differenzen und Widerständen soll öffentlich so geführt werden, dass der Neoliberalismus geschwächt und die Linke und ihre Perspektive eines grundlegenden Richtungswechsels gestärkt werden.

Es gibt unter uns unterschiedliche Auffassungen darüber, welches die besonderen Aufgaben einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen sind, wie das Verhältnis von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu gestalten ist und ob eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen den gemeinsamen Maßstäben an linke Politik gerecht werden kann oder nicht.

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Kooperationsabkommen I

Vereinbarung zwischen

Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Präambel

Die Delegationen haben sich in den Gesprächen auf folgende politische Ziele verständigt:

Es gibt Alternativen!

**Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie!
Gegen den neoliberalen Zeitgeist.**

Beide Seiten setzen sich konkret ein für

- Arbeit in Würde. Arbeitsplätze jetzt! Hartz IV muss weg!
- Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung!
- Für eine soziale und demokratische Bildungsreform! Für längeres gemeinsames Lernen!
- Für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen!
- Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus!
- Für einen friedenspolitischen Aufbruch, für Abrüstung und Konversion!

1.

Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien eine Vereinigung miteinander vorzuschlagen. Sie werden im Interesse der Einheit der demokratischen Linken engagiert für dieses Ziel kämpfen. Der Vereinigungsprozess soll spätestens zwei Jahre nach einer für das Jahr 2005 vorgezogenen Bundestagswahl abgeschlossen sein. Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien »Die Grünen« und »Bündnis 90«, wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.

2.

Zur Vorbereitung der Vereinigung wird eine gemeinsame Kommission gebildet. Beide Parteien entsenden paritätisch Mitglieder. Die Kommission soll folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise der Vereinigung der Parteien. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zur Vereinigung der beiden Parteien in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass zentrale Gremien paritätisch besetzt sind.

3.

In Anbetracht des Planes der Vereinigung beider Parteien und der gegebenen politischen Situation wäre ein getrennter und konkurrierender Antritt zu vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 ein schwerer politischer Fehler. Vorstellungen der einen Partei, vor der Wahl 2005 gemeinsam eine neue Partei zu gründen, scheiterten aus politischen und juristischen Gründen. Deshalb verständigten sich beide Delegationen darauf, dass nur eine der beiden Parteien antritt. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und Stellung in der Gesellschaft wird deshalb nur die PDS antreten. Die Delegation der PDS strebt in ihrer Partei aber Beschlüsse an, die das Bündnis, die erweiterte Identität und die mit der Vereinigung angestrebte neue Qualität zum Ausdruck bringen. Dazu wird in kürzester Zeit von beiden Delegationen ein gemeinsamer Vorschlag für einen Parteinamen unterbreitet, den die PDS auf ihrem kommenden Parteitag zur Abstimmung stellt. Sie wird außerdem die Landesverbände dringend auffordern, Kandidatenvorschläge der Parteiführung zu berücksichtigen.

Berlin, 9.6.2006

Für die WASG
Klaus Ernst

Für die PDS
Lothar Bisky

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Kooperationsabkommen II

Partei
Arbeit & soziale Gerechtigkeit
Die Wahlalternative
Geschäftsf. Bundesvorstand

Die Linkspartei.PDS
Die Linke
Vorsitzender

In Fortsetzung der Gesprächsvereinbarungen vom 17. Juni 2005 formulieren wir in Folgendem ein

Kooperations- und Fairnessabkommen

1. Grundsatzvereinbarung

Das Gesprächsergebnis vom 17. Juni 2005 bildet die Grundlage der weiteren Gespräche. *Sie haben die Aufgabe das Gesprächsergebnis zu konkretisieren und um mündlich erörterte Themen zu ergänzen.*

Vor dem *Hintergrund offener Fragen* ist festzustellen, dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden deshalb

- zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen,
- regelmäßige gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben,
- eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumt und gravierende Vorwürfe und Zerwürfnisse moderieren soll.

2. Namen

Die PDS hat auf ihrem Parteitag am 17. Juli 2005 ihren Namen geändert, um damit Parteilos und Kandidatinnen und Kandidaten der WASG die Kandidatur auf ihren offenen Listen zu ermöglichen. Die Delegierten verbinden damit zugleich, dass ihnen eine Namensänderung als Symbol des Aufbruchs für ein erweitertes Projekt der Linken wichtig ist.

Mit dem Parteitagsbeschluss vom 17. Juli 2005 heißt die vormalige PDS nun »Die Linkspartei«. PDS ist die Zusatzbezeichnung. Die Kurzbezeichnung ist *Die Linke*.

Die Bezeichnung »PDS« wurde satzungsgemäße Zusatzbezeichnung im Sinne von § 4 Satz 2 Parteiengesetz mit der Folge, dass sie in Landesverbänden zugefügt oder weggelassen werden kann. Darüber hat inzwischen die Mehrzahl der Landesverbände der Linkspartei, ihre Namens-Entscheidungen getroffen.

3. Gemeinsame programmatische Grundlagen

Folgende sechs Punkte werden als Ergänzung der Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005 festgehalten.

»Beide Seiten setzen sich ein für

1. Arbeit in Würde.

Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dazu brauchen wir

- a) eine Stärkung der Binnenwirtschaft und ihre Ausrichtung auf sozial und ökologisch sinnvolle Güter und Dienstleistungen. Die Arbeitseinkommen folgen dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.
 - b) mehr sozial und ökologisch sinnvolles Wirtschaftswachstum; wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen.
 - c) Die Arbeitszeiten müssen begrenzt und verkürzt werden. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung muss ausgebaut werden.
 - d) eine Rückkehr zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik.
 - e) die Sicherung und den Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft und Unternehmen.
2. Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Weg mit Hartz IV. Den Ausbau der Krankenversicherung zu einer solidarischen BürgerInnenversicherung; eine Lebensstandard sichernde gesetzliche Alterssicherung und eine solidarische finanzierte Pflegeversicherung. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.
 3. Für eine soziale und demokratische Bildungsreform, ein kostenfreies Bildungssystem für alle.
 4. Für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen.
 5. Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus! Gegen Kriegseinsätze, für Abrüstung und Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion.
 6. Wir werden uns nicht an einer Bundesregierung beteiligen, die Sozialabbau betreibt oder einen solchen tolerieren.

Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen. Die Berliner Republik steckt in der tiefsten politischen Krise seit ihrer Gründung. Da die Parteien der repräsentativen Demokratie immer weniger die Opfer der marktradikalen Politik vertreten, versuchen beide Parteien einen Neuanfang: wir wollen eine Demokratische Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist.

Wir wollen eine Partei sein, die Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, Hartz IV-Opfern und allen Erwerbslosen, Mini-JobberInnen, ZeitarbeiterInnen mit suspendiertem Kündigungsschutz, Kleingewerbetreibende, Rentnerinnen und Rentnern oder Eltern, die ihre Kinder in baufällige Schulen schicken müssen, eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme im Parlament und in der Öffentlichkeit geben.«

Für die Weiterbearbeitung und Aufbereitung gemeinsamer Positionen benennen beide Seiten eine gleiche Zahl von VertreterInnen.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Über den Stand der Verhandlungen wird in gleich lautenden Presserklärungen informiert. Diese sind von den Verhandlungskommissionen freizugeben und hinsichtlich des Termins der Veröffentlichung verbindlich zu verabreden. Dies gilt ebenfalls für die Informationen über den Stand der Verhandlungen an die Gremien beider Parteien.

5. Mittelfristige Perspektive

Die Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005 wird in den Punkten 1 und [2] wie folgt konkretisiert:

Zu 1.

Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien ein konkretes Projekt der Neugruppierung der politischen Linken vorzuschlagen. WASG und Die Linkspartei.PDS wollen durch konkrete Schritte einen Verständigungsprozess der demokratischen Linken voran bringen. *In einer neuen politischen Partei könnten die Formation einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt gestärkt und konkrete Alternativen gemeinsam vorangetrieben werden.*

Wir wollen in offenen Foren die politische Gemeinsamkeiten, die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen in eine gemeinsame politische Organisation einbringen. In den nächsten Monaten, verstärkt nach der Bundestagswahl, sollen konkrete Foren, Kommissionen und Etappen vereinbart werden, so dass den beteiligten Parteien und Organisationen nach zwei Jahren eine begründete Entscheidung möglich wird, ob und unter welchen Bedingungen eine gemeinsame politischen Formation entstehen kann.

Zu 2.

Zur Vorbereitung, Durchführung und politischen Steuerung dieser Neugruppierung der demokratischen Linken wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die für andere Partner offen ist. Zunächst entsenden beide Parteien paritätisch Mitglieder; über die Ausweitung wird einvernehmlich entschieden. Die Kommission soll nach einer Phase breiter Debatten folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise einer politischen Formation der demokratischen Linken. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleich berechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich alle Partner paritätisch vertreten sind.

Der Punkt 3 bleibt in der Version der Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005.

6. Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit

Zur Bundestagswahl am 18. September 2005 tritt »Die Linkspartei.PDS« an. Sie öffnet ihre Listen für Nicht-Mitglieder, darunter für Mitglieder der WASG.

Die WASG unterstützt politisch den Wahlkampf der Partei »Die Linkspartei.« und fordert Wählerinnen und Wähler, aber auch die Mitglieder und Anhänger der WASG zu deren Wahl auf.

Politisch beratend werden – auf Vorschlag des WASG-Bundesvorstandes – Mitglieder der WASG in die Arbeit des Wahlquartiers und des Wahlbüros der Linkspartei und in die Arbeit am Wahlprogramm der Linkspartei einbezogen. Vertreter/innen der WASG nehmen als Gäste am Wahlparteitag der Linkspartei teil, erhalten im Rahmen der Geschäftsordnung Rederecht und werden beratend in die Arbeit der Antragskommission einbezogen.

Der Parteivorstand der Linkspartei wird am Montag, dem 19. September 2005, zu einer ersten Bewertung der Ergebnisse der Bundestagswahl zusammenkommen und erste Konsequenzen beraten. Daran nehmen Vertreter/innen des WASG-Bundesvorstandes teil.

Beide Seiten vereinbaren weitere Gespräche über die Grundsätze der Zusammenarbeit *und der Finanzierung einzelner Gremien, die zu programmatischen und strategischen Fragen einer demokratischen Linken arbeiten, um das gemeinsam angestrebte Projekt inhaltlich innovativ und nachhaltig zu gestalten.*

Alle getroffenen Vereinbarungen und Abreden – einschließlich der Ergebnisse von gemeinsamen Arbeitsgruppen – sind schriftlich niederzulegen und den Verhandlungskommissionen zur Kenntnis zu geben.

Berlin/Fürth, den 4. August 2005

Für die WASG
Klaus Ernst/Thomas Händel

Für die Linkspartei.PDS
Lothar Bisky

Quelle: WASG-Archiv Fürth

Kooperationsabkommen III

Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS

Antrag an den Länderrat der WASG, 3./4.12.2005, Antragsteller: Bundesvorstand der WASG

1. Die Linkspartei.PDS, die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, und die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), die sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit orientiert und für die solidarische Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt, wollen bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei erreichen.

2. Die neue Partei erstrebt eine emanzipatorische, demokratische und soziale, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft der Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinaus weisender gesellschaftlicher Alternativen.

3. Die Partei entsteht durch den Prozess des Zusammenwachsens von Linkspartei.PDS und WASG. Der konkrete Rechtsweg, der Parteiname sowie Satzung und Statuten sind noch gesondert zu vereinbaren und zu beschließen. In der pluralistischen Partei sollen alle Menschen einen Platz haben, die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen. Die Mitgliedschaft ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden. Mitglied kann nicht sein, wer faschistisches, rechtsextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut vertritt.

4. Im Prozess der Parteibildung werden die Mitglieder beider Parteien auf allen Ebenen gemeinsame politische Diskussionen, Projekte, Aktionen und Kampagnen anstreben. In offenen überregionalen Foren sowie in Veranstaltungen in Ländern und Kreisen sollen die politischen Gemeinsamkeiten, aber auch die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen erörtert werden.

Dazu gehören insbesondere Fragen und Problemkreise wie

- Zum Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung.
- Was bedeutet »Links« heute und was verbinden wir mit »Demokratischem Sozialismus«?
- Zur grundsätzlichen Haltung zu Regierungsbeteiligungen und den praktischen Erfahrungen und Ergebnissen.

- Zur Geschichte des »realen Sozialismus« in der DDR und der Linken in der Alt-Bundesrepublik.
- Zu unserem Verhältnis zu anderen sich »links« definierenden Strömungen und andere mehr.

5. Über die Einleitung und den Abschluss des Parteibildungsprozesses entscheiden in beiden Parteien Bundesparteitage und Urabstimmungen der Mitglieder.

Zur Begleitung des Parteibildungsprozesses bilden beide Parteien

- eine gemeinsame, paritätisch besetzte Steuerungsgruppe, in der alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an die Fachgruppen ausgelöst werden. Die Steuerungsgruppe informiert beide Parteivorstände und bereitet Entscheidungen dieser Gremien vor.
- paritätisch besetzte Fachgruppen:
 - zur Programmatik und politischen Strategie
 - zu statutarisch-organisatorischen Fragen
 - zu finanziell-materiellen und rechtlichen Fragen
 - zu internationalen Parteibeziehungen
- paritätisch besetzte Fachgruppen: einen Beirat, dem vorwiegend externe Vertreter/innen – zum Beispiel aus Wissenschaft, Kunst und Kultur – angehören. Der Beirat soll den Parteibildungsprozess beratend begleiten sowie im Konfliktfall angerufen werden können.

6. Die Linkspartei.PDS und die WASG bekunden nachdrücklich ihre Absicht, auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten. Bei künftigen Wahlen bis zur Gründung der neu gebildeten Partei wird einvernehmlich und kooperativ über die Form des Antritts und der Listennominierung entschieden. Dieser Prozess wird so gestaltet werden, dass der Charakter der neuen Linken in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widerspiegelt und der Prozess der Parteiwerdung der neuen Linken unterstützt wird. Die Parteivorstände werden dies auf allen Ebenen mit Nachdruck vertreten.

7. Die Vorstände von Linkspartei und WASG in den Ländern und Kreisen werden gebeten, auf der Grundlage dieser Vereinbarung Festlegungen für ihre Verantwortungsbereiche zu treffen.

8. Die Linkspartei.PDS und die WASG arbeiten als Mitglieds- bzw. Beobachterpartei in der Partei der Europäischen Linken mit.

9. Die Linkspartei.PDS schafft die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft von Mitgliedern der WASG bis zum Abschluss des Parteibildungsprozesses.

Der Bundesvorstand der WASG hat beschlossen, dem nächsten Parteitag seiner Partei die diesbezügliche Veränderung der Satzung der WASG zu empfehlen.

Quelle: WASG-Archiv Fürth

VSA: What's left?



Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.)

Was war? Was bleibt?

Wege in die WASG,
Wege in DIE LINKE

VSA

Klaus Ernst/Thomas Händel/
Katja Zimmermann (Hrsg.)

Was war? Was bleibt?

Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE
208 Seiten | € 12.80

ISBN 978-3-89965-522-3

Die Gesprächspartnerinnen und -partner
in diesem Band – Peter Vetter, Christ-
ne Buchholz, Klaus Ernst, Ralf Krämer,
Thomas Händel, Joachim Bischoff, Anny
Heike, Herbert Schui, Axel Troost, Sabine
Lösing und der frühere Vorsitzende der
Linkspartei.PDS und der LINKEN Lothar
Bisky – stehen für verschiedene Wege in
die WASG und später in DIE LINKE.



tom strohschneider what's left?

europas linke, der rechtsruck und ein
sozialistischer kompromiss

VSA:

eine flugschrift in kooperation mit 

Tom Strohschneider
What's left?

Europas Linke, der Rechtsruck und
ein sozialistischer Kompromiss
Eine Flugschrift in Kooperation
mit neues deutschland

96 Seiten | € 9.80

ISBN 978-3-89965-669-5

Wie kann die Linke im Kernland der Austeritätspolitik der Rechtswende entgegentreten und linke Prozesse befördern? Zu einer Antwort wird sie nicht kommen, wenn der Widerstand bei antifaschistischen Protesten stehen bleibt und wenn man nur aus der Ferne Bewertungsnoten vergibt. Es müssen die Kräfteverhältnisse angegangen werden – Debatten über Verteilungs- und Demokratiefragen und rot-rot-grüne Politikwechsel eingeschlossen.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

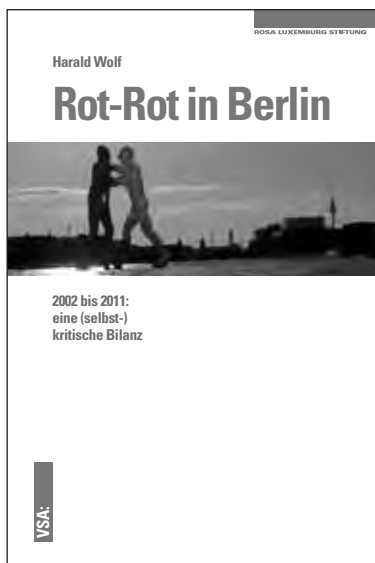
www.vsa-verlag.de

VSA:

VSA: Regieren mit LINKS?



Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.)
Mit LINKS regieren?
Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht
208 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-672-5
Erstmals gibt es in der Bundesrepublik eine rot-rot-grüne Landesregierung, erstmals wurde mit Bodo Ramelow ein LINKER Ministerpräsident. Wie kam es zu diesem Bündnis? Welche Chancen bietet die Koalition und welche Risiken? Was heißt Regieren im Alltag? Gelingt es der LINKEN, auch in Regierungspraxis transformatorische und sozialistische Perspektiven umzusetzen?



Harald Wolf
Rot-Rot in Berlin
2002 bis 2011:
eine (selbst-)kritische Bilanz
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
328 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-671-8
Der Autor vollzieht die Entstehungsbedingungen einer zuvor in der »Frontstadt des Kalten Krieges« undenkbaren Koalition nach und skizziert die Hintergründe der oft heftig umstrittenen politischen Entscheidungen, mit denen die wirtschaftliche und finanzielle Krise der Stadt bewältigt werden sollte. Sein Buch versteht Harald Wolf als Beitrag zu einer rationalen Diskussion über linke Regierungsbeteiligungen, die Risiken und Nebenwirkungen ebenso zur Kenntnis nimmt wie die Chancen.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de